

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig 1. Quartal 1996

1/96

5. Jahrgang

ISSN 0944-7989

Themen & Autoren:

Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost:
Adolf Kell & Jan-H. Olbertz, Thomas Jahnke, Kathrin Finke & Veronika
Lipphardt, R. Kaiser/S. Manning & R. Thomas

Kirche & Hochschule, Theologie & Politik - Teil 2: Joachim Heise, Wolf
Krötke, Angelika Engelmann, Christian Winter, Axel Noack, Peter Maser,
Günter Wirth

Singularitäten 7. Folge: Walther Krüger & Gunter Ziegenhals

Weitere Beiträge von Herbert Schnädelbach, Roland Große-Holforth,
Thomas Neie, Irene Lischka u.a.



hochschule ost 1/96

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben für den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig, Hausanschrift:
Augustusplatz 11, 04109 Leipzig, Tel. (0171) 614 61 64, (0341) 97 37 850, Fax (0341)
97 37 859. E-Mail: hso@stura.uni-leipzig.d400.de. *hso* im Internet: <http://www.uni-leipzig.de/~stura/sturaags.html#agoeff>.

hso erscheint quartalsweise.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-.
PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,- (Abo-Gebühren incl. DM 9,-
Versandkosten).

Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises
HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein
Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und
Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespei-
chert haben.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
THEMA I: Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost	
<i>Adolf Kell & Jan-H. Olbertz:</i>	
Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft im Vereinigungsprozeß Deutschlands	9
<i>Thomas Jahnke:</i>	
Forschen und Lehren - Nach guter Lehre forschen: Das Potsdamer Modell der Lehrerbildung, Bilder und Gedanken aus dem westlichen Osten	17
<i>Kathrin Finke & Veronika Lipphardt:</i>	
Potsdamer Modell der Lehrerbildung: Die studentische Sicht	29
<i>Regina Kaiser, Sabine Manning & Rudolf Thomas:</i>	
Universitäre und außeruniversitäre Bildungsforschung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer Bestandsaufnahme	37
THEMA II: Kirche & Hochschule, Theologie & Politik - Teil 2	
<i>Joachim Heise:</i>	
Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses an staatlichen Universitäten der DDR. Entscheidungen Anfang der fünfziger Jahre	45
<i>Wolf Krötke:</i>	
Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer in der DDR. Zur Rezeptionsgeschichte ihres Denkens in Kirche und Theologie	55
<i>Angelika Engelmann:</i>	
Feministische Theologie in der DDR	63
<i>Christian Winter:</i>	
Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig in den Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli	71
<i>Axel Noack:</i>	
Die evangelische Studentengemeinde in der DDR im Blickfeld des MfS	81
<i>Peter Maser:</i>	
„Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz“? Zur Rolle der Ost-CDU an den Theologischen Fakultäten/Sektionen der DDR	95
<i>Günter Wirth:</i>	
Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR: Die evangelische Monatszeitschrift STANDPUNKT	104

THEMA III: Singularitäten 7. Folge

Walther Krüger & Gunter Ziegenhals:

Institut für Musikinstrumentenbau	122
---	-----

FORUM

Herbert Schnädelbach:

Universität als Lebensform	126
----------------------------------	-----

Roland Große-Holforth:

Marginalia	129
------------------	-----

Thomas Neie:

Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990-93	133
---	-----

Irene Lischka:

Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen der neuen Bundesländer - Standbein oder fünftes Rad am Wagen?	149
--	-----

BERICHTE

Habilitationen 1994 (<i>Statist. Bundesamt</i>)	160
---	-----

Studienanfänger 1995 in deutschen Hochschulen (<i>HRK</i>)	161
--	-----

Elf neue Innovationskollegs. "Förderprogramm für die neuen Bundesländer damit komplett" (<i>DFG</i>)	164
--	-----

MPG gründet Institut für demographische Forschung in Rostock (<i>Michael Globig</i>)	166
--	-----

Brandenburg: Änderungen im Hochschulgesetz beabsichtigt (<i>Brandenburg. MfWK</i>)	168
--	-----

Wissenschaftsrat empfiehlt Aufnahme der FH für Technik und Wirtschaft Berlin in das Hochschulverzeichnis (<i>H'ira</i>)	169
---	-----

HUB: Sie sind wieder da! Anwesenheitslisten (<i>Sammi Sandawi</i>)	170
--	-----

„Eine Frage der politischen Hygiene“. Personalkommissionen der TU Dresden tagen wöchentlich (<i>Mathias Bäuml</i>)	171
--	-----

Gute Bedingungen an Sachsens Hochschulen für Ingenieurstudium (<i>SMWK</i>)	172
---	-----

Wenn sie die Wahl hätten, würden zwei Drittel ausziehen. Studie zum studentischen Wohnen (<i>René Krempkow</i>)	173
---	-----

Journalistik-/KMW-Studium in Leipzig - die richtige Entscheidung? (<i>relation leipzig</i>)	177
---	-----

Studieren an drei Universitäten: Leipzig, Halle, Jena. Rektoren unterzeichneten Vereinbarung (<i>Ute Olbertz</i>)	179
---	-----

Wissenschaftsrat empfiehlt Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis (<i>H'ira</i>)	180
---	-----

DOKUMENTATION

<i>Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung und Forschung: Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind überall im Kommen (BMBWF)</i>	182
--	-----

Hochschulrektorenkonferenz: Hochschulaufbau in den östlichen Bundesländern positiv! (<i>HRK</i>)	187
--	-----

PUBLIKATIONEN	189
---------------------	-----

ZUM SCHLUSS	198
-------------------	-----

In der Bundeswehr und an den ostdeutschen Hochschulen ist die *innere Einheit* am weitesten fortgeschritten: So läßt sich das Ergebnis einer vergleichenden Lektüre der Zwischenbilanzen und politischen Statements formulieren, die zum Fortgang der ost-west-deutschen Zusammenführung in den letzten drei Jahren erschienen sind.

Die Parallelität von Streitkräften und den Schulen des wissenschaftlichen Streits ist hier weniger abwegig, als es auf den ersten Blick anmutet. Der jeweilige West-Ost-Strukturtransfer erfolgte unter Zeitdruck bei gleichzeitiger Betreuungsnotwendigkeit der Altlasten. Die Bundeswehr brauchte eine Weile noch recht viele NVA-Berufssoldaten zur Bewachung der Objekte und zum Minenräumen an der vormaligen Grenze. An den Hochschulen sicherte das alte Personal auslaufende Studiengänge oder gestaltete andere um für die nun einmal vorhandenen Studenten. Was bei diesen Gelegenheiten gleich ausgesondert wurde, erblickte weitere Verwendung: Die alten Robotron-Computer der Hochschulen wurden weitergereicht ins östlichste Europa, die NVA-Panzer an die Türkei. Auch das Prinzip der Inneren Führung fand sein Entsprechung: Dem Hochamt der Wertfreiheit entzog sich besser niemand, der auf weitere Beschäftigungschancen hoffte. Zwar gab es gastweise Lehrveranstaltungen wie „Grundprobleme *unserer* Freiheitlich Demokratischen Grundordnung“ (C. C. Schweitzer, Bonn, an der Uni Leipzig, Sommersemester 1992), und der Prediger von der Patenschaftsgemeinde mag mit solcher Parteilichkeit dem Objektivitätsanspruch der Meßgesänge nicht unbedingt entsprochen haben. Doch so ist das nun einmal in Glaubensdingen. Ähnlich waren auch der Umfang der militärischen und der wissenschaftlichen Personalaussonderung wie deren Modalitäten: Übernahmebedingung von NVA zu Bundeswehr war das Einverständnis mit der Degradierung um eine Stufe. Vom Major zum Hauptmann, beispielsweise. Die alten *majors* an den DDR-Hochschulen, ordentliche Professoren zuvor, genießen die Freiheit der Wissenschaft, sofern nicht im Vorruhestand, jetzt meist auf C3-Stellen. BAT IIa ist auch recht häufig.

Zwei kleine Unterschiede bestehen (abgesehen von der nebensächlichen Differenz des Mitteleinsatzes für Kasernenausbau-Ost und Hochschulbau-Ost): Zum einen die Beziehungen der jeweiligen Veteranen. Der Bundeswehrverband hat seine lobbyistische Schlagkraft erhöht durch die Rekrutierung führungsgewohnter DDR-Kader als Kreisvorsitzende und Schatzmeister: Die arbeiten nun in gemeinsamen Abendveranstaltungen mit den neuen Kameraden die Feindschaft von gestern auf. Wo solcherart der Bundeswehrverband im Rekurs auf das Soldatische den Streit der Ideologien überwindet, da leben die außer Dienst befindlichen Professoren

"... Studenten der Amerikanistik/Anglistik beantworteten Fragen nach Studieninhalt und -dauer. Verwundert war der Prince über die Tatsache, daß dieses Fach nur in Kombination studiert werden kann. Eine Studentin, die als Zweitfach Russisch angab, fragte er neugierig, ob sie denn auch russisch sprechen könne."

Aus einem Bericht über den Besuch von Prinz Charles in der Humboldt-Uni am 13. November 1995 (*Humboldt*, die Zeitung der Humboldt-Universität 2-95/96)

West und Ost in zwei verschiedenen Welten. Die einen im Kontakt zu ihrer Hochschule, die einschlägigen Kongresse frequentierend, Schüler protegierend und Fachorgane beliefernd. Die anderen in eingetragenen Vereinen mit dem häufigen Zusatz „für Wissenschaft und Bildung“: Dort entfalten sie ein vom etablierten Wissenschaftsbetrieb kaum zur Kenntnis genommenes reges Tagungs- und Publikationswesen. Der zweite Unterschied: Wo von der *inneren Einheit* bei der Bundeswehr die Rede ist, da spricht man immer auch von wechselseitigem Personalaustausch. Vom Weststandort nach Ost und von Ost ins Westregiment. *Innere Einheit* an den Hochschulen indes meint allein: Wie klappt's denn mit den Wessis an den Ost-Hochschulen?

Immerhin: Der Zusammenprall zweier derart verschiedener Wissenschaftskulturen stellt wissenschaftsgeschichtlich doch einen eher seltenen Vorgang dar. Auf der einen Seite die vom angelsächsischen Einfluß nicht gänzlich unberührte westdeutsche Beamtenwissenschaft mit ihrem der Pampersindustrie entlehnten Produktmarketing. Auf der anderen die zuvor an den herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft orientierte zentralplangesteuerte Erkenntnisuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In drei Wissenschaftsdisziplinen haben sich die ost-west-deutschen Querelen der letzten Jahre mit intensiveren Debatten innerhalb des jeweiligen Faches verbunden. Die Geschichtswissenschaft veranstaltete ein medienträchtiges Hauen und Stechen mit gelegentlich nur marginalem Bezug auf wissenschaftsübliche Argumentationsstandards. *hochschule ost* hat dies relativ kontinuierlich dokumentiert. Die Soziologen waren zivilisierter. Der Westzunft galten die OstkollegInnen augenscheinlich als zwar Schmuddelkinder, aber doch zur Familie gehörend. Wolfgang Schluchter und Hansgünther Meyer, zwei zentrale Akteure auf West- bzw. Ostseite, haben die Vorgänge in der Soziologie in *hochschule ost* ausführlich beschrieben. Weitgehend außerhalb unseres bisherigen Wahrnehmungshorizontes waren bislang die Entwicklungen in der Erziehungswissenschaft. Das sei mit dem ersten Themenschwerpunkt dieses Hefts zumindest ansatzweise repariert. Als einzige Disziplin hatte die Erziehungswissenschaft sich dazu durchgerungen, ihren Auftritt in Ostdeutschland einer selbstorganisierten Evaluation zu unterziehen (vgl. den Beitrag von Kell & Olbertz). Auch liegt dort, ähnlich den beiden anderen Fächern, unterdessen eine beachtliche Reihe von Bestandsaufnahmen der DDR-Pädagogik wie Dokumentationen der Um- und Neugestaltungsdebatten vor.

Letzteres fehlt für die in der DDR betriebene Theologie noch. Deshalb können wir uns dort nicht so kurz fassen wie bei der Erziehungswissenschaft. Wir setzen hier den in Heft 4/95 begonnenen Themenschwerpunkt in der folglich gebotenen Ausführlichkeit mit seinem zweiten Teil fort.

THEMA I: Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost

Adolf Kell (Siegen) & Jan-H. Olbertz (Halle/S.):

Die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft im Vereinigungsprozeß Deutschlands

1. Zur Gründung und Entwicklung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Entwicklung der Erziehungswissenschaft bzw. Pädagogik eingebunden in den Wiederaufbau der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Inhaltlich und personell wurde versucht, an die Traditionen der Weimarer Republik anzuknüpfen; die Weiterentwicklung war maßgeblich von den örtlichen Verhältnissen in den damaligen drei bzw. vier Besatzungszonen abhängig. Für überregionale Kontakte und Kooperationen fehlten fast alle infrastrukturellen, politischen, ökonomischen und personellen Voraussetzungen. Frühe institutionalisierte Kooperationen setzten erst ein, nachdem sich die Ost-West-Trennung durch die Gründung der „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) und der „Deutschen

Demokratischen Republik“ (DDR) manifestiert hatte (z. B. in der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1949). Zu einer gemeinsamen Beratung von Vertretern der Pädagogik an den Universitäten Westdeutschlands und Westberlins auf einer „Pädagogischen Tagung“ war es auf Initiative des „Cultural Officer“ der Amerikanischen Besatzungsmacht beim „High Commissioner for Germany“ (HICOG) gekommen (Bad Wildungen 29. - 30.05. 1952; vgl. SCHEUERL 1987, S. 269). Die persönlichen Kontakte der 22 Teilnehmer auf dieser Tagung haben zu dem Einvernehmen geführt, sie durch jährliche Zusammenkünfte fortzusetzen. Als „Konferenz Westdeutscher Universitätspädagogen“ führten etwa 25 bis 30 Erziehungswissenschaftler die verabre-

deten Jahrestagungen durch. Auf der Tagung 1963 in Hamburg wurde die Gründung der DGfE beschlossen und 1964 kam es zum Vollzug dieses Beschlusses durch die Konstituierung der Gesellschaft (vgl. SCHEUERL 1987). Von diesem Ursprung hat sich die DGfE zur führenden erziehungswissenschaftli-

2. Kooperationsbemühungen vor der Vereinigung

Die Möglichkeiten der institutionellen und personellen Kooperation zwischen Erziehungswissenschaftlern an den Hochschulen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik waren durch die politischen Rahmenbedingungen eng begrenzt. Auf gesamtdeutscher Ebene gab es für die DGfE keine vergleichbare staatsunabhängige Fachgesellschaft in der DDR. Bemühungen der DGfE, über die wenigen Kontakte westdeutscher mit ostdeutschen Erziehungswissenschaftlern und einige Institutionen hinaus Beziehungen zur Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) in Ostberlin als zentrale Institution der DDR-Pädagogik herzustellen, wurden mit dem Hinweis auf das Fehlen eines Kulturabkommens zwischen beiden deutschen Staaten zurückgewiesen (vgl. *Erziehungswissenschaft* 1.(1990),1,S.84).

Nach der Öffnung der Mauer sind vom Vorsitzenden der DGfE die Bemühungen um Kontakte durch einen Besuch in der APW im Dezember 1989 fortgesetzt und u.a. durch die Einladung zur Teilnahme am 12. DGfE-Kongreß vom 19. bis 21. März 1990 in Bielefeld konkretisiert worden. Durch den Versand von Plakaten und Einladungen an 15 DDR-Institutio-

chen Fachgesellschaft entwickelt, die heute über 1.600 Mitglieder aus allen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, z.T. auch Fachhochschulen für Sozialpädagogik/Sozialarbeit, in Deutschland zählt und 18 wissenschaftliche Kommissionen sowie 6 Arbeitsgruppen auf Zeit unterhält.

nen Ende Januar 1990 wurde diese Einladung grundsätzlich an alle Erziehungswissenschaftler an den Hochschulen der DDR erweitert und bekannt gemacht. Der neue (amtierende) Präsident der APW, Prof. Dr. Hans-Jörg König, hat diese Einladung zur Teilnahme am Bielefeld-Kongreß angenommen und zu einem Grußwort genutzt. Auf dem Kongreß konnten dann auch ca. 100 Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler aus der DDR begrüßt werden. Durch die Anwesenheit dieser Kolleginnen und Kollegen auf den Symposien und den Arbeitstagungen der Kommissionen sind die persönlichen und fachlichen Kontakte erheblich erweitert worden. Insbesondere die Kontakte mit den Sprechern einer Initiativgruppe zur Gründung einer staatsfreien erziehungswissenschaftlichen Fachgesellschaft in der DDR bildeten den Ausgangspunkt für eine institutionalisierte Zusammenarbeit. Der DGfE-Vorstand begrüßte die Initiative zu einer solchen Gründung und empfahl den Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften die Knüpfung von Arbeitsbeziehungen zu den Kolleginnen und Kollegen aus der DDR, legte ihnen aber vorerst Zurückhaltung bei der Mitgliederwerbung unter ihnen nahe, „bis der Selbstklärungs-

prozeß einer DDR-eigenen erziehungswissenschaftlichen Gesellschaft so fortgeschritten sei, daß an ein potentielles Zusammenführen der Gesellschaften gedacht werden könne“ (vgl. *Erziehungswissenschaft* 1. (1990), 1, S. 89).

Kurz nach dem Bielefelder Kongreß ist am 24.03.1990 die Deutsche Gesellschaft für Pädagogik (DGP) von 104 Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern der DDR gegründet worden (zur Gründung und Entwicklung der DGP vgl. *Erziehungswissenschaft* 3.(1992),5, S.135-170). Ungeachtet der z. T. umstrittenen Zusammensetzung ihrer Mitglieder, unter denen sich auch Erziehungswissenschaftler befanden, die in der DDR politisch exponiert

3. DGfE und DGP im Vereinigungsprozeß

Es zeigte sich, daß die zunächst getrennte Entwicklung der beiden erziehungswissenschaftlichen Gesellschaften gerade im Sinne des notwendigen Selbstklärungsprozesses unter den Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern der ehemaligen DDR ein gangbarer Weg in eine gemeinsame wissenschaftliche Identifikation war. Den Tag der Deutschen Einheit hat der DGfE-Vorstand für eine erste öffentliche Erklärung „Zu den Aufgaben erziehungswissenschaftlicher Studiengänge“ zum Anlaß genommen, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, „eine freie erziehungswissenschaftliche Lehre und Forschung und eine ideologisch nicht mehr bevormundende pädagogische Praxis aufzubauen“ (vgl. *Erziehungswissenschaft* 1.(1990),2, S.116-118). Es folg-

waren und in unterschiedlicher Weise für die Probleme nicht nur der eigenen Disziplin vor der Wende Verantwortung trugen, haben die Vorstände der DGfE und der DGP und viele Kommissions- bzw. Sektions-Vorstände in der Folgezeit vielfältige Kooperationskontakte geknüpft (vgl. *Erziehungswissenschaft* 1.(1990), 2,S.112). Zur Ausweitung und Vertiefung der Kontakte bot die erste Konferenz der DGP am 4. und 5. September 1990 in Berlin zum Thema „Erziehungswissenschaft - Bildungspolitik - Schulreform“ weitere Gelegenheit. Die Vorstände beider Gesellschaften haben diesen Kongreß zu einer ersten gemeinsamen Sitzung am 3.9.1990 genutzt, der zwei weitere gemeinsame Sitzungen (2.7.1991 und 15.3.1992) folgten.

ten verschiedene „Initiativen zur Weiterentwicklung und zum Neuaufbau der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“, unter denen vor allem die Einrichtung einer Informationsstelle zur Vermittlung deutsch-deutscher Forschungskontakte an der Freien Universität Berlin, die Planung und Durchführung von DFG-Rundgesprächen, Fachkonferenzen und Konferenzen mit den Gründungsdekanen, Gründungsprofessoren und Vertretern der Wissenschaftsministerien der neuen Bundesländer hervorzuheben sind (vgl. KELL 1994, S. 12 f.).

Auf dem 13. DGfE-Kongreß im März 1992 in Berlin gab es zahlreiche Thematisierungen der Transformationsprozesse und Aktivitäten zu deren Begleitung und Beeinflussung (vgl. KELL 1994,S.

13 f.). Auf der Mitgliederversammlung dieses Kongresses hat der Vorsitzende der DGP, Prof. Dr. Wolfgang Steinhöfel, in einem Grußwort „Zur Ambivalenz 'deutsch-deutscher Trennung' und 'deutsch-deutscher Vereinigung' in der Erziehungswissenschaft“ Stellung genommen und hier wiederholt, was er auf der letzten gemeinsamen Sitzung beider Vorstände am 15.3.1992 bereits erläutert hatte: die Auflösung der DGP und die Empfehlung an ihre Mitglieder, eine Mitgliedschaft in der DGfE anzustreben. Entsprechend einer Verabredung auf der letzten gemeinsamen Vorstandssitzung wurde ein Beitrag „Zur Geschichte der DGP im Spannungsfeld von Aufarbeitung der DDR-Pädagogik und Erneuerung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“ erarbeitet und im Mitteilungsblatt veröffentlicht (vgl. *Erziehungswissenschaft* 3.(1992), 5, S. 135-170).

Auf der Mitgliederversammlung wurden zwei ad hoc-Anträge zur Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern gestellt. Der Antrag von Prof. Dr. Wolfgang Nitsch fand in folgendem Wortlaut mit großer Mehrheit die Zustimmung der Mitglieder:

4. Zur Arbeit der DGfE-Vorstandskommission

„Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“

Die Aufgaben der Kommission sollten nach den Vorschlägen des DGfE-Vorstandes darin bestehen, für einen laufenden Informationsaustausch mit den Gründungsdekanen und -beauftragten Sorge zu tragen, die Verfahrensmodi der Evaluationsprozesse zu dokumentieren und zu

„Die Mitgliederversammlung möge beschließen: Die DGfE beabsichtigt, eine Enquête-Kommission zu den Verfahren, Ergebnissen und Auswirkungen der personellen und strukturellen Umgestaltung der Erziehungswissenschaft in den östlichen Bundesländern einzurichten. Der Vorstand wird beauftragt, die Wahl einer solchen Kommission und die nähere Bestimmung ihres Auftrags durch die nächste Mitgliederversammlung vorzubereiten und hier in Abstimmung mit den Kommissionen eine Vorbereitungsgruppe zu bilden. Mitglieder der DGfE, die als Gründungsdekane und in ähnlichen Funktionen an der Umgestaltung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern mitwirken, werden gebeten, der Vorbereitungsgruppe für die Enquête-Kommission über ihre Tätigkeit zu berichten.“

Der von der Mitgliederversammlung für die Amtsperiode 1992 - 1994 gewählte Vorstand beschloß dann im Zuge der Festlegung seiner Arbeitsschwerpunkte und der Vergabe von Ämtern bzw. Funktionen, eine Vorstands-Kommission „Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“ einzusetzen.

analysieren, Stellungnahmen der DGfE zu aktuellen und strukturellen Problemen des Neuaufbaus der erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche in Ostdeutschland zu erarbeiten und inhaltliche Vorbereitungen für die Gründung einer Enquête-Kommission zu treffen. Darüber hinaus

ginges darum, mittels Umfragen und Analysen die Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern zu begleiten, zu dokumentieren und zu untersuchen, und zwar u. a. hinsichtlich der Stellenpläne vor und nach 1990, der Fakultäts-, Fachbereichs- und Institutsstrukturen, der Berufungsgebiete und der Berufungspraxis, der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Berücksichtigung von Kolleginnen und Kollegen aus der ehemaligen DDR, Gleichstellung von Erziehungswissenschaftlerinnen usw.).

Nachdem die Stellungnahmen der Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften eingeholt waren und über die Aufgaben und die personelle Zusammensetzung der Kommission Einvernehmen bestand, ist auf der 5. Vorstands-Sitzung am 13./14. Dezember 1992 über die Aufgabenstellung und die personelle Besetzung beschlossen worden. Der Vorsitz der Kommission wurde Prof. Dr. Adolf Kell angetragen (vgl. KELL 1994, S. 16 f.). Am 25./26. Februar 1993 hat sich die Vorstandskommission in Berlin konstituiert. Man beriet über die auf der konstituierenden Sitzung empfohlenen Aufgabenkomplexe, um in der Spannung von Wünschbarem und Machbarem die Möglichkeiten und Grenzen für ein Arbeitsprogramm der Kommission bis zum 14. DGfE-Kongress im März 1994 auszulegen und darüber abzustimmen. In etwa einjähriger Arbeit mit besonders intensiven Beratungen auf fünf Sitzungen hat die Kommission die ihr besonders vordringlich erschienenen Probleme bearbeitet.

Sie ging von dem Selbstverständnis aus, daß die Analyse und Bewertung der Transformationsprozesse im Bereich der Erziehungswissenschaft von der DDR zu den neuen Bundesländern eine umfangreiche interdisziplinäre Forschungsaufgabe ist, die nur längerfristig mit erheblichem Mitteleinsatz bewältigt werden kann. Von einer ehrenamtlich arbeitenden Kommission kann mit einer begrenzten Mitgliederzahl und unter erheblichem Zeitdruck (mit Bezug auf diese notwendige Forschungsaufgabe) war dagegen nur zu erwarten, daß sie auf die besonders wichtig erscheinenden Problembereiche aufmerksam macht und exemplarisch erläutert, warum diese Probleme von besonderer Bedeutung sind und wie sie bearbeitet werden können. In diesem Sinne haben die Kommissionsmitglieder Berichte über ihre Arbeiten verfaßt und in einem Sammelband veröffentlicht (vgl. KELL 1994).

Aufgrund der Erfahrungen der Kommissionsmitglieder aus den gemeinsamen Sitzungen und der vorgelegten Arbeitsberichte hat die Kommission nach Abstimmung mit dem DGfE-Vorstand der Mitgliederversammlung des 14. DGfE-Kongresses im März 1994 in Dortmund den Antrag vorgelegt, die Arbeit der Kommission für zwei Jahre fortzusetzen und mit der Errichtung einer Enquête-Kommission „Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“ auf eine neue Grundlage zu stellen. Der Antrag wurde am 15. März 1994 auf der Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit angenommen.

5. DGfE-Enquête-Kommission „Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“

Der DGfE-Vorstand beriet auf zwei Sitzungen über die personelle Zusammensetzung der Enquête-Kommission und faßte den Beschluß, die Arbeit der Kommission unter den gemeinsamen Vorsitz von Prof. Dr. Adolf Kell (Siegen) und Prof. Dr. Jan-H. Olbertz (Halle), der zu den neugewählten Mitgliedern des Vorstandes gehört, zu stellen. Hinsichtlich der Zusammensetzung der zwölfköpfigen Enquête-Kommission ist wiederum auf die Parität von Erziehungswissenschaftlern bzw. Erziehungswissenschaftlerinnen aus Ost und West und die Ausgewogenheit zwischen den erziehungswissenschaftlichen Disziplinen besonderer Wert gelegt worden. Auf der konstituierenden Sitzung am 14./15. Oktober 1994 haben sich die Mitglieder auf der Grundlage der Beiträge des Sammelbandes „Erziehungswissenschaft im Aufbruch?“ (herausgegeben von KELL 1994) darüber verständigt, inwieweit bereits aufgegriffene Themen vertieft bzw. erweitert und welche neue Fragestellungen im Sinne des Auftrages der Enquête-Kommission in ein Arbeitsprogramm aufgenommen werden sollten.

Der Auftrag der Enquête-Kommission besteht darin, Bestandsaufnahmen der Transformationsprozesse durchzuführen und über die Aufgaben der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern und das Zusammenwirken ost- und westdeutscher Erziehungswissenschaft-

lerinnen und Erziehungswissenschaftler zu beraten. Vor allem geht es darum, Informationen über die Entwicklung der Strukturen der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, über Verfahren und Prozesse der fachlichen Evaluation und der institutionellen Veränderungen in der Übergangszeit, über die beruflichen Laufbahnen von Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftlern, über die Entwicklung erziehungswissenschaftlicher Studiengänge und erziehungswissenschaftlicher Lehre sowie über die erziehungswissenschaftliche Weiterbildung und die Förderung des erziehungswissenschaftlichen Nachwuchses zu sichern. Zugleich sollen Forschungsfragen zu den Transformationsprozessen der Erziehungswissenschaft im innerdeutschen Vergleich seit 1945 diskutiert und Informationen über entsprechende Forschungsvorhaben gesammelt und verfügbar gemacht werden. Zu diesem Zweck wird ein Forschungsatlas „Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“ erarbeitet, der auch die Grundlage für Empfehlungen zur Forschungscoordination bilden soll.

Mit Foren und Kolloquien will die Enquête-Kommission den Austausch über die Transformationsprozesse und die Aufgaben der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern anregen, praktisch ermöglichen und fördern.

6. Ausblick

Inzwischen sind die Arbeiten der Kommissionsmitglieder und die Beratungen auf diesen Sitzungen so weit vorangekommen, daß im Rahmen eines weiteren Sammelbandes (unter dem vorläufigen Titel „Vom Wünschbaren zum Machbaren“) eine Reihe neuer Arbeitsberichte erwartet werden kann. Schwerpunkt bilden dabei die Entwicklung der erziehungswissenschaftlichen Forschung in den neuen Bundesländern (Forschungsatlas), Tendenzen und Probleme der Lehre in den erziehungswissenschaftlichen Studiengängen, die Entwicklung der Grundschullehrerbildung, der Lehrerfortbildung in den neuen Bundesländern sowie der Sozialpädagogik an den Fachhochschulen und Universitäten. Beispielhaft sollen die Entwicklung der Allgemeinen Pädagogik, der Didaktik, der Hochschulpädagogik und der Sonder- bzw. Rehabilitationspädagogik der DDR bis 1990 nachgezeichnet und ein Projektprogramm des Landes Brandenburg zur „Geschichte, Struktur und Funktionsweisen der DDR-Volksbildung“ vorgestellt werden.

Studien zum Verbleib des erziehungswissenschaftlichen Personals außeruniversitärer Institute der Bildungsforschung in der DDR, zur Lage der Erziehungswissenschaftlerinnen an den Universitäten der neuen Bundesländer, zu den Erziehungswissenschaftlern aus der DDR an den Hochschulen der alten Bundesländer, zu Beziehungen zwischen pädagogischer Wissenschaft und Schulpraxis aus der Sicht von Lehrerinnen/Lehrern und Lehrerbildnerinnen/Lehrerbildnern sowie „Innenansichten“ von Berufsschullehrern

und Ausbildern eröffnen ein breites Spektrum erziehungswissenschaftlicher Problemreflexionen im Kontext des Transformationsprozesses.

Während in dieser Beziehung die Arbeit der Enquête-Kommission gut vorangeht und erste Ergebnisse im Rahmen des 15. DGfE-Kongresses vom 11. bis 13. März 1996 in Halle vorgestellt werden können (der Sammelband erscheint im Herbst 1996), hat sich der Auftrag der Kommission, Foren und Kolloquien zu den Transformationsprozessen zu organisieren, als schwierig erwiesen und konnte bisher nur zum Teil erfüllt werden. Auf zwei Tagungen mit Lehrerinnen/Lehrern und Lehrerbildnerinnen/Lehrerbildnern aus der DDR und Erziehungswissenschaftlerinnen/Erziehungswissenschaftlern aus den neuen und alten Bundesländern ist über die Beziehungen zwischen pädagogischer Wissenschaft und Schulpraxis und deren Veränderungen - unter Berücksichtigung der Erfahrungen von Betroffenen in den verschiedenen Transformationsprozessen - beraten worden.

Mit der Vorstandskommission „Entwicklung der Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“ (1992 - 1994) und der Enquête-Kommission „Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern“ (1994 - 1996) hat die DGfE e. V. die Entwicklung der Strukturen, personellen und institutionellen Bedingungen, der Forschung und der Lehre auf den Gebieten der Erziehungswissenschaft und die vielgestaltigen Transformationsprobleme in diesem Prozeß in den entschei-

denden Jahren wissenschaftlich begleitet, untersucht, dokumentiert und dem Austausch über die dabei gesammelten Erfahrungen ein Podium geboten. An die Stelle der Untersuchung solcher tiefgreifenden Umgestaltungsprozesse wird nun die Auseinandersetzung mit einer allmählich eintretenden Normalität rücken müssen, deren Probleme immer weniger aus der West-Ost-Differenz als aus der notwendigen Reform der erziehungswissenschaftlichen Studiengänge, der Lehrerbildung und der Studien- bzw. Hochschulreform in Deutschland insgesamt erwachsen. In diese gemeinsame Aufgabe sollen

Literatur:

KELL, Adolf (1994) (Hg.): *Erziehungswissenschaft im Aufbruch? Arbeitsberichte*. Weinheim. 330 S.

SCHEUERL, Hans (1987): *Zur Gründungsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft*. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 33(1987)2, S. 267-287.

die Arbeitsergebnisse der Enquête-Kommission Eingang finden.

Adolf Kell, Prof. Dr. rer.pol., ist Professor für Erziehungswissenschaft/Schwerpunkt Berufspädagogik an der Universität Gsematshochschule Siegen sowie Stellvertreter des Vorsitzenden der DGfE und Vorsitzender der DGfE-Enquête-Kommission "Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern". Jan-Hendrik Olbertz, Prof. Dr. paed., ist Professor für Erziehungswissenschaft-Schwerpunkt Erwachsenenbildung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie Mitglied des DGfE-Vorstandes und Vorsitzender der Enquête-Kommission

Thomas Jahnke (Potsdam):

Forschen und Lehren - Nach guter Lehre forschen: Das Potsdamer Modell der Lehrerbildung Bilder und Gedanken aus dem westlichen Osten¹

TRUDE GRIMM Heute kommt 'n Schulrat und hört sich meinen Unterricht an. Hinterher bin ich klüger.

GRIMM Was für 'n Schulrat? Ist das 'ne Prüfung?

TRUDE GRIMM Mehr als das, 'ne Ü b e r-Prüfung. Die wollen wahrscheinlich rauskriegen, ob wir Ostlehrer den Westansprüchen gewachsen sind.

GRIMM Seid ihr's?

TRUDE GRIMM Ich weiß es nicht. Aber von Ost- und Westansprüchen mal abgesehen: Generell läßt sich sagen, daß die meisten Lehrer den Sch u l-ansprüchen nicht gewachsen sind. Darin sehe i c h das Problem.

[Jurek Becker: *Wir sind auch nur ein Volk*. Frankfurt am Main 1994, S. 70]

Sie können schon aus der blumigen Formulierung meines Titels entnehmen, daß ich hier nicht wie andere über eine Fülle von Ergebnissen mathematikdidaktischer Forschung berichten werde, sondern eher über eine Fülle von Problemen, die auch nicht alle - zumindest nicht direkt - mathematikdidaktischer Forschung zuzurechnen sind, und über einige Hoffnungen. Ich will also versuchen, Ihnen einen Bericht über den Stand der Dinge in Potsdam zu geben, aber eigentlich noch weniger als einen Bericht, nur eine oder mehrere Momentaufnahmen: Denn erstens sind die Dinge im Fluß - es mag also durchaus sein, daß Sie mich in einem Jahr nach einer Bemerkung, die ich hier machte, fragen, und ich Sie dann gänzlich ver-

ständnislos anschau -, und zweitens zeigen solche Momentaufnahmen nur einen Ausschnitt und den obendrein nur aus einer ganz bestimmten Perspektive, wie man aus Photos in Reiseprospekten weiß. Meine Perspektive ist westlich, ist die eines Wessis, der seit April 1994 an der Universität Potsdam tätig ist. Je länger ich dort bin, desto bewußter wird mir eigentlich diese Perspektive bzw. deren Richtung, die sich nicht wie eine Brille auswechseln oder ablegen läßt. Ich ethnisiere also in Osis und Wessis.

Dieser Ausdruck stammt von Herrn Montada aus Trier. An unserer Universität Potsdam gibt es nämlich ein Zentrum für Gerechtigkeitsforschung, das aber nicht

der juristischen Fakultät zuzuordnen ist, als die im Osten vielfach geforderte Registrierungsstelle für Wiedervereinigungs-unrecht - gleichsam als Nach-Wende-Salzgitter -, sondern dem Fach Psychologie: es geht also um soziale und individuelle Gerechtigkeiten. Herr Montada, der Leiter dieses Zentrums, sagt nun: in diesem Ethnisieren in Osis und Wesis liegt der Ansatz zur Ungleichheit, und was ungleich ist, das muß man auch nicht gleich behandeln, das hat auch keinen Anspruch darauf, gleich behandelt zu werden, etwa wenn es um Besoldungsfragen im öffentlichen Dienst, die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen (z.B. im Lehrerbereich) oder von Dienstjahren geht. Ich sehe also wohl, daß das Ethnisieren diese argumentative Gefahr heraufbeschwört, zuweilen auch das Mißbehagen meiner Mitarbeiter, die eine Tagung zu den Problemen der Lehrerbildung in den fünf neuen Bundesländern ablehnen und statt dessen eine Tagung zu den Problemen der Lehrerbildung z.B. in den nördlichen oder in den südlichen Bundesländern Deutschlands planen wollen. Aber dennoch wäre es meiner Meinung nach wenig sinnvoll, den unterschiedlichen Lebenssituationen und den unterschiedlichen Geschichten und Traditionen der Menschen in Ost und West einfach die Fiktion der Gleichheit entgegenhalten zu wollen. Wesentliche Lebensgrundlagen (Arbeit, Wohnung, Familie) haben sich für die Menschen im Osten geändert oder sind ihnen sogar entzogen worden. Im Westen gibt es nichts Gleiches oder Vergleichbares.

Das äußere Bild in Potsdam sind die Baustellen, hier kann man sich vor Augen

führen, wo die 160 Milliarden DM Steuergelder zum Teil bleiben: bei Hoch- und Tiefbauunternehmen aus dem Westen oder dem westlichen Ausland. Baustellen haben natürlich auf die Dauer etwas Lästiges, aber es verbindet sich mit ihnen der Eindruck des Fortschrittes oder zumindest doch der Änderungen. Für die Entwicklung insgesamt und auch für die Entwicklungen an der Schule und der Hochschule ist aber „Baustelle“ doch eine falsche Metapher. Verbindet man mit ihr doch eine Planung, Architekten, Bauzeichnungen usw. Solches ist aber in der Entwicklung allgemein nicht zu sehen. Sicher sind hier organische Bilder besser: ein Garten soll neu angelegt werden, manche Pflanzen hat man dabei stehengelassen, andere ausgerissen, vieles einfach untergepflügt und dann natürlich neue Elemente, neue Pflanzen hinzugefügt, Beete und Wege neu angelegt und, wie das jetzt alles so wächst, das läßt sich nicht voraussagen. Insbesondere kommt auch manches, was man untergepflügt hat, früher oder später wieder zum Vorschein.

Ich merke das auch an der Hochschule: Meinungsführer und Platzhirsche von ehedem waren durch die Wende und deren Folgen zutiefst verunsichert und in ihren Stellen bedroht. Folglich waren sie auch innovationsbereit, im Aufbruch bereit zu verharren und sich auch zu bewegen und schließlich sozusagen durchzustarten. Wer von diesem Personenkreis in die C-Besoldung überführt ist, bei dem schwindet zuweilen die jähe Reformbereitschaft recht schnell, sie erlahmt: Haben die Dinge in den letzten 30 Jahren nicht auch ihre (gute) Ordnung? Für den einzelnen mag die Restituierung seiner

Stelle oder sogar Stellung die Möglichkeit schaffen, sich nun wieder zurückzulehnen und seine Verletzungen zu behandeln, für das System und seine Subsysteme nicht. Es steht zugleich unter einem sehr hohen Anpassungsdruck an (westliche) Normen und einem fast ebenso großen Innovationsdruck. In der Industrie hat dies zumeist tödliche, zerstörerische und zumindest absurde Formen angenommen: Ein Kühlschrankwerk darf nur überleben, weil oder falls es eine Weltneuheit zu bieten hat: den FCKW-freien Kühlschrank. Wenn ich hier eine nun wirklich schlechte Überleitung machen darf, die in ihrem Kern aber doch auch ein Stückchen Wahrheit enthält: eine der Weltneuheiten oder bescheidener eine Landesneuheit der Universität Potsdam, die zugleich unter diesen hohen Druckverhältnissen aber doch auch in geradezu liebevoller Planung und Gartenarchitektur entstanden ist, ist das Potsdamer Modell der Lehrerbildung.

Die 1948 gegründete Brandenburgische Landeshochschule Potsdam, die 1953 in Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ umbenannt wurde und nach der Wende 1990 zunächst wieder ihren ursprünglichen Namen erhielt, hatte ihren wesentlichen Schwerpunkt in der Lehrerbildung für die Klassen 5 bis 12 in fast allen Fächern. Die einphasige 5jährige Hochschulausbildung der Lehrer bestand aus der fachwissenschaftlichen Ausbildung in zwei Fächern, einer obligatorischen Ausbildung in den Grundlagen des Marxismus-Leninismus (im Jargon „Rotlicht“) und einer erziehungswissenschaftlichen und pädagogisch-psychologischen Ausbildung für alle Lehramtsstudenten,

zu der auch fachdidaktische Lehrveranstaltungen und Praktika gehörten.

„Die seit 1990 erfolgten Veränderungen lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

(1) Sofort nach der Wende gab es intensive Bemühungen um eine *Verbreiterung und Pluralisierung des Ausbildungsangebots*. (...)

(4) Alle Überlegungen gingen davon aus, die *Gleichwertigkeit der Abschlüsse* für Primarstufenlehrer und Sekundarstufenlehrer zu erreichen sowie inhaltlich die Kompatibilität mit vergleichbaren Studiengängen in den alten Bundesländern herzustellen. Die Primarstufenlehrausbildung wurde universitärer Studiengang.“

Offensichtlich hielten die Autoren die beiden Zielvorstellungen im ersten Satz des Abschnitts (4) nicht für widersprüchlich.

Im Juli 1991 legte Wolfgang Edelstein Thesen zur Begründung einer Fakultät für Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften (Lehrerbildung) an der Universität Potsdam vor. Ich zitiere hier zunächst aus diesem vierseitigen, in fünf Punkte untergliederten Papier, einmal aus historisch-genetischen Gründen, zum anderen aber auch, weil - schon durch die Kürze der Ausführungen - prägnanter als in dem späteren, etwa sechzig Seiten umfassenden „Potsdamer Modell der Lehrerbildung“ wesentliche Bestimmungen und Charakteristika dieses Modells formuliert sind. Die Edelsteinschen Thesen waren übrigens auch meine erste Begegnung mit den Potsdamer Reformvorstellungen: als ich im Sommer 1992 aufgrund meiner Bewerbung auf den Lehrstuhl für Didaktik der Mathematik zu einem Vorstellungsvortrag an die Universität Potsdam eingeladen wurde, sollte

ich im Anschluß daran und im Gespräch mit der Kommission auf sie eingehen.

„Thesen zur Begründung einer Fakultät für Erziehungs- und Bildungswissenschaften (Lehrerbildung) an der Universität Potsdam von Wolfgang Edelstein

1.1 *Vorbemerkungen.* Tradition und gesellschaftliche Bedingungen haben dazu geführt, daß in Deutschland eine auf das Professionswissen von Lehrern orientierte Ausbildung (Qualifizierung zur Profession) Grund- und Hauptschullehrern meist auf voruniversitärer Ausbildungsstufe vorbehalten war. Die wissenschaftlichen Lehrerstudenten erhielten an den Universitäten eine weitgehend fachbezogene Ausbildung. Die professionsorientierte Komponente in den lehramtsbezogenen Studiengängen blieb völlig ungenügend. Die „realistische Wende“ der Erziehungswissenschaft (Roth) fand in diesem Kontext nicht statt.

1.2 *Die Folgen für Lehrer an Primar- und Hauptschulen einerseits, an Sekundarschulen (Sekundarstufen I und II) andererseits sind unterschiedlich:* Die professionelle Ausbildung der Primarlehrer ist zwar in mancher Hinsicht angemessener und besser als die Ausbildung der Studienräte auf den Erwerb von Lehrerexpertise abgestimmt, aber wissenschaftlich nach wie vor unterqualifiziert. Die Ausbildung der Sekundarschullehrer an der Universität ist im Hinblick auf die in der Profession erforderliche Expertise vollständig ungenügend.

1.3 *Die Folgen für das Ausbildungssystem:* Die traditionelle Dichotomie, fachliche Ausbildung an der Universität, professionelle im Studienseminar, löst die Probleme nicht: (a) Auch das Studienseminar ist überwiegend fachorientiert, die Profession fordert schon lange, aber in rapide wachsendem Ausmaße fachübergreifende professionelle Kompetenzen. (b) Die fachliche Ausbildung ist orientiert an fachimmanenten Standards, die eine Professionalisierung im Blick auf die notwendigen Kompetenzen im Berufsfeld ausblenden. (c) Der Zwang, daneben ein wissenschaftlich unbefriedigendes erziehu-

wissenschaftliches Marginalstudium zu betreiben, demontiert die Motivation der Studenten, diskreditiert die (als irrelevant empfundene) Erziehungswissenschaft, und desorientiert die zukünftigen Lehrer im Hinblick auf ihren Beruf und die dafür nötige Qualifikation.

1.4 *Die Folgen für das Berufsfeld:* Die Lehrer, insbesondere der Sekundarstufen, sind auf die heutigen Erfordernisse des Lehrerberufs, den Umgang mit einer radikal veränderten Schülerpopulation nicht vorbereitet und davon stark überfordert. Dies gilt für die kognitiven wie für die sozialpsychologischen Aspekte des Berufs. Das Resultat ist unter anderem weitverbreitetes frühzeitiges „burn-out“ der Lehrer, weitverbreitete Schulkritik bei Schülern und Lehrern und in der Gesellschaft allgemein; (...)

1.5 Eine neue strukturelle und organisatorische Balance von fachlichem und professionsorientiertem Wissenserwerb im Studium ist vom ersten Semester an nötig. Die Universität Potsdam sollte hierfür ein Modell entwickeln, das auch für andere Universitäten in anderen Bundesländern (überregional) anregend ist. (...)

2. Strukturkomponenten eines Modells

2.1 Wäre man völlig frei, das Lehrerstudium neu zu entwerfen, es in zwei etwa gleich umfangreiche Komponenten zu zerlegen: eine fachwissenschaftliche Komponente und eine professionsorientierte erziehungswissenschaftliche Komponente (...)

3. Vorschlag eines Komponentenmodells

3.1 Die Ausbildung von Lehrern soll je nach Schulstufe und Funktion in flexibler Weise und in unterschiedlichem Umfang (...) folgende Komponenten verbinden und somit das Studium organisieren:

- (a) Fachwissenschaft,
- (b) Fachdidaktik,
- (c) Unterrichtswissenschaft, allgemeine Didaktik, Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie (...),
- (d) Sozialwissenschaften (einschließlich empirische Methoden und Statistik, Soziologie, Politikwissenschaft, (...),

- (e) Pädagogik und Philosophie,
- (f) studienbegleitende Praktika.

3.2 Das Modell soll nicht nur die fachliche Qualifikation und die fachspezifischen Vermittlungsprozesse sichern, sondern die Identifikation mit dem Lehrerberuf als wissenschaftlich orientierter Profession stützen, die sich - wie jede Profession - auf Expertise stützt: auf Fachwissen, Prozeßwissen und Kontextwissen.

3.3 (...) Die Qualität der Komponenten muß über die Forschungsintensität der einzelnen Bereiche stabilisiert werden, insbesondere der Komponenten (c) und (d). Die Beteiligung der Studenten an den Projekten der Professoren könnte Potsdam zu einem Zentrum der erziehungswissenschaftlichen und unterrichtswissenschaftlichen empirischen Forschung machen, und der Universität damit eine hervorgehobene Stellung in der Berlin-Brandenburgischen Hochschullandschaft verleihen. Nach der Auflösung der AdPW ist diese Position vakant.

4. Grundzüge der Institutionalisierung des Modells

4.1 Die Universität gründet eine erziehungswissenschaftliche Fakultät für die Lehrerbildung, die Ausbildung für pädagogische Berufe und die im weitesten Sinne erziehungswissenschaftliche Forschung und Lehre.

4.2 Studenten, die die Absicht haben, für einen Lehrerberuf zu studieren, werden doppelt immatrikuliert, in ihrem Studienfach und in Erziehungswissenschaft.

4.3 Professoren mit fachdidaktischem Schwerpunkt sollten 'joint appointments' erhalten: in ihrem Fach(-bereich) und in der erziehungswissenschaftlichen Fakultät. (...)

4.5 Für die berufsbezogenen Teile der Ausbildung, insbesondere die fachdidaktische Ausbildung, gründen die Fakultäten oder Fachbereiche gemeinsame Institute beziehungsweise Zentren mit der erziehungswissenschaftlichen Fakultät, zum Beispiel Institut für Didaktik der Mathematik, für Sprachdidaktik, für politische

Bildung, für den Ethikunterricht, ... Die Professoren werden durch Doppelberufungen in beiden Bereichen verankert und nehmen ihre Gestaltungsrechte in beiden Bereichen wahr. (...)

4.8 *Forschung:* Die Lehrerausbildung an der Universität Potsdam soll - dem Anspruch nach - modellbildend für Deutschland sein. Deshalb ist (a) ein starkes Engagement an der Forschung im Bereich der besonderen Expertise der erziehungswissenschaftlichen Fakultät nötig; (b) der Ausbau forschungsintensiver Spezialbereiche sinnvoll, die das Profil der Universität individualisieren und attraktiv machen; (...)

5. Gelänge der Universität Potsdam, ein solches Programm zu etablieren, wäre sie die erste Universität in Deutschland, die eine Art Graduate School of Education in ihrem Rahmen verwirklichen, und damit der Tendenz nach die Erziehungswissenschaft (was immer die auch sein mag) an einem Ort auf ein Niveau bringen könnte, das auf andere Orte und auf diese Wissenschaft ausstrahlt."

Nach der Gründung der Universität Potsdam am 15. Juli 1991 wurde eine Strukturkommission Lehrerbildung vom Gründungssenat eingesetzt, die eine Denkschrift zum Potsdamer Modell der Lehrerbildung erarbeitet und zum 1. September 1992 vorgelegt hat. Mitglieder dieser Kommission waren Frau Professor Kirsch (Potsdam) und Frau Erbach (Aspirantin, Potsdam) sowie die Herren Professoren Edelstein (Berlin), Herrmann (Tübingen), Lompscher (Berlin, jetzt Potsdam), Oser (Fribourg), Thiem (Potsdam) und Herr Dr. Pecher (Potsdam) als Vertreter des Mittelbaus. Aus dieser Schrift werde ich nun noch einmal einige Punkte herausgreifen, freilich ohne suggerieren zu wollen, daß sie in ihrem Kern nur aus diesen bestände.

„Die Komponenten des Potsdamer Modells
Das Studium der zukünftigen Lehrer soll je nach Schulstufe und Funktion in flexibler Weise und in unterschiedlichem Umfang (...) fachwissenschaftliche, erziehungswissenschaftliche und schulpraktische Komponenten verbinden:

(a) Die *fachwissenschaftliche Komponente* enthält in der Regel zwei Unterrichtsfächer und die dazugehörigen fachdidaktischen Studien im Umfang von etwa 10 SWS je Fach.

(b) Die *erziehungswissenschaftliche Komponente* umfaßt pädagogische, psychologische und sozialwissenschaftliche Inhalte: Die Pädagogik liefert systematisches (philosophisches, historisches, lehrplantheoretisches und unterrichtswissenschaftliches) Grundlagenwissen, die Psychologie kognitionspsychologische, entwicklungspsychologische, differentialpsychologische sowie sozial- und organisationspsychologische Informationen; die Sozialwissenschaften insbesondere soziologische, sozialisationstheoretische und politikwissenschaftliche Beiträge. Dazu sollte eine Ausbildung in empirischen Methoden und Statistik angeboten werden.

(c) Den *schulpraktischen Studien* kommt im Aufbau des berufsvorbereitenden Grundlagenstudiums die besondere Aufgabe zu, die inhaltliche Koordination und den zeitlichen Aufbau des Studiums zu artikulieren. Das berufsfelderschließende Praktikum vermittelt Erfahrungen und Fragen, auf die die darauffolgenden Lehrveranstaltungen abgestimmt werden. Das vertiefende zweite Praktikum dient der Anwendung insbesondere unterrichtswissenschaftlicher Prinzipien auf die Unterrichtsplanung und die erste Praxis. Das dritte, fachdidaktische Praktikum vertieft diese Erfahrung im Blick auf die fachdidaktische Kompetenz im Kontext exemplarischer Unterrichtserfahrungen. Ergänzt werden diese schul- und unterrichtsbezogenen Praktika durch ein psychologisch-diagnostisches Praktikum, (...)“³

Beachtet man, daß in beiden Fächern je ein fachdidaktisches (Tages-)Praktikum, ein beide betreffendes vierwöchiges

Blockpraktikum und schließlich ein Praktikum in einem pädagogischen Arbeitsfeld außerhalb der Schule (z.B. in einem Jugendclub) zu absolvieren ist, so ergeben sich nach (c) insgesamt sechs Praktika, die ein Studierender zu absolvieren hat.

„Prinzipien des professionsorientierten Studiums

Das Lehrerstudium an der Universität Potsdam soll inhaltlich und strukturell so gestaltet werden, daß Lehrern aller Stufen eine gleichwertige erziehungs- und unterrichtswissenschaftliche Ausbildung geboten wird, die gleichermaßen an der Wissenschaft wie an der Praxis des Lehrerhandelns, insbesondere am Unterricht, orientiert ist.

(...)

Den gestiegenen Anforderungen im Berufsfeld entsprechen die Prinzipien der Potsdamer Lehrerbildung:

- Wissenschaftlichkeit in allen Teilbereichen der Ausbildung;
- psychologische, sozial- und erziehungswissenschaftliche Grundlegung der verschiedenen beruflichen Handlungskompetenzen;
- funktionale Verflechtung und gleichmäßige Gewichtung aller Studienanteile;
- Integration von Theorie und Praxis.“⁴

Unter der Überschrift „Realisierungsbedingungen des Potsdamer Modells“ wird dann u.a. ausgeführt:

„(1) Das Studium muß auf das *professionelle Handeln des Lehrers*, insbesondere das unterrichtliche Handeln, bezogen sein. Dieser notwendige Bezug darf jedoch nicht zu einer vordergründigen und wissenschaftlich verkürzten Praxisorientierung führen. Die Festlegung von Ausbildungsinhalten und somit die inhaltliche Gestaltung von Lehre und Studium müssen sowohl nach Kriterien der beruflichen Praxis als auch nach Kriterien der Wissenschaft erfolgen. (...)

(3) Die fachwissenschaftliche Komponente des Studiums soll folglich um die Komponenten eines psychologisch, insbesondere kognitionswissenschaftlich, sowie sozial- und erziehungswissenschaftlich fundierten Wissen ergänzt werden, das theoretisch wie praktisch auf die *didaktische Aufgabe des Lehrers* bezogen ist. Diese Komponente soll an der Universität Potsdam - auch unter Beteiligung der Studierenden - forschungst intensiv entwickelt werden. Zur Unterstützung einer solchen Entwicklung wird ein unterrichtswissenschaftliches Institut für Lern- und Lehrforschung gegründet, in dessen Rahmen auch Lehramtsstudenten an Projekten mitarbeiten und ihre Examensarbeiten schreiben können.“⁵

Wegen dieser erwünschten Forschungsintensität wurden interdisziplinäre Zentren geplant, so z.B.

„- *Interdisziplinäres Zentrum für pädagogische Forschung und Lehrerbildung*

Leiter: Professor für Schulpädagogik oder allgemeine Didaktik

Stellvertretender Leiter (für Koordination, Organisation, Dokumentation)

3 wissenschaftliche Mitarbeiter auf Zeit; 2 technische Mitarbeiter; 1 Sekretärin

(...)

- *Interdisziplinäres Institut für Lern- und Lehrforschung*

Leiter: Professor für Psychologische Didaktik

Stellvertretender Leiter
3 wissenschaftliche Mitarbeiter; 2 technische Mitarbeiter; 1 Sekretärin“⁶

Diese Zentren wurden inzwischen gegründet; das zuerst genannte wird von Herrn Wyschkon, das andere von Herrn Lompscher - die beide oben schon erwähnt wurden - geleitet.

Für den erziehungswissenschaftlichen Bereich wurde folgender Stellenplan gefordert, wobei sich „der Aufbau der

Universität Potsdam sich an ca. 5000 Lehramtsstudenten orientiert“:

„Die Strukturkommission hat den Gründungssenat und das MWFK demzufolge davon überzeugt, daß in einer *ersten Aufbauphase* die folgende Personalausstattung unverzichtbar ist (Zahlen nach der Gründungsdenkschrift der Universität):

Fach	Profen	Mitarbeiter
Erz.wiss.	10	30
Sonderpäd.	4	10
Primarstufe	7	40

Dazu kommen noch die entsprechenden Stellen für Psychologie, Sozialwissenschaften, Sport, Musische Fächer usw. sowie die Stellen für die Fachdidaktik in allen Fächern, für die Betreuung der Praktika sowie für die Wahrnehmung von Querschnitts- und Koordinierungsaufgaben im gesamten Bereich der Lehrerbildung.

Der Aufbau der Universität Potsdam stellt für das Land Brandenburg auf Jahre hinaus einen ungewöhnlichen Kraftakt dar. Wer mit Universitätsverhältnissen vertraut ist, wird ermaßen können, welcher Überzeugungsarbeit und Unterstützung innerhalb und außerhalb des Gründungssenats es bedurfte, um die genannte Ausstattung der Lehrerbildung im Bereich der Erziehungswissenschaft zu erreichen.“

Die Besetzung dieser Stellen ist bis heute noch nicht abgeschlossen, sie verläuft eher schleppend und stößt inzwischen zum Teil aus unterschiedlichsten Gründen auf mancherlei Hindernisse.

Was ist weiter geschehen? Es wurde eine beeindruckende Zahl von Lehrstühlen für die Fachdidaktiken geschaffen: in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät für Didaktik der Mathematik, der Informatik, der Physik, der Chemie, der Biologie und der Geographie, in den an-

deren Fakultäten z.B. für Didaktik der Geschichte, der deutschen Literatur, der deutschen Sprache, der englischen Sprache, der russischen Sprache, der Psychologie, der Pädagogik, der Metall- und Elektrotechnik, der Musik, der politischen Bildung. Diese Stellen sind weitgehend besetzt, wobei hier und da die Schwierigkeit bestand, geeignete Bewerber zu finden.

Die genannten Lehrstühle und Professuren sind in den Fächern angesiedelt mit der Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft in der Philosophischen Fakultät II, die im wesentlichen die Erziehungswissenschaften und damit auch das Institut für Grundschulpädagogik umfaßt. Letzteres betreut die Primarstufenstudentinnen, wozu u.a. Professuren für die Lernbereiche Sachunterricht, Deutsch, Mathematik und Kunst geschaffen und besetzt wurden.

Beim Anlaufen des Modells beziehungsweise bei der Überleitung alter oder provisorischer Zustände in dieses Modell - denn die Zeit ist ja nie stehen geblieben, stets gab es in Potsdam Lehrerstudenten - stellte und stellt sich nun heraus:

1. Im Grundschulbereich läuft „die Sache“. Insbesondere hat das Integrierte Eingangspraktikum eine wohl tatsächlich studiumsmotivierende Funktion. Ich hebe das hier hervor, weil ich selbst Vorbehalte gegen dessen Einrichtung und Durchführung hatte. Bei diesem Praktikum assoziiere ich eher - wenn Sie mir hier einmal der Kürze halber einige polemische Ausführungen und ein etwas schiefes Bild erlauben - die Züchtigung von

Topfpflanzen als eine berufliche Orientierung. Kaum hat die Schülerin die Schule verlassen, wird sie gewendet und erneuert dorthin geschickt und gestellt; niemals war sie wirklich im Freien. Wenn das Studium tatsächlich die einzige Zeit ist, die die Studentin seit ihrer Einschulung mit 6 Jahren außerhalb der Schule verbringt, bevor sie wieder dort hingeht, dann sollte sie dort nicht nur wieder und ständig auf die Schule verwiesen werden.

Schule und schulische Curricula können sich trivialerweise nicht durch sich selbst rechtfertigen und erklären. Hierzu bedarf es nicht nur einer gestellten Außen- oder Fremdperspektive, sondern einer tatsächlich gesellschaftlichen.

„Warum sind Bildung und Ausbildung Sache des Gemeinwesens? Weil und sofern sie den einzelnen in den Stand setzen, ein guter Bürger zu sein. Dreiviertel der Gegenstände und Vorgängen in unseren Schulen erfüllen dieses Kriterium nicht.“⁸

Wenn man auch nur im Ansatz auf diese Frage eine ähnliche Antwort wie von Hentig gibt, dann wird es doch zunehmend fraglich, die Schule gleichsam in das Zentrum des Studiums zu stellen.

2. Im SI/SII-Bereich „läuft“ das Potsdamer Modell schwer oder gar nicht. Noch anschaulicher könnte man vielleicht sagen: es ist dort nicht „angekommen“. Es stellt sich plötzlich heraus, daß die Fächer bei seinem Entwurf, bei seiner Konstruktion nicht beteiligt waren. Diese Abwesenheit der Fächer korreliert, um das einmal so boshaft zu sagen, übrigens hoch mit dem Fehlen ihrer Vertreter in der Kommission, die das Potsdamer Modell schuf (s.o.). Diese Abwesenheit

kann nun unterschiedlich interpretiert werden.

Eine Interpretation etwa wäre, daß das Potsdamer Modell und das, was es ausmacht, im wesentlichen von der Pädagogik, der Psychologie und den Sozialwissenschaften gestaltet und „geliefert“ wird. Auch wenn man diese Interpretation nicht teilt, sind ihre psychologischen Auswirkungen auf die Fächern und deren Bereitschaft, an dem Modell mitzuarbeiten, nicht zu unterschätzen. Alte und neue Aversionen der Fachwissenschaftler gegen die Pädagogik und vice versa tun ein Übriges.

Eine andere Möglichkeit wäre, dieses Loch oder, harmloser, diese Lücke als Leerstelle zu interpretieren, die dann von den einzelnen Fächern, die man nicht alle an der Ausarbeitung der Denkschrift beteiligen konnte, auf dem Papier und im Studienbetrieb auszufüllen ist.

Wie auch immer. Allem Anschein nach hielten die Autoren des Modells den „Aufbau einer fachwissenschaftlichen Wissenstruktur für den Lehrer“⁹, den Beitrag der Fächer zu einem „professionsorientierten Studium“¹⁰ für nicht weiter fragwürdig, für unproblematisch: lapidar könnte man sagen, der Beitrag des Faches besteht eben darin, daß der Student das Fach studiert, also die künftige Deutschlehrerin dem üblichen Germanistikstudium, der künftige Mathematiklehrer dem üblichen Mathematikstudium „ausgesetzt“ wird usf., notgedrungen - aber ansonsten unbeachtet - in einer stunden- und inhaltsmäßig „abgespeckten“ Form. Der Fachdidaktik fiel dann die Rolle des missing link zu, das die *fachwissenschaft-*

liche und die *erziehungswissenschaftliche* Komponente des Studiums verbindet.

Zumindest für meine Fakultät weiß ich, daß dies nicht „funktioniert“. Einen zentralen Grund dafür gibt Wagenschein an:

„Die entpädagogisierende Wirkung des Fachstudiums

Was also heute dem künftigen Lehrer, jedenfalls der Mathematik und der Naturwissenschaften, in seinem Fachstudium fehlt, und was nicht einfach zu heilen ist durch Additionen von Pädagogik, Psychologie und Wissenschaftsgeschichte, das ist die *genetische Metamorphose* des sogenannten Stoffes, ohne die jene pädagogisch-psychologischen Vorlesungen überhaupt nicht richtig „ankommen“ können; nicht so nämlich, daß sie sich mit der Fachwissenschaft zu verbinden vermögen. Ein Umstand, der in den Diskussionen um die Lehrerbildung häufig nicht bemerkt wird. Solange wir nicht auch genetische Fachvorlesungen haben, so lange also das Fachstudium eine entpädagogisierende Wirkung hat, können wir allenfalls durch nachträgliche Regenerationsbemühungen noch etwas ändern und nur bei wenigen.“¹¹

Dem so entpädagogisierten Fach steht eine *ent-fach-te* Pädagogik gegenüber, eine Pädagogik, die das Fach bzw. die Fächer als Gegenstand verloren hat. Wie sollte der Student etwas zusammensetzen können, was nicht zusammen paßt?

Falls die erziehungswissenschaftliche, die fachdidaktische und die fachwissenschaftliche Komponente nicht auch inhaltlich aufeinander bezogen werden und sind, ist eine höhere Stundenkontingentierung zugunsten der Erziehungswissenschaften wenig sinnvoll, vielleicht sogar kontraproduktiv zu dem eigentlichen Anliegen des Potsdamer Modells.

Diese Bezüge herzustellen, ist natürlich mehr als nur eine Frage des Good Will und der, wenn ich das hier selbstironisch einflechten darf, - mehr oder minder missionarischen - Überzeugungskraft der Fachdidaktiker als den Agenten und Lobbyisten der Lehramtsstudenten. Es bedarf dazu gewisser materieller Kristallisationspunkte und Vorgaben, die in einer zweiten Stufe der Realisierung des Potsdamer Modells erst zu schaffen und in den Fächern zu „implementieren“ sind und die dann auch als Modellelemente oder -charakteristika benennbar und vorzeigbar und von den Studenten einforderbar und für die Lehrenden verbindlich sind. (Unter letzteren kommt zuweilen so eine Art naturwüchsigen Akademieliberalismus zum Vorschein: jeder lehrt und forscht das, wozu er Lust hat, und dadurch kommt das beste für die Studenten heraus.)

Aus meinem bzw. unserem Fach heraus könnte ich für die (Inhalte und Formen der) *Lehre* u. a. folgende Ideen beitragen:

- eine Vorlesung „Einführen in die Mathematik - ihre Ideen, Geschichte und Gebiete“, in der der Versuch gemacht wird, in das Innere, das Ganze unserer Wissenschaft Einblicke zu geben und zu gewähren; die Erfahrung zeigt, daß das (zumindest für den Lehrerberuf) erforderliche Metawissen sich bei den Studenten nicht dadurch bildet, daß sie vom ersten Semester an eine „Fach“-Vorlesung nach der anderen hören;
- ein Modellierungskurs, also eine Veranstaltung, in der nicht die Fachsystematik, sondern nicht-fachliche Problemstellungen der Ausgangspunkt sind, sich mit

Mathematik (und anderem) zu beschäftigen;

- (weitere) Veranstaltungen, die ihrer Anlage nach den Studenten ein aktives Studium überhaupt erst ermöglichen; das Bild, das die Studenten von ihrem Fach und seinen Möglichkeiten und ihren Möglichkeiten in diesem erwerben und mit in ihren Beruf nehmen, hängt wesentlich davon ab, wie das Fach ihnen angeboten, um nicht zu sagen, vorgesetzt wird: der weit verbreitete (und mit der Materie in einem inneren, wenn auch nicht unausweichlich notwendigen Zusammenhang stehende) resultative Darstellungsstil mathematischer Lehrveranstaltungen ist, um kurz und pauschal mein Nest zu beschmutzen, seinem Charakter nach - hier und da vielleicht sogar vorsätzlich - weder eine Aufforderung zum Eintreten in das Fach, zum Mitdenken oder Selbstdenken, noch eignet er sich in irgendeiner Weise als Vorbild für schulisches Lehren und Lernen;

- eine selbstverständliche und regelmäßige Evaluation der Lehre.

Zu solchen Vorschlägen, die auch auf eine Hebung der Unterrichtskultur an der Hochschule zielen, sollten weitere personellen Maßnahmen kommen und beitragen: ein sinnvolles Tutorenprogramm und Mentorensystem und die Einstellung von pädagogischen Mitarbeitern *in den Fächern*, die gleichzeitig an der Schule und an der Hochschule arbeiten und so eine inhaltliche wie organisatorische Verbindung zwischen diesen Bereichen schaffen und ermöglichen.

Daneben sind die Studien- und Prüfungsordnungen den Intentionen des Potsda-

mer Modells anzupassen; bisher scheint zuweilen der Anpassungsprozeß umgekehrt zu verlaufen.

Was die *Forschung* anbetrifft, habe ich weniger weitreichende Vorstellungen als mancher Teilnehmer dieser Tagung und bin auch vorsichtiger als die Autoren des Potsdamer Modells. Natürlich ist es anstrebenswert und ganz im Sinne meiner obigen Vorschläge, daß es Veranstaltungen mit explorativem Charakter gibt, in denen die Studenten primäre, nicht-vermittelte, nicht-aufbereitete Erfahrungen machen und selbst- oder mitgestaltete Untersuchungen durchführen, aber es wäre ein arges Mißverständnis, Forschung mit empirischer Forschung gleichzusetzen, und, wenn ich einmal kurz diesen Pappkameraden aufbauen darf, es wäre obendrein ein Zerrbild empirischer Forschung, jeden Fragebogen, mit dem ein Student in die Schule eilt, und jedes Videoband, das dort aufgenommen und dann in zugegebenermaßen sehr langwieriger Arbeit transkribiert wird, unter diesen Begriff zu subsumieren. Auch und gerade in der Forschung stellt sich das Problem der Verbindung der oben genannten Studiumposten; stehen diese unverbunden nebeneinander, so ist zu fragen, wie wir z.B. einen Studenten in 8 SWS Mathematikdidaktik zum Forscher machen, zur Forschung befähigen können, oder wie das auf Grund eines 12 SWS-Pädagogikstudiums gelingen sollte.

Das Thema dieser Tagung läßt sich auch sanfter und weniger direkt gekoppelt interpretieren, z.B.: wir forschen in der Mathematikdidaktik, und diese Forschung

hat Auswirkungen auf die Inhalte und die Gestaltung unserer Lehre; denkbar ist auch: wir erforschen diese Ausbildung direkt. Daß es hier einen großen, drängenden Bedarf gibt, zeigt meiner Ansicht nach ein Blick auf die gängigen Formen und Praktiken der Lehrerbildung in den alten Bundesländern. Hier ist nach gangbaren und befriedigenden Wegen und Lösungen zu forschen in Potsdam, aber nicht nur dort. Vielleicht kann ich Ihnen in zwei oder drei Jahren über (erste) Erfolge berichten. Heute noch nicht.

Ein letzter Punkt: wir leben in historischen Zeiten; die Wende liegt noch nicht weit hinter uns. Dieser Erdbeben, dieser Bruch gibt uns für einen Moment den Blick ins Innere frei, in Schichten, die wir sonst von außen nicht einsehen oder greifen könnten. Hier wird aus meiner Sicht zu wenig geforscht. Traditierte Schulverhältnisse und Verkehrsformen zum Beispiel kann man jetzt noch sehen und betrachten. Tradition als Anwesenheit der Vergangenheit in der Gegenwart wird gerade dann greifbar, wenn die geschichtliche Entwicklung sich radikal änderte und scheinbar neue, vergangenheitslose Verhältnisse aufgebaut werden.

Wenn man diese Chance nicht nutzt, dann bleibt später nur eine Narbenforschung, bei der man ungleicher schwieriger wird sehen können, was da eigentlich wie und wie verquer zusammengewachsen ist.

Thomas Jahnke, Prof. Dr. rer.nat., ist Mathematikdidaktiker an der Universität Potsdam und Vorsitzender der dortigen Kommission Lehrerbildung

Anmerkungen:

¹ Vortrag am 12.01.1995 im Haus Ohrbeck, Osnabrück, auf der Tagung „Die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Forschung und Lehre in der Mathematikdidaktik für die Ausbildung von Mathematiklehrerinnen und -lehrern“.

² Universität Potsdam. Potsdamer Modell der Lehrerbildung, S. 13.

³ Ebd., S. 7.

⁴ Ebd., S. 8 f.

⁵ Ebd., S. 9.

⁶ Ebd., S. 49.

⁷ Ebd., S. 57 f.

⁸ von Hentig, Hartmut: Die Schule neu denken. München 1993, S. 18. Hervorhebung von H.

⁹ Universität Potsdam. Potsdamer Modell der Lehrerbildung, S. 23.

¹⁰ Ebd., S. 8.

¹¹ Wagenschein, Martin: Zum Problem des genetischen Lernens, 1968. Hervorhebungen von W.

Potsdamer Modell der Lehrerbildung: Die studentische Sicht

1. Endlich haben wir sie...

... in die richtige Form diskutiert. Die Studienordnung für die erziehungswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Potsdam (UP) und die dazugehörige Praktikumsordnung. Nach der Absegnung durch das Ministerium bilden sie die Kernstücke des Potsdamer Modells der Lehrerbildung (PML). Die Genese dieser für Lehrende und Lernende gleichermaßen verpflichtenden Orientierungshilfe ist gleichsam ein Spiegel des Versuchs der Implementierung des hiesigen Modells, das der Ausbildung fachlich kompetenter, psychologisch geschulter und pädagogisch handlungsfähiger Studenten zum Lehrerberuf zweckdienlich sein soll.

Die Unterkommission für Lehrerbildung des Senats (UKL) hat sich nach eingehender Diskussion gerade der Praktikumsordnung für eine Version entschieden, die man nur noch als Strukturkonzept bezeichnen kann. Das hat den Vorteil, daß sie für die folgenden Studentengenerationen leicht verständlich ist und die Grabenkämpfe individueller Ansichten des Universitätspersonals nicht mehr ablesbar und somit auch nicht mehr einflußnehmend sind. Der Nachteil jedoch begründet sich durch den Verlust des Gei-

stes dieses Modells (siehe dazu die Schrift von Prof. Edelstein: Potsdamer Modell der Lehrerbildung). Zuviel Inhalt, zu wenig Gehalt. Schwer war es, den Gehalt in bloßen Inhalt umzukodieren. Mittelwege brauchen, wie man aus den letzten Jahren weiß, bedeutend mehr Zeit und Geduld. Nun regelt also die Studienordnung für die erziehungswissenschaftlichen Fächer die 30 SWS für das Studium der Erziehungswissenschaft, der Psychologie und der Sozialwissenschaften, die Praktikumsordnung ihrerseits das Zusammenspiel aller Studienbestandteile: Fächer, Didaktik des jeweiligen Faches (als eine eigenständige Disziplin für sich), Erziehungswissenschaften und Psychologie (Die Sozialwissenschaften mit 6 SWS bleiben merkwürdigerweise völlig außen vor. Man kann sie aber auch nicht als eine Art studium generale bezeichnen.). Doch wie man weiß, ist Papier geduldig, und die guten Vorsätze verändern die Personen in ihrem alltäglichen Hochschullehrerdasein sehr wenig bis gar nicht. Die Diskussion um die Studiengebühren, die auch zur Verwendung der Verbesserung der Lehre dienen sollen, führt in die Irre. Sicherlich mag Geld ein Anreiz sein, um gute Lehre zu produzieren. Doch erstens ist nicht gewährleistet, daß das Geld immer vorhanden ist, und zweitens ist es

durchaus als Frechheit zu bezeichnen, daß die Hochschullehrer noch zusätzlich Trinkgelder von denen bekommen sollen, für die sie in gewissem Sinne die Verantwortung übernommen haben. Sie werden ja schon bezahlt. Dafür haben sie auch vernünftig zu arbeiten (siehe dazu u.a. *Die Zeit* vom 17. Nov. 1995).

2. Mühsam nährt sich das Eichhörnchen

Schwer hatten es die eingeflogenen Gedanken, hier fußzufassen und sich mit denen der einheimischen Bevölkerung einzulassen. Darunter litt auch die Anpassung der guten Gedanken an den Standort Potsdam, nachdem die Idee geboren war. Denn es ist ja nicht zu leugnen, daß man schon früher anderenorts probiert hatte, die Verbindung von Fächern und erziehungswissenschaftlichem Studium mit hohem Praxisanteil in die Realität umzusetzen. Und dennoch ist das Potsdamer Modell der Lehrerbildung keine Kopie, wie so vieles andere, sondern ist auch durch seine Entstehungsbedingungen ein eigenständiges Modell. War also die erste Schwierigkeit, die einer guten tragfähigen Idee, überwunden, ergaben sich plötzlich Berge von Problemen, die die zweite Schwierigkeit, die der Erstellung eines studierfähigen Konzepts, bestimmten. Davon sollen einige kurz skizziert werden.

Die Entwürfe und Bearbeitungen dieser Ordnung sind so zahlreich wie die sich bisher stets verändernden Personenkonstellationen und Erfahrungen, die während der sich ebenfalls verändernden Schulstruktur gemacht wurden, zusammengekommen. Das erste Problem er-

gab sich aus den menschlichen (Un)Tugenden, entweder sofort etwas sagen zu müssen, ohne um den Diskussionsstand zu wissen, oder sich erst zu dem Zeitpunkt zu äußern, wenn es ein anderer wagt. Dann mit Nachdruck, aber trotzdem möglichst unpersönlich. Das wiederum ist jedoch auch etwas verständlich, da die bisher geforderten Selbstauskünfte hinsichtlich politischer, sozialer und fachlicher Kompetenz nicht nur zu personalen und personellen Klarstellungen und damit Kategorisierungen führten, sondern darüber hinaus zu einem hohen Maß an Zwang zur Selbstbespiegelung. Das zweite Problem wurde durch die verschlossenen Türen der Schulen verursacht, die ihrerseits Raum und Zeit für sich selbst brauchten.

Somit diskutierten an dieser Form der Lehrerbildung Vertreter der Universität aus den Bereichen Pädagogik, Psychologie und dem Institut für Grundschulpädagogik unter Hinzuziehung von Vertretern des Bildungsministeriums des Landes Brandenburg. Die großartigen Ideen des Herrn Edelstein, die er in der Schrift Potsdamer Modell der Lehrerbildung verewigte, wurden jedoch in einem Punkt nicht ernst genommen. Die Fachwissenschaften ließ man bei der Erarbeitung einer Struktur der erziehungswissenschaftlichen Studiengänge vollkommen außen vor. Das Resultat ist fatal. Denn heute sind lediglich die an der Diskussion beteiligten Wissenschaftsgebiete diejenigen, die sich der Realisierung des PML annehmen. Doch sie haben im Studium nur einen Anteil von einem guten Fünftel (30 SWS). Nehmen die Didaktiken der Fachwissenschaften dieses

Modell schon nicht durchgängig ernst, so fällt es in den Fachwissenschaften völlig unter den Tisch. Bezog man sie einerseits nicht mit ein, so ließen sie sich andererseits auch nicht dazu herab, sich um die Lehrerbildung zu kümmern. Denn diese erscheint auch heute noch als ein wissenschaftlich minderwertiges Studium. Inhalte und Methoden in der Ausbildung der Lehrer orientieren sich immer noch an denen der Magister- und Diplomstudiengänge. Die Methode der Auswahl von Inhalten ist ähnlich der der Historiker bei Schreibung der Geschichte: man geht vom Gegenwärtigen rückwärts und streicht, was man meint, nicht gebrauchen zu können.

Heraus kommt eine Geschichte der Sieger. Von den Inhalten der Magister- und Diplomstudiengänge wird gestrichen, was angeblich in der Schule nicht gebraucht wird. Damit hat man dann das Lehrstudium der Sekundarstufe II./I. Und so geht es abwärts. Das Schlußlicht bildet die Primarstufe, die ohnehin um ihr Ansehen kämpfen muß. Diese Vorgehensweise zeigt nicht nur die Ignorierung des PML, sondern auch etwas weniger offensichtlich die Unfähigkeit, die eigene Hochschuldidaktik reflektieren zu können. Das muß man natürlich erst einmal wollen!

Für die Lehramtstudenten bedeutet das in erster Linie, daß sie durch dieses Versäumnis unglaublich viel mehr an Arbeit haben, als sie verkraften können. Wie immer klagen fast alle Hochschullehrer darüber, daß sie den Studenten zu wenig vermitteln könnten, da sie nur so wenig Stunden in der Fachwissenschaft zur Verfügung hätten, und das Semester ohnehin bald wieder vorbei wäre, während die

Studenten vor lauter Semesterarbeiten und Praktika nicht wissen, wo ihnen der Kopf steht. Nicht allen, aber vielen. Und es wird nicht besser werden. Der Stoff wird immer mehr, während die Methoden seiner Vermittlung sich auf dessen Fülle und die Schnellebigkeit der Zeit nicht in einem vertretbaren Maß einzustellen vermögen. So gehen die Studenten nicht mit fachwissenschaftlicher Kompetenz und dem Wissen um Methodologie dieser Wissenschaft aus den großen Hallen, sondern mit Wissensfragmenten, die sie entweder vor Schülern oder in wissenschaftlichen Veröffentlichungen stottern lassen. Die Verantwortung des Forschers und Hochschullehrers liegt nicht nur darin, selbst Forschung betreiben zu können, sondern auch weiterhin Forschung und gute Lehre an Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Die Bedeutung der Forschung wird in ihrem Anspruch an der Hochschule gegenüber der Schule gerecht, die der Lehre nicht. Wie gut müßte die Lehre sein, würde für sie der gleiche Qualitätssprung gelten!

Während man sich hier an der Universität Potsdam im neubesetzten Rektorat die Hochschuldidaktik auf die Fahnen geschrieben hat muß der Student immer noch sehen, und das sicherlich noch ein paar Jahre, wie er sein Wissen wenigstens einmal vor dem Referendariat kombinieren kann, d. h. Anwendung von Wissen fachlicher Inhalte, von Kenntnissen in Psychologie und Kompetenzen in der Pädagogik. Kurz: er muß sich als wissender und vermittlungsfähiger Mensch beweisen können. Und das möglichst bald im Studium. Denn der Einbruch am Ende ist wahrscheinlich der schlimmste. Des-

halb ist es in hiesiger Ausbildung vorgesehen, schon im Grundstudium so oft als möglich den Kontakt zur Realität zu wahren. Praktika sind neben den drei schon benannten Kernbereichen der Ausbildung in den Lehramtstudiengängen ein zusätzliches wesentliches Element. Aus den gesammelten Erfahrungen werden Diskussionen in den nachfolgenden Seminaren. Sie sollten jedoch nicht als studienleitende Elemente bezeichnet werden, sondern als Diskussionsmaterial. Denn in den erziehungswissenschaftlichen Studien wiederum kommt der Einbindung der Forschung nicht die Bedeutung zu, wie es notwendig wäre. Einige beweisen natürlich auch, daß es trotz der 30 SWS möglich ist, ein ausgewogenes Verhältnis von Forschung seitens der Hochschullehrer und Schulerfahrung seitens der Lernenden zu verbinden. (Oftmals stoßen sie dabei jedoch auf die Unlust und das Unverständnis der Studenten. Die ZEIT-Umfrage über die Sozialisationsgruppe Studenten ist in dieser Hinsicht nicht befriedigend, so wie sie generell oberflächlich war.)

Die fachdidaktischen Praktika - semesterbegleitendes Tagespraktikum und Blockpraktikum in der vorlesungsfreien Zeit - besitzen insofern große Bedeutung, als daß sie die Studenten aus der fachwissenschaftlichen Studierstube locken und vorerst mit einem oder im Idealfall zwei Didaktikdozenten einen Pakt mit der Außenwelt, dem Schulalltag, schließen können. Dabei wird es in Zukunft den Studenten möglich sein, beide Fächer in sechs Wochen statt jedes Fach in vier Wochen zu absolvieren. Bedingung: Auf jeden Fall muß die Betreuung

durch Dozenten - auch Professoren - gesichert sein. Daß dies hier noch möglich ist, liegt an dem selten günstigen Zahlenverhältnis von Studenten und Lehrern. Ironischerweise haben sich fast alle Didaktikinstitute darauf verschworen, mit ihrer Ausbildung erst im Hauptstudium zu beginnen. Dafür gibt es hier zwei Argumente seitens der Hochschullehrer: 1. Die Studenten sind im Grundstudium zu sehr mit den Studien in der Erziehungswissenschaft, der Psychologie und den Sozialwissenschaften beschäftigt. 2. Die Studenten müssen erst einmal etwas vom Fach lernen. Dank der gebotenen Lehrqualität tun sie letzteres nicht. Resultat: Die Fragmente der Zwischenprüfung müssen ohnehin erst in den Didaktikveranstaltungen fachlich aufgearbeitet werden, bevor man als Student über die Vermittlungsformen nachdenken kann. Es handelt sich hier also um einen Trugschluß. Verbessern muß der Student. Der Hochschullehrer hat sein Semester beendet.

Wie also soll sich der Student in fachwissenschaftlicher Kompetenz üben, psychologisches Wissen anwenden und als Pädagoge tätig werden, wenn ihn die Unsicherheit ob des eigenen Wissens ständig quält und viel Zeit, zuviel Zeit in Anspruch nimmt. Die Anwendung des PML erscheint für den Studenten momentan nicht möglich. Funktioniert fast jeder Baustein für sich: das Zusammenspiel keineswegs. Die Krone der fachlichen Ausbildung wäre die Selbstreflexion. Sie nützt am Ende des Studiums nach überwiegend negativen Erlebnissen niemandem mehr.

Diese u.a. Erfahrungen der Studenten sind in die einzelnen Ordnungen mit einge-

gangen. Ohne Kompromisse geht keine Studienordnung über den Tisch. Oftmals auch unter dem berechtigten Vorwand: Die Studenten brauchen eine Orientierungshilfe, in der übrigens nun auch die Studienberatung festgeschrieben ist. So wurden durch die Erfahrungen von Studenten und Hochschullehrern die Konzeptionen immer wieder modifiziert. Die individuellen Ansichten vom optimalen Lehrerstudium oder vom Studium überhaupt wurden natürlich zuweilen auch unsachlich und also personell durchgeführt. Das ist zwar unseriös, wird aber nie zu vermeiden sein.

3. So weit. So gut?

Nein. Die Realisation in den einzelnen Studiengängen verläuft vollkommen unterschiedlich. Das Institut für Grundschulpädagogik bemüht sich seit Jahren, Studenten schon im integrierten Eingangsemester zu qualifizieren. Und es klappt. Das hat nicht notwendig etwas mit guter Lehre zu tun oder mit der irrigen Annahme, dort brauche man weniger zu wissen, also ginge alles viel leichter. Gar nicht. Viel einfacher: Die Studenten erhalten den großen Teil ihrer Ausbildung an einem Institut. In der Ausbildung der Fächer der Sekundarstufe I. werden sie von den Fachwissenschaften betreut.

Diese Einigkeit für die anderen Studiengänge müssen sich alle erst erarbeiten. Einige Probleme wurden schon im zweiten Teil angesprochen. Tatsache ist, daß vielfältig versucht wird, die Lehre in dem erziehungswissenschaftlichen Anteil der 30 SWS nach dem PML zu gestalten.

Damit ein Modell, das sich der Ausbildung von Lehrern widmet, auch ständig

den Tatsachen des schulischen Alltags und dem neuesten Forschungsstand entspricht, ist es notwendig, sich um wissenschaftliche Begleitung zu bemühen. Der Lehrerbildung wird damit auch ein fester Stand in der Universitätsausbildung gesichert. Wir denken hier deshalb derzeit über eine neue Struktur nach, die u.a. die folgenden Aufgaben bewältigen kann:

- Koordination vom Fach, seiner Didaktik, der Erziehungswissenschaft, der Psychologie und den Sozialwissenschaften (denn im PML bilden sie für jeden Studenten einen Komplex)
- Koordination der Interdisziplinären Zentren
- Ständige Strukturüberprüfung
- Beachtung und Beteiligung an außeruniversitären Debatten zur Schul- und Hochschulausbildung.

Zusatz:

Eigentlich sind viele der Gedanken überhaupt nicht Potsdam-spezifisch. Deshalb vielleicht noch drei grundsätzliche Äußerungen:

1. Der Lehrerausbildung muß grundsätzlich mehr Bedeutung beigemessen werden. Die Methoden in der Lehre müssen aktualisiert werden. Nur mit Kursen zu neuen Medien ist ein Wettlauf mit der Außenwelt nicht zu starten.

2. Die Diskussion um Studiengebühren wird allmählich lächerlich. Wenn über Studienzeitverkürzung nachgedacht wird, können nicht nur die Studenten zur Verantwortung gezogen werden, sondern müssen sich die Hochschullehrer Gedanken um ihre Lehre machen. Auch schlech-

te Lehrqualität verlängert nachweislich das Studium.

3. Über die Stiftung von Preisen für außergewöhnliche Lehrqualität nachzudenken, ist gut und richtig. Die zusätzliche Finanzierung der Lehre von Studenten

durch Studiengebühren zu verlangen, ist eine Frechheit.

Kathrin Finke

Die Autorin studiert im 12. Semester Germanistik und Musik-Lehramt an der Universität Potsdam und ist Mitglied der dortigen Kommission Lehrerbildung

* * *

Wenn man als frischgebackener Student (sei es nun Lehramt oder Magister) durch die Gänge der Universität stolpert, ist das erste Problem die Informationsbeschaffung. Zu diesem Zwecke sucht man zunächst die Studienberatung auf.

Die allgemeine Studienberatung beschränkt die Informationen über das Potsdamer Lehrerbildungsmodell (PLM) auf eine kopierte DIN A4-Seite: Darauf befindet sich eine Tabelle, die einen Überblick über den erziehungswissenschaftlichen Studienanteil und die Praktika im Lehramtsstudiengang an der Uni Potsdam gibt. Eine Broschüre, die über die Entstehung, die Ziele und Besonderheiten des PLM informiert, gibt es nicht. So wundert es nicht, daß der durchschnittliche Student in dem Glauben lebt, daß gesamte PLM bestünde aus jener Tabelle: also aus dem erziehungswissenschaftlichen Studienanteil des Lehramtsstudiums und den relativ hohen Praxisanteilen. Welch verhängnisvoller Irrtum! Denn daß das PLM noch wesentlich umfassender, nicht nur Verpflichtungen, sondern auch den Studienablauf, den Charakter der Lehrveranstaltungen, die Evaluation, die Didaktik und sogar die Hochschuldidaktik und die praktische Professionsausbildung beinhaltet und vieles mehr, findet der Student erst spät oder gar nicht

heraus - obwohl es für sein Studium und damit auch für den gesamten Studiengang rückwirkend wichtig ist, daß er über seine Möglichkeiten, Rechte und Pflichten Bescheid weiß.

Will man etwas über das PLM erfahren, so muß man sich auf eine detektivische Suche begeben: Es verbirgt sich geschickt hinter Studienordnungen (ein Problem für sich, das später noch erläutert wird), einer Gründungskonzeption, Prüfungsordnungen, diversen Schriften zumeist von Herrn Professor Jahnke (Mathematik-Didaktik); desweiteren kann man sich informieren bei Studenten älteren Semesters, die diese mühsame Suche schon hinter sich haben, und über Einblick in die Senats-Unterkommission (UKL) verfügen, die sich speziell mit dem PLM beschäftigt.

Gut informiert, muß der Student auf dem Weg zur Verwirklichung des PLM in seinem Studium drei Hindernisse überwinden. Zunächst stolpert er darüber, daß gewisse Grundsätze des PLM in manchen beteiligten Fächern nicht oder nur kaum verwirklicht sind. Zweitens gibt es solche Grundsätze im PLM, die von einem gewissen Studentenbild ausgehen und deshalb einengend wirken; und schließlich gibt es solche Grundsätze, die zwar festgeschrieben und verwirklicht, aber

aus mangelnder Koordination nicht ausführbar sind.

Zum ersten Hindernis läßt sich einfach feststellen, daß die Fächer das PLM teilweise nicht angenommen haben, sei es aus Unkenntnis oder Unwillen. Das läßt sich oft schon leicht an den sogenannten "Stundenplänen" ablesen. Besonders im Grundstudium ist der zeitliche Rahmen eng abgesteckt: Es gibt kaum Wahl-(pflicht)möglichkeiten, stattdessen eine hohe Zahl an Pflichtstunden, die das jedem Fach zur Verfügung stehende Stundenpotential meistens voll ausschöpfen. In vielen Fächern gilt der "Einjahresrhythmus", d.h. man kann nur im Sommersemester "einsteigen" oder Prüfungen ablegen. Die didaktische Qualität der Veranstaltungen beschränkt sich oft auf die autoritäre Vorlesungsart, das heißt: 90 Minuten Stoffvermittlung ohne Fragemöglichkeit. Alternative Lehr- und Lernformen werden nur in wenigen Fächern angeboten, ebenso Einführungsveranstaltungen, über deren Sinn die Meinungen weit auseinandergehen, obwohl sie von Studenten gewünscht werden (besonders die älteren Semestern klagen über mangelndes Einordnungsvermögen und "an-erzogene" Passivität), allerdings nicht solche, die die Struktur des Lernstoffes zu eng umreißen.

Die fachbezogene Studienberatung ist hinsichtlich des Lehramtsstudiums oft ungenügend und beschränkt sich auf das Verteilen von Studentafeln; Studienordnungen sind entweder noch nicht genehmigt, noch in Arbeit, noch auf ihrem Weg durch Instanzen und Kommissionen, noch nicht korrigiert oder aber gerade nicht als Kopie erhältlich. Hält man sie dann in den

Händen, stellt man fest, daß sie oft nur wenige für Studenten einforderbare Elemente enthalten.

Das zweite Hindernis beruht, wie schon erwähnt, auf einem Studentenbild, über das sich die Gründungseltern, die Erzieher und die Fachbetreuer des PLM einig sind: Das Bild des ewig faulen, passiven Studenten. Daraus folgt nämlich, daß die Studenten möglichst viele und möglichst festgelegte Verpflichtungen erfüllen müssen. Die Stundenverteilung eines Sek. I/II Studenten sieht etwa wie folgt aus: Zu den ca. zehn Semesterwochenstunden jedes Lehrfaches pro Semester kommen noch etwa sechs Stunden Psychologie, Pädagogik und Soziologie und diverse Zusatzverpflichtungen, z.B. Medienpädagogik oder Sprecherziehung. Das ergibt durchschnittlich etwa 27 Stunden pro Semester an reinen Pflichtveranstaltungen. Das Studienideal, nämlich die freiwillige Beschäftigung mit den vielfältigsten Themen, wird dadurch nahezu unmöglich gemacht. Hat man Pech, dann hat man zwei Lehrfächer erwischt, die überhaupt keine Wahlpflichtangebote im Grundstudium festschreiben. Hat man nur eines dieser Fächer erwischt, dann leiden zumindest das andere, offener gestaltete Fach sowie die erziehungswissenschaftlichen Fächer, die die Wahlfreiheit ziemlich gut verwirklicht haben, weil der Student höhere Festschreibungen mit größerer Wichtigkeit verbindet und die flexibleren Fächer oft nicht ernst genug nimmt.

Außerdem muß sich der Student in den ersten beiden Jahren seiner Ausbildung das Recht auf die Lehramtsausbildung hart verdienen. Zunächst muß er in endlo-

sen Stunden Grundwissen vermittelt bekommen. Nach der Zwischenprüfung ist er dann "halbfertig" und darf sich nun auch der Didaktik widmen. Ich kann nur vom Grundstudium sprechen; dort ist die Hochschuldidaktik meist ein dermaßen schlechtes Beispiel für den werdenden Lehrer, daß sie ein didaktisches Bewußtsein kaum oder nur negativ schärft.

Der relativ hohe Praxisanteil und die ausführlichen erziehungswissenschaftlichen Studien sind unbedingt als positiv herauszustreichen; das PLM darauf zu reduzieren, wäre allerdings eine unangemessene Verkürzung.

Drittes Problem sind die nicht realisierbaren Anteile des PLM. Aus alter Tradition haben sich verwandte Fächer (z.B. Bio/Chemie) hinsichtlich des Stundenplanes abgesprochen. Bei "verrückten" Kombinationen überschneiden sich die Veranstaltungen derart, daß sie den geregelten Studienablauf behindern und die Einhaltung der Regelstudienzeiten erschweren. Das Argument "als Student muß man immer Prioritäten setzen" zieht hier nicht, da es um Verpflichtungen geht und nicht um Wahlmöglichkeiten. Desweiteren ist Potsdam eine DIMIDO-Uni, d.h. das Wochenende nimmt den größten Teil der Woche ein, was dazu führt, daß nahezu alle Veranstaltungen auf drei Tage, und daß auf die Hauptstoßzeiten, verteilt sind.

Ansonsten ließe sich noch so mancher allgemeiner Tatbestand anführen, der das Studium erschwert: z.B. die Aufbausituation der Uni Potsdam, die Verkehrslage der Stadt Potsdam, die weit voneinander entfernten Uni-Komplexe, die miserablen Öffnungszeiten der Bibliotheken etc., aber das würde zu weit führen.

Zum Schluß noch eine kurze Einschätzung der allgemeinen studentischen Einstellung gegenüber dem PLM: Wahrscheinlich wären viele Studenten begeisterte Anhänger des PLM, wenn sie ausführlich darüber informiert werden würden. Die Vorteile alternativer Lernformen, didaktischer Bemühungen, der Evaluation etc. müßten eigentlich jedem hochschulbefähigten Menschen einleuchten. Bisher muß man leider dem oben geschilderten Studentenbild Recht geben. Ein Großteil der Studenten ist sich der Dimensionen seiner Ausbildung nicht bewußt und hat darauf gebaut, daß man mit dem Lehramtsstaatsexamen "was sicheres in der Hand hat". Allerdings gibt es in Potsdam auch - und ich möchte behaupten, mehr als an anderen Universitäten - Studenten, die ausdrücklich Lehrender werden möchten und ihre Ausbildung sehr genau reflektieren. Von einem aktiven Studium, wie es das Idealstudentenbild sich wünscht, werden sie allerdings von allen vorher genannten Aspekten weitgehend abgehalten.

Man darf bei alledem nicht vergessen, daß sich das junge PLM noch in der Pubertät befindet und seine Entwicklung noch zu hoffen läßt. Ebenso die Fächer, die sich im Umbruch oder im Aufbau befinden und ihren Standpunkt zum PLM erst mühsam formulieren. Außerdem darf man nicht außer Acht lassen, daß es immerhin Fächer gibt, die schon viele der im PLM verankerten Forderungen verwirklicht haben.

Veronika Lipphardt

Die Autorin studiert im 3. Semester Geschichte- und Biologie-Lehramt an der Universität Potsdam und ist Mitglied der dortigen Kommission Lehrerbildung

Regina Kaiser, Sabine Manning & Rudolf Thomas (Berlin):

Universitäre und außeruniversitäre Bildungsforschung in den neuen Bundesländern Ergebnisse einer Bestandsaufnahme

Mit der Studie "Bildungsforschung in den neuen Bundesländern - eine Bestandsaufnahme" vom 10.01.1995 (Kaiser/Manning/Thomas 1995), erarbeitet im Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e. V. unter Leitung von Rudolf Thomas, liegt zum ersten Male ein umfangreicher Überblick zur aktuellen universitären und außeruniversitären Struktur und zur themenbezogenen Bildungsforschung in erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Instituten wissenschaftlicher Hochschulen sowie in außeruniversitären sozialwissenschaftlichen und Bildungsforschungsinstitutionen der neuen Bundesländer (einschließlich Ostberlin) vor.

Damit existiert neben der (westdeutschen) Studie zur "Bildungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland - Situationsanalyse und Dokumentation" des

Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von 1991 (Weishaupt/Steinert/Baumert 1991) nunmehr auch für diesen Teil Deutschlands ein Untersuchungsergebnis, aus dem sowohl Forschungsinhalte, -typen und -finanzierung als auch Forschungsleitung, -laufzeit, Anzahl der Mitarbeiter, Ergebniserwartungen sowie die Forschungs Kooperation betreffender Projekte ablesbar sind. Ein Rückblick auf den Personalbestand, die Forschungsbereiche sowie die Hauptforschungsrichtungen von vier zentralen außeruniversitären Bildungsforschungseinrichtungen der DDR ergänzt in sinnvoller Weise vorliegende Studie. Sie wurde mit konzeptioneller und finanzieller Unterstützung des ehemaligen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in einer dreijährigen Projektlaufzeit erarbeitet.

Institutionelle Struktur

In den neuen Bundesländern ist nach tiefgreifenden institutionellen, personellen und inhaltlichen Veränderungen seit 1991 eine neue Bildungsforschungslandschaft entstanden. Waren in der DDR in den achtziger Jahren vor allem drei zentrale

außeruniversitäre Berliner Institutionen (Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Zentralinstitut für Hochschulbildung, Zentralinstitut für Berufsbildung) sowie auch das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig und das Institut

für Fachschulwesen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in der Bildungsforschung vorherrschend - wobei durchaus ein beträchtliches Potential auch an Hochschulrichtungen existierte - so ist der institutionelle Schwerpunkt der Bildungsforschung in den neuen Bundesländern auf die wissenschaftlichen Hochschulen übergegangen.

Gegenwärtig umfaßt der *universitäre* Bereich dieses Forschungsgebiets elf wissenschaftliche Hochschulen, die über alle neuen Bundesländer verteilt sind: die Universitäten Berlin (HUB), Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig, Magdeburg, Potsdam und Rostock, die Technischen Universitäten Chemnitz-Zwickau und Dresden sowie die Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen. Außerdem gibt es an der Technischen Universität Ilmenau in einem Fachbereich

Abbildung 1: Institutionelle Felder der universitären Bildungsforschung

	Fachgebiete	Zahl der Institute
Erstes institutionelles Feld	Erziehungswissenschaften	
	• Pädagogik	26
	• Pädagogische Psychologie/Soziologie	13
	• Berufs-/Wissenschaftspädagogik	9
	• Sportpädagogik	3
	gesamt	51
Zweites institutionelles Feld	Pädagogik/Didaktik innerhalb der:	
	• Musik- und Kunstwissenschaften	13
	• Naturwissenschaften	48
	• Philologien	44
	• Sozialwissenschaften	37
	• Sportwissenschaften	8
	• Technikwissenschaften	15
	• Theologie	8
	gesamt	173
	insgesamt	224

Berührungspunkte zur Bildungsforschung.

Das größte Potential an Bildungsforschung weisen die erziehungswissenschaftlichen Strukturbereiche mit 51 Instituten auf (Stand: Wintersemester 1994/95). Sie werden nachfolgend als das erste institutionelle Feld der universitären Bildungsforschung bezeichnet. Bereiche der Didaktik bzw. Pädagogik innerhalb anderer universitärer Fachgebiete bzw. Fakultäten mit insgesamt 173 Instituten bzw. Teilbereichen von Instituten bilden das zweite Feld dieser Forschung. Dieses reicht - wie die folgende Abbildung 1 zeigt - von didaktischen Forschungen in den Musik- und Kunstwissenschaften bis hin zur Religionspädagogik als Teil der Theologie. In den aufgeführten Strukturbereichen beider Felder kann, aber muß nicht Bildungsforschung betrieben werden.

Abbildung 2: Struktur der außeruniversitären Bildungsforschung

Einrichtungstyp	Anzahl	davon: Einrichtungen mit Schwerpunkt Bildungsforschung
Außen-/Regionalstellen von Einrichtungen der alten Bundesländer	3	DJI Regionalstelle Leipzig DIPF Außenstelle Berlin HIS Außenstelle Leipzig
Landeseinrichtungen	4	
spezifische Einrichtung	1	Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
Einrichtungen in freier Trägerschaft	8	WIFO, Berlin

Der außeruniversitäre Bereich der Bildungsforschung, der nach Abwicklung der zentralen DDR-Einrichtungen entstanden ist, besteht aus Institutionen unterschiedlicher Rechtsform und Finanzierung. Im wesentlichen sind das:

- Außen- bzw. Regionalstellen von Bildungsforschungseinrichtungen der alten Bundesländer: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) Frankfurt am Main (Außenstelle Berlin), Deutsches Jugendinstitut (DJI) München (Regionalstelle Leipzig), Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) Hannover (Außenstelle Leipzig)
- Pädagogische Landeseinrichtungen, die unter anderem mit Modellversuchen und innovativen Projekten befaßt sind
- als spezifische Einrichtung die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, die auf der Basis etatisierter Projektfinanzierung des Bundes arbeitet
- Einrichtungen in freier Trägerschaft, die anfangs Forschungen vor allem im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaß-

nahmen durchführten und von denen einige seitdem zeitlich befristete Forschungsprojekte für öffentliche Auftraggeber bearbeiten.

Wie Abb. 2 zeigt, sind von den insgesamt 17 außeruniversitären Einrichtungen nur fünf hauptsächlich und kontinuierlich mit Bildungsforschung befaßt. Die Konzentration auf die Standorte Berlin und Leipzig ergibt sich aus den vorangegangenen Strukturen außeruniversitärer Bildungsforschung in der DDR.

Dauerhafte Strukturen der Bildungsforschung haben sich im außeruniversitären Bereich noch nicht herausgebildet. Als eigenständige und fest etablierte Einrichtungen können die Landesinstitute gelten. Die Außen- bzw. Regionalstellen sind in ihrer Entwicklung an die jeweiligen Forschungsinstitutionen in den alten Bundesländern gebunden. Demgegenüber stellen die Projektgruppen - das gilt auch für die Projektgruppe Hochschulforschung - eine Besonderheit dar, für die es keine langfristig gesicherte Existenzgrundlage gibt.

Personelle Ausstattung

Für die personelle Ausstattung des *universitären* Bereichs der Bildungsforschung ist das erziehungswissenschaftli-

che Personal maßgebend. Allerdings ist hierbei der Anteil der speziell mit Bildungsforschung Beschäftigten nicht ge-

sondert ausgewiesen. Die Zahl der Erziehungswissenschaftler beläuft sich im Dezember 1994 auf 1261, wobei der Unterschied zwischen dem ersten institutionellen Feld (724 Personen - 57%) und dem zweiten Feld (537 - 43%) gering ist.

Die Bestandsanalyse des ersten institutionellen Feldes deutet allerdings darauf hin, daß die Umstrukturierung des Personals auch im Wintersemester 1994/95 noch nicht abgeschlossen ist. 20% der geplanten Professorenstellen sind immer noch unbesetzt, in einigen Einrichtungen werden weiterhin Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiter abgebaut. Die Relation von Professoren zu wissenschaftlichen Mitarbeitern beträgt insgesamt 1:4, im ersten Feld jedoch 1:2. Demgegenüber ist der Vergleichswert für Erziehungswissenschaften in den alten Bundesländern 1:1.

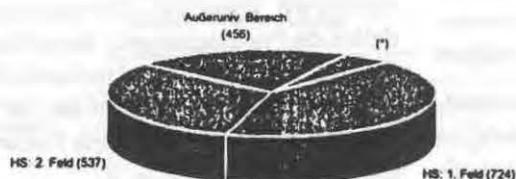
Für den *außeruniversitären* Bereich der Bildungsforschung ergab die Bestandsaufnahme Endes des Jahres 1994 eine Gesamtzahl von 456 wissenschaftlichen

Kräften. Zu beachten ist hier jedoch, daß drei Viertel dieses Personalbestandes auf die Landeseinrichtungen entfallen und dort nur 15% der wissenschaftlichen Mitarbeiter mit Bildungsforschung befaßt sind. Außerdem enthält diese Gesamtzahl das Personal für sozialwissenschaftliche Forschung an Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Insgesamt ergibt sich im außeruniversitären Bereich ein realer Bestand von 80-90 Bildungsforschern. Das entspricht ungefähr einem Zehntel des ehemals in der DDR beschäftigten außeruniversitären Personals der Bildungsforschung (annähernd 900). Bemerkenswert hoch ist das Qualifikationsniveau der gegenwärtig tätigen Bildungsforscher: Mehr als die Hälfte ist promoviert, etwa ein Viertel habilitiert.

Die Relation zwischen universitärem und außeruniversitärem erziehungswissenschaftlichem Personal beträgt ungefähr 3:1. Deutlich ist hier der Unterschied zu den alten Bundesländern. Das statistische Verhältnis des wissenschaftlichen

Abbildung 3: Verteilung des wissenschaftlichen Personals auf Bereiche der Bildungsforschung



(*) Speziell mit Bildungsforschung befaßtes wissenschaftliches Personal (84) innerhalb des außeruniversitären Bereichs

Personals in den universitären Erziehungswissenschaften und im außeruniversitären Bereich liegt dort bei 2:1 und gemessen an Vollzeitstellen bei 1:1. Berücksichtigt man jedoch, daß für die alten Bundesländer bei universitären Erzie-

hungswissenschaften nur das erste institutionelle Feld und bei außeruniversitärem Personal nur Bildungsforscher erfaßt wurden, ergibt sich für die neuen Bundesländer eine Vergleichsrelation von 9:1 (724 gegenüber 84).

Umfang der Bildungsforschung

Als Hauptmerkmal für den Umfang an Bildungsforschung bietet sich die Zahl der Projekte als Sammelbegriff für bearbeitete Themen unterschiedlicher Art, Dauer, Finanzierung und Gewichtung an.

Die Bestandsaufnahme erbrachte im universitären Bereich 428 Projekte der Bildungsforschung. Von diesen werden zwei Drittel im ersten institutionellen Feld, vorwiegend an pädagogischen Instituten, bearbeitet. Innerhalb des zweiten institutionellen Feldes ist der größte Teil der Projekte an naturwissenschaftlichen Instituten angesiedelt. Im außeruniversitären Bereich wurden 48 Projekte ermittelt.

Ein rein quantitativer Vergleich dieser Projektzahlen zeigt - ohne Beachtung von Laufzeit, einbezogenem Personal und anderen Charakteristika - das Übergewicht universitärer Bildungsforschung (etwa 90% aller erfaßten Projekte).

Innerhalb des *universitären* Bereichs kann der Umfang an Bildungsforschung noch differenzierter gekennzeichnet werden. Neben der Anzahl der Projekte ist festzuhalten, wieviele erziehungswissenschaftlich relevante Strukturbereiche der Hochschulen tatsächlich Bildungsforschung

betreiben. Etwa zwei Drittel der Institute weisen Bildungsforschung auf (125 von 190 des Rücklaufs der Befragung). Der betreffende Anteil ist im ersten institutionellen Feld größer (83%), aber auch im zweiten beachtlich (60%). Damit erstreckt sich die Bildungsforschung über 38 Institute im ersten und 87 im zweiten Feld.

Ein weiteres Merkmal für den Umfang der universitären Bildungsforschung - die Besetzung mit Personal - läßt sich, wie bereits erwähnt, nur bedingt bestimmen. Als Anhaltspunkt kann die Zahl der Professoren dienen, da bei ihnen eine anteilige Forschungstätigkeit zumindest vorzusetzen ist und die Personalstellen (im Unterschied zu denen der Mitarbeiter) weitgehend festliegen. Insgesamt stehen 250 Professoren in den Erziehungswissenschaften zur Verfügung, davon 55% im ersten und 45% im zweiten Feld. Im letzteren haben die sozialwissenschaftlichen Fachbereiche den höchsten Anteil.

Eine Verknüpfung der genannten drei Merkmale ermöglicht es, den Umfang an Bildungsforschung in den beiden institutionellen Feldern und im Durchschnitt der Hochschulen zumindest in groben Umrissen zu bestimmen.

Abbildung 4: Umfang an universitärer Bildungsforschung

Merkmal Bereich	Institute mit Bil- dungsforschung	Bildungsforschungs- projekte	Professoren in Erzie- hungswissenschaften
Erstes institutionelles Feld (Prozent von Gesamt)	38 (30%)	269 (63%)	138 (55%)
Zweites institutionelles Feld (Prozent von Gesamt)	87 (70%)	159 (37%)	112 (45%)
Hochschulen (elf) gesamt	125	428	250
Eine Hochschule (im Durchschnitt von elf Hochschulen)	11	39	23

Inhaltliche Schwerpunkte

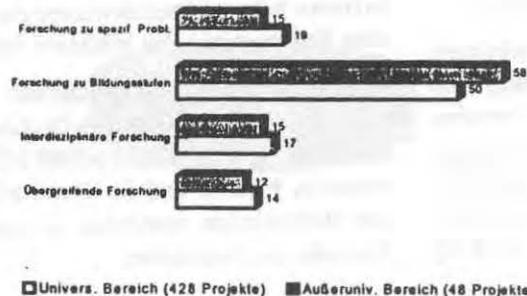
Um die Projekte der Bildungsforschung nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu gliedern, wurden vier Gruppen gebildet:

- übergreifende Forschung, die auf erziehungswissenschaftliche Disziplinen bezogen ist,
- etablierte interdisziplinäre Bildungsforschung, u.a. zur Bildungssoziologie, Bildungsökonomie, Heil- und Sonderpädagogik,
- auf das Bildungswesen und seine Stufen

gerichtete Forschung,
• mit spezifischen Problemfeldern der Bildung, wie Umwelterziehung und deutsch-deutscher Vergleich, befaßte Forschung.

Wie Abb. 5 zeigt, werden in der universitären und noch stärker in der außeruniversitären Bildungsforschung Themen zu den Bildungstufen deutlich bevorzugt. Demgegenüber sind die Anteile der anderen drei inhaltlichen Gruppen nahezu gleich.

Abbildung 5: Aufteilung der Projekte nach Forschungsinhalt (In Prozent)



Der Vorrang von Forschungen zu den Bildungsstufen könnte mit dem Kontext der Umgestaltung des Bildungssystems in den neuen Bundesländern zusammenhängen. Allerdings wird das Gewicht dieser Gruppe wesentlich durch die Schulpädagogik/-didaktik bestimmt, die auch in der Bildungsforschung der alten Bundesländer vorherrscht. Hingegen ist die Forschung zu anderen Bildungsbereichen, namentlich Berufsbildung, sowie zu stufenübergreifenden Themen relativ gering vertreten.

Unter den spezifischen Themenfeldern erscheinen einige, z. B. multikulturelle

Forschungstypen

Eine Einteilung der Projekte nach Forschungstypen erbringt einen deutlichen Vorrang praxisorientierter Forschung. Dies gilt nicht nur, wie zu erwarten, für den außeruniversitären Bereich, sondern auch für die universitäre Bildungsforschung, speziell im zweiten institutionellen Feld.

Bei universitärer Bildungsforschung ragt die Curriculumforschung bzw. die praxisnahe Curriculumentwicklung als einzelner Typ heraus (insgesamt ein Fünftel aller Projekte). Dies steht in engem Zu-

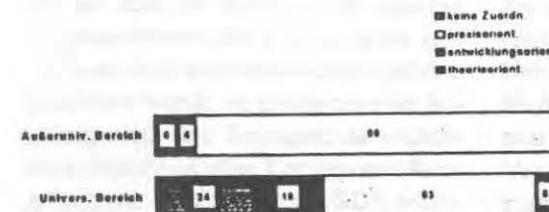
Bildung und Erziehung, weniger verbreitet als in Anbetracht der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion zu erwarten wäre.

Im Unterschied zu den alten Bundesländern sind außeruniversitäre Projekte zur Berufsbildung und Weiterbildung nur schwach vertreten. Zu berücksichtigen ist hierbei zwar der Standort des großen Bundesinstituts für Berufsbildung in Berlin, doch über die Gesamtheit der neuen Bundesländer betrachtet scheinen die wenigen Berufsbildungsprojekte in keinem Verhältnis zu den Problemen auf diesem Gebiet zu stehen.

sammenhang mit dem bereits festgestellten Vorrang der Schulpädagogik bzw. -didaktik.

Zum anderen sind innerhalb des Typs praxisorientierter Forschung an den Hochschulen Bestandsaufnahmen und Erhebungen stark vertreten und an außeruniversitären Einrichtungen die Begleit- und Evaluationsforschung besonders ausgeprägt. Diese Schwerpunkte könnten mit der Analyse von Transformationsprozessen des Bildungswesens in den neuen Bundesländern zusammenhängen.

Abbildung 6: Aufteilung der Projekte nach Forschungstypen (In Prozent)



Fazit

Die Gesamtsicht der Merkmale läßt eine Bildungsforschungslandschaft der neuen Bundesländer erkennen, die im universitären Bereich breit entwickelt und im wesentlichen ausgestaltet ist, während der außeruniversitäre Bereich geringes Ausmaß und teilweise unbeständige Strukturen aufweist. Dieses Mißverhältnis unterscheidet das östliche von dem westlichen Erscheinungsbild der Bildungsforschung: In den alten Bundesländern sind der universitäre und außeruniversitäre Bereich im wesentlichen gleichgewichtig.

Um das Potential des außeruniversitären Bereichs der Bildungsforschung in den neuen Bundesländern zu erhalten bzw. auszubauen, bedarf es einer stärkeren Förderung durch Bund und Länder. Vor allem wären eine anteilige Grundfinanzierung und eine Schwerpunktförderung im Stil der Kommission für die Erforschung des

sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) als wirkungsvoll zu betrachten.

Die vorliegende Bestandsaufnahme wirft Fragen nach der Proportionalität und Effektivität von Bildungsforschung auf, die im ost-westdeutschen Vergleich weiter zu untersuchen sind. Auch für vertiefende Analysen zu Kapazitäten, Inhalten und Methoden der Bildungsforschung in den neuen Bundesländern ist der gesamtdeutsche Zusammenhang unverzichtbar. Darüber hinaus dürfte die vergleichende Einbeziehung ausländischer Erfahrungen, insbesondere von den Mitgliedsländern der EU, gewinnbringend sein.

Regina Kaiser, Dipl.-Bibl.kar., Sabine Manning, Dr. habil., und Rudolf Thomas, Dr. paed. habil., sind als Bildungsforscher am Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (WIFO), Berlin, tätig

Literaturangaben:

Kaiser, Regina; Manning, Sabine; Thomas, Rudolf: Bildungsforschung in den neuen Bundesländern - eine Bestandsaufnahme. Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. Berlin, 10.01.1995. III, 86 S., 305 S. Anh., 8 S. Lit.

Weishaupt, Horst; Steinert, Brigitte; Baumert, Jürgen: Bildungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Situationsanalyse und Dokumentation. Bonn: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1991. XIX, 377 S. (Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 98)

THEMA II: Kirche & Hochschule, Theologie & Politik - Teil 2

Joachim Heise (Berlin):

Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses an staatlichen Universitäten der DDR Entscheidungen Anfang der fünfziger Jahre

In den ersten Jahren nach der Gründung der DDR entschieden die zuständigen staatlichen Stellen und Gremien der SED grundlegende Fragen der Arbeit und der Perspektive der Theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten. Im Kern ging es dabei um die Frage der Fortexistenz der Theologischen Fakultäten an sechs DDR-Universitäten.¹ Es wurde diskutiert, ob der Fortbestand der theologischen Fakultäten mit dem proklamierten Prinzip der Trennung von Staat und Kirche vereinbar sei. Gefragt wurde, ob die Ausbildung des theologischen Nachwuchses der Kirchen nicht zu den inneren Angelegenheiten der Kirche, in die sich der Staat nicht einmischen dürfe, gehöre. Diskutiert wurde, ob die bestehende Regelung nicht dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR widerspreche und der Evangelischen Kirche

dadurch eine Sonderstellung eingeräumt werde?

Erste Entscheidungen dieser komplizierten Fragen wurden im Zusammenhang mit der Hochschulreform 1951 getroffen. Die 4. Tagung des Zentralkomitees der SED faßte am 19. Januar 1951 den Beschluß „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“². Mit ihm entwickelte das ZK der SED die von III. Parteitag der SED (1950) festgelegte hochschulpolitische Orientierung weiter. Es präziserte die ideologischen, erzieherischen und wissenschafts-organisatorischen Aufgaben für die Entwicklung der Universitäten und Hochschulen, wie sie für den anvisierten „Aufbau des Sozialismus“ für unverzichtbar gehalten wurden. Vor allem ging es um die Heranbildung einer der SED treu ergebenden neuen Intelligenz.

Mit dem vom III. Parteitag beschlossenen Fünfjahrplan, hieß es in dem Beschluß des ZK der SED, beginne für die Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute, Bibliotheken, Museen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen „eine neue Etappe in ihrer Entwicklung zu fortschrittlichen, dem Frieden dienenden Einrichtungen“³. Um die „bedeutenden Aufgaben bisher unbekanntem Ausmaßes“ lösen zu können und aus diesen Einrichtungen „wirksame Instrumente im Kampf für die Sicherung des Friedens und die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands“⁴ zu machen, legte das ZK der SED drei grundlegende Aufgaben der Hochschulreform fest:

1. die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an allen Fakultäten der Universitäten und Hochschulen
2. die Förderung der Naturwissenschaften,
3. die Vermittlung der Erkenntnisse der Sowjetwissenschaft und der Wissenschaft in den anderen sozialistischen Ländern.

Bei der Umsetzung dieser Ziele setzte die SED-Führung auf die an den Hochschulen, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen bestehenden Partei- und FDJ-Organisationen sowie auf die als fortschrittlich klassifizierten Kader an den Lehrstühlen. Sie vor allem sollten von nun an einen „unversöhnlichen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie“ führen. Sie sollten darum „ringen“, daß alle Lehrkräfte und Mitarbeiter „den Weg zum Marxismus-Leninismus“ finden und sich für die fortschrittliche Erziehung des akademischen Nachwuchses engagierten.⁵

Die angestrebten Veränderungen im Hochschulwesen der DDR berührten unmittelbar die Ausbildung des theologischen Nachwuchses der evangelischen Kirchen an Universitäten der DDR. In dieser Zeit studierten an den Universitäten in Leipzig, Berlin, Jena, Halle, Rostock und Greifswald insgesamt etwa 900 künftige Theologen.⁶ Der größte Teil von Ihnen war an der Leipziger Universität immatrikuliert.

Wie alle anderen Fakultäten wurden auch die Theologischen Fakultäten aus Mitteln des Staatshaushaltes finanziert. Jährlich wurden für die Theologischen Fakultäten etwa sechs Millionen Mark aus dem DDR-Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Die Kosten für die Ausbildung eines evangelischen Theologen wurden damals mit etwa 20 000 Mark beziffert.⁷

Bei der Frage, wie es mit den Theologischen Fakultäten weitergehen sollte, spielte auch die Praxis in der Sowjetunion und den anderen unter sowjetischem Einfluß stehenden Staaten Osteuropas eine nicht unerhebliche Rolle. Die SED-Führung sah nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den sogenannten Volksdemokratien Vorbilder für die eigene Entwicklung. Dies galt Anfang der fünfziger Jahre auch für ihre kirchenpolitischen Entscheidungen. Die in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten getroffenen Regelungen für die Ausbildung von Theologen waren sehr unterschiedlich. In der CSR zum Beispiel existieren theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten weiter. In der Volksrepublik Polen und in anderen Staaten des sich formierenden Ostblocks bildeten die Kir-

chen ihren theologischen Nachwuchs an kircheneigenen Ausbildungsstätten aus.

Könnte man diese Praxis einfach, wie es in vielen anderen Bereichen geschehen, übernehmen? In der DDR dominierten im Unterschied zu allen Ländern des Ostblocks die evangelischen Kirchen, die seit der Reformation ihre Pfarrer an staatlichen Universitäten ausbilden ließen. An dieser Tradition wurde auch nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus festgehalten. Gemeinsam mit den anderen Fakultäten nahmen die Theologischen Fakultäten nach der Wiedereröffnung der Universitäten wieder ihre Arbeit auf. Dies geschah auf Geheiß der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), deren Offiziere vielfach eine große Hochachtung vor der deutschen Wissenschaft und Kultur empfanden. Zudem lag es nicht im politischen Kalkül der SMAD, durch einseitige Eingriffe in die deutsche Universitätstraditionen ihre Option für ein einheitliches Deutschland zu gefährden.

Als die Frage der Zukunft der Theologischen Fakultäten Anfang der fünfziger Jahre auf die Tagesordnung gesetzt wurde, hatte sich im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahren die Situation erheblich verändert. Inzwischen waren zwei deutsche Staaten entstanden, die immer enger in die entstehenden Blocksysteme eingebunden wurden und die zum Hauptschauplatz des kalten Krieges und der Auseinandersetzungen zwischen den inzwischen zerstrittenen Großmächten geworden waren. Zwischen dem DDR-Staat und den Kirchen hatte sich das Verhältnis seit 1947/1948 immer mehr zugespitzt und nahm mehr und mehr kirchenkämpferische Formen an.

Führende Vertreter der evangelischen Kirchen hatten auch nach der Gründung der DDR ihr Interesse am Fortbestand der Theologischen Fakultäten unterstrichen. So hatte z.B. Bischof Otto Dibelius in einer Stellungnahme zum DDR-Verfassungsentwurf bedauert, daß die Existenz der Theologischen Fakultäten darin nicht verankert worden sei.⁸

An den 1951 verstärkt einsetzenden Diskussionen über die theologischen Fakultäten waren Otto Grotewohl als Ministerpräsident, Otto Nuschke als einer seiner Stellvertreter und Leiter der „Hauptabteilung Verbindung zu den Kirchen“ sowie die für diese Fragen zuständigen Ministerien und Abteilungen des ZK der SED maßgeblich beteiligt. Einfluß auf Entscheidungen in diesen Fragen nahmen auch Pfarrer, die mit der SED und mit der Nationalen Front zusammenarbeiteten. Ihre Meinung äußerten Theologieprofessoren und kirchenleitende Gremien sowie hohe Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR.

Bei den Überlegungen der SED und der staatlichen Stellen ging es nicht vorrangig um organisatorische Dinge, sondern darum, welche Organisationsform, theologische Fakultäten oder gesonderte Ausbildungsstätten, am besten geeignet war, eine Veränderung der politischen Haltung unter der Pfarrerschaft zur DDR und zu den Zielen der SED zu befördern. Analysen der politischen Situation in den theologischen Fakultäten in den Jahren 1951/1952 hatten ergeben, daß „fortschrittliche Kräfte“ sowohl innerhalb des Lehrkörpers als auch unter den Studenten zu den Ausnahmen gehörten, der Einfluß „reaktionärer Kirchenführer“ auf sie je-

doch stark war. Beklagt wurde, daß sich in den Theologischen Fakultäten „der bürgerliche Stil des Hochschulbetriebes“ besonders hartnäckig gehalten habe. Die theologischen Arbeiten der religiösen Sozialisten hätten in den Theologischen Fakultäten kaum Widerhall gefunden. Ablehnend und skeptisch verhielte sich die Mehrheit der künftigen Theologen gegenüber den politischen Parteien und den Massenorganisationen der DDR. Negative Einflüsse seien von ihnen auf die Studenten anderer Fakultäten ausgegangen. So hätten Studenten der Theologischen Fakultäten 1950 zum Wahlboykott bei den Studentenratswahlen aufgerufen. Der theologische Nachwuchs entstammte hauptsächlich aus Pfarrhäusern und aus Familien anderer kirchlicher Mitarbeiter, was ihre Möglichkeiten, neue gesellschaftliche Erfahrungen zu sammeln, einschränke.

Die evangelischen Kirchen klagten zu diesem Zeitpunkt über einen akuten Nachwuchsmangel und gingen deshalb dazu über, Pfarrer aus der Bundesrepublik in der DDR einzusetzen oder Jugendliche der DDR, die keinen Studienplatz an den Theologischen Fakultäten der DDR erhalten konnten, an Hochschulen und Universitäten in Westberlin und der BRD ausbilden zu lassen.

Diese Situation erschwerte aus der Sicht der DDR die Entwicklung einer Pfarrerschaft, die sich gegenüber dem DDR-Staat loyal verhalten sollte.

Mit der Einführung des neuen Studienplanes für das Fach Theologie am 1. September 1951 fiel eine grundlegende Entscheidung über den Fortbestand der Theo-

logischen Fakultäten. Entworfen hatte ihn eine Studienkommission für Theologie unter Leitung von Erich Hertzsch, Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Am 30. Juni 1951 wurde er auf einer „Fachkonferenz“ beraten und am 1. August bestätigt.¹⁰ Im Teil C dieses Studienplanes war erstmals auch für Theologiestudenten ein Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus festgelegt worden. Wie die Studenten anderer Fakultäten sollten sich auch die zukünftigen Pfarrer mit Grundfragen des Marxismus-Leninismus vertraut machen. Der Plan sah in den ersten vier Semestern jeweils vier Wochenstunden zu Grundfragen des dialektischen und historischen Materialismus und im fünften und sechsten Semester die Beschäftigung mit Problemen der politischen Ökonomie vor. Für beide Lehrabschnitte wurden Zwischenprüfungen festgelegt.¹¹

Die Einführung des neuen Studienplans verlief nicht ohne Schwierigkeiten.¹² So widersetzte sich der Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Halle der Aufnahme der Dozenten und Lehrbeauftragten für das gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium in die Räte der Fakultäten.¹³ Während die Teilnahme der Studenten an Vorlesungen und Seminaren des Grundlagenstudiums durchschnittlich 80 Prozent der Studentenschaft betrug, lag dieser Prozentsatz in den Theologischen Fakultäten weitaus niedriger.¹⁴

Angesichts dieser und anderer Schwierigkeiten bei der Einführung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums in den Theologischen Fakultäten entwickelte sich bei den zuständigen staatli-

chen Stellen eine Diskussion, ob die Vorlesungen im Marxismus-Leninismus für Theologiestudenten obligatorisch bleiben oder zu fakultativen Veranstaltungen erklärt werden sollten. Ausgelöst wurden diese Debatten durch einen Vorschlag des Referenten für Philosophie/Theologie des Staatssekretariats für Hochschulwesen, die bisherige Praxis zu ändern.¹⁵

Dem widersprach entschieden die Abteilung Propaganda beim ZK der SED unter Leitung von Kurt Hager.¹⁶ Sie forderte die unbedingte Durchführung der beschlossenen Maßnahmen und verurteilte jedes „Zurückweichen“ vor auftretenden Schwierigkeiten. Begründet wurde dies damit, daß auf diese Weise nicht alle Theologiestudenten an den entsprechenden Veranstaltungen teilnahmen. Diejenigen, die dies dennoch täten, gerieten bei ihren Kommilitonen in „Verdacht“, sich mit dem Marxismus-Leninismus zu identifizieren. Um diesen Eindruck zu vermeiden, würden auch diese Studenten früher oder später auf eine Teilnahme an den M-L-Veranstaltungen verzichten.

Kurt Hager forderte von den Funktionären der SED und der FDJ, nicht vor der notwendigen weltanschaulichen Auseinandersetzung zurückzuweichen.¹⁷ Er kritisierte, daß manche Mitglieder der SED vielfach Angst vor Diskussionen hätten, so zum Beispiel an der Universität Halle. Auf einem Vortragszyklus der dortigen evangelischen Studentengemeinde über religiöse Fragen hätten Mitglieder der SED mit den Worten reagiert: „Das werden wir zu verhindern wissen!“, „Das muß man verhindern!“. Kurt Hager nahm dieses Beispiel zum Anlaß, um seine Auffassungen über die „politisch-ideologische

Arbeit“ mit christlichen Studenten darzulegen. „Unsere Meinung ist“, so Kurt Hager, „daß es, besonders angesichts der Rolle, die die Kirche jetzt in Westdeutschland im Kampf gegen die Remilitarisierung zu spielen beginnt, durchaus nicht fehl am Platze ist, sich mit den Angehörigen dieser Evangelischen Studentengemeinde auseinanderzusetzen, mit ihnen zu diskutieren, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten darzulegen. Anders kommen wir an der Universität nicht weiter. Dadurch, daß wir mit administrativen Maßnahmen verschiedene Vorträge usw. unterbinden, kommen wir nicht weiter. Was wir unterbinden müssen und sollen, sind offene, feindliche, der Verbreitung amerikanischer reaktionärer Ideologie dienende Veranstaltungen. Gegen Vertreter dieser Auffassungen sollen wir einen entschiedenen Kampf führen. Aber die Diskussionen sind bei uns noch nicht entwickelt. Daran krankt wir. Das ist das Entscheidende, was uns noch fehlt.“¹⁸

Hager sprach sich dafür aus, mehr zu diskutieren und weniger zu administrieren. Gegen die „Feinde des Sozialismus“ müsse man kämpfen, mit allen anderen aber müsse man geduldig „ringen“ und mit ihnen überall dort zusammenarbeiten, wo es gemeinsame Interessen und Berührungspunkte gebe. Darauf komme es an, meinte Kurt Hager.¹⁹ Ob diese Meinung in der damaligen SED-Führung mehrheitlich geteilt wurde, wie Hager suggerierte, darf angesichts der Entwicklung in den folgenden Jahren bezweifelt werden.

Darauf deutet ein anderer Vorschlag hin, der Ende 1951/Anfang 1952 zur Lösung des Problems unterbreitet wurde. Er sah

die Herauslösung der Theologischen Fakultäten aus den Universitäten und die Bildung einer „Evangelischen Akademie“ für die Ausbildung evangelischer Pfarrer vor. Dieser Gedanke wurde besonders von einigen Pfarrern aus dem Christlichen Arbeitskreis des Nationalrates der Nationalen Front unterstützt. Eine solche Akademie sollte nach ihren Vorstellungen in Leipzig oder Halle einrichtet werden.²⁰ Ihre Intentionen liefen darauf hinaus, eine solche Ausbildungsstätte als selbständige, von der Verfügungsgewalt und dem Einfluß der Kirchenleitungen unabhängige Einrichtung aufzubauen. Als Leitung schlugen sie ein vom Staat eingesetztes Kuratorium vor, das aus „fortschrittlichen“ Theologen bestehen sollte. Bei der Besetzung der Lehrstühle der geplanten Akademie sollten ausschließlich Theologen aus ihren Reihen bedacht werden. Eine Internatsunterbringung der Theologiestudenten erschien ihnen wünschenswert. Dort sollten Theologen, die sich loyal zur DDR verhielten, erzieherisch auf die Studenten einwirken.

Den möglicherweise aufkommenden Widerstand gegen einen solche Entscheidung meinten sie, nicht schwer nehmen zu müssen, da die Frage der Kirchenleitungen sowieso „klärungsreif“ wäre.²¹ Auf die wenigen, die in den Westen gingen, könne man verzichten.

Die Pfarrer, die diesen Vorschlag unterbreiteten, setzten - im Gegensatz zu der vorher von Kurt Hager vertretenen Position - auf administrative Maßnahmen des Staates zur Lösung kirchenpolitischer Probleme. Einige dieser Pfarrer erhofften sich von der Verwirklichung dieser Vorschläge auch die Lösung ihrer per-

sönlichen Probleme und die Sicherung ihrer Existenz im Rahmen der „Evangelischen Akademie“.²²

Der Gedanke, eine „Evangelische Akademie“ zu bilden, wurde von Ministerpräsident Otto Grotewohl aufgegriffen. Am 4. August 1952 wandte er sich in dieser Angelegenheit an Bischof Otto Dibelius.²³ Er schlug ihm vor, in der DDR eine „Evangelische Akademie“ zu gründen und bat ihn um eine Stellungnahme und Erörterung dieses Vorschlages. In seinem Brief teilte er Bischof Dibelius mit, daß die katholische Kirche einen Antrag gestellt habe, in der DDR die Einrichtung einer katholischen theologischen Hochschule zur Ausbildung ihres Theologennachwuchses zuzulassen. Dieser Antrag habe die Regierung veranlaßt, die Frage der Ausbildung von Geistlichen eingehend zu prüfen. Da nach der Verfassung in der DDR keine Staatskirche mehr bestehe und die Kirchen ihre Angelegenheiten nach Maßgabe der Gesetze selbst regelten, widerspreche der 1945 übernommene traditionelle Zustand der Verfassung der DDR. Aus diesem Grunde sollte die Evangelische Kirche auf der Grundlage der an den Universitäten bestehenden Theologischen Fakultäten eine eigene theologische Akademie bilden. Der Ministerpräsident der DDR sicherte der Kirche dabei die bisher den Theologischen Fakultäten gewährten finanziellen Mittel aus dem Staatshaushalt zu. Er versprach, die Kirche bei der räumlichen Unterbringung der geplanten Akademie zu unterstützen. Die Studienprogramme der Akademie sollten von der Kirche selbst bestimmt werden. Studienprogramme und die Tätigkeit des Lehrkörpers

dürften jedoch nicht im Gegensatz zu der Verfassung und den Gesetzen der DDR stehen.

Der Vorschlag Otto Grotewohls unterschied sich wesentlich von den Überlegungen, die vorher von einigen Pfarrern geäußert worden waren. Wünschten sie eine weitgehende Verfügungsgewalt des Staates über die vorgeschlagene Akademie, so waren die Gedanken Otto Grotewohls darauf gerichtet, die Ausbildung des theologischen Nachwuchses als eine innere Angelegenheit der evangelischen Kirchen zu behandeln. Wollten einige Pfarrer die Lösung der Probleme mit administrativen Mitteln erreichen, so legte Otto Grotewohl großen Wert auf die Herbeiführung einer Übereinkunft mit der Evangelischen Kirche.

Es war keineswegs ausgeschlossen, daß auch die evangelischen Kirchen an dieser Lösung interessiert waren. Das Schreiben Otto Grotewohls an Bischof Dibelius löste eine lebhafte Debatte innerhalb der evangelischen Kirchen und unter Theologen aus. Die Kirche stand vor einer äußerst komplizierten Entscheidung. „Mußte die Kirche dieses Angebot nicht dankbar annehmen und müßten die Fakultäten es nicht als eine zwar schwerwiegende und notvolle Wandlung ihrer Existenz, aber angesichts der Universitätsreform eben doch als eine unumgängliche Notwendigkeit empfinden“²⁴, fragte Joachim Beckmann in seinem Kommentar im „Kirchlichen Jahrbuch“ für das Jahr 1952.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Oktober 1952 in Elbinerode beschäftigte sich mit dem Vor-

schlag der Regierung der DDR. Der Vorsitzende des Rates der EKID Otto Dibelius erklärte in seinem Bericht an die Synode: „Hier wird die Axt an eine Einrichtung gelegt, die mit dem Leben der Kirche immer eng verbunden war. Es wäre ein Verlust für das gesamte geistige Leben unserer Nation, wenn auch nur in einem Teil Deutschlands die Theologischen Fakultäten verschwinden müßten.“²⁵ Erste Fühlungnahmen mit den theologischen Fakultäten und den Kirchenleitungen der Landeskirchen hätten ergeben, teilte Bischof Dibelius mit, daß der Wunsch allgemein sei, die angekündigten Maßnahmen nicht durchzuführen.²⁶ Daraufhin faßte die Synode einen Beschluß zum Vorschlag Otto Grotewohls und bat den Vorsitzenden des Rates der EKID, sich in den bevorstehenden Verhandlungen mit der Regierung der DDR für den Erhalt der theologischen Fakultäten einzusetzen.²⁷

Der Landesbischof von Thüringen, Moritz Mitzenheim, wertete in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten der DDR die Herauslösung der theologischen Fakultäten ebenfalls als Verlust für die anderen Universitätsfakultäten und für die Theologiestudenten selbst. Er erblickte darin einen Bruch mit der deutschen Universitätstradition.²⁸

Emil Fuchs, Professor für systematische Theologie an der Universität Leipzig, nahm ebenfalls zu dem Vorschlag Stellung.²⁹ Er äußerte in einem Schreiben an Otto Grotewohl seine Sorge über die Folgen eines solchen Schrittes. Er würde den Umdenkungsprozeß in den Kirchen behindern und dazu führen, daß die Kirche in „geistiger Enge“ versinken würde.

Erging davon aus, daß die Theologischen Fakultäten in der Geschichte die Kirchenleitungen häufig gezwungen hätten, Entwicklungen zu berücksichtigen, an denen sie vorübergehen wollten. Hoch schätzte er den Wert der Beschäftigung der Theologiestudenten mit dem Marxismus ein. Dadurch würden sie zu „geistig aufmerksamen, ringenden, suchenden Menschen“³⁰ erzogen, denen das gesellschaftliche Leben nicht als „ein stehendes Wasser“ erscheine.

Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig sprach sich ebenfalls in einer Denkschrift für die Beibehaltung der theologischen Fakultäten aus.³¹ In ihr wurde besonders auf zwei Aspekte des Problems hingewiesen. Einmal erhalte die Theologie durch die anderen Fakultäten Anregungen, die für die „Weite des Horizonts“ der künftigen Theologen bedeutsam seien. Zum anderen würde die Bildung einer „Evangelischen Akademie“ das „Auseinanderklaffen“ der DDR und der BRD fördern und dem Ansehen der Theologie in der DDR schaden.

In dieser Situation unterbreitete der Theologieprofessor Johannes Leipoldt in einem Schreiben vom 25. September 1952 an Otto Nuschke einen Kompromißvorschlag.³² Er teilte mit, daß an der Theologischen Fakultät der Leipziger Universität der Gedanke erörtert werde, die Vertreter der geschichtlichen Fächer des Theologiestudiums in die philosophische Fakultät zu übernehmen, die systematische und praktische Theologie jedoch an einer kirchlichen Akademie zu lehren. Er selbst betrachtete diesen Gedanken als „Mittelweg“, der nicht „besonders schön, aber zweifellos gangbar“ sei.

Die Presse in der Bundesrepublik reagierte mit scharfen Kommentaren auf den Grotewohl-Vorschlag. So schrieb die Zeitung „Christ und Welt“, die Evangelische Kirche stehe vor der schwierigsten Entscheidung seit 1945. Die DDR-Regierung verfolge das Ziel, die Heranbildung des geistlichen Nachwuchses der evangelischen Kirchen zu verhindern und wertete den Regierungsvorschlag als „neuerlichen Anschlag der DDR im Kirchenkampf“.³³

Wäre es die Absicht der Regierung gewesen, zu einem solchen „Schlag“ auszuholen, so hätten die staatlichen Stellen ihre Absicht, die theologischen Fakultäten aus den Universitäten herauszulösen, mit Hilfe eines Gesetzes durchsetzen können, denn Fragen der Arbeit der Universitäten lagen allein im Kompetenzbereich des Staates. Dies ist aber nicht geschehen.

Offensichtlich beeindruckten vor allem die Argumente, wie sie von der Theologischen Fakultät Leipzig, von Emil Fuchs und auch von Bischof Moritz Mitzenheim vorgetragen wurden. Eine Abtrennung der theologischen Fakultäten und ihre Übergabe in die Verfügungsgewalt der Kirche hätte zwar kurzfristig die „negativen Einflüsse“, die von den theologischen Fakultäten auf andere Studenten ausgingen, eingeschränkt, zugleich aber hätte die Verwirklichung des Vorschlages den Einfluß des Staates und die Beeinflussungsmöglichkeiten durch die SED und die FDJ auf die Ausbildung des theologischen Nachwuchses erheblich eingeschränkt. Die Studenten und der Lehrkörper wären auch der Einflußnahme der gesellschaftlichen Organisationen und anderer Lehrkräfte sowie der anderen Stu-

dentent entzogen worden. Bei der Kräftekonstellation in den Kirchenleitungen der evangelischen Kirchen in der DDR befürchteten die Regierungsstellen, daß die von ihnen als reaktionär klassifizierten Kirchenvertreter alles daran setzen würden, um die von ihnen favorisierten „progressiven Theologen“ von der zu bildenden Akademie auszuschließen.

Nachdem sich sowohl die Vertreter der evangelischen Kirchen als auch die Theo-

logischen Fakultäten dafür ausgesprochen hatten, die Arbeit der theologischen Fakultäten auch weiterhin zu ermöglichen, wurde nach der Prüfung aller politischen und rechtlichen Folgen der Gedanke fallengelassen, die Theologischen Fakultäten aufzulösen.

Joachim Heise, Dr. sc. phil., ist stellv. Leiter des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung Berlin

Anmerkungen:

¹ Vgl. zur Geschichte der Kirchenpolitik der SED: Frederic Hartweg (Hg.) *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*. Band 1: 1946-1967, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn 1967; ders.: *Kirchenpolitik von SED und Staat. Versuch einer Annäherung*. In: *Kirchen in der Diktatur*, hg. von Günther Heydemann und Lothar Kettenacker, Göttingen 1993, S. 126-154; ders.: *Die Kirchenpolitik der SED zwischen ideologischem Dogma und politischem Pragmatismus*. In: „Provisorium für längstens ein Jahr“. Die Gründung der DDR, hg. von Elke Scherstjanoi, Berlin 1993, S. 344-352. S. auch zur Geschichte der Theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität: Dietmar Linke: *Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank*, Neukirchen-Vluyn, 1994.

² *Entschießung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951 (4. Tagung)*. In *Dokumente der SED*, Bd. III, S. 353 bis 362.

³ *Ebenda*, S. 353

⁴ *Ebenda*

⁵ Vgl. *ebenda*, S. 353 und 362.

⁶ Vgl. *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMOBA) ZPA IV 2/14/177*.

⁷ Vgl. *SAPMOBA ZPA IV 2/14/1*.

⁸ Vgl. *Schreiben der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 5. Mai 1947 (SAPMOBA ZPA 2/14/6)*.

⁹ Vgl. *SAPMOBA ZPA IV 2/14/176*.

¹⁰ *Studienplan Nr. 62 (Theologie des Staatssekretariats für Hochschulwesen, 1. August 1951)*. In: *Auf dem Wege zur gemeinsamen Verantwortung*, Berlin 1967, S. 235 bis 240

¹¹ Vgl. *ebenda*.

¹² Vgl. *Überblick zur Geschichte des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig 1981, S. 55 und 56.

¹³ Vgl. *ebenda*, S. 52.

¹⁴ Vgl. *ebenda*, S. 55 und 56.

¹⁵ Vgl. *SAPMOBA ZPA IV 2/14/176*.

¹⁶ Vgl. *ebenda*; IV 2/14/174

¹⁷ Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/904/7

¹⁸ Ebenda

¹⁹ Vgl. ebenda

²⁰ Vgl. IML, ZPA, 2/14/176

²¹ Dahinter steckte der Plan, die unliebsame Kirchenleitung, besonders jene von Berlin-Brandenburg, durch die Wahl einer neuen aus DDR-freundlichen Mitgliedern zusammengesetzten Kirchenleitung ablösen zu können. Dazu sollte der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl eine Pfarrerversammlung einberufen.

²² Vgl. IML, ZPA, 2/14/176

²³ Vgl. ebenda; Kirchliches Jahrbuch 1952, a. a. O., S. 229 und 230

²⁴ Kirchliches Jahrbuch 1952, a. a. O., S. 235

²⁵ Ebenda, S. 80

²⁶ Die "Neue Zeit" berichtete am 24. August 1952, daß Vertreter der Kirchenleitungen und der theologischen Fakultäten sich auf einer Beratung am 23. August 1952 einmütig für die Beibehaltung der theologischen Fakultäten ausgesprochen hätten. (Vgl. "Neue Zeit", 24. August 1952)

²⁷ Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1952, a. a. O., S. 235

²⁸ Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/176

²⁹ Vgl. ebenda

³⁰ Ebenda

³¹ Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/183

³² Vgl. SAPMO BA ZPA IV 2/14/179.

³³ Vgl. *Christ und Welt*, 28. August 1952.

Wolf Krötke (Berlin):

Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer in der DDR Zur Rezeptionsgeschichte ihres Denkens in Kirche und Theologie

Aus den Erfahrungen des Kirchenkampfes lernen

In der gegenwärtigen Diskussion um die Vergangenheit der Kirche und damit auch der Theologie in der DDR gibt es ein beliebtes Deutungsmuster für die angebliche Anfälligkeit des „Protestantismus“ für den Sozialismus. Es lautet: Kirche und Theologie hätten sich von einem „Propheten des wahren Sozialismus“,¹ nämlich von Karl Barth, abhängig gemacht und seien dadurch blind für den Charakter des „real existierenden Sozialismus“ geworden. Sie hätten diesem Sozialismus zudem unter Berufung Dietrich Bonhoeffer eine theologisch-ideologische Rechtfertigung zuteil werden lassen. Die Namen von Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer stehen darum in dieser Deutung für so etwas wie einen „Sündenfall“ von Kirche und Theologie in der DDR gut.

Doch wie bei allen allzu einfachen Geschichtsdeutungen werden hier nur einige Aspekte gar nicht zu bestreitender Vorgänge verabsolutiert. Die Theologien Karl Barths und Dietrich Bonhoeffers haben zwar in der Theologie der DDR eine hervorgehobene Rolle gespielt, als andere theologische Konzeptionen

unseres Jahrhunderts. Das hängt damit zusammen, daß diese Theologien in unterschiedlicher Weise auf eine Situation der Unterdrückung der Kirche bezogen waren, in der es galt, das Leben der Kirche aus ihren eigenen Wurzeln zu stärken. Die Situation der Kirche in der DDR darf zwar mit der der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus keinesfalls gleichgesetzt werden. Dennoch legte es sich, als die Kirche wieder unter staatlichen Druck geriet, natürlich nahe, von den theologischen Erfahrungen zu lernen, die im „Kirchenkampf“ im Dritten Reich gewonnen wurden, der von theologischen Einsichten Karl Barths geprägt war und in dem Dietrich Bonhoeffer die Positionen der „Bekennenden Kirche“ entschieden vertreten hatte.

Es wäre jedoch gänzlich übertrieben, zu behaupten, Barth und Bonhoeffer seien überall in der Kirche und in der Theologie gleich ausdauernd und aufmerksam gehört und studiert worden. Denn das, was Barth wichtig machte, war durchaus etwas anderes als das, was von Bonhoeffer her wichtig wurde. Man kann das schon

daran sehen, daß Barth für die Kirche und die Theologie in der DDR vor allem in den 50er Jahren eine gewisse Bedeutung hatte. Da hat Barth sich selbst von Basel aus auch mehrfach zur Lage der Kirche und vor allem zu ihrem Verhältnis zum Staat geäußert. Bonhoeffers Theologie, d.h. ein bestimmter Ausschnitt seiner Theologie, der sich in seinen Gefängnisbriefen findet, zog dagegen erst in den 70er Jahren eine breitere Aufmerksamkeit auf sich. Denn es schien so, als sei seine positive theologische Bewertung der „Religionslosigkeit“ und der „mündigen Welt“ der Neuzeit hilfreich für das Verständnis der Situation der Kirche als Minderheit in einer atheistischen Umwelt.

Weitaus größer war freilich das Interesse, das Bonhoeffers Leben und vor allem sein Weg in den Widerstand gegen Hitler, der mit der mit seiner Hinrichtung endete, hervorrief. In der Gemeindefrömmigkeit galt Bonhoeffer als ein Zeuge für die Wahrheit des christlichen Glaubens und den Mut, für diese Wahrheit bis zur letzten Konsequenz einzutreten. In Predigten, auf Spruchkarten und in unzähligen Veranstaltungen wurden einzelne Gedanken von ihm verbreitet, so daß es dementsprechend eine sehr bunte Palette von Bonhoeffer-Bildern gab, die sich auch in einer theologischen Aneignung seines Denkens widerspiegelte, welche man nur mit Mühe auf eine Reihe bekommt.

Im Unterschied dazu war die theologische Rezeption von Karl Barths Theologie vergleichsweise mager. Die „lutherische“ Theologie, aber auch das sogenann-

te praxisorientierte theologische Denken hatte eher eine Barth-kritische Ausrichtung, weil die Konzentration der Dogmatik Barths auf die Christusoffenbarung als zu einseitig für die Wirklichkeitserkenntnis im Ganzen erschien. Eine intensive und durchgängige Beschäftigung mit der Theologie Karl Barths war darum an den Kirchlichen Hochschulen und Theologischen Sektionen eher die Ausnahme.

Wenn sich dennoch der Eindruck gebildet hat, die Barth- und Bonhoeffer-Rezeption sei für die Theologie in der DDR besonders charakteristisch gewesen, so hängt das mit zwei wesentlichen Nahtstellen der DDR-Kirchengeschichte zusammen, die für das Selbstverständnis der Kirchen in der DDR wichtig waren. Die eine Nahtstelle ist der sogenannte „Obrigkeitsstreit“ mit dem Berliner Bischof Otto Dibelius am Ende der 50er Jahre und die andere die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in DDR im Jahre 1969. In beiden Fällen ging es um die Bejahung der Existenz der Kirche in dieser Gesellschaft und damit auch um die Bejahung des sozialistischen Staates und seiner Machtausübung. In beiden Fällen wurden Barth einerseits und Bonhoeffer andererseits für dieses Anliegen in Anspruch genommen. Das bedeutet, ihre jeweiligen theologischen Positionen wurden nicht wie im Nationalsozialismus als Basis des Widerstandes der Kirche gegen den totalitären sozialistischen Staat und die ihn tragende Ideologie verstanden, sondern im Gegenteil als Ermutigung, diesem Staat und dieser Gesellschaft das Beste abzugewinnen.

Die Freiheit der Kirche und der Sozialismus

Karl Barth selbst hat diese Konsequenz aus seiner Theologie nicht nur begrüßt, sondern ausdrücklich zu befördern gesucht. Es ging ihm dabei freilich nicht um die Zustimmung zum „real existierenden Sozialismus“ und seines Staatswesens als solchem. Sein Anliegen war vielmehr, daß die Kirche sich *in ihrer Freiheit* von keiner Ideologie gefangen nehmen lassen dürfe, weder vom westlichen Antikommunismus der 50er und 60er Jahre noch vom Kommunismus. In seinem berühmten „Brief an einen Pfarrer in der DDR“ aus dem Jahre 1958 versuchte er deutlich zu machen, daß die Kirche im damaligen Ost-West-Konflikt nicht die Position des „Westens“ zu vertreten, sondern ihren Weg in Überlegenheit gegenüber den politischen Systemen zu gehen habe, indem sie ihrer Sache treu bleibe.² Ohne das totalitäre Wesen des Sozialismus zu verharmlosen, sollte die Kirche überdies versuchen, die progressiven Wurzeln des Marxismus in Bezug auf die Lösung der sozialen Frage stark zu machen und auch in diesem Staat die von Gott gegebene „Obrigkeit“ anerkennen.

Damit ergiff Barth klar Partei gegen die Position des Berliner Bischofs Otto Dibelius. Dieser hatte die Rechtmäßigkeit des DDR-Staates bestritten und sogar behauptet, daß Christen in diesem Staat ohne Verletzung ihres Gewissens Gesetze brechen könnten. Sein entscheidendes Argument war, daß das Obrigkeitsdenken der evangelischen Tradition grundsätzlich überholt sei. Obrigkeit im 20. Jahrhundert müsse sich vielmehr auf ein von allen anerkanntes Recht stützen. In der

DDR dominiere dagegen die weltanschaulich begründete Machtausübung das Recht. Dibelius berief sich für seine Behauptung auch auf Karl Barth und dessen Ablehnung der nationalsozialistischen Diktatur als Obrigkeit. Denn nach Barth erliegt ein Staat, in dem sich die Macht vom Recht löst, der Dämonie des Politischen. Sofern er seine Macht noch dazu zur Verbreitung einer Weltanschauung einsetze, sei er rundweg zu verneinen.³

Wenn das jetzt gegenüber dem DDR-Staat nicht geltend gemacht wurde, so ist das darin begründet, daß nach Barths Einsicht auch dieser Staat alle wesentlichen Funktionen eines Staates wahrnahm. Er empfahl darum der Kirche „Loyalität“ gegenüber diesem Staat, auch wenn der Vorbehalt des Widerspruchs, ja sogar möglicherweise des Widerstandes gegen bestimmte Maßnahmen dieses Staates gemacht werden müsse.⁴ Auf dieser Linie hat sich dann - übrigens im Einklang mit der traditionellen lutherischen Obrigkeitslehre - in den Kirchen der DDR theologisch die Auffassung durchgesetzt, daß auch dieser Staat unter Gottes Anordnung stehe, weil diese Anordnung „unabhängig vom dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt“ gelte.⁵

Man wird heute nüchtern einräumen müssen, daß in dieser Anschauung vom durch Gott gegebenen Staat für die Kirchen auch ein gehöriges Maß an Pragmatismus mit am Werke war. Die Übernahme der Position von Dibelius hätte die Christen auf Dauer zu Staatsfeinden im eigenen

Lande gemacht und eine ohnehin sehr schwere Situation aussichtslos verschärft. Auf der anderen Seite entstand jedoch die Gefahr, daß von der Kirche eine ganze Dimension der Wirklichkeit dieses Staates ausgeblendet und nicht mehr angesprochen wurde, indem sich die Frage nach seinen Konstitutionsbedingungen nicht mehr als problematische Frage stellte. Das war eigentlich nicht möglich. Denn dieser Staat wiederholte ja seine Konstitution durch seine ideologische Selbstbegründung täglich aufs neue und verlangte auch von der Kirchen eben die Anerkennung dessen, daß die „Machtfrage geklärt“ sei. All die Beschwerden und Bedrückungen der Gesellschaft und der Kirche, die dieser Staat sich leistete, rückten so notwendig in den Status von Einzelproblemen der Art und Weise der Machtausübung, über die man mit dem Staat zu reden trachtete. Sie wurden nicht mehr auf das Fundamentalproblem eines undemokratischen Staatswesens zurückgeführt. Daß freilich die Kritik, welche die Kirche dann an einzelnen Entscheidungen des Staates übte, dem Staat nach wie vor als „Werk des Klassenfeindes“ galt und ihn in höchste Unruhe versetzte, darf auch nicht übersehen werden. Weil er keinerlei Widerspruch dulden wollte, wurde die einzelne Frage faktisch denn doch ständig zur Fundamentalfrage.

Als die Bischöfe der Kirchen in der DDR nach dem Bau der Berliner Mauer mit „10 Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche“ ziemlich klar aussprachen, welches Unrecht die totale Machtausübung eines Staates in der Gesellschaft schafft, reagierte die Staatsfunktionäre höchst allergisch und gereizt. Die Vertreter der

Kirche wurden regelrecht abgekanzelt. Die 10 Artikel durften in der DDR nicht erscheinen. Diese Artikel waren jedoch weitgehend von den theologischen Voraussetzungen Barths her entworfen und Barth hat sie in einer Stellungnahme auch ausdrücklich gutgeheißen. Er fragte aber vorsichtig an, ob das Papier für eine ihrer Sache gewisse Kirche nicht allzu viele „an sich wohl angebrachte und verständliche Seufzer“ enthalte und ob man im Blick auf den Sozialismus nicht „hoffnungsvoller“ und im Blick auf den Staat nicht „im Geiste tiefen inneren Respektes und größerer Verantwortlichkeit“ hätte reden können.⁶ Hier kommt Barths Interesse zur Geltung, daß gerade die Kirche in ihrer Freiheit etwas zur Entkrampfung des Machtgebahrens des Sozialismus sollte, das ja auch den damaligen Ost-West-Konflikt immer neu anheizte.

Das erscheint nicht erst im Rückblick als eine reichlich naive Vorstellung, die viele dem schweizerischen Abstand von Wirklichkeit des Sozialismus zugerechnet haben. Dennoch war sie auf die Dauer gesehen kreativer, als es eine stöhnende Abkapselung vor den Ansinnen dieses Staates und seiner Ideologie hätte sein können. Indem die Kirche und die Theologie langsam begannen, den Marxismus-Leninismus ernster zu nehmen, als seine Funktionäre in der DDR es vermochten, gewann ihr kritisches Potential an Kompetenz und Überzeugungskraft. Die verquere Situation bestand nur darin, daß die Partei gerade dies nun auch nicht wollte und beinahe mehr Furcht vor dem „Revisionismus“, der aus der Kirche kam, zeigte, als vor richtiger Gegnerschaft.

Die Bemühung, die Kirche „ideologisch“ unter Kontrolle zu halten und sie zugleich der eigenen Machtausübung dienstbar zu machen, reichte darum von der Staatsseite her mitten in die theologischen Auseinandersetzungen über den Weg der Kirche in dieser Gesellschaft hinein. Es ist auch heute gar nicht einfach, genau zwischen dem zu differenzieren, was da mit Hilfe des Staatssicherheitsdienstes und anderer Beeinflussungen der Kirche ins Werk gesetzt wurde und dem, was sich freier Einsicht in Kirche und Theologie verdankte. Die Stasi hat - wie wir heute

wissen - sogar Karl Barth selbst einen „Inoffiziellen Mitarbeiter“ auf den Hals geschickt, um ihn zu DDR-freundlichem Verhalten zu veranlassen. Sie hat vor allem mit der Anwerbung von Theologieprofessoren aus den Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen versucht, ihr genehme theologische und kirchliche Positionen zu befördern. Und leider spielt hierbei in der Folgezeit der Mißbrauch des Namens und der Theologie von Dietrich Bonhoeffer, der streng von der Bonhoeffer-Rezeption in der Kirche zu unterscheiden ist, eine gewisse Rolle.

Der Mißbrauch der Theologie Bonhoeffers

Der Berliner Theologieprofessor Hanfried Müller - seit Mitte der 50er Jahre als IM „Hans Meier“ für die Stasi tätig - hatte nämlich eine umfängliche Arbeit über Bonhoeffers Theologie vorgelegt.⁷ Darin vertrat er die Auffassung, daß in Bonhoeffers Denken während des „antifaschistischen Widerstandkampfes“ ein Bruch eingetreten sei. Er habe die Religion als den Versuch der Kirche kritisiert, eine klerikale Herrschaft in der Welt aufzurichten, bei dem Gottes Macht als „Lückenbüßer“ für menschliche Erkenntnis und als Notlöser für die Probleme des persönlichen Lebens ausgegeben wird. Die von Bonhoeffer geforderte Religionslosigkeit der Christen bestehe in einer vorbehaltlosen Anerkennung der „Mündigkeit“ der Welt, d.h. der Anerkennung von Gesetzmäßigkeiten in Natur und Geschichte. Da nun der Marxismus-Leninismus die einzig wahre wissenschaftliche Erkenntnis der Welt ist, muß man auf der Linie Bonhoeffers fordern, daß die christliche Kirche den Marxismus-Leni-

nismus vorbehaltlos bejaht und sich weder mit religiösen Positionen in seine wissenschaftliche Erkenntnis einmischte noch Ansprüche auf irgendwelche Machtausübung erhebt. Wie sollen die Gläubigen dann aber in der Welt leben, wenn sie als solche gar nichts zur Weltgestaltung beizutragen haben? Antwort: Bonhoeffers Forderung eines „religionslosen Christentums“ ist so zu verstehen, daß die Kirche als verborgene Glaubensgemeinschaft existiere, die gegen den Augenschein der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus an Gott glaubt und sich als solche Gemeinschaft jedes Anspruches auf Gesellschaftsgestaltung enthält. Nur der einzelne Christ nimmt in der Anerkennung des Klassenkampfcharakter des Staates und der Entwicklungsgesetze der Geschichte verantwortlich am gesellschaftlichen Leben teil.

Karl Barth hat diese ganze Konstruktion schlicht als „Unfug“ bezeichnet.⁸ Er hielt freilich ohnehin die Erwägungen Bon-

hoeffers über ein „religionsloses Christentum“ nicht für das Stärkste in Bonhoeffers Werk. Denn nach seiner Auffassung gehört „Religion“ als Verehrung eines Absoluten zum Menschsein des Menschen und kann gegen ihren Mißbrauch in der christlichen Kirche zu ihrer Wahrheit kommen. Müllers in der Sache skurrile Thesen haben auch in der Kirche und in der Theologie in der DDR nie irgendeine bemerkenswerte Anerkennung gefunden. Die Kirche war nach dieser Theorie zur gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit verurteilt und der einzelne Christ hätte schon schizofren werden müssen, wenn er gleichzeitig mit dem Marxismus Atheist und mit der Bibel Glaubender hätte sein sollten. Dennoch ist mit dieser kniffligen Absurdität kräftig Universitäts- und

Kirche für andere

Für die Kirche und die auf sie bezogene Theologie war das jedoch allenfalls eine Art Begleitmusik und nicht das Herz der Beschäftigung mit Bonhoeffer. Hier ging es darum, sich auf eine Situation einzustellen, in der die Christen sowohl aufgrund der fortschreitenden Säkularisierung wie aufgrund des staatlichen Druckes immer mehr zu einer Minderheit in der Gesellschaft wurden. Es wurde nach Veränderungen der kirchlichen Strukturen und nach einer neuen Glaubwürdigkeit der Kirche in der Gesellschaft gefragt. Worin Bonhoeffers späte Theologie dabei hilfreich wurde, läßt sich gut am Selbstverständnis der des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR als einer „Kirche für andere“ verdeutlichen. Bonhoeffer verstand darunter eine arme Kirche, eine „Kirche ohne Privilegien“.

Theologiepolitik betrieben worden. Auch bei der Zensur theologischer Literatur spielte diese Lesart Bonhoeffers als eine Art Knüppel des Geistes eine wichtige Rolle. Der theologischen Beschäftigung mit Bonhoeffer in der Kirche, im Bonhoeffer-Komitee des Bundes der Evangelischen Kirchen und an den Kirchlichen Hochschulen ist das alles dennoch in gewisser Weise zugute gekommen. Denn Bonhoeffer wurde nun offiziell - als einziger von den Teilnehmern des 20. Juli 1944 - in die Reihe der von der SED anerkannten „Widerstandskämpfer“ aufgenommen, die als bürgerliche Wegbereiter des Sozialismus galten. Das hat der Beschäftigung mit Bonhoeffer in den Augen der Mächtigen eine gewisse höhere Weihe verliehen.

Solche Kirche sollte in der Gesellschaft ganz auf die Machtentfaltung einer Religion verzichten und am „Leiden Christi“ in der Welt teilnehmen, indem sie nicht für sich, sondern eben für andere Menschen, für ihre „Gemeinschaftsaufgaben“ und Nöte da ist.⁹

Es ist ganz klar, daß die Wirklichkeit der Kirche in der DDR niemals an Bonhoeffers Vorstellungen heranreichte. Zudem ist es immer schwierig, wenn eine der Kirche aufgezwungene Situation so interpretiert wird, als verdanke sie sich ihren ureigensten, freien Anliegen. Dennoch hat der Versuch, Dimensionen von Bonhoeffers Vorstellungen auf die Lage der Kirche in der DDR anzuwenden, zu Entkrampfungen der Haltung der Kirche beigetragen. Die „religionslose“ Umwelt der Kir-

che mußte nun nicht bloß als eine feindliche Umwelt angesehen werden. Auch sie steht unter der Herrschaft Christi, wenn sie sich um mündige Gestaltung der Welt bemüht. Die Kirche brauchte angesichts des Verlustes gesellschaftlichen Einflusses und politischer Macht nicht resignieren, sondern dieser Verlust konnte sie frei machen, ganz aus ihren eigenen Wurzeln, dem Evangelium vom Kreuz Christi, zu leben. Sie versuchte so glaubwürdig zu machen, daß sie ganz für die Menschen in diesem Lande da sei und daß sie gerade „im Sozialismus“ Kirche sein wolle.

Diese viel diskutierte Formel, die dann eine Art kirchenpolitisches Instrument wurde, leidet daran, daß sie nicht zwischen der Ideologie des Sozialismus, dem sozialistischen Staat und der Gesellschaft unterscheidet. Sie verwischt das Wesen des totalitären Staates und ist von Bonhoeffers Staatsverständnis her, dem es wesentlich um die Grenzen des Staates in der Gesellschaft ging, eigentlich zu kritisieren. Indem das unterblieb und die „Kirche im Sozialismus“ vom Hintergrund der „Kirche für andere“ her interpretiert wurde, ist es dann nicht zufällig unter Berufung auf Bonhoeffer auch zu allerhand Schönrederei der Wirklichkeit des Sozialismus gekommen. Die Versuche, den „real existierenden Sozialismus“ als die von Bonhoeffer gemeinte religionslose, mündige Welt zu verstehen, hätten jedoch angesichts der Unmündigkeit, in welcher dieser Sozialismus die Menschen hielt, besser unterbleiben sollen. Sie waren auch Bonhoeffer selbst unangemessen, für den die unverstellte Wahrnehmung

der Wirklichkeit geradezu der Ausweis rechter Theologie war.

Das ist dort, wo man sich selbst mit Bonhoeffers Texten beschäftigte, natürlich auch nicht verborgen geblieben, so daß es neben der gewissermaßen offiziellen Bonhoefferrezeption noch sehr viel mehr gesellschaftskritischere Aktualisierungen von Bonhoeffers Denken gab. Die waren nur sehr schwer öffentlich zu machen, wie die Zensur-Vorgänge um die im Jahre 1985 veröffentlichten „Bonhoeffer-Studien“ zeigen.¹⁰ Dennoch ist in den Gemeinden, ja auch in den sich in der Kirche bildenden oppositionellen Gruppen das Bestreben, Bonhoeffers Gedanken als gesellschaftskritischen Impuls zu verstehen, gar nicht zu übersehen. Daß Bonhoeffer uns lehre, uns auf die Erfahrung der Wirklichkeit einzulassen und ihrer ideologischen Verstellung Widerstand zu leisten, war im Bonhoeffer-Komitee beim Bund der Evangelischen Kirchen eine unstrittige Überzeugung. Barth galt im Unterschied dazu mehr als ein „Dogmatiker“, dem es an dieser Wirklichkeitsoffenheit fehle. Das war zwar ein kurzsichtiges Urteil, dem es an hinreichender Kenntnis der ganzen Theologie Barths und Bonhoeffers mangelte. Aber es erklärt auch von dieser Seite, warum am Ende der DDR eigentlich nicht die Rezeption der Theologie Barths, sondern die Bonhoeffers als eine spezifische Leistung von Kirche und Theologie in der DDR angesehen werden konnte.

Heute dagegen sieht es so aus, als sei mit dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ die aktuelle Nötigung, sowohl auf Bonhoeffer wie auf Barth zu hören, in Wegfall gekommen. Doch das scheint

nur so. Nach dem ersten Schreck über all die Verdächtigungen und Vorwürfe einer Sozialialismushörigkeit, denen die Barth- und Bonhoefferrezeption in der DDR ausgesetzt war, gilt es einerseits nüchtern festzuhalten, daß das Leben mit dem Denken dieser Theologen der Kirche und der Theologie bei allem Einlassen auf die Verhältnisse ihre besondere Freiheit bewahrt hat und sie Subjekt ihres Tuns und Redens sein ließ. Andererseits wäre die Kirche und die Theologie heute angesichts ihres Zerfaserns in die pluralistische Gesellschaft hinein, das ihr Wesen bis zur Unkenntlichkeit verstellt, mehr als gut beraten, wenn sie sich durch Barth und Bonhoeffer zu einer vergleichbaren

Konzentration ihrer Verkündigung und ihres Wirkens anhalten ließen, wie es in der DDR nötig wurde. Diese Konzentration kann nun ohne die alles ins Zwielficht ziehende dikatorische Machtausübung eines totalitären Staates geschehen. Sie muß geschehen, wenn die Barth- und Bonhoefferrezeption in der DDR nicht bloß als ein sich absonderlichen Verhältnissen verdankendes Zwischenspiel in die Kirchen- und Theologiegeschichte eingehen soll.

Wolf Krötke, Prof. D. Dr. theol., lehrt Systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin

Anmerkungen:

¹ So u. a. M. Murrmann-Kahl, Ein Prophet des wahren Sozialismus? Zur Rezeption Karl Barths in der ehemaligen DDR, Zeitschrift für neuere Theologiegeschichte 1 1994, 136-166

² Vgl. Karl Barth, Brief „an einen Pfarrer in der DDR“, in: Karl Barth, Offene Briefe 1945-1968 (Karl Barth - Gesamtausgabe V), Zürich 1984, 401-439

³ Karl Barth, Rechtfertigung und Recht (ThSt I), Zollikon-Zürich 1944, 39

⁴ Karl Barth, Brief „an einen Pfarrer in der DDR“, 429.

⁵ So eine Erklärung der EKD-Synode von 1956

⁶ Karl Barth, Zu den Zehn Artikeln über Freiheit und Dienst der Kirche, in: ders. Klärung-Wirkung-Aufbruch, hg. von W. Feurich, Berlin 1986, 403.

⁷ Von der Kirche zur Welt. Ein Beitrag zu der Beziehung des Wortes Gottes auf die societas in Dietrich Bonhoeffers theologischer Entwicklung, Leipzig 1961.

⁸ Karl Barth, Briefe 1961 - 1968, (Karl Barth-Gesamtausgabe V) Zürich 1975, 183.

⁹ Vgl. zum ganzen Komplex der Gedanken Bonhoeffers, die für die Bonhoeffer-Rezeption wichtig wurden: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft. hg. von E. Bethge, München, Neuausgabe 1977, 305 - 427.

¹⁰ Vgl. hierzu in einen Aufsatz: Der zensierte Bonhoeffer. Zu einem schwierigen Kapitel der Theologiegeschichte in der DDR, ZThK 92 1995, 329-356.

Angelika Engelmann (Dresden):

Feministische Theologie in der DDR

Der folgende Beitrag ist der Versuch, rückblickend die Entstehung und Entwicklung feministischer Theologie in der DDR zu beschreiben. Mit dem Stichwort DDR wird der Zeitpunkt markiert, den diese Darstellung vor allem umfassen will. In *hochschule ost*, Heft 4/95 findet sich ein Aufsatz von Irene Klank mit dem Titel „Erfahrungen mit der Institutionalisierung feministischer Theologie in Berlin“, der gleichsam exemplarisch eine Fortsetzung der hier aufgetragenen Entwicklung ist. Das Thema,

das darzulegen ist, wird in drei Abschnitten ungleichen Umfangs entfaltet:

1. Was ist feministische Theologie?
2. Feministische Theologie in der DDR - was gab es ?
 - 2.1. Feministische Theologie in der DDR war nur punktuell Befreiungstheologie
 - 2.2. Es gab in der DDR einen hoffnungsvollen Aufbruch einer feministisch-theologischen Bewegung
3. Wie sieht die gegenwärtige Situation feministischer Theologie in Kirche und Gesellschaft aus?

1. Was ist feministische Theologie?

Feministische Theologie ist in Westeuropa und den USA auf dem Hintergrund der Frauenbewegung Ende der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts entstanden. Aus einem parteilichen Blickwinkel, nämlich von der Seite der Frauen aus, die meistens unsichtbar gemacht, wenn nicht gar unterdrückt werden, wird versucht, Befreiungstraditionen in der Bibel zu entdecken und freizulegen.

„Feministische Theologie ist ein Beispiel für eine sogenannte Genetiv- oder Kontext-Theologie. Eine Genetiv-Theologie, weil sie eine Theologie der Feministinnen ist. Sie, aufständische Frauen, sind Thema und Subjekt dieser Theologie und ma-

chen ihre Beziehung zu Gott und zum Göttlichen zum zentralen Objekt ihrer Theologie ... Feministische Theologie ist also keine 'weibliche' Theologie, was immer das auch sein mag, sondern eine Kontext-Theologie. Es geht um das Erlebnis von Unterdrückung und Einschränkung, die Erfahrung der Befreiung und des Kampfes, sich selber zu werden. Die Freude über ein neues Lebensgefühl, aber auch die Solidarität mit allen anderen Unterdrückten in der Gesellschaft sowie das leidenschaftliche Suchen nach menschlichen Verhältnissen bilden den Kontext dieser Theologie“ (vgl. Halkes, Söhne, S. 32). Feministische Theologie ist ein Prozeß des Theologisierens, ein

dialektischer Prozeß von Aktion und Reflektion, der immer wieder neue Fragen aufwerfen wird.

Entsprechend dieses Selbstverständnisses feministischer Theologie ergeben sich drei Aufgabenfelder:

Zum einen, einen Bewußtseinsprozeß in Gang zu bringen, mit dem Ziel, daß Frauen entdecken, sie sind nicht die Zweitrangigen oder Nachgeordneten, die in der Kirche zu schweigen hätten.

Daneben steht die Suche in der Bibel und der kirchlichen Tradition nach Frauen-Leitbildern und Identifikationsangeboten. Dazu gehört auch das Aufarbeiten unserer Frauengeschichte einschließlich solcher Epochen wie der Zeit der Hexenprozesse und ebenso das Thema Matriarchatsforschung.

Und schließlich gilt es, Befreiungserfahrungen zu entdecken, die durch Neuorientierung und Perspektivwechsel entstehen.

Die Grundfrage feministischer Theologie ist, meiner Meinung nach: Sind Patriarchat und Bibel/ Kirche/ Theologie/ Christentum unlösbar miteinander verbunden oder nicht? Das Patriarchat und patriarchale Strukturen sind der große Feind einer Entfaltung der Frau (und letztlich auch des Mannes). Kirche und Theologie haben das Patriarchat gestützt und stützen es noch, deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Grundfrage feministischer Theologie, wie ich sie genannt habe, unterschiedlich beantwortet wird.

Es gibt Frauen und feministische Theologinnen, die davon überzeugt sind, daß Patriarchat und Bibel/ Kirche/ Theologie/ Christentum derart miteinander ver-

bunden sind, daß die einzig richtige Konsequenz nur sein kann, sich von dieser Tradition abzuwenden. Religiöse Transzendenzerfahrungen werden außerhalb der traditionellen Institutionen gesucht. Neue religiöse Bewegungen sind entstanden, die Spiritualität innerhalb von Frauengruppen finden und leben (matriachale Lebensformen, Göttinnensuche, Wicca etc.)

- Vertreterinnen einer anderen Position sind die, die feministische Theologie als eine Befreiungstheologie innerhalb der jüdisch-christlichen Tradition zu verstehen bemüht sind. Dann ist kein Auszug aus den Institutionen notwendig, wohl aber Reform und Neugestaltung. Diese Emanzipationsbewegung ist von der Überzeugung gelenkt, daß sowohl das Judentum im alten Israel als auch die Jesusbewegung keine Männersache waren. In der Geschichte gab es immer Frauentraditionen, nur, sie müssen entdeckt, freigelegt und entfaltet werden. Dafür ist Raum zu schaffen.

Feministische Theologie ist Kritik und Neuentwurf. Sie versteht sich nicht als Ergänzung traditioneller Theologie, sondern als Neukonzeption von Theologie überhaupt. Außer den beiden grob skizzierten, oft als post-christlich und christlich bezeichneten und sich stark auseinander entwickelnden Richtungen feministischer Theologie, gibt es zahlreiche dazwischen liegende weitere Positionen. Diese zunächst nicht leicht überschaubare Vielfalt, die ein Kennzeichen einer sich lebendig entwickelnden Bewegung ist, führt vor allem bei Unkundigen und Gegnern zu Irritationen und auch vehement vorgetragener Ablehnung. Diese Irritationen weisen aber auch darauf hin,

daß es ungut ist, wenn diese neue Art des Theologietreibens und Sich-inspirierens fast ausschließlich separat und oft auch separatistisch geschehen muß,

weil Frauen nur selten an den Orten (Universität und Kirchenleitungsgremien) wirken können, an denen theologische Normgebung und Normbildung geschehen.

2. Feministische Theologie in der DDR - was gab es ?

2.1. Feministische Theologie in der DDR war nur punktuell Befreiungstheologie

Vor dem Hintergrund dessen, was meiner Meinung nach feministische Theologie ist, vertrete ich als feministische Theologin in der Kirche die These: Es gab in der DDR nur Ansätze einer feministischen Theologie als einer *kontextuellen Befreiungstheologie*. Feministische Theologie in der DDR ist zunächst nicht reflektierend aus *dieser* gesellschaftlichen Wirklichkeit entstanden.

Durch die schon mit der Gründung der DDR 1949 gesetzlich geregelte Gleichberechtigung hat es in der DDR die Meinung gegeben, daß kein Kampf für Frauenrechte notwendig sei. Entsprechend hat sich auch kein Bewußtsein für Frauenfragen entwickelt. Diese gesellschaftliche Ausgangsposition führte auch in den Kirchen dazu, daß die Anstöße feministischer Fragestellungen nicht aus diesem gesellschaftlichen, sondern dem westdeutschen und westeuropäischen Kontext kamen. Feministische Theologie als kontextuelle Befreiungstheologie gab es nur in mehr oder weniger geschlossenen (Kirchen-)Räumen (vgl. Befreiung hat viele Farben, 1991, S. 32f).

Mit dieser Behauptung soll dreierlei gesagt werden:

1. Feministische Theologie ist als westli-

cher Import in die DDR gekommen. Bis zum Ende der DDR ist aus diesem Kontext beispielsweise kein Buch zur feministischen Theologie erschienen. Die einzige gedruckte Veröffentlichung zur feministischen Theologie war eine holländische Lizenzausgabe (C. Halkes, Gott hat nicht starke Söhne. Grundzüge einer feministischen Theologie, 1988) mit einem Nachwort von Annemarie Schönherr. Aber nicht nur auf dem Buchmarkt wurde feministische Theologie tabuisiert, sondern auch in den kirchlichen Publikationsorganen (Kirchenzeitungen) ist feministischen Fragen kein Platz eingeräumt worden.

2. Viele Theologen und eben leider auch Theologinnen in den Kirchen der DDR haben in den vierzig Jahren DDR einerseits gesellschaftlich ghettoisiert und andererseits westlich orientiert gelebt. Eine tatsächliche Kontextualität gab es nur punktuell. Ein solcher Versuch war zum Beispiel die Formel „Kirche im Sozialismus“. Aber gerade an dieser Formel mit ihrer Ungenauigkeit, die besonders nach 1989 sehr deutlich wurde, läßt sich aufzeigen, wie schwierig es ist, eine DDR-spezifische Theologie zu skizzieren.

Frauen und Theologinnen in den Kirchen haben durch ihre Kontakte nach Westdeutschland und zur Ökumene feministische Theologie, feministische Theologinnen und deren Fragestellungen kennen-

gelernt und sich dann in der DDR bemüht, Kontextualität herzustellen. Das war aber nicht einfach. Da sie weder in den Kirchen noch an den Universitäten zu denen gehörten, die Macht und Einfluß hatten, blieben ihren Versuchen Ansätze und Wege, die eine breitere Öffentlichkeit hätten erreichen können wurden versperert.

3. Es gab in der DDR keinen Dialog zwischen der säkularen und der kirchlichen Frauenbewegung, wohl aber gegenseitige Berührungspunkte. Dieser fehlende Dialog zwischen der säkularen DDR-Frauenbewegung (z.B. DFD oder Frauenforschenden an der Akademie der Wissenschaften) mit ihren spezifischen Problemen und Fragestellungen und einem in den Kirchen langsam wachsenden feministischen Bewußtsein, daß auch sehr stark durch westdeutsche, holländische und amerikanische Literatur entstanden war, hat nicht zu gesellschaftlichen Befreiungserfahrungen geführt. Wir lebten nebeneinander ohne Wissen voneinander. Gegenseitige Berührungspunkte gibt es vereinzelt noch bis heute. Feministische Theologie ist zu DDR-Zeiten kaum gesellschaftlich wahrgenommen worden. Aber eben auch innerhalb der Kirchen ist beispielsweise im Zusammenhang des Konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung die Frauenfrage weitgehend ignoriert worden.

Nach 1989 hat sich diese Situation insofern verändert, als überproportional viele feministische Frauen, die bis dahin nur unter dem Dach der Kirche Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten sahen, sich nun nicht mehr an diesen Ort gebunden fühlen und zum Beispiel als kommunale Frauen-

beauftragte oder in autonomen Frauenzentren und Frauenhäusern tätig sind.

2.2. Es gab in der DDR einen hoffnungsvollen Aufbruch einer feministisch-theologischen Bewegung

Mit der These, daß es in der DDR nur in Ansätzen feministische Theologie als *kontextuelle* Befreiungstheologie gab, ist keineswegs gemeint, es hätte nicht sehr interessante und mutige Ansätze feministischer Theologie gegeben. Sie sollen im folgenden dargestellt werden.

Seit Anfang der 80er Jahre gab es in den evangelischen Kirchen der DDR feministisch-theologische Aktivitäten wie Tagungen in der evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg zu feministischen Themen, feministisch-theologische Werkstätten, entsprechende Pastoralkollegs, Seminare und Vorträge der evangelischen Frauenarbeit und Veranstaltungen auf Kirchentagen. Daneben gab es ungezählte Frauengruppen, Gesprächskreise und Frauengottesdienste, in denen feministisch-theologische Fragen bearbeitet wurden. Theologinnen aus Holland (z.B. Catharina Halkes) und aus Westdeutschland (z.B. Luise Schottroff und Elisabeth Moltmann-Wendel, um nur zwei zu nennen) besuchten uns als Gastreferentinnen und insgesamt hat sich, so ist mein Eindruck, innerkirchlich das Stichwort "Feministische Theologie" mindestens eine Nische erobern können. Getragen wurde diese Bewegung von einzelnen Frauen, die sich durch ein mehr oder weniger strukturiertes Netzwerk verbunden wußten.

1986 ist der „Arbeitskreis feministische Theologie“ gegründet worden, zu dem

Theologinnen, kirchliche Mitarbeiterinnen und andere feministisch-theologisch interessierte Frauen gehören. Von Anfang an hatte sich der Arbeitskreis zwei Ziele gesetzt:

1. Nachdenken über Themen feministischer Theologie in der DDR in Gang zu bringen, also auch an der Frage der Kontextualität zu arbeiten und 2. ein Netzwerk feministisch-theologisch Interessierter aufzubauen.

Der Arbeitskreis hatte ein regelmäßig herausgegebenes Informationsblatt mit dem programmatischen Titel „Das Netz“, das an über einhundertfünfzig Interessierte verschickt wurde. In dem „Netz“ fand sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung mit bestimmten Themen statt als auch wichtiger Informationsaustausch. Dabei mußten die Herausgeberinnen quasi eine doppelte Zensur (staatliche und kirchliche) im Blick haben. Das Heft wurde auf kirchlichen Abzugsgeräten hergestellt, deshalb mußte immer unter dem Titel „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ stehen, und gleichzeitig war diese kirchliche Druckgenehmigung nur zu erhalten, wenn ein Oberlandeskirchenrat den Inhalt absegnete. Erstaunlicherweise gelang es in den Jahren der DDR unproblematisch, das Blatt im Dresdner Landeskirchenamt herzustellen.

Die Arbeitsweise des Arbeitskreises geschah auf drei Ebenen. Einmal gab es die große Zahl der Interessierten, die durch den Bezug des „Netz“ an der feministischen Diskussion teilnahmen. Dann fand jährlich in Berlin eine zweitägige Tagung des gesamten Arbeitskreises jeweils zu einem bestimmten Thema statt, und drittens geschah die Arbeit in vier thematisch

sehr verschiedenen Untergruppen, die unterschiedlich intensiv das Jahr über arbeiteten.

Eine Untergruppe beschäftigte sich mit feministisch-theologischer Wissenschaft und versuchte zunächst die Situation an den Universitäten, kirchlichen Hochschulen und Ausbildungsstätten zu untersuchen und durch meist persönliche Kontakte (Assistentinnen und Doktorandinnen feministischer Arbeiten) Impulse zu geben, daß dort feministische Themen in einem breiteren Umfang vorkommen oder angeregt werden. Diese Untergruppe hat Diplomarbeiten und Arbeiten zum 2. Theologischen Examen erfaßt, zusammengestellt und im Bund der Evangelischen Kirchen in der Auguststraße 80 in Berlin abgelegt. Die Arbeiten wurden aber nicht nur gesammelt, sondern auch nach Themenschwerpunkten untersucht und analysiert. Hier einige Titel der Arbeiten von damals:

- Die Frage nach dem „besonderen“ Amt der Frau im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ordination
- Das Sündenverständnis in Entwürfen Feministischer Theologie: D. Sölle, E. Sorge, M. Daly.
- Darstellung und Vergleich mit dem Sündenverständnis der lutherischen Tradition sowie Beurteilung
- Das Gottesbild der Feministischen Theologie
- Die Frau als Mitmensch. Eine Erörterung zum Problem lesbischer Existenz als Beitrag einer neuen Anthropologie
- Feministische Theologie und das Bekenntnis zu Gott, dem Vater, Sohn und Heiligen Geist
- Ekklesiologische und anthropologische

Aspekte des Sheffield-Reportes - Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche.

Das sind nur einige der vielfältigen Themen, die bearbeitet wurden. Leider zeigen sie keine DDR-Spezifika. Als wir diese Arbeiten in unserem kleinen und überschaubaren Land mit seinen sechs theologischen Fakultäten an den Universitäten (Rostock, Greifswald, Berlin, Halle, Leipzig, Jena), den drei kirchlichen Hochschulen (Berlin, Naumburg, Leipzig) und einigen kirchlichen Ausbildungsstätten (z.B. Amalie-Siebeking-Haus in Radebeul) sammelten, hatten wir auch gehofft, damit den Prozeß voranzutreiben, daß feministisch-theologische Fragestellungen in Studium und Ausbildung mehr Raum bekommen. Immerhin zeigte aber allein das Zusammenstellen der Themen, an denen Frauen arbeiteten, in welcher Breite dennoch eine feministisch-theologische Diskussion entstanden war und geführt wurde.

In einer anderen Untergruppe des Arbeitskreises ging es um Fragen feministischer Liturgie, Spiritualität und frauengerechter Sprache. In ihr wurde zum Beispiel ein Votum aus feministisch-theologischer Sicht zur Erneuerung der Agende erarbeitet. Das ist das Buch, in dem die Gebetes- und anderen Texte für den Gottesdienst stehen. Es ist verbindlich für den gesamten deutschsprachigen Raum. Diese Stellungnahme der Arbeitsgruppe ist den entsprechenden Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland zugestellt worden. Gottesdienstentwürfe zu besonderen Anlässen und viele liturgische Texte sind in dieser Gruppe erarbei-

tet und in der grauen Literatur veröffentlicht worden.

Eine weitere Untergruppe beschäftigte sich mit feministisch-theologischen Predigtmeditationen und weiteren Handreichungen für die Arbeit von Pastorinnen in der Gemeinde.

Die vierte Untergruppe schließlich befaßte sich mit der gesellschaftlichen Situation in der DDR. Hier war also Kontextualität sowohl Aufgabe als auch Ziel der Arbeit. Es scheint aber kein Zufall zu sein, daß die Arbeit dieser Untergruppe besonders erschwert war. Sie bemühte sich, leider vergeblich, um Diskussion und Dialog mit feministischen Frauen in der Gesellschaft, zum Beispiel auch mit Forscherinnen an der Akademie der Wissenschaft. Offenbar war es für diese Frauen nicht möglich mit feministischen Theologinnen und Frauen in den Kirchen Kontakt aufzunehmen. Die Untergruppe mit dem Schwerpunkt, das soziale Umfeld von Frauen zu untersuchen, hat 1990 eine interessante Stellungnahme zur Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch erstellt: „Christinnen für Beibehaltung von § 153:

Mit großer Sorge beobachten wir, daß verstärkt Stimmen laut werden, die fordern, das Recht der Frau auf Schwangerschaftsabbruch einzuschränken. Wir wenden uns als Christinnen entschieden dagegen, den § 218 (StGB) im Zusammenhang mit der Übernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wieder einzuführen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch muß als Voraussetzung für reale Gleichstellung von Frau und Mann erhalten bleiben. Gleichzeitig fordern wir umfassende Aufklärung von Kindern und

Jugendlichen, die Möglichkeit individueller sozialgynäkologischer Beratung von Frauen für Frauen, kostenlose Bereitstellung vielfältiger Mittel zur Schwangerschaftsverhütung, Kindergärten und Kinderkrippen müssen erhalten und grundlegend verbessert werden. Nur so kann die hohe Zahl der Abtreibungen verringert werden - keinesfalls aber durch Kriminalisierung der betroffenen Frauen“.

Diese Stellungnahme für die Beibehaltung des Fristenlösung auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sehr heftige Diskussionen ausgelöst. In Kirche und Gesellschaft gab es sowohl unterstützende, zustimmende als auch harsch ablehnende Meinungen darüber, daß sich feministische Theologinnen zu einem ganz neuralgischen Punkt in der

3. Wie sieht die gegenwärtige Situation feministischer Theologie in Kirche und Gesellschaft aus?

In den letzten fünf Jahren ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern dadurch gekennzeichnet, daß die große Arbeitslosigkeit vor allem Frauen betrifft. Sie sind überproportional negativ von den wirtschaftlichen Veränderungen betroffen. Damit ist die Frauenfrage in ungekannter Schärfe und Brisanz Thema in Gesellschaft und auch Kirche. Die in der DDR als selbstverständlich ermöglichte Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird zunehmend für Frauen abgebaut. Der dramatische Geburtenrückgang (Gebärverweigerung?) ist eine eindeutige Reaktion junger Frauen auf die gegenwärtige Entwicklung. Aufgrund der nicht mehr garantierten Gleichberechtigung, in dem sich

gegenwärtigen Frauenfrage eindeutig geäußert hatten. Es war die erste öffentlich gemachte Position, mit der wir aus unserem Ghetto, der „Nische in den Kirchenmauern“, herausgetreten sind. Zahlreiche Unterschriftenlisten sind zu dieser Erklärung „Christinnen für Beibehaltung von § 153“ gesammelt worden. In dieser Zeit, 1989/90 war der Unabhängige Frauenverband entstanden, in dem damals Frauen aus der ehemaligen SED mit Frauen aus den Menschenrechtsgruppen und aus den Kirchen zusammenarbeiteten. Dieser Unabhängige Frauenverband machte sich ebenfalls die Erklärung zu eigen. Erstmals entstand Solidarität und damit Kontextualität. Inzwischen war eben nicht nur die Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten gefallen, sondern auch die Mauer zwischen den Frauen, die innerhalb, und denen, die außerhalb von Kirche leben.

für Frauen inzwischen alternativ Rollenerwartungen stellen, entweder Beruf oder Familie, beides zusammen scheint kaum möglich, verändert sich bewußtseinsmäßig eine gesellschaftliche Grundhaltung, die vierzig Jahre tragend war.

Diese äußerst problematische Entwicklung bedeutet jedoch gleichzeitig einen großen Bewußtseinswandel, in dem viele Frauen merken, daß letztlich auch in der DDR die Frauenfrage nicht wirklich geklärt war. Strukturelle Benachteiligung ist jetzt allerdings für jede und jeden evident. Damit bekommt feministisches Denken und Bewußtsein eine enorme

Schubkraft. Emanzipatorische Aufbrüche sind unübersehbar.

Für feministisch-theologische Fragen bedeutet diese gesellschaftliche Entwicklung, daß auch bei den Entscheidungs- und Verantwortungsträgern in den Kirchen langsam ein Bewußtsein dafür wächst, daß etwas gegen die strukturelle Benachteiligung von Frauen getan werden muß. So bemühen sich zum Beispiel seit fünf Jahren alle evangelischen Landeskirchen, Frauenreferate einzurichten. Synoden (das sind die Kirchenparlamente) beschäftigen sich mit der Gemeinschaft von Frauen und Männern und hinterfragen die Praxis, die nach wie vor davon geprägt ist, daß Frauen das Gemeindeleben an der Basis tragen und die kirchlichen Leitungsgremien männlich dominiert sind. All dieses Einhalten, Nachdenken und die Aufbrüche sind Auswirkungen feministisch-theologischer Engagements einzelner Frauen, denen es aber gelungen ist, wenigstens punktuell Bündnispartner in den Leitungsgremien zu gewinnen.

Im Ausbildungsbereich hat sich die Situation sehr positiv verändert. Er profitiert

Literatur (in Auswahl):

E. Gössmann, E. Moltmann-Wendel, H. Pissarek-Hudelist, I. Praetorius, L. Schottroff, H. Schüngel-Straumann (Hrsg.): Wörterbuch der feministischen Theologie, 1991

Catherina J.M. Halkes: Gott hat nicht nur starke Söhne. Grundzüge einer feministischen Theologie, 1980

R. Jost, U. Kubera (Hrsg.): Befreiung hat viele Farben. Feministische Theologie als kontextuelle Befreiungstheologie, 1991

von den Erfahrungen in Westdeutschland. Zum Beispiel gibt es in den Bibliotheken mindestens einen Grundbestand feministisch-theologischer Literatur. An manchen Universitäten und Fachhochschulen werden feministisch-theologische Lehraufträge vergeben. Und nicht zuletzt dadurch, daß feministische Theologinnen und feministisch orientierte Frauen anderer Profession aus den alten Bundesländern nun auch in den neuen Bundesländern tätig sind ist ein sehr lebhafter Diskurs entstanden. Er wird sowohl auf der akademischen Ebene geführt wird, als auch in vielen praktisch-theologischen Angeboten der Kirchen, und zunehmend gibt es auch ein sichtbares Interesse säkularer Frauen an feministisch-theologischen Fragestellungen. Diese Entwicklung ist eine sehr hoffnungsvolle. Gleichzeitig markiert sie aber auch das Problem der Frauenfrage überhaupt, um Frauenrechte und Gleichrangigkeit muß in der Kirche und der Gesellschaft mehr denn je gekämpft werden.

Angelika Engemann, Dr. theol., ist Professorin für Theologie an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit Dresden

Christian Winter (Leipzig):

Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig in den Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli¹

Nach der schweren Beschädigung und Zerstörung der Universitätsgebäude am Augustus- bzw. Karl-Marx-Platz im 2. Weltkrieg stand die Universität nach 1945 notgedrungen vor der Frage, in welchen Gebäuden sie in Zukunft Lehrbetrieb und Verwaltung unterbringen würde.

Das zunächst favorisierte Projekt, zwischen Bayerischem Bahnhof und Messiegelände ein völlig neues Universitätsviertel zu bauen, erwies sich bald als undurchführbar. Von der SED-Führung, sowohl SED-Betriebsleitung wie auch Politbüro, wurde dann zunächst das wiederaufgebaute Augusteum als Hauptgebäude der Universität vorgesehen. Doch dagegen regte sich von Anfang an in der Universitätsleitung und im Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen Widerstand. Zunächst auch in der Absicht, das Projekt Universitätsviertel doch noch zu retten, wurde argumentiert, ein Wiederaufbau der Gebäude am Karl-Marx-Platz sei weder wirtschaftlich noch für die Universität ausreichend im Hinblick auf die neuen Aufgaben der Hochschulen.²

Der V. Parteitag der SED beschloß 1958, der Karl-Marx-Platz in Leipzig solle nach dem Neubau der Oper „sozialistisch“ umgestaltet werden und ein „einheitliches Gesicht“ erhalten.³ Diese Entscheidung steht im Kontext der Forderung nach so-

zialistischer Umgestaltung der Stadtzentren in der DDR. Damit wurden zuvor bestehende Wiederaufbaupläne bewußt aufgegeben. Ziel waren möglichst weiträumige Neugestaltungen, die nicht nur die Kriegsschäden beseitigen, sondern gleichzeitig in neuer Architektur das sozialistische Gesellschaftssystem zum Ausdruck bringen sollten. Eine völlig andere Qualität des Neubaus sollte dabei auch die Zerstörung historischer Bausubstanz rechtfertigen.

Der Entschluß, die Universitätskirche am Karl-Marx-Platz zu beseitigen, war keine spontane Entscheidung Walter Ulbrichts, sondern ein über zehn Jahre hinweg geplantes und weitgehend zielstrebig verfolgtes Vorhaben. 1959 legte das Politbüro der SED fest, die Universitätskirche solle vom Karl-Marx-Platz weg verschoben und an ihrer Stelle neben dem wiederaufzubauen (!) Universitätsgebäude einen Neubau errichtet werden.⁴ Damit wurde das historische Bauensemble aufgegeben.

1959 erarbeitete auch die Universitätsleitung Entwürfe, die aber einen völligen Neubau am Karl-Marx-Platz beinhalteten und - wie der Politbürobeschluß - von der Verschiebung der Universitätskirche ausgingen. Gleichzeitig wurde versucht, das Projekt Universitätsviertel außerhalb des

Stadtzentrums doch noch durchzusetzen. Anfangs erfuhr die Universitätsleitung - neben Rektor Georg Mayer war besonders Verwaltungsdirektor Hubert Jusek an den Verhandlungen beteiligt - deutlich Widerstand gegen den Neubauplan durch Vertreter der SED-Bezirksleitung, die den Politbürobeschluss vom Juni 1959 durchsetzen wollten. Schon Ende 1959 setzte aber Paul Fröhlich, 1. Sekretär der Bezirksleitung, eine gemäßigte Linie durch, die zumindest erst einmal alle Möglichkeiten offenhielt.

Als dann auch noch deutlich wurde, daß das von der SED-Führung beabsichtigte Verschieben der Kirche unmöglich ist, war der Damm gebrochen. Man erinnerte sich nun gern der Forderung der Universitätsleitung nach einem Neubau, jetzt aber sollte die bisherige Bebauung einschließlich der unbeschädigten Kirche komplett beseitigt werden!

Im Juni 1960 beauftragte die Leipziger SED-Bezirksleitung unter Paul Fröhlich den Rat der Stadt unter Oberbürgermeister Walter Kresse, Entwürfe ausarbeiten zu lassen, die am Karl-Marx-Platz einen Universitätsneubau konzipieren und dabei von der völligen Beseitigung der Universitätskirche ausgehen.⁵ Seit 1960 wurde die Zerstörung der Universitätskirche von der SED-Führung und den Leitungsgremien der Stadt kontinuierlich und unbeirrt vorbereitet. Von 1960 an wird auch im Rektorat nicht mehr prinzipiell an der radikalen Abbruchlösung und damit auch an der Zerstörung der Universitätskirche gezweifelt. Eine Forderung von Seiten der Universität, die Universitätskirche völlig zu beseitigen, läßt sich für die Zeit vor 1960 und damit vor Beginn der diesbezüglichen Pla-

nungen in Rat der Stadt und Bezirksleitung der SED nicht nachweisen. Allerdings gab das unbedingte Interesse der Universitätsleitung an einem Neubau - zunächst gar nicht auf den Karl-Marx-Platz bezogen - gewissermaßen den Anstoß, nachdem sich die Bemühungen zur Verschiebung der Kirche als erfolglos erwiesen. Nur wirtschaftliche Probleme und die Schwierigkeiten des Rates der Stadt bei der Planung brachten nun noch Verzögerung.

Ein Versuch, die Kirche zu bewahren, ist seitens des Rektorats nie unternommen worden, obwohl die Universität als Rechtsträger dazu nach der Denkmalschutzverordnung der DDR sogar verpflichtet gewesen wäre!⁶ Auseinandersetzungen wurden von der Universitätsleitung lediglich später um die Belegung der Neubauten, insbesondere des Hochhauses, geführt.

Die Theologische Fakultät verstand sich innerhalb der Universität stets auch als Sachwalterin der Interessen der Universitätskirche. In dieser Kirche fanden die Semesteranfangs- und Semesterabschlussgottesdienste statt und natürlich die Universitätsgottesdienste, die auch stark von den Theologiestudenten besucht waren. Die Kirche war Ausbildungsstätte, in der die Seminargottesdienste des homiletisch-liturgischen Seminars gehalten wurden. So hatte jeder Absolvent der Leipziger Theologischen Fakultät hier gepredigt, was die enge Bindung der sächsischen Pfarrerschaft an die Universitätskirche erklärt.

Seit 1959, als die Pläne, die Universitätskirche am Karl-Marx-Platz zu beseitigen, bekannt wurden, haben sich die Vertreter der Fakultät immer wieder für die Erhaltung der Kirche eingesetzt. So protestierte man im

Frühjahr 1960 anlässlich einer Ausstellung zu künftigen Bauvorhaben in Leipzig gegen die dort vorgestellten Pläne, die Kirche zu verschieben. Die Professoren der Theologischen Fakultät wandten sich an Rektor Mayer und warnten vor der ernstesten Gefährdung der geschichtlichen Tradition und des gotischen Bauwerks bei der geplanten Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes. In der Ausstellung hatten sie im ausliegenden Buch einen Schriftsatz gemeinsam unterzeichnet, der gegen die geplante Verrückung der Universitätskirche folgende Gründe anführt: 1. Die Kirche ist der älteste Bau der Universität und einziger Zeuge aus den Tagen ihrer Gründung - nicht nur der Bau, sondern auch der Ort ist zu erhalten; 2. Gefahr von Schäden; 3. Kostenaufwand.⁷

Doch die Gefährdung der Universitätskirche nahm weiter zu. Auf einer neuen Bauausstellung im Herbst 1960 war die Kirche nicht mehr in den Modellen des Stadtzentrums enthalten. Diese Bauausstellung wurde zu einem Höhepunkt des Protestes gegen die beabsichtigte Beseitigung der Paulinerkirche. Zahlreiche Leipziger äußerten ihre Ablehnung gegen die vorgestellten Entwürfe. Daß gerade die Studenten eine starke Proteststimme ausmachten, zeigt die scharfe Reaktion des Leipziger Oberbürgermeisters Walter Kresse, der sich bei Rektor Mayer beschwerte, seitens „kirchlicher Kreise“ werde „durch Mißbrauch Gläubiger“ die Bauausstellung zum Forum für Diskussionen gegen die DDR genutzt. „Unter den mißbräuchlich genutzten Gläubigen“ seien besonders viele Theologiestudenten, die durch ihre Professoren während des Gottesdienstes zum Protest aufgefordert worden seien, au-

ßerdem Studenten der Kunstgeschichte. Der Rektor, der von Anfang an Gelegenheit gehabt habe, an den Diskussionen der Architekten und Projektanten teilzunehmen, solle „den Standpunkt des Rates der Stadt“ vertreten.⁸

Rektor Mayer bestätigte daraufhin, „vollinhaltlich“ den Standpunkt des Rates der Stadt zur Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes zu teilen.⁹ In einer „Aussprache“ mit dem Dekan der Theologischen Fakultät, Hans Bardtke, äußerte Mayer, er sei befremdet darüber, daß Studenten der Fakultät in der Bauausstellung gegen die Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes aufträten. Mayer versicherte, der Abriss - den er damit bestätigte - richte sich nicht gegen die Theologische Fakultät, sondern sei städtebaulich notwendig, das müsse akzeptiert werden. Außerdem erkundigte er sich nach dem Verlesen einer Abkündigung in der Universitätskirche, die zum Gebet für die Erhaltung aufgefordert habe. Bardtke erwiderte, daß der Rat der Fakultät über die Universitätskirche beraten habe. Er sei seinerseits befremdet, daß man erst über die Ausstellung von den Plänen zum Karl-Marx-Platz erfahren habe. Die Professoren hätten nicht mit den Studenten gesprochen oder sie zu Äußerungen in der Ausstellung aufgefordert, aber auch Bardtke selbst habe sich kritisch in das Ausstellungsbuch eingetragen und für die Erhaltung der Kirche ausgesprochen. Bei der „Abkündigung“ handle es sich um die Erklärung zur Kollekte für die Universitätskirche.¹⁰ Als letzten Ausweg macht Bardtke den Vorschlag, die Kirche notfalls als Museum der Universität einzurichten, um sie als Gebäude erhalten zu können. Mayer erklärte nur, man wolle gegen die Studen-

ten nicht vorgehen, nur eine Belehrung zum Verhältnis zwischen Kirche und Staat sei nötig.¹¹

Anfang 1961 zeigte sich jedoch, daß wegen erheblicher Schwierigkeiten im Bauwesen ein Neubau am Karl-Marx-Platz zunächst undurchführbar war und die Kapazitäten nicht einmal für einen Abbruch ausreichten. 1963/64 aber, als SED-Bezirksleitung und die Räte von Stadt und Bezirk Leipzig versuchten, die Sprengung der „störenden Altsubstanz“ und den Beginn des Neubaus am Karl-Marx-Platz nun für 1964 durchzusetzen und besonders die Forderung nach einem Hochhaus als „sozialistische Stadtkrone“ in den Vordergrund trat, bewirkten Gerüchte und Teilinformationen über diese Pläne zahlreiche Protestschreiben. Durch die Theologische Fakultät wurde wieder versucht, von der Universitätsleitung eine Zusicherung zu erhalten, daß die Kirche in einen Neubau einbezogen oder zumindest die Fakultät vor einer Entscheidung gehört werde.

Schwierig war es aber bereits, überhaupt sichere Informationen über die geplanten Vorhaben zu erhalten, da sowohl die Universitätsleitung als auch staatliche Einrichtungen dazu schwiegen oder nur ausweichende Antworten gaben. Nach den für die Betreiber des Abrisses sehr negativen Erfahrungen mit den Bauausstellungen 1960 war die Öffentlichkeit völlig ausgeschaltet worden. Vom neuen Rektor Georg Müller wurde der Fakultätsleitung allerdings 1963 versichert, daß die Fakultät die Möglichkeit zu einer Stellungnahme vor einer endgültigen Entscheidung erhalte. Allerdings untersagte er dem Dekan, den Punkt „Universitätskirche“ auf einer Fakultätsratssitzung zu behandeln. Der

Punkt wurde dann auch von der Tagesordnung abgesetzt - und der Fakultätsrat spricht unter „Verschiedenes“ über seine Sorge wegen der Universitätskirche!¹²

Doch auch 1964 wurde - vor allem wegen erneuter ökonomischer Probleme - das Abriss- und Neubauvorhaben aufgeschoben. 1967 begann schließlich die letzte Phase der Vorbereitung. Neue Anstrengung wurden unternommen, um anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR sichtbare Veränderungen in den Stadtzentren zu erreichen. Häufig steht dabei zunächst der Abriss im Vordergrund. Zur Volkskammer- und Bezirkstagswahl im Juli 1967 wurde die Theologische Fakultät aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. Darin sah sie eine der wenigen Möglichkeiten, die Öffentlichkeit zu erreichen. Neben dem bekundeten Vertrauen gegenüber den Kandidaten der Nationalen Front und dem Dank für Lehrfreiheit und finanzielle Mittel sprach sie darin das Anliegen der Erhaltung der Universitätskirche aus: „In der gleichfalls von der Universität unterhaltenen Universitätskirche, deren Erhaltung uns ein entscheidendes Anliegen ist, finden unsere akademischen Gottesdienste statt.“ Die Stellungnahme wurde daraufhin nicht veröffentlicht.¹³

Universitätsleitung und Parteileitung der Universität waren natürlich bemüht, die Situation an der Fakultät zu bestimmen und Einfluß auf sie zu nehmen. Durch die Vertreter der Abteilung Marxismus-Leninismus an der Fakultät, die auch einen Sitz im Fakultätsrat hatten, war die Information über die offiziellen Vorgänge an der Fakultät weithin gewährleistet, wie umfangreiche Berichte und „Einschätzungen der

politischen Situation“ belegen.¹⁴ Auch Einschätzungen des Lehrkörpers mit der Unterteilung in „positive“, „negative“ und „schwankende“ Haltung wurden angefertigt. Vom Staatssekretariat für Kirchenfragen wurde auf Berufungen Einfluß genommen.

Besonders in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre wurde im Staatssekretariat und im ZK der SED, Abteilung Kirchenfragen, versucht, die „Leipziger fortschrittliche Gruppe“ um Kurt Meier, Hans Moritz und Christoph Haufe zu stärken.¹⁵ Durch feste Studienpläne sollte der „Bojkott fortschrittlicher Lehrkräfte“ verhindert werden.¹⁶

Natürlich waren Anpassung und Annäherung an die staatlichen Forderungen unter den Lehrkräften sehr unterschiedlich. Als staatliche Einrichtung, die unbedingt Teil der Universität bleiben wollte, waren Zugeständnisse der Fakultät unumgänglich. Dabei war man jedoch bemüht, eine eigene Position zu wahren. So bekennt man sich bei der genannten Erklärung zur Wahl 1967 zwar für die Kandidaten der Nationalen Front, fordert aber in diesem Rahmen die Erhaltung der Universitätskirche. Auch die Beteiligung am Tag der Universität in der „Karl-Marx-Woche“ Anfang Mai 1968 ist selbstverständlich, doch findet zunächst ein Gottesdienst in der Universitätskirche statt. Danach werden Vorträge über die „Bedeutung des sozialistischen Staatsbewußtseins für das politische Handeln des Christen“ (Hans Moritz) und zu „Platz und Verantwortung des Pfarrers in der sozialistischen Gesellschaft“ (Gottfried Kretschmar) gehalten.¹⁷ Beide Vorträge werden durch Gertraude Schnelle, Abteilung Marxismus-Leninismus an der Fakultät, als

„gut“ eingeschätzt, allerdings seien die Studenten nur zu 15-20% anwesend gewesen.

Im Hinblick auf die Universitätskirche war die Position der Fakultät fest. Hier gab es auch keine Unterschiede zwischen den Angehörigen der Fakultät mit unterschiedlichen politischen oder auch theologischen Positionen. Emil Fuchs beispielsweise versuchte - mit einer gewissen Naivität und Überschätzung seines Einflusses -, seine guten Verbindungen zu nutzen, und wandte sich mehrfach brieflich an Ulbricht und Gerald Götting, um die Erhaltung der Universitätskirche zu erreichen.¹⁸ Gerade die Auseinandersetzungen um die Universitätskirche können auch als Beispiel dienen, daß die These von einer „Zentralsteuerung“ der Fakultät durch Staatsmacht und MfS¹⁹ so nicht haltbar sind.

Als die Anzeichen für die bevorstehende Zerstörung der Kirche immer deutlicher wurden, erklärte die Fakultät nochmals am 30. 4. 1968 ihre unveränderte Haltung, daß die Kirche unbedingt in einen Universitätsneubau einbezogen werden müsse: „Zu einem Zeitpunkt, da neue Pläne zur Bebauung des Karl-Marx-Platzes einer Jury zur Begutachtung vorgelegen haben, erlaubt sich die Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität, als Sachwalterin der Universitätskirche, ihre dringliche Bitte um Erhaltung dieses nationalen Kulturdenkmals erneut vorzutragen. Diese Kirche hat eine überregionale Bedeutung. Innerhalb der mittelalterlichen Architekturgeschichte nimmt die 1231 geschaffene Kirche einen bedeutsamen Rang ein. Die erste Universitätskirche auf deutschem Boden - auch als Universitätsaula benutzt - ist Zeuge hervorragender geistesgeschicht-

licher Traditionen. Alseinzig erhaltener Bestandteil der alten Universität stellt sie die Kontinuität einer 550jährigen Geschichte dar. Dieser Gebäudekomplex hat durch tatkräftiges Eingreifen Leipziger Bürger den angloamerikanischen Bombenterror überdauert. - Die Theologische Fakultät verbindet ihre dringliche Bitte mit folgendem Hinweis: Sollte die Kirche ihre jetzige Fassade nicht behalten sollen, dann würde die Fakultät die Einbeziehung der Vorderfront der Kirche in eine neue architektonische, der gesellschaftlichen Bedeutung des Karl-Marx-Platzes entsprechende Lösung zur Bebauung der Westseite des Karl-Marx-Platzes für sachgerecht halten. In jedem Falle sollte die Kirche der Fakultät als wichtiges Institut der Predigerausbildung, als gottesdienstliche Heimat und als Pflegestätte der musica sacra erhalten bleiben. - Wir wissen, mit welcher Freude und Erleichterung eine solche Entscheidung von vielen Bürgern unserer Stadt und unseres Staates aufgenommen würde. Die Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns aller Bürger - der Christen und Nichtchristen - würde in diesem verantwortlichen Akt, in dem die Vergangenheit sinnvoll mit der Zukunft verbunden wird, einen überzeugenden, ausstrahlenden Ausdruck erhalten.²⁰

Am 16. 5. 1968 wurde auf einer Sitzung der Ständigen Kommissionen Bauwesen der Stadtverordnetenversammlung und des Bezirkstages, an der auch der Senat der Universität teilnahm, über die im SED-Politbüro seit dem 7. 5. bereits beschlossene Gestaltung der Westseite des Karl-Marx-Platzes berichtet und auch „begründet“, warum die Universitätskirche dabei abgerissen werden müsse. Die Vertreter aller

Blockparteien gaben ihre Zustimmung, auch die der CDU. Lediglich der Dekan der Theologischen Fakultät, Ernst-Heinz Amberg, erklärte, er könne dem Abriss der Universitätskirche nicht zustimmen, auch auf die Gefahr hin, „als Störenfried zu gelten“. Wenn er auch das Projekt nicht ändern könne, so bitte er doch nochmals, eine Erhaltung der Kirche zu ermöglichen, wenn nicht als Gotteshaus, dann als Museum oder Bibliothek. Siegesicher konnte Fröhlich darauf großzügig erklären, er betrachte Amberg nicht als Störenfried und könne dessen Stellungnahme verstehen. Die Beseitigung der „Altsubstanz“ sei keine Kampfansage an Theologie oder Kirche, sondern eine andere Lösung sei schlicht unmöglich! „Auch architektonisch wäre es vor den kommenden Generationen nicht zu verantworten, eine Lösung mit Erhaltung der Altsubstanz zu beschließen.“²¹

Einen Tag später fand im Senat der Universität die Abstimmung über die „Willenserklärung“ für das Neubauprojekt - und damit die Beseitigung der Kirche - statt. Zuvor hatte Dekan Amberg auf einer Sondersitzung des Rates der Theologischen Fakultät über die Sitzung der Ständigen Kommissionen Bauwesen berichtet. Amberg teilte der Fakultät mit, daß er der vorgesehenen Willenserklärung des Senats nicht zustimmen könne: „Wir haben eine Kirche verloren, wir können nicht die Achtung vor uns selbst verlieren“. Amberg beruft sich auf die von der Verfassung gewährte Gewissensfreiheit, selbst wenn es ihn sein Amt koste - man sei zwar der Verlierer, aber man könne nicht mit den Siegern ja sagen. Außerdem will die Fakultät versuchen, die Erlaubnis für einen Ab-

schlußgottesdienst zu erhalten, um ihren Standpunkt darzulegen. Der Fakultätsrat ermächtigt den Dekan, im Senat die unveränderte Haltung der Fakultät zu betonen und dem Abriss oder der Willenserklärung zum Gesamtprojekt, das den Abriss einschließt, nicht zuzustimmen, sondern ein „unmißverständliches Nein zum Abriss der Kirche“ zu erklären.

Von dieser Fakultätsratssitzung wird sogar bis an das ZK der SED berichtet. Lex Ullmann, Mitarbeiter für Kirchenfragen der SED-Bezirksleitung, betont, die Mitglieder des Fakultätsrats hätten ihren Widerstand gegen den Abriss für später aktenkundig machen wollen.

Vor der Senatssitzung fand auch eine Beratung der Parteigruppe des Senats statt, in der Harry Pawula, 1. Sekretär der Universitätsparteileitung, bereits über die Fakultätsratssitzung der Theologischen Fakultät berichtete. Dabei wird die Linie der Beratung im Senat bestimmt: Die völlige Neugestaltung sei aus strukturell-funktionellen, städtebaulich-architektonischen und Raumgründen erforderlich! Die Willenserklärung bekundet die „uneingeschränkte und freudige Zustimmung“ zum vorgelegten Neubauprojekt. Pawula informiert Fröhlich, auf die Verlesung der Willenserklärung durch Rektor Ernst Werner habe Dekan Amberg in der Senatssitzung „knapp und präzise“ erklärt, die Haltung der Fakultät habe sich seit der Erklärung vom 30. 4. 1968 nicht geändert, die Fakultät könne zum Abbruch der Universitätskirche nur nein sagen. Er könne deshalb der Willenserklärung nicht zustimmen. In der weiteren Diskussion sprach sich ein großer Teil der Senatoren offen für den Neubau aus. Besonders Altmagnifenz May-

er, Werner, Jusek und Pawula versuchten, „an Herrn Amberg als Dekan und Erzieher zu appellieren“, es besonders unter den Studenten nicht zu „unüberlegten Handlungen“ kommen zu lassen. Um den Dekan in die Enge zu treiben, wird er „direkt befragt, ob er gegen den Neubau sei“. Amberg erklärte, nicht gegen den Neubau zu sein, aber dem Abriss der Universitätskirche nicht zustimmen zu können, wenn auch seine Gegenstimme den Bau nicht verhindern werde und er politische Reibereien zu vermeiden suche. Bei der Abstimmung stimmten alle Vertreter außer Amberg für die Willenserklärung, Amberg enthielt sich der Stimme.

Am 20. 5. 1968 berichtete Amberg dem Fakultätsrat über die Senatssitzung, dieser sprach ihm das Vertrauen aus und betonte die Schwierigkeit der Lage und das unermüdliche Eintreten der Fakultät für die Erhaltung der Kirche. Am 21. 5. wollten Amberg und die Studienjahresbetreuer mit den Studenten sprechen. Daraufhin wurden „nach Auswertung der Information über die Ratssitzung die festgelegten, aber den Studenten noch nicht bekannten Versammlungen vom Rektor ... untersagt“. Es habe kein Anlaß zu einer Ausnahmeregelung an der Theologischen Fakultät in bezug auf die Bekanntgabe des Beschlusses zur Universitätskirche bestanden. Die Theologiestudenten hatten sich noch am 27. 3. mit einem von 102 Studenten unterzeichneten Brief an den Leipziger Chefarchitekten Horst Siegel gewandt und um ein Gespräch gebeten, da über den laufenden Wettbewerb zum Karl-Marx-Platz nicht informiert werde und Gerüchte über den Abriss der Universitätskirche auftauchten. Unter den im Zusammenhang mit den Pro-

testen gegen die Sprengung „Zugeführten“ waren mehrere Theologiestudenten. Daneben waren vier längerfristig in Haft, drei von ihnen zu Bewährungsstrafen, einer zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Entscheidung Ambergs, nicht gegen die Willenserklärung zu stimmen, sondern sich der Stimme zu enthalten, entsprach der Sorge um das Schicksal der Fakultät und ihrer Angehörigen in einer Situation, da die Kirche nicht zu retten war. Eine Stimme gegen den Neubau der Universität - die Kirche wurde in der Erklärung natürlich nicht genannt - hätte leicht als Position der Trennung der Fakultät von der Universität ausgelegt werden und Interessen, die Theologische Fakultät an der Universität zu beseitigen, Vorschub leisten können. Die Reaktionen der Parteiführung gegen die Fakultät - beispielsweise Fröhlichs Attacken gegen „Bethäuser“ und „klerikales Dunkelmännertum“ an der Universität - zeigen, daß diese Sorge nicht unbegründet war.

Unbeeindruckt von den zunehmenden Protesten fand am 23. 5. 1968 die Akklamation des Politbürobeschlusses durch die Leipziger Stadtverordnetenversammlung statt.

Als Initiatoren der „Diskussionen und der Protestbewegung“ gegen die Zerstörung der Universitätskirche werden vom Staatssicherheitsdienst neben Angehörigen der evangelischen und römisch-katholischen Kirche vor allem Lehrkräfte und Studenten der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität genannt. Dementsprechend erfolgt die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der „Bildungs- und Erziehungsarbeit“ an Theologischer Fakultät und Theologischem Seminar, auf des-

sen Einsatz für die Erhaltung der Universitätskirche hier nicht eingegangen werden kann. Die Schließung der Fakultät stand mit dieser Untersuchungskommission zwar nicht unmittelbar bevor, sondern es war eher eine Einschüchterung beabsichtigt. Die unausgesprochene Drohung mit Auswirkungen für das Fortbestehen der Fakultät stand aber im Hintergrund. Offenbar war jedoch die Universitätsleitung nicht an einer Schließung der Fakultät interessiert! So bleibt der Kommissionsbericht, zunächst in einer zweiten Fassung noch verschärft, weitgehend ohne Folgen. Man war sich in der Parteiführung wohl auch selbst nicht mehr im klaren darüber, was man mit den Ergebnissen der Untersuchungen anfangen sollte, vor allem aber hatte sich durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR die politische Situation auch an der Universität so verschärft, daß ein weiteres Vorgehen gegen die Theologische Fakultät nicht opportun schien.

Nicht die Verdrängung der Fakultät aus der Universität, wohl aber die Verdrängung aus deren Mitte war mit der Sprengung der Universitätskirche und weiter im Zuge des Universitätsneubaus gelungen.

Es bleibt festzustellen, daß sich die Theologische Fakultät der Leipziger Universität immer dann, wenn die Gefährdung der Universitätskirche deutlich wurde, für deren Erhalt einsetzte. Sie war neben Vertretern der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens und der römisch-katholischen Kirche - von den Kirchenleitungen bis zu den Gemeinden -, sowie Denkmalpflegern und Kunstwissenschaftlern eine der wesentlichen Stimmen des Widerspruchs gegen die Zerstörung der

Universitätskirche St. Pauli. Zunächst wurde auf dem Dienstweg versucht, über das Rektorat eine Zusage für die Erhaltung der Kirche zu bekommen. Hinzu kamen Versuche, durch Schreiben an Vertreter der Staatsführung eine Änderung der Pläne zu erreichen. Dabei wurde das Vorgehen auch mit der sächsischen Landeskirche abgestimmt. Verbindung wurde ebenfalls mit dem Institut für Denkmalpflege in Dresden aufgenommen. Im Vordergrund der Argumentation auch der Vertreter der Theologischen Fakultät stand der kulturhistorische Wert der Kirche. Als letzte Möglichkeit wurde sogar die Aufgabe der gottesdienstlichen Nutzung angeboten. Jedoch konnten weder die Vertreter der Universitätsleitung noch die des Rates der Stadt oder gar der SED von der Notwendigkeit, die spätgotische Kirche zu erhalten, überzeugt werden.

Bei der Beurteilung des Verhaltens der Fakultät ist aber auch festzuhalten, daß es kaum Möglichkeiten gab, die Öffentlichkeit zu erreichen oder mit der Gegenseite in ein Gespräch zu kommen. Natürlich bestand auch der Wille, es nicht zu einer Eskalation kommen zu lassen. Auch stärkerer Widerstand hätte jedoch 1968 die Sprengung der Universitätskirche nicht verhindern können.

Die Vertreter der SED-Führung behaupteten immer wieder, daß es sich bei der Entscheidung über die Universitätskirche nicht um einen antikirchlichen Akt handle. Tatsächlich ging es der SED an dieser Stelle weniger um einen Generalangriff auf die Kirchen, wenn auch die Beseitigung des lebendigsten Zentrums kirchlichen Lebens in der Leipziger Innenstadt, das die Universitätskirche in dieser Zeit war, mit

ins Auge gefaßt war. Das Vorgehen richtete sich vor allem gegen diese Kirche selbst, die am zentralen Platz der Stadt, der als Ort von Demonstrationen und Kundgebungen dienen sollte, nicht mehr geduldet wurde. Zerstört werden sollte auch die enge Verbindung der Universitätskirche mit der Karl-Marx-Universität, einer Hochschule, die in besonderem Maße der Lehre des Marxismus verpflichtet war. Die neue Universität wurde zudem als architektonische Entsprechung der Hochschulreform von 1968 gesehen. So wurde auch nicht nur die Kirche zerstört, sondern auch die historischen Universitätsgebäude wurden beseitigt! Ziel war die endgültige Zerschlagung „bürgerlicher“ Traditionen und kritischen Denkens an den Universitäten, die gerade im Leipziger Augusteum, besonders in seinem legendären Hörsaal 40, auch 1968 noch lebendig waren. So muß neben der Sprengung der Universitätskirche auch die der alten Universitätsgebäude als bewußter Akt gesehen werden, der nicht allein städtebaulichen Erwägungen folgte oder nur Raumprobleme der Universität zur Ursache hatte.

Die Führung der SED sah in der Entscheidung zur Universitätskirche zunehmend eine „Machtfrage“. Konsequenz ihrer Politik und Ideologie war die völlige Unfähigkeit, andere Meinungen und Argumente auch nur anzuhören. So wurde die Zerstörung der Universitätskirche vollzogen, als dazu die ökonomischen und politischen Voraussetzungen vorhanden waren.

Christian Winter, Dr. theol., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Arbeitsstellenleiter „Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte“

Anmerkungen:

¹ Zum Thema Zerstörung der Universitätskirche und Neubau der Leipziger Universität insgesamt vgl. Christian Winter: Die Auseinandersetzungen um die Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig: Vorgeschichte und Umstände der Zerstörung. Diss. theol. Leipzig 1994. Außerdem: Katrin Löffler: Die Zerstörung: Dokumente und Erinnerungen zum Fall der Universitätskirche Leipzig. Leipzig 1993. Zur Geschichte und kunsthistorischen Bedeutung der Kirche vgl. besonders Elisabeth Hütter: Die Pauliner-Universitätskirche zu Leipzig: Geschichte und Bedeutung. Weimar 1993.

Verwendete Abkürzungen: BPA: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Bestand Bezirksparteiarchiv der SED; L: Stadtarchiv Leipzig; MfS ZAIG: Ministerium für Staatssicherheit, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe; SAPMO ZPA: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin - Zentrales Parteiarchiv der SED; UAL: Universitätsarchiv Leipzig.

² L StVuR 4871.

³ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958. Berlin 1958, Bd. 1, 79-83.

⁴ SAPMO ZPA I 2/2/628: „Die auf dem Karl-Marx-Platz stehende Kirche ist zurückzunehmen.“ Vgl. Winter: AaO, Dokument 1.

⁵ L StVuR 214, 97; L StVuR 4865, 93-95.

⁶ Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale (vom 28. 9. 61), Gesetzblatt der DDR, Teil II Nr. 72 vom 23. 10. 1961.

⁷ UAL Rektorat 198, 165. Eintrag im Besucherbuch unterschrieben von den Professoren Hans Bardtke, Franz Lau, Kurt Wiesner, Ernst Sommerlath, Dedo Müller, Friedrich Haufe, Christoph Haufe, Marie-Louise Henry und Dozent Heinz Wagner.

⁸ BPA IV 4/14/089; UAL Rektorat 198, 168; UAL Rektorat 442, 51 (29. 10. 1960). Gedruckt: *Universität Leipzig* (1993), H. 1, 26f.

⁹ UAL Rektorat 198, 167; UAL Rektorat 442, 51. 7. 12. 1960.

¹⁰ Verlesen durch den Universitätsprediger Alfred Dedo Müller.

¹¹ UAL Rektorat 442, 52-54; BPA IV 4/14/089. Das Gespräch Mayer - Bardtke am 27. 10., die Fakultätsratssitzung am 22. 10. 1960.

¹² UAL Rektorat 442, 77-81; BPA IV A-2/6/260 (9. 12. 63). Vgl. *Universität Leipzig* (1993), H. 1, 30f.

¹³ Erklärung des Rates der Theologischen Fakultät vom 26. 6. 1967. BPA IV A-2/14/422; vgl. Winter: AaO, Dokument 7.

¹⁴ Z. B. Monatsberichte von Gertraude Schnelle 1961 in BPA IV 4/14/089, daneben Protokolle nahezu aller Fakultätsratssitzungen.

¹⁵ Hierzu Material in SAPMO ZPA IV 2/14/183; BPA IV 2/14/626; BPA IV 2/14/633.

¹⁶ 1954 wurde z. B. beklagt, daß nur 7-8 Studenten Systematische Theologie bei Emil Fuchs hören, 30-40 dagegen bei Ernst Sommerlath! SAPMO ZPA IV 2/14/183, 18-20.

¹⁷ UAL Rektorat 442, 138; UAL Rektorat 19, 78.

¹⁸ UAL Rektorat 442, 47-50. Teilweise gedruckt in: *Universität Leipzig* (1993), H. 3, 16-18.

¹⁹ So der Tenor in: Staatssicherheit in Kirche und Theologie: Dokumentation/ hrsg. von Gerhard Besier. *Kirchliche Zeitgeschichte* 4 (1991), 293-312 und Gerhard Besier: Replik. *Kirchliche Zeitgeschichte* 5 (1992), 115-120. Vgl. aber die Kritik in: Michael Beyer: Vergangenheitsbewältigung zu wessen Bedingungen: Gerhard Besier und die Leipziger Theologische Fakultät. *Zeichen der Zeit* 47 (1993), 100-109.

²⁰ UAL Rektorat 442, 141f.; BPA IV B-4/14/048.

²¹ BPA IV B-2/6/409; SAPMO ZPA IV A-2/14/3, 90-94.

Axel Noack (Wolfen):

Die evangelische Studentengemeinde in der DDR im Blickfeld des MfS

Will man die zahlreichen Unterlagen des MfS über die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR richtig einordnen, wären zweierlei Voraussetzungen nötig:

Zum einen müßte man über die Bedeutung, die die ESG für die SED-Kirchenpolitik hatte, berichten. Es müßte über die offensive Verfolgung der ESG und ihrer studentischen Mitglieder in der ersten wilden Phase des Versuchs des Aufbaus des Sozialismus nach der I. Parteikonferenz der SED (Juli 1952) und über den Schauprozeß gegen den Leipziger Studentenfarrer Siegfried Schmutzler (1956/57) im Umfeld der „Entstalinisierungsdiskussion“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU an den Hochschulen der

DDR (Ernst Bloch, Wolfgang Harich) und auf dem Felde der Kulturpolitik (Aufbau-Verlag, Walter Janka) berichtet werden. Schließlich wären auch die einschlägigen Politbürobeschlüsse zur Evangelischen Studentengemeinde heranzuziehen. Darüberhinaus wäre es nötig, sich die besonderen strukturellen und praktischen Eigenheiten der ESG im Vergleich mit „normalen“ Kirchengemeinden und die besondere Rolle der ESG in der Evangelischen Kirche zu vergegenwärtigen.

Dies kann hier aus Platzgründen nicht in der nötigen Ausführlichkeit erfolgen, und so soll im folgenden nur versucht werden, auf besonders „MfS-relevante“ Eigenheiten der ESG-Arbeit einzugehen.

Strukturelle Besonderheiten der ESG in der DDR und die Bearbeitung durch das MfS

Die „Evangelische Studentengemeinde“ meint einerseits immer die konkrete einzelne Studentengemeinde am Hochschulort. Auf dieser Ebene ist sie über ihren Studentenfarrer, der in landeskirchlichem Lohn und Brot steht, stark an die jeweilige Landeskirche gebunden, obwohl die Studenten einer Hochschule in aller Regel aus ganz verschiedenen Landeskirchen kommen. Sie sind aber auch - nicht zuletzt wegen der Aufnahme alter

Traditionen aus der Zeit der „Deutschen Christlichen Studentenvereinigung“ (DCSV) mit ihrer Vereinsstruktur - durch die Geschäftsstelle der ESG über die Landeskirchengrenzen hinweg in der „Gesamtarbeit“ miteinander verbunden.

Dieser Struktur entsprach auch eine zweifache Bearbeitungsrichtung durch das MfS:

1.) Die Studentengemeinde bzw. ihre Ge-

schaftsstelle (GS) konnten als eine zentrale kirchliche Einrichtung angesehen werden. Entsprechend taucht die Gesamtarbeit der ESG dann in den operativen Maßnahmeplänen der Hauptabteilung (HA)XX/4 auf, wenn es darum ging, größere politische Ereignisse wie Jahrestage, Wahlen, Parteitage oder etwa den Besuch E. Honeckers in der Bundesrepublik „operativ abzusichern“.¹

Basierend auf der Zuarbeit durch die Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen des MfS erstellte die HA XX/4 zusammenfassende „Analysen“ des Standes der Aufklärung. Das ist in regelmäßigen

Die Studentenpfarrer waren besonders im Blick

Die Pfarrstellen für die Studentenpfarrer wurden - jedenfalls in den Studentengemeinden der größeren Hochschulorten - als landeskirchliche Stellen geführt. Nur in kleinen Studentengemeinden war das Studentenpfarramt mit einem Gemeindepfarramt verbunden. Bis in die achtziger Jahre hinein galt (innerkirchlich, wie auch in der Sicht der staatlichen Stellen) ein Studentenpfarramt als „Sprungbrett“ für die Übernahme kirchenleitender Funktionen. So hat z.B. die Mehrzahl der gerade in den Ruhestand verabschiedeten Bischofsgeneration der östlichen (aber auch einiger westlichen) Landeskirchen in ihrem früheren Berufsleben einmal ein Studentenpfarramt innegehabt bzw. war in der kirchlichen Ausbildung tätig.

Die ESG als „Kirche auf Zeit“

Evangelische Studentengemeinden müssen und müssen immer in begrenzten, überschaubaren Zeiträumen denken. Im

Abständen, etwa alle zwei Jahre, erfolgt.²

2.) Auf Bezirks- und Kreisebene waren für das MfS dann die einzelne Studentengemeinde bzw. deren regionale Verbindungen von Interesse. Hier haben die landeskirchlichen Bezüge den Vorrang vor der Gesamtarbeit, wie die einschlägigen Kapitel über die Studentengemeinden in den für nahezu alle Landeskirchen (mit fast gleichlautenden Titeln) angefertigten MfS-Analysen belegen. So zum Beispiel: „Die Kenntnis der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen - Voraussetzung für eine wirksame politisch-operative Arbeit“³

Möglicherweise liegt hierin eine Erklärung dafür vor, warum das MfS den Pfarrern und Pfarrerinnen im Studentenpfarramt prozentual eine höhere Aufmerksamkeit schenkte als ihren Kollegen im Gemeindepfarrdienst. Die Zahl der in OV⁴ bzw. OPKs⁵ bearbeiteten Studentenpfarrer ist überdurchschnittlich hoch. So nennt die Analyse der HA XX/4 aus dem Jahre 1984 namentlich 14 Studentenpfarrer (zzgl. des Leiters der GS in Berlin), für die von der HA XX/4 bzw. von Bezirksverwaltungen oder Kreisdienststellen OV⁶ bzw. OPKs eingeleitet worden seien.⁶ Dabei rechnet die Analyse zu diesem Zeitpunkt mit 34 existierenden Studentengemeinden an Hoch- und Fachschulorten der DDR.⁷

schnellen Generationswechsel bei den Studierenden, aber auch bei den Studentenpfarrern, liegen bestimmte Schwie-

rigkeiten wie auch der besondere Reiz der ESG-Arbeit. Ämter und Verantwortungen werden in den Studentengemeinden schnell übernommen und weitergereicht. Neuwahlen und die Änderungen von Zuständigkeiten finden im Semesterturnus statt, und mindestens jede zweite Studentengeneration hat die Chance, sich an der Neuwahl eines Studentenpfarrers zu beteiligen. Für das MfS boten sich damit allerdings gute Ansätze für die Durchdringung und die Einschleusung vom IM. Eingeschleuste IM waren, ohne Verdacht zu erregen, schnell in wichtige Positionen der ESG, aber auch der Gesamtkirche zu lancieren. Ein Beispiel: Der spätere provinzsächsische Konsistorialpräsident Detlef Hammer, der vermutlich im Herbst des Jahres 1970 erstmals Kontakt zur evangelischen Kirche aufnahm und im Auftrag des MfS die Studentengemeinde in Halle besuchte⁸, konnte schon im Februar 1973, also nur zwei Jahre später zur Einschleusung in das Evangelische Konsistorium als juristischer Mitarbeiter vorgeschlagen werden. Innerhalb dieser kurzen Zeit hatte er „das volle Vertrauen der Studentenpfarrer“ erreicht und eine - aus Sicht des MfS - beachtliche Zahl von Ämtern und Funktionen innerhalb der ESG eingenommen.⁹

Lebens- und Arbeitsstil evangelischer Studentengemeinden

Auch das alltägliche Leben und Arbeiten der Studentengemeinden unterscheidet sich in sehr starkem Maße von dem Leben in der normalen Ortskirchengemeinde. So hat die ESG ihren Lebensmittelpunkt nicht im sonntäglichen Gottesdienst, sondern im wöchentlichen Gemeindeabend. Dazu kommen die Arbeit

„Abteilung XX/4: Halle, den 15.2.1973. Vorschlag zur Einschleusung des IMV 'Detlef', Reg.-Nr. VIII 809/70 als Jurist in das Konsistorium der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen ... Neben dieser Vorgangsarbeit arbeitet IMV inoffiziell im Auftrage des MfS in der evang. Studentengemeinde Halle. Er besitzt das volle Vertrauen der Studentenpfarrer sowie zu verantwortlichen und führenden Mitgliedern der ESG Halle. Durch diese Funktionen in der ESG Halle erhielt der IMV ein sehr großes Einsatzfeld:

z.B. - Leiter des Arbeitskreises Soziologie der ESG - und damit Verantwortlicher für die Partnerschaftsarbeit - Mitglied des Kant-Kreises der ESG Halle

- Mitglied des Mitarbeiterkreises der ESG

- ständige Teilnahme an Regionaltreffen und Veranstaltungen der AK Kirche und Gesellschaft

- Jugendsynodaler der evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

... gezeichnet: Jonak, Oberleutnant“.

Wer sich in der ESG engagierte, konnte überall dabei sein und hatte Zugang zu allen Informationen.

in Kleinkreisen zu bestimmten Themen (Philosophie, Literatur, Geschichte etc.), zahlreiche gemeinsame Fahrten („Rüstzeiten“), Ausflüge und Ferienreisen. Schon von daher muß die ESG mit ihrem Arbeitsstil dem MfS viel interessanter als Ortsgemeinden erschienen sein. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es hier natür-

lich immer wieder um Texte, Bücher, Zeitschriften und Vervielfältigungen ging, was unter den Bedingungen der DDR-Zensur von besonderem sicherheitspolitischem Interesse war. Auch der spezifische Lebensstil der Studentengemeinden war von „operativem“ Interesse. In aller Regel verfügte eine Studentengemeinde über räumliche Möglichkeiten und technische Voraussetzungen (Küche, Sessel-ecke, Möglichkeit zum Spiel und Musik-hören), die wirklich gemeinsames Leben möglich machten. In den Räumen der Studentengemeinden kam man nicht nur zu „Veranstaltungen“ zusammen. Hier wurde einfach auch gelebt, was von den Studierenden in den oft sehr beengten Inter-

„Offenheit“ als zentraler Punkt im ESG-Selbstverständnis

In der ESG wird in „Selbstverständnissebatten“ immer wieder die Frage gestellt, wie „christlich“ (oder wie „kirchlich“) die ESG einerseits und wie „offen“ sie andererseits ist. Dabei geht es um Offenheit gegenüber Nichtchristen, anderen Religionen und Konfessionen genauso wie um die Offenheit für Themen aus dem säkularen Raum. Die Offenheit der Studentengemeinden war nicht nur inneres Thema, sondern immer auch Problem der staatlichen Kirchenpolitik. Mindestens ein Ziel dieser Politik war es, kirchliche Arbeit und damit auch die ESG-Arbeit strikt auf den innerkirchlichen Raum (und innerkirchliche Themen!) zu beschränken und zu begrenzen. Die Beschäftigung mit politischen (bzw. parteipolitischen) Themen, mit Wehrdienstfragen und Ökologie oder Philosophie wurde immer als Einmischung verdächtigt und kritisiert. Einen besonderen Kritikpunkt bildeten dabei ESG-Veranstaltungen mit eingela-

natsverhältnissen der DDR-Universitäten gern angenommen wurde. Auch die Wohnung der Studentenpfarrer (und damit deren gesamte Familie) waren oft einbezogen und Studierende hatten relativ freien Zugang zu Kühl- und Bücherschrank der Pfarrerfamilien. Nicht selten wurde brisante (d.h. „West-“) Literatur beim Studentenpfarrer verwahrt und dort gelesen, weil man sich nicht getraute, sie ins Internat mitzunehmen. Einige ESGn verfügten über eigene kleine Bibliotheken, die oft Bücher enthielten (z.B. aus Geschenken westdeutscher Partnergemeinden), die in öffentlichen Bibliotheken nie hätten gelesen werden können.¹⁰

denen Schriftstellern. Solche Abende zogen zahlreiche Studenten an und provozierten gesteigerte Aktivitäten des MfS.¹¹

Die Studentengemeinden haben - vermutlich stärker noch als Ortskirchengemeinden - betont und bewußt an der „Offenheit“ festgehalten, ohne den Anspruch aufzugeben, christliche Gemeinde sein zu wollen. Gerade diese Offenheit erregt den Argwohn des MfS:

„Durch den offenen Charakter der Studentengemeinden, in der auch Nichtchristen und Jugendliche aus anderen Bereichen mitarbeiten können, finden sich in der Regel politisch-negative Kräfte zusammen. Die Evangelischen Studentengemeinden sind in ihrer Gesamtausrichtung als ein ständiges Sammelbecken für feindlich-negative Kräfte einzuschätzen. (Inoffiziell wurde eingeschätzt, daß eine Reihe christlich gebundener Studenten eine Mitarbeit in

der Studentengemeinde ablehnt, weil diese ihnen zu reaktionär sei.)“¹²

Wenn nun einerseits die ESG-Arbeit gerade wegen dieser Offenheit beargwöhnt werden konnte, so konnte andererseits das MfS diese Offenheit auch bewußt zur Einschleusung von IM ausnutzen. Die nachgelassenen Dokumente belegen eindeutig, daß dem MfS durchaus bewußt war, daß kirchliches Hinterland bzw. religiöse Sozialisation keine Bedingung dafür war, um als IM in eine Studentengemeinde eingeschleust zu werden. Selbst die Gefahr, bei „Kulthandlungen“ inner-

Jugendsynodale

Von hohem Interesse für das MfS war eine besondere „kirchliche Einrichtung“: Als Ergebnis basisdemokratischen Neuaufbruchs nach 1968 war in fast allen Landeskirchen der DDR das Amt der „Jugendsynodalen“ eingeführt worden. Die Evangelische Jugend- bzw. Studentenarbeit erhielt damit die Möglichkeit, uneinträchtig durch das ansonsten geltende komplizierte Wahl- und Delegationsverfahren über Gemeindekirchenräte (Kirchenvorstände) und Kreissynoden (Bezirkssynoden) direkt und unmittelbar Vertreter in die Landessynoden bzw. durch Delegation über die ESG-Gesamtarbeit in die Bundessynode und damit in die höchsten kirchlichen Entscheidungsgremien zu entsenden. Sie hatten dort in der Regel mit Ausnahme des Stimmrechtes alle anderen Rechte und Pflichten von Synodalen, konnten also das Wort ergrei-

Partnerbeziehungen zu Studentengemeinden West

Partnerbeziehungen zu Kirchengemeinden in den westlichen Landeskirchen (bzw.

halb der ESG als ungeschickt und ahnungslos aufzufallen, wurde vom MfS als gering betrachtet. Die Erwartung der „Entwicklung“ eines Glaubensbekenntnisses bleibe bestehen:

„Generell wird kein Glaubensbekenntnis gefordert. Für einige kirchliche Amtsträger und Angestellte, die in Verbindung mit feindlich-negativen, pseudopazifistischen Personenzusammenschlüssen stehen, erscheint es jedoch erstrebenswert, im Laufe der 'Mitarbeit'... ein solches Glaubensbekenntnis zu entwickeln.“¹³

fen, Anträge einbringen und an den geschlossenen Sitzungen der synodalen Ausschüsse und Arbeitsgruppen teilnehmen.

Synodaltagungen erzielten, wie die zahlreichen Berichte, Einschätzungen und Maßnahmepläne, aber auch die zu ihren Tagungen eigens gebildeten staatlichen Arbeitsgruppen belegen, die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen Kirchenpolitik und damit des MfS. Es ist also nicht verwunderlich, daß auch das Interesse des MfS an den Jugendsynodalen erheblich war.¹⁴ So nahmen bspw. auch die beiden, bis in die Leitung meiner eigenen Landeskirche eingeschleusten IM, Marion Staude und Detlef Hammer, die ihre „Karriere“ in den Studentengemeinden Halle bzw. Merseburg begonnen hatten, ihren Weg über das Amt der Jugendsynodalen.

Kontakte zu den „Patengemeinden“) hatten wohl die meisten Kirchengemeinden

in der DDR. Die Studentengemeinden gehörten zu dem Teil der evangelischen Kirche, der die intensivsten und vor allem geordnet regelmäßige Kontakte zu den Partnergemeinden im Westen unterhielt. Die Studentengemeinden hatte nahezu flächendeckend regelmäßig in jedem Semester ein Partnertreffen in Berlin. Darauf hatte man sich vorbereitet und ein gemeinsames Thema für das Treffen verabredet worden. Die ESG konnte also trotz ansonsten strikter Abgrenzung „normalen“ Studenten regelmäßige Kontakte zu Studenten in Westdeutschland vermitteln, während etwa die FDJ bestenfalls Treffen von Funktionären ermöglichte. Entsprechend bildet das Thema Partnerarbeit eindeutig einen besonderen Schwerpunkt in den Analysen des MfS zur ESG-Arbeit. Dies wird auch durch zahlreiche Arbeiten, angefertigt an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche, belegt.¹⁵

Auffällig, aber wohl erklärlich ist die veränderte Funktion, die das MfS für sich selbst in Bezug auf die Partnerarbeit der ESGn sah. Gewöhnlich wird die kirchenpolitische Rolle des MfS als Arbeit zur „Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung... des Mißbrauchs der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen, inneren Opposition in der DDR“ verstanden und beschrieben.¹⁶ Im Blick auf die Partnerarbeit geht es dann nicht nur um die „Verhinderung des Miß-

brauchs“, sondern die „Bearbeitung und Kontrolle (der Partnerschaftsbeziehungen) erfolgt mit folgender Zielstellung:“
„... Zielgerichtete Unterbindung bzw. Einschränkung bestehender Partnerschaftsverbindungen bzw. sich anbahnender Kontakte.“

Die Realisierung dieser Zielstellung ist im wesentlichen nur durch unsere Hauptmittel, die inoffiziellen Kräfte[,] zu erreichen. Überlegungen in unserer Arbeit müssen dahin gehen, dort IM zu schaffen, wo sich entsprechende 'Schallstellen' der Partnerschaftsarbeit befinden.“¹⁷

Mit der Partnerarbeit sind allerdings noch weitere MfS-relevante Aspekte verbunden. So waren natürlich auch die Studenten der Partnergemeinden aus dem Westen Deutschlands im Blickfeld des MfS. Wenn man bedenkt, welche Aktivitäten das MfS für die Arbeit im „Operationsgebiet“ entfaltet hat, wird erklärlich, warum auch die Partnerarbeit unter diesem Aspekt betrachtet worden ist. Dabei registriert das MfS, daß zu diesen Treffen aus dem Westen vor allem Studenten anreisen würden, die „links“ bzw. „DDR-“ oder doch wenigstens „sozialismusfreundlich“ seien:

„Insgesamt muß jedoch eingeschätzt werden, daß durch die BRD-Teilnehmer in den meisten Fällen realistische Positionen bezogen werden. Hingegen mehrfach von DDR-Teilnehmern bei diesen Treffen die Politik von Partei und Regierung der DDR verleumdet und verunglimpft wurde.“¹⁸

„Hauptwaffe“, den Einsatz von „Inoffiziellen Mitarbeitern“, verzichten würde,

liegt auf der Hand. Dennoch gibt es einige Auffälligkeiten: Die MfS-Experten schienen jedenfalls darin übereinzustimmen, daß es bei der beschriebenen besonderen Lage der Studentengemeinden praktisch leichter ist, IM in Studentengemeindengruppen „an-“ bzw. „einzuschleusen“ als aus solchen festgefügt Gruppen „herauszubrechen“. Diese Eigenschaft teilen die Studentengemeinden mit anderen Gruppen, z.B. Friedensgruppen, Ökogruppen etc., aber auch mit solchen festen Gemeinschaften wie Gruppen von Bau-soldaten, die in der Sprache des MfS unter die „feindlich-negativen, pseudopazifistischen Personenzusammenschlüsse“ gezählt wurden.

„Es zeigte sich, daß der Erkenntnisstand zum Persönlichkeitsbild ... einzelner Mitglieder der feindlich-negativen, pseudopazifistischen Personenzusammenschlüsse, vor allem zu Ansatzpunkten für ein gezieltes 'Herausbrechen' von Personen, unzureichend war. Gleichzeitig mußte festgestellt werden, daß meist verhärtete Positionen bei diesen Personen vorlagen, die eine erfolgreiche Werbung für die inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS nicht zuließen. Sehr schnell wurde deshalb im Verantwortungsbereich die Aufgabe der Einschleusung geeigneter IM ... in den Mittelpunkt der politisch-operativen Arbeit gerückt.“¹⁹

In Auswertung eines Erfahrungsberichtes eines IMB²⁰, der in der ESG Rostock tätig war, wird festgehalten:

„Wie auch im Erfahrungsbericht des IMB 'Bernd Kästner' sichtbar, wurden in der Bezirksverwaltung Rostock gute

operative Arbeitsergebnisse über die Einführung zuverlässiger IM in die Bearbeitung feindlich-negativer pazifistischer Personenkreise erzielt. Obwohl auch die Möglichkeit des Herausbrechens einzelner Personen ständig geprüft wird, müssen doch die hohen Gefahren für die Gewährleistung der Konspiration immer in Rechnung gestellt werden.“²¹

In Potsdam-Eiche, wo man über einen großen Fachbereich „Psychologie“ verfügte,²² entstanden spezielle Arbeiten zu dieser Thematik. Darin werden die besonderen Anforderungen analysiert und problematisiert, die an die IM zu stellen sind, da sie sich noch in einem jugendlichem Alter, in ihrer Ausbildung und im Aufbau von Partnerbeziehungen befinden. Auch wenn das MfS sich große Mühe zu geben scheint, berufliche und persönliche Nachteile, die sich für die jungen Menschen aus ihrer MfS-Tätigkeit ergeben können, zu minimieren, hat der „Kampfauftrag“ des MfS immer Vorrang. Ein bildhaftes Beispiel:

„2.1. Welche Anforderungen sind - ausgehend von den aktuellen und zu erwartenden Aktivitäten des Mißbrauchs der ESG durch feindlich-negative Kräfte - an die inoffiziellen Mitarbeiter zu stellen? ...

Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Tätigkeit eines IM in der ESG ist die unbedingte Treue zum MfS und ein hohes marxistisch-leninistisches Grundwissen, um die offen und verbrämt häufig unter dem Deckmantel des Pazifismus vorgetragenen Angriffe richtig erkennen und operativ werten zu können. Weiterhin ist stets zu beachten, daß die

inoffiziellen Mitarbeiter, wenn sie aus dem studentischen Bereich kommen, über eine gute Allgemeinbildung verfügen und gute Studienergebnisse erreichen. Schlechte Studienleistungen können bei Bekanntwerden des aktiven Mitwirkens in der ESG schnell zu vorzeitigen Exmatrikulationen führen. ... ESG-Veranstaltungen finden vorwiegend in den späten Abendstunden und an Wochenenden statt, also zu einer Zeit, in der ein Student einer Universität Studienaufgaben zu lösen hat. Um die Teilnahme an den Veranstaltungen absichern zu können, ist demzufolge eine konzentrierte Studienarbeit erforderlich.

Eine konkrete kirchliche Bindung vor dem Einsatz in der ESG erwies sich bisher als nicht erforderlich. In der Regel konnte die Einführung inoffizieller Mitarbeiter in die ESG über dritte Personen, die bereits Veranstaltungen der ESG besuchen oder zu einem der bereits genannten Arbeitskreise gehören, realisiert werden.

Hohe Anforderungen sind auch an die persönliche Opferbereitschaft des in der ESG zum Einsatz kommenden IM zu stellen.

Bei dem IM handelt es sich in der Regel um Jugendliche bzw. Jung erwachsene, die sich in einem Alter befinden, in dem bereits häufig feste Partnerschaftsbeziehungen eingegangen werden. Verkehrt der Partner nicht in der ESG bzw. lehnt eine religiöse Betätigung gänzlich ab, kann es zu persönlichen Konflikten bis in die jeweiligen Elternhäuser führen.

Zum Beispiel steuert die Abteilung XX einen weiblichen IMB, dessen Freund

fordert, die kirchlichen Aktivitäten einzustellen. Im Interesse der zu lösenden bedeutsamen operativen Aufgabenstellungen wird durch den IM-führenden Mitarbeiter eine Lösung des Verhältnisses angestrebt.

Hier wird deutlich, daß es so früh wie möglich darauf ankommt, die operative Arbeit hemmende Partnerschaftsbeziehungen zu erkennen, um vor deren Festigung eine Trennung erreichen zu können.

Um bestimmte Schlüsselpositionen in der ESG besetzen zu können, müssen bereits unter den Oberschülern auch aus traditionell christlichen Elternhäusern IM gewonnen werden, die im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit, insbesondere der Jungen Gemeinde, zum Einsatz kommen.²³

Die Zahl der vom MfS mit der Ausspähung des ESG-Umfeldes beauftragten IM ist hoch gewesen. Genaue Zahlen liegen noch nicht vor. Schätzungen müssen vage bleiben. So gibt die Analyse der HAXX/4 von 1984 allein für den Bezirk Halle (und die dort vorhandenen fünf Studentengemeinden) die Zahl von „20 IM zur ständigen operativen Kontrolle der Evangelischen Studentengemeinden“ an. Damit sei „zur Führung operativer Grundprozesse“ eine „operative inoffizielle Basis“ „überwiegend“ vorhanden. Gleichzeitig wird „eingeschätzt“, daß „die inoffizielle Basis in den Leitungsgremien der Gesamtarbeit der Evangelischen Studentengemeinden (Beirat, Studentenpfarrerkonferenz, Studentengemeinderat) und in der Aufklärung und operativen Kontrolle der sogenannten Partnertreffen und öko-

menischen Konferenzen“ „unzureichend“ sei.²⁴

In den Studentengemeinden selbst ist mit solch großer Zahl von Spitzeln nie gerechnet worden. Allerdings wurden die Studenten alljährlich von den Studentenpfarrern auf die mögliche Kontaktaufnahme durch Mitarbeiter des MfS vorbereitet. Die Empfehlung für diesen Fall lautete, dem Stasi-Mitarbeiter sofort mitzuteilen, man werde über dieses Gespräch umgehend den Studentenpfarrer informieren. Die Bestimmungen über das Beichtgeheimnis gäben dafür die rechtliche Grundlage ab. Auch Spitzelberichte belegen derartige Belehrungen durch die Studentenpfarrer. Als Beispiel soll aus einem IM-Bericht einer Studentin über die Belehrung der ESG-Gruppe nach einem brisanten Wochenende mit einem Schriftsteller (2.4.77) zitiert werden:

„Man sollte im Gespräch vielleicht den Psalm 73 erwähnen. Das schult gleich

ein bißchen. Ihr könnt auch sagen, daß hier eine Billardplatte steht, das interessiert. Die interessieren sich nicht so sehr für das Programm, sondern für Dinge, die so nebenbei passieren. Ihr wißt von nichts. Es ist ratsam, nach dem Gespräch bei (dem Studentenpfarrer) vorbeizugehen, ihm alles erzählen. Meist soll man etwas unterschreiben, daß man über das Gespräch niemanden und nichts erzählt. Das braucht ihr nicht zu unterschreiben. Das Beichtgeheimnis wird davon nicht berührt. Wir brauchen uns keine Angst zu machen, die wollen uns nur Angst machen. Sie sprechen Drohungen aus, die sie aber so leicht nicht verwirklichen. In letzter Zeit sind einzelne angesprochen worden, von denen aber keiner etwas erzählt hat. F.S. sagte, daß das etwas Grundsätzliches sei. Das braucht heute und morgen nicht zu passieren - dies sei gleichzeitig für künftige Veranstaltungen gedacht.“²⁵

Zusammenfassung: Die ESG in der Sicht des MfS

Versucht man, aus den verschiedenen analytischen Texten verallgemeinernd eine Sichtweise des MfS auf die ESG zu rekonstruieren, so lassen sich folgende Punkte und Übereinstimmungen festmachen:

1.) Auch wenn die Analysen, Auskunftsberichte etc. von unterschiedlicher Länge und Dichte sind, findet sich wiederholt ein mehr grundsätzlicher Teil, der die Geschichte der ESG zu würdigen sucht. Das kann von einer knappen Aufzählung eines Datengerüsts bis zu ausführlichen Darstellungen geraten. Dabei kann als Regel gelten, daß die Beschreibung der

DCSV-Zeiten und die Verbindung zur Bekennenden Kirche in der NS-Zeit präziser ausfällt als etwa die Wertung der Neubegründung nach 1945. Mindestens Erwähnung findet dabei das Kommuniqué über ein Staat-Kirche-Gespräch vom 11.7.1953. Es sollte die Probleme des Frühjahres 1953 zwischen FDJ und ESG klären²⁶ Darin heißt es u.a.:

„... Da in letzter Zeit verschiedene Unklarheiten über den Charakter der Jungen Gemeinde auftauchten, wurde im Verlauf der Aussprache klargestellt, daß es sich bei der Jungen Gemeinde und der Evangelischen Studentenge-

meinde nicht um Organisationen handelt, sondern um eine Lebensäußerung im Raum der Kirche und ihrer Gemeinden.

Für die Durchführung der kirchlichen Jugendarbeit tragen die Leitungen der Landeskirchen und ihre hierfür eingesetzten Organe die Verantwortung mit dem Bestreben, die eindeutig kirchliche Zielstellung zu sichern.²⁶

2.) In der weiteren Beschreibung der ESG-Geschichte werden weder die Ereignisse der Jahre 1957/58 (Prozeß gegen Pfarrer Schmutzler) noch die einschlägigen Beschlüsse von Politbüro und SED-Sekretariat erwähnt. Es darf fast bezweifelt werden, daß letztere von den Stasi-Mitarbeitern der achtziger Jahre überhaupt bekannt wurden.

3.) Übereinstimmung herrscht in der Wertung der inneren Entwicklung der ESG als eine Absatzbewegung von den Festlegungen der als „Statut“ bezeichneten „Grundsätze“ von 1953. Kritisch wird vermerkt, die ESG haben sich entgegen ihrer Selbstverpflichtung „politisiert“ und sich nicht religiösen Themenkreisen zugewendet:

„Fand dieses Statut in den ersten Jahren noch Beachtung, lassen sich im Laufe der Zeit wesentliche Veränderungen feststellen, so unter anderem das Abgehen von bisheriger Passivität zum gesellschaftlichen Engagement. Seitens der Kirchenleitung erfolgt für die Studentensekretäre eine Orientierung[,] sich in ihrer Arbeit mit der sozialistischen Umwelt zu befassen, den Marxismus-Leninismus zu analysieren und sich kritisch mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.“²⁷

4.) Gesehen wird auch vom MfS, daß sich seit etwa 1984 eine Entwicklung abzeichnet, daß die Friedens- und Menschenrechtsgruppen sich von den ESG separieren, und daß unter den Studierenden die Sorgen um den Studienplatz stärker Engagement und spektakuläre Aktionen verbieten. Gruppenaktivitäten wie z.B. die Bewegung für einen „Sozialen Friedensdienst“ (SOFD) haben an den „Hoch- und Fachschulen keine Massenbasis gefunden“.²⁸

5.) Die ESG kommt schließlich immer stärker als ein Ursprungs- und Ansatzpunkt für die Entstehung „feindlich-negativer, pseudopazifistischer Personenzusammenschlüsse“ in den Blick. Das gesteigerte Interesse des MfS gilt zunehmend diesen „Personenzusammenschlüssen“ selbst.

In einer eigenen ausführlichen Anlage benennt eine Analyse von 1984 „Operativ relevante Arbeitskreise in den Evangelischen Studentengemeinden der DDR“. Es werden darin namentlich dreizehn Friedenskreise, vier Ökologiekreise, ein Schauspielkreis und zwei Arbeitskreise „Homosexualität“ genannt.²⁹

6.) Auffällig in allen Analysen ist das Interesse des MfS an der finanziellen Lage der ESG-Arbeit. Nicht nur im Blick auf die Partnerarbeit, wo das Herausfinden der Mitfinanzierung durch die Bundesregierung als Fahndungserfolg verbucht wird, sondern auch im Blick auf die finanzielle Lage der einzelnen Studentengemeinden registriert das MfS aufmerksam Geldquellen, Kontostände und sogar EKD-Unterstützung für kirchliche Mitarbeiter in der DDR („Bruderhilfe“).³⁰

7.) Breiten Raum nimmt der Versuch ein, die Rechtslage der ESG-Arbeit in der DDR zu beschreiben. Den MfS-Autoren sind die Schwierigkeiten und die dürftige Ausgangslage wohl bewußt. Die kirchenrechtliche Problematik wird so nicht gesehen. Auch die ESG kann als Beispiel dafür gelten, das die Kirche in der Sicht des Staates und also auch des MfS viel zentralistischer erscheint, als sie es tatsächlich ist. Auch im Blick auf die ESG-Arbeit werden rechtliche Kompetenz und Durchsetzungsvermögen zentraler kirchlicher Stellen (Ostkonferenz, Konferenz der Kirchenleitungen) überschätzt. Daß z.B. wiederholt auf einen „Artikel“ der Ordnung des Kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche der Union (EKU) von 1955 verwiesen wird, zeigt die ganze Schwäche der Argumentation deutlich an.³¹

Unter Verweis auf die DDR-Verfassung, das Strafgesetzbuch und das geltende Vereinsrecht: „Studentengemeinden exi-

stieren als Vereine, die vom Staat entsprechend der 'Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen' vom 6.11.1975, nicht anerkannt sind (§ 2(1) - Vereinigungen bedürfen zur Ausübung ihrer Tätigkeit der staatlichen Anerkennung)³² wird zusammenfassend festgestellt:

„Somit kann eindeutig gesagt werden, daß die Evangelischen Studentengemeinden in der DDR entsprechend des geltenden Rechts der DDR keine juristischen Objekte Personen sind und somit keinerlei Pflichten und Rechte innehaben. Die werden durch den sozialistischen Staat lediglich geduldet.“³³

Axel Noack, Pfarrer, war 1976-78 Assistent für Neuere Kirchengeschichte am Katechetischen Oberseminar Naumburg, 1978-85 Studentensekretär in Merseburg und ist seither Gemeindepfarrer in Wolfen

Anmerkungen:

¹ Beispiele für derartige Maßnahmepläne sind wiederholt veröffentlicht worden. Vgl. z.B. die Anlagen zur abweichenden Meinung der Abgeordneten Dr. Markus Vette und Manfred Walther (beide CDU) zum Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 des Landtages Brandenburg vom 29.4.1994, Drucksache 1/3009, veröffentlicht als Drucksache des Landtages, Maschinenschrift, vervielfältigt 3. Bd. Zu vergleichen wären besonders die Anlagen 19.8. (btr. Besuch Helmut Schmidts in der DDR 1980); 19.9. (btr. „Kampfkurs X.“ = X. Parteitag der SED, 1981) und 19.14 (btr. „Nelke 88“ = Feier des 1. Mai 1988).

² Hier sei nur der letzte der bisher aufgefundenen ausführlichen „Auskunftsberichte“ nachgewiesen: Analyse des Standes der operativen Aufklärung und Bearbeitung der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR, vorgelegt von der Hauptabteilung XX/4 am 31.5.1984, Maschinenschrift 26 Seiten zzgl. Anlagen, BStUMfS ZA HA XX/4 - 489.

³ Jonak, Rudibert: Die Kenntnis der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen - Voraussetzung für eine wirksame politisch-operative Arbeit, MfS Hochschule JHS VVS o001 - 230/83, BStUMfS JHS 22139 Bl. 1-131, zzgl. Dokumentenanhang (Anhang: BStUMfS JHS 23507). Der Abschnitt „Die Evangelischen Studentengemeinden“ umfaßt die Seiten 43 bis 47.

⁴ OV = Operativer Vorgang.

⁵ OPK = Operative Personenkontrolle.

⁶ Vgl. HAXX/4, Analyse: Die namentliche Aufzählung der OV bzw. OPK erfolgt in den Anlagen Nr. 1 und Nr. 9. Vgl. auch MfS, HA XX/4: „Konzeption zur politisch-operativen Bearbeitung und vorbeugenden Bekämpfung des politischen Mißbrauchs der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der DDR“ vom 17.9.1984 (Maschinenschrift 4 Seiten), unterzeichnet: Bartnitzek (Major, Referatsleiter) und Jaschke (Oltm.), BStU, ZA HAXX/4 Bl. 193-196. Vgl. weiter: „Kurze Einschätzung der gegenwärtigen Zusammensetzung der Evangelischen Studentenpfarrerkonferenz“, o. Vf., o. Jahr [ca. 1982]; Maschinenschrift 3 Seiten, BStU ZA HAXX/4.

⁷ Die ESG selbst zählte damals 36 Studentengemeinden. Vgl. vervielfältigtes Verzeichnis „Anschriften der Studentenpfarrer der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR (Stand: November 1984)“, in: Akten der Geschäftsstelle der ESG: ESG-GS 84/41-80.

⁸ Vgl. die ausführliche Darstellung der Stasi-Mitarbeit des ehemaligen Konsistorialpräsidenten Detlef Hammer und der Konsistorialrätin Marion Staude in: Schultze, Harald und Waltraut Zachhuber: Spionage gegen eine Kirchenleitung - Detlef Hammer - Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Maschinenschrift vervielfältigt, Magdeburg November 1994, S. 12.

⁹ Schultze/Zachhuber, Spionage, S. 90.

¹⁰ Im „Giftschrank“ der Merseburger ESG zählten z.B. Rainer Kunze „Wunderbare Jahre“, Rudolf Bahros „Die Alternative“ und Erich Fromms „Haben oder Sein“ zu den „Rennern“ meiner eignen Studentenpfarrzeit.

¹¹ Vgl. Bericht Rainer Kunzes über die Einsicht in „seine“ MfS-Akte: Kunze, Rainer: Deckname „Lyrik“, Frankfurt/Main 1990, Fischer-Taschenbuch 10854. Vgl. auch HAXX/4, Analyse, Bl. 17: „Obwohl sogenannte Schriftstellerlesungen mit politisch-negativen Personen gegenüber Vorjahren zurückgegangen sind, wurden wiederholt Lesungen mit solchen feindlich-negativen Kräften, wie Lutz Rathenow und Rolf Schneider, durchgeführt. Weiterhin traten in den Räumlichkeiten der Studentengemeinden die Schriftsteller bzw. Lyriker Hans Cibulka, Adolf Endler, Detlef Opitz und Uwe Kolbe mit feindlich-negativen Diskussionen auf.“

¹² HAXX/4, Analyse, Bl. 17.

¹³ Vgl. Körner, Thomas: Spezifische Anforderungen an die Auswahl und den Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern, die in feindlich-negative, pseudopazifistische Personenzusammenschlüsse eingeschleust werden sollen. MfS JHS VVS 0001 - 411/87: BStU ZA MfS JHS 21096, Zitat: Bl. 18. Vgl. weiter: Schulze, Hans-Peter: Die zielgerichtete Entwicklung und Qualifizierung eines IM bei der Heranführung an den Leiter einer kirchlichen Gruppe mit der Vorbereitung des perspektivischen Einsatzes als hauptamtlicher Mitarbeiter der Kirche zur Verhinderung des Mißbrauchs durch den Gegner, MfS JHS GVS 00001 - 80/85: BStU ZA MfS JHS 20286.

¹⁴ Jugendsynodale werden vom MfS z.B. als „Jugendliche mit perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten“ beschrieben. Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 76.

¹⁵ Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 39-53 und HAXX/4, Analyse, S. 21-23. Vgl. Materialsammlung der HA XX/4 vom 26.7.65: „Die Rolle Westberlins zur ideologischen Beeinflussung der Jugend Westdeutschlands im Rahmen der psychologischen Kriegführung des Bonner Staates“. Vgl. auch Floth, Karl-Heinz: Politisch-operative Hauptaufgaben, Erfahrungen u. Erkenntnisse zu feindl.-negativen Aktivitäten reaktionärer klerikaler Kräfte im Rahmen sogenannter Partnerschaftsbeziehungen unter besonderer Beachtung der kirchlichen Jugendarbeit, MfS JHS VVS 0001 - 309/83. Vgl. weiter: Bergmann, P.: Subversive Bestrebungen im kirchlichen Gruppentourismus aus nichtsoz. Staaten und WB und Methoden ihrer Aufdeckung. MfS JHS VVS 00001 - 387/84. Jänisch, D.: Das operative Zusammenwirken ausgewählter Kräfte und Mittel des MfS zur Kontrolle und Verhinderung des politischen Mißbrauchs kirchlicher Partnerschaftsarbeit, MfS JHS VVS 00001 - 303/88.

¹⁶ Vgl. das von einem Forscherkollektiv vorgelegte „Schulungsmaterial“ (November 1983, 311 Seiten Manuskriptdruck) mit dem Titel: „Grundorientierung für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen, inneren Opposition in der DDR“. MfS JHS VVS 0001 - 147/83.

¹⁷ Heinrich, Kenntnis, S. 54f.

¹⁸ HAXX/4, Analyse, Bl. 22.

¹⁹ Körner, Anforderungen, S. 13f.

²⁰ IMB = IM zur „Beurteilung im Verdacht der Feindseligkeit stehender Personen, feindlicher Stellen und Kräfte“ (Krone, Tina u.a.: Wenn wir unsere Akten lesen, Berlin 1992, S. 44).

²¹ Schimnick, Rainer: Die Hauptaufgaben des Einsatzes inoffizieller Mitarbeiter bei der Aufspürung und Bekämpfung unter dem Deckmantel des Pazifismus vorgetragener subversiver Angriffe, dargestellt am Beispiel der ESG Rostock. MfS JHS VVS 0001 - 395/83: BStU, ZA, K 436.

²² An der MfS-Hochschule mit einem Personalbestand von 761 Mitarbeitern (1989) gab es an der Sektion „Politisch-operative Spezialdisziplin“ einen besonderen Lehrstuhl für Psychologie. Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 - Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993. Hrs. v. Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Reihe A Nr. 2/93.

²³ Schimnick, Hauptaufgaben, S. 20ff. Vgl. auch den ausführlichen Bericht über die Fürsorge des MfS für den IMB „Karin“, in Völker, M.: Praktische Erfahrungen und Erkenntnisse der Vermittlung eines realen und aufgabenbezogenen Feindbildes an IM. Untersucht und dargestellt an einem IM der Linie XX/4, MfS JHS VVS 00001 - 285/89: BStU ZA JHS 21451, (Der Text ist ohne Nennung des Verfassers veröffentlicht in: Zwie-Gespräch - Beiträge zum Umgang mit der Staatssicherheits-Vergangenheit, Hrs. v. Ulrich Schröter und Dieter Mechtel, 4. Jg. Heft 24/25 [Dezember 1994], S. 14-45). Die ausführlichste Beschreibung der Anforderungen an einen IM im Bereich der ESG bietet: Schnitzer, Eberhard: Die Entwicklung von Inoffiziellen Mitarbeitern unter der studentischen Jugend für den Einsatz in der Evangelischen Studentengemeinde Greifswald und die Gewährleistung ihres gesellschaftlich effektiven Einsatzes zur wirksamen Aufklärung und Bekämpfung von Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit, MfS JHS VVS 458/88: BStU MfS JHS ZA 201/6.

²⁴ Vgl. HAXX/4, Analyse, S. 24.

²⁵ Zitiert nach Schorlemmer, Friedrich: Worte öffnen Fäuste, Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland, München 1992, S. 151. Vgl. auch den von Schimnick wiedergegebenen IM-Bericht des IMB „Bernd Kästner“: „In den regelmäßigen ESG-Mittwochsabenden (die ich hin und wieder besuchte) wurde oftmals (aber auch im Friedenskreis) Vorsicht gegenüber dem MfS erzeugt. Studentenfarrer K[leemann] ist sich sicher, daß Aktivitäten des MfS in dieser Richtung laufen. ... Hauptsächlich ist man der Meinung, daß das MfS Personen/Studenten anspricht (umwirbt), um dies für Mitarbeit/Informationsgewinnung zu gewinnen. Mehrfach betonte K., für den Fall, daß man vom MfS angesprochen wird und man in einen Gewissenskonflikt gerät, sich sofort an ihn zu wenden, er wird den Konflikt bereinigen.“ Schimnick, Hauptaufgaben, S. 36.

²⁶ Ein Teil eines Wortprotokolls dieses Gespräches in Köhler, Günter (Hg.): Pontifex nicht Partisan. Kirche und Staat in der DDR von 1949 bis 1958. Dokumente aus der Arbeit des Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, Propst Heinrich Grüber, Stuttgart 1974, S. 121-126.

²⁷ Heinrich, Kenntnis, S. 53f., vgl. auch Jonak, Kenntnis, S. 44: „Entsprechend des Statutes der ESG von 1953 hat die ESG die Aufgabe kirchliche Themen und Probleme (‘Verkündigung des Evangeliums’) zu behandeln und sich mit diesen auseinanderzusetzen. Wurde zu Beginn der ESG-Arbeit das Statut beachtet, so hat sich jedoch

im Laufe der Jahre eine wesentliche Veränderung der Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden ergeben. Daraus ist ersichtlich, daß es zwischen Staat und Kirche in Fragen Evangelische Studentengemeinde keine juristischen Vereinbarungen gab und gibt und sie an den Hoch- und Fachschulen illegal existieren und somit geduldet werden.“

¹⁸ Heinrich, Kenntnis, S. 64.

¹⁹ Vgl. Anlage 7 zu HA XX/4, Analyse.

²⁰ Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 33-35 = Kapitel 3: „Materielle und finanzielle Grundlagen der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR“.

²¹ Vgl. Heinrich, Kenntnis, S. 13. Heinrich zitiert Artikel 31 der Lebensordnung. Nicht gesehen wird dabei, daß die Landeskirchen der DDR ja nur zum Teil zur EKV gehören und diese Ordnung formal also gar nicht in der ganzen DDR gilt. Abgesehen davon, daß eine „Lebensordnung“, rechtlich betrachtet, ein schwaches Instrument ist.

²² Heinrich, Kenntnis, S. 12.

²³ Heinrich, Kenntnis, S. 15.

Peter Maser (Münster):

„Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz“?

Zur Rolle der Ost-CDU an den Theologischen Fakultäten/Sektionen der DDR

Ende der vierziger Jahre war die Junge Union besonders an den Hochschulen und Universitäten aktiv. An einigen Universitäten konnten CDU- und LDP-Hochschulgruppen bei den Studentenratswahlen im Wintersemester 1948/49 sogar Mehrheiten bis zu 70 Prozent erreichen¹. In der SBZ und in Ost-Berlin ergriffen SMAD und SED daraufhin massive Repressionsmaßnahmen gegen die Hochschulgruppen der CDU und LDP, denen Karl Wilhelm Fricke bescheinigt, sie seien „geistige und politische Oppositions- und Widerstandszentren im akademischen Bereich gewesen“². Ab Beginn der fünfziger Jahre mußten die Hochschulgruppen der CDU in der DDR ihre Tätigkeit dann nach und nach einstellen und deren Mitglieder in die Ortsgruppen umregistrieren. 1955 erklärte Günter Wirth, damals Sekretär der Parteileitung in Berlin und bis zum Sturz der SED-Diktatur für ideologische Grundsatzfragen in der Ost-CDU zuständig³, „die Christlich-Demokratische Union [sei] keine Volkspartei“ mehr. Sie müsse sich vielmehr als „kleinbürgerlich-demokratische Partei“ begreifen und deshalb die Führungsrolle der SED auch durch den Rückzug aus den Betrieben, Verwaltungen und Hochschulen anerkennen⁴.

Spätestens also seit Beginn der fünfziger Jahre war die Ost-CDU nur noch ein Faktor - und gewiß nicht der einflussreichste - unter mehreren, die auf die Theologischen Fakultäten der staatlichen Universitäten in der DDR einwirkten. Zu diesen Einflußfaktoren, die in einem komplizierten Wechselspiel von Gemeinsamkeiten und oft unüberbrückbaren Gegensätzen die Wirklichkeit der Fakultäten bestimmten, gehörten die „zuständigen“ Kirchenleitungen, dann die Professoren- und Assistentenschaft, die Studenten, die sich an den Theologischen Fakultäten noch bis weit in die siebziger Jahre hinein eigenständige Organisationsstrukturen (z.B. der „Zehnerrat“ in Halle) erhalten konnten, die verschiedenen Ebenen der Universitätsleitung, der FDGB, die FDJ und im Hintergrund selbstverständlich stets gegenwärtig und aktiv die SED. Für die Ost-CDU jedoch war in diesem Beziehungsgeflecht kein fester Platz mehr vorbehalten.

Vieles hing davon ab, welchen persönlichen Einfluß die „Unionsfreunde“ innerhalb der Fakultät besaßen und in welchem Ausmaß sie bereit waren, diesen für ihre Partei einzusetzen. Dabei wird man davon ausgehen dürfen, daß die Generation der

CDU-Mitglieder, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit an die Theologischen Fakultäten in der SBZ/DDR kamen, in aller Regel noch über einen größeren Einfluß verfügte und vielleicht auch deshalb eine größere Standfestigkeit besaß als die jüngeren Kollegen, die dann auch zu einem erschreckend großen Teil erfolgreich vom Ministerium für den Staatssicherheitsdienst der DDR angeworben wurden⁵.

In der Aktenüberlieferung der Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU spielen die Probleme der Theologischen Fakultäten und Sektionen eine erstaunlich untergeordnete Rolle. Insgesamt etwa anderthalb große Aktenordner - mehr ist aus rund vierzig Jahren nicht übriggeblieben! Zwei Drittel dieses Materials sind allein der Humboldt-Universität Berlin zuzuordnen, an deren Theologischer Fakultät die Ost-CDU vergleichsweise stark vertreten war und in ständiger Auseinandersetzung mit dem SED-orientierten Flügel um den Systematiker Hanfried Müller stand.

Einen ersten größeren Einsatz leisteten die „Unionsfreunde“ unter den Theologieprofessoren im Jahr 1952, als Ministerpräsident Otto Grotewohl die Theologischen Fakultäten als verfassungswidrig bezeichnete und vorschlug, eine „theologische Akademie in der DDR“ als Ersatz zu gründen⁶. Neben zahlreichen kirchlichen Persönlichkeiten meldeten sich auch Mitglieder der Ost-CDU in dieser Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung durchaus eindrücklich und kritisch zu Wort⁷. Bereits am 28.8.1952 verbreitete die Hochschulgruppe Greifswald eine Stellungnahme⁸, in der sich

bereits alle Argumente finden, die vor dem Hintergrund der deutschen Universitätsgeschichte für die fortdauernde Einbindung der Theologen in die staatliche akademische Ausbildung sprechen. Wenige Tage später äußerte sich die Hochschulgruppe Rostock in ganz ähnlicher Weise⁹.

Am 10.9.1952 lud dann Günther Wirth einige CDU-Studenten zur Besprechung der Lage ein. Dieses Schreiben ist auch deshalb interessant, weil es zeigt, mit welcher Langzeitperspektive die Ost-CDU-Kader im Bereich der Theologischen Fakultäten in Position gebracht wurden. Als Teilnehmer vorgesehen waren u.a. die späteren Berliner Professoren Hans Georg Fritzsche (IM „Fritz“) und Hans Dieter Döpman, der spätere Jenenser Praktologe Klaus-Peter Hertzsch, der spätere Hallenser Neutestamentler Traugott Holtz (IMV¹⁰ „Prof. Baum“) sowie Wieland Scharnbeck (damals FDJ-Sekretär der Berliner Fakultät), Bernt Satlow (Halle) und Friederun Milde, verh. Fessen (spätere Hauptreferentin für Theologie im Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, GI¹¹ „Irene“). In dem Protokoll der Beratung, bei der Herbert Trebs, der spätere Berliner Ökumeniker (GI „Anton“), die Parteileitung vertrat¹², wurde festgehalten, daß die „anwesenden Theologiestudenten [...] nur für Staatsfakultäten und gegen kirchliche Akademien sich zu äußern beabsichtigten“¹³.

Auch Johannes Leipoldt, der renommierte und fortschrittliche Leipziger Neutestamentler, meldete sich mit mehreren Briefen an den Generalsekretär der Ost-CDU, Gerald Götting, zu Wort¹⁴. Direkt

an Ministerpräsident Grotewohl schrieb der Leipziger Theologieprofessor Emil Fuchs, der die Theologischen Fakultäten als „Forschungsstätten über Wesen und Bedeutung der Religion im Ganzen des gesellschaftlichen Lebens“ den Universitäten erhalten wissen wollte¹⁵. In einer bemerkenswert gründlichen und würdigen Denkschrift „über die Bedeutung der Evangelisch-theologischen Fakultäten im Organismus der Universitäten“ vom Oktober 1952 faßte schließlich die Leipziger Theologische Fakultät nochmals alle Argumente gegen die Schließung der Fakultäten zusammen¹⁶. Aus Berlin wurden am 13.11.1952 sehr scharfmacherische „Bemerkungen zur Neuregelung des kirchlichen Ausbildungswesens“ vorgelegt, die darauf abzielten, „die Universitäten von den von den theologischen Fakultäten ausgehenden schädlichen Einflüssen“ zu befreien, zugleich aber auch sicherstellen sollten, „daß nicht die nunmehrigen kirchlichen Akademien oder wie immer sie genannt werden, Herde der Zersetzung werden“¹⁷.

Auch Hans-Hinrich Jenssen, damals Praktischer Theologe in Greifswald, wurde zu einer gutachterlicherlichen Äußerung aufgefordert¹⁸, allerdings läßt sich nicht mehr feststellen, ob der progressive Theologe diesem Wunsch entsprochen hat. Möglicherweise kam es dazu schon nicht mehr, weil die SED-Führung inzwischen erkannt hatte, daß die Ausgliederung der Theologischen Fakultäten aus den staatlichen Universitäten das Ende vieler Manipulationsmöglichkeiten bedeutet hätte. Die kircheneigenen Ausbildungseinrichtungen auf Fakultätsniveau in Berlin, Leipzig und Naumburg/S. boten

hierfür schon einigen Anschauungsunterricht¹⁹. Spätestens im Frühjahr 1953 wurde deshalb die ganze Angelegenheit stillschweigend ad acta gelegt, ohne daß sich etwas grundsätzlich verändert hätte²⁰.

Insgesamt gesehen hat die Ost-CDU in dieser Überlebensfrage für die Theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten also weder im akademischen noch im kirchlichen Bereich Boden gewinnen können²¹, zumal ihre Aktivitäten, die sich heute aus den Archivfunden heraus nachzeichnen lassen, damals in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden konnten.

Auch in den folgenden Jahren, in denen allmählich immer mehr theologische Hochschullehrer in der DDR ihre Karriere der Ost-CDU verdankten, spielte die Parteizugehörigkeit bei den Kollegen und bei der Studentenschaft in den Theologischen Fakultäten kaum eine Rolle. Entscheidend für das allgemeine Urteil waren vielmehr die persönliche Integrität und die Leistung in Lehre und Forschung des einzelnen Hochschullehrers. Selbstverständlich wußte man in vielen Fällen, daß der Betreffende ohne die diskrete Unterstützung seiner Partei sich kaum an der Universität hätte halten können. Bei anderen wunderte man sich, daß sie glaubten, es überhaupt nötig zu haben, ihre Laufbahn über die Ost-CDU abzusichern. Unverständlich groß war der Anteil an der Zahl dieser wegen ihrer Leistungen respektierten „Unionsfreunde“, die sich als IM von der Staatsicherheit verpflichten und zumindest teilweise auch zu ganz ordinären Spitzeldiensten mißbrauchen ließen.

Das volle Ausmaß der personalpolitischen Aktionen hinter den Kulissen war aber wahrscheinlich überhaupt nur den zuständigen Parteifunktionären der Ost-CDU und natürlich auch der SED bekannt. Von besonderem Interesse sind hierfür die Akten der Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU zur Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität.

Sie zeichnen ein ungeschminktes Bild von den vielfach einander kontrovers gegenüberstehenden Interessen, die die Berliner Fakultät als in sich zerrissen erscheinen ließen. Der Kampf zwischen dem SED-Flügel um den Systematiker Hanfried Müller und seine Frau, die Kirchenhistorikerin Rosemarie Müller-Streisand, und der auf die Ost-CDU hin orientierten Gruppe beschäftigte die Dienststellen des Staatsapparates, der SED und eben auch der Ost-CDU über Jahre hin²². 1967 eskalierten die Konflikte, von wilden Denunziationen hin und her aufgeheizt, in dem Vorschlag des Ehepaars Müller, die Fakultät zu spalten: Die von der Mehrheit vertretene „liberale Theologie“ sollte sich in einem „Theologischen Institut“ organisieren, während für die Müllers ein „Ökumenisches Institut [...] als eine Art Gegen-Bossey“, also als eine Gegengründung gegen das Ökumenische Institut des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, errichtet werden sollte. Weiter verlangte das Ehepaar Müller: „Da die Mitarbeit in diesem Institut eine besondere kaderpolitische Qualifikation erfordere, sollte die Auswahl der Mitarbeiter nur nach vorheriger Abstimmung mit dem ZK [= der SED!], dem Staatssekretariat [für Kirchenfragen]

und der Ost-CDU erfolgen. Nach dieser Abstimmung sollten diese Vorschläge dann dem Rat der Fakultät zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“²³ Dieser niemals umgesetzte Plan war so dreist, daß die Müllers, die sonst stets gegen die Ost-CDU operierten²⁴, in diesem Fall offensichtlich der Meinung waren, hier müsse auch der Parteivorstand der Ost-CDU durch Information und die Perspektive eingebunden werden, daß damit auch für einige von der Ost-CDU favorisierte Nachwuchswissenschaftler verbesserte Aufstiegschancen geschaffen werden könnten.

An der Umwandlung der Theologischen Fakultäten in Sektionen Theologie ab 1971 war die Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU zwar informell beteiligt²⁵, konnte aber kaum noch Einfluß auf die Ausgestaltung dieses Prozesses nehmen, durch den die universitäre Theologie in der DDR auf völlig neue Grundlagen gestellt wurde.

Welche Rolle die SED künftig der Ost-CDU in den Sektionen Theologie zuzubilligen bereit war, hat Wulf Trende von der Abt. Kirchenfragen in einem Aktenvermerk vom 28.1.1972 festgehalten. Danach stellte im Zusammenhang mit einer von der Ost-CDU für Theologiestudenten geplanten Tagung in Grünheide bei Berlin der im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen für die Sektionen Theologie zuständige Referent, Jürgen Janott, unmißverständlich klar: „Es sei nicht Aufgabe der CDU, gegenüber Theologiestudenten eine Erziehungsfunktion auszuüben. Diese obliege einzig dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen.“²⁶ Schwierigkeiten mit den Semi-

naren für Theologiestudenten zeichneten sich für die Ost-CDU offensichtlich jedoch schon 1970 ab. In einem „streng vertraulichen“ Aktenvermerk notierte Gerhard Quast, daß Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe der „Blockpartei“ die kirchlichen Heime in Bad Saarow oder Buckow zur Abhaltung ihrer Veranstaltungen angeboten und hinzugefügt habe: „Mit Kohlen seien sie auch noch für den nächsten Winter reichlich versorgt.“²⁷

Ab den frühen siebziger Jahren schwand der Einfluß der Ost-CDU auf die Sektionen Theologie immer stärker. Wollte sie direkt auf die Studentenschaft einwirken, konnte das eigentlich nur noch durch persönliche Kontakte der Assistenten und Hochschullehrer geschehen, die der Partei angehörten. In Einzelfällen mag auch noch eine Kontaktaufnahme über die sogenannten „Arbeitsgruppen Christliche Kreise“ der Nationalen Front möglich gewesen sein, die sich auf regionaler Ebene auch um Theologiestudenten und junge Nachwuchswissenschaftler bemühten. Ansonsten mußte sich die Ost-CDU weithin aber darauf beschränken, indirekt auf die Sektionen Theologie einzuwirken, bei denen der Spruch umzugehen begann: „Wer etwas werden will, sollte sich nicht gerade mit der CDU verbünden.“

Eine gewisse Bedeutung erlangte in diesem Zusammenhang die ab 1973 monatlich erscheinende Zeitschrift „Standpunkt“, die von Günther Wirth herausgegeben wurde. Dieses Blatt hatte zunächst erhebliche Startschwierigkeiten. In einem Brief vom 31.10.1972 an Wolfgang Heyl, den stellvertretenden Vorsitzenden der Ost-CDU, beschwerte sich Wirth

beispielsweise: „Ich wollte jedenfalls noch einmal modifizieren, daß die Vorbereitung des STANDPUNKT so ungefähr das Dilettantischste ist, an dem ich mich je beteiligen mußte - und das, obwohl meine (kaum veränderten) Vorschläge seit anderthalb Jahren (z.T. noch länger) vorliegen.“²⁸

Trotz dieser offensichtlich mühseligen Anfänge eroberte sich der „Standpunkt“ allmählich eine gewisse Position, gab es in ihm neben vielen Beiträgen, die streng an der „Parteilinie“ orientiert waren, auch manches zu lesen, was so in der DDR-Einheitspresse sonst nicht zu lesen war. Die gewisse Liberalität, die Wirth seinem Blatt zu geben vermochte, veranlaßte darüber hinaus allmählich auch immer mehr Universitätstheologen und Kirchenvertreter dazu, zumindest gelegentlich dem „Standpunkt“ als Autor zur Verfügung zu stehen. In welchem Ausmaß die Zeitschrift auch von der Studentenschaft gelesen wurde, läßt sich schwer einschätzen. Allzu groß dürften die Einflußmöglichkeiten der Ost-CDU dadurch jedoch nicht gewesen sein.

Tiefergehend, wenn auch noch schlechter zu quantifizieren, war die Einflußnahme, die die Ost-CDU über die Produktion ihrer parteieigenen Verlage, den Berliner Union Verlag²⁹ und den Leipziger Verlag Köhler & Amelang, versuchte. Hierzu bedarf es allerdings noch eingehender Untersuchungen. Im Programm dieser Verlage spielten solche Titel eine erhebliche Rolle, die dazu geeignet schienen, die christlichen Bürger im sozialistischen Staat zu beheimaten. So erbat Gerald Götting beispielsweise im August 1979 vom ZK-Mitglied Kurt Hager die Geneh-

migung zur Herausgabe eines „repräsentativen Bildbandes über 'Christliche Kunst in der DDR'“ und begründete seinen Wunsch folgendermaßen: „Auf wissenschaftliche und zugleich massenwirksame Art würde dieses Buch im In- und Ausland zeigen, über welche reiche humanistische Traditionen unsere Republik verfügt und wie auch in dieser Hinsicht die DDR das Werk aller ihrer Bürger ist. Das wiederum würde politisch die Einsicht erhärten, die Sie selbst kürzlich mit der Feststellung kennzeichneten, 'daß ein dem tätigen Humanismus verpflichteter christlicher Glaube und staatsbürgerliche Verantwortung für den Sozialismus durchaus zu vereinbaren sind'.“³⁰

Der gewünschte Band erschien dann 1982 tatsächlich in prächtiger, großformatiger Aufmachung unter dem Titel „Christliche Kunst im Kulturerbe der Deutschen Demokratischen Republik“ im Union Verlag Berlin. Die Modifikationen, die das Projekt in der Zwischenzeit erfahren hatte, deuten auch auf die Begrenzungen hin, denen die Ost-CDU durch die SED-Führung bei ihrer Publikationstätigkeit unterworfen war.

Sehr viel unmittelbarer auf die theologische Ausbildung wirkte das seit 1970 vorbereitete, dreibändige „Handbuch der Praktischen Theologie“, das 1975-1978 in der kircheneigenen Evangelischen Verlagsanstalt in Leipzig erschien. Die Herausgeber dieses grundlegenden Lehrbuches gehörten keineswegs alle der Ost-CDU an, um so interessanter ist es, in welchem Umfang die Abt. Kirchenfragen der Ost-CDU versuchte, auf den Mitarbeiterkreis und die Textgestaltung einzuwirken³¹.

Zur Kombination von Hochschullehrern an den Sektionen Theologie und kirchlichen Vertretern schrieb der Berliner Praktische Theologe und „Unionsfreund“ Hans-Hinrich Jennssen an den zuständigen Referenten Schneider im Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen mit Ablichtung an die Ost-CDU beispielsweise: „Da im Herausgeberkollektiv acht Universitätstheologen von zum größten Teil ausgeprägt progressiver Profilierung neben nur drei Theologen, die von kirchlichen Ausbildungsstätten kommen, mitwirken und zudem von Anfang an eine enge Fühlungnahme mit Ihnen, bzw. dem Ministerium praktiziert und auch von allen Beteiligten anerkannt wird, ist nicht zu befürchten, daß die Konzeption des Lehrbuches durch diese Erweiterung des Herausgeberkollektivs über den Kreis der Universitätstheologen hinaus negativ beeinflusst wird, zumal die drei beteiligten Theologen der kirchlichen Ausbildungsstätten als durchaus aufgeschlossen gelten dürfen.“³²

In einem „Gespräch mit Ufrd. [= Unionsfreund] Dr. Kretzschmar“ am 1.8.1973 wurde dann darauf gedrungen, daß dieser u.a. die „terminologische Trennung von marxistisch-leninistischer Begrifflichkeit und theologischen Termini“ beachte. Außerdem sollte das ganze Manuskript Kretzschmars mit dem Ziel überarbeitet werden, „die Aussagen gegen Mißverständnisse zu schützen“. Schließlich sollte das Literaturverzeichnis „auf die Auf-führung von in der DDR zugänglicher Literatur beschränkt“ werden³³.

In der gleichen Richtung war auch das mit einer Auflage von 8.000 Exemplaren geplante „Sachwörterbuch THEOLOGI-

SCHE GRUNDBEGRIFFE (Arbeitstitel)“ angelegt, über das der Hauptvorstand der Ost-CDU am 25.5.1971 beschloß. Dieses sollte den Zweck erfüllen, „Erkenntnishilfe zu leisten, wie sich die Kirchen in unserer Republik 'als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft' ... in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren“. Weiter beschloß die Führung der Ost-CDU zu dem neuen Werk: „Informationen über theologische Tendenzen in kapitalistischen Ländern, vor allem in Westdeutschland, sollen deutlich machen, in welchen theologischen Konzeptionen Einflüsse der imperialistischen Ideologie festzustellen sind.“³⁴

Das „Theologische Lexikon. Herausgegeben von Hans-Hinrich Jennssen und Herbert Trebs in Verbindung mit Johannes Althausen, Günter Baumbach, Hans-Dieter Döpman, Hans-Georg Fritzsche, Joachim Rohde, Wulf Trende und Ludwig Wächter“ erschien 1978 im Union Verlag Berlin. Im Vorwort erklärten die Herausgeber: „Auf modische Tendenzen einer von der spätbürgerlichen Ideologie beeinflussten Theologie, die erfahrungsgemäß nur kurzlebig sind und vor allem keinen echten Beitrag zur Klärung der Grundfragen christlicher Existenz leisten, wurde nicht eingegangen. Der theologische Modernismus, jene durch Anpassung von Theologie und Kirche an die politisch-sozialen und geistig-kulturellen Verhältnisse im Spätkapitalismus geprägte Strömung in Theologie und Kirche, besitzt in der DDR keinen Nährboden und hatte im Kreis der Mitarbeiter dieses Nachschlagewerkes keinen Vertreter.“³⁵ Dieser Selbsteinschätzung der Mitarbeiter am „Theologischen Lexikon“,

das 1981 noch eine zweite Auflage erlebte, braucht nichts hinzugefügt zu werden.

Wenn man die Rolle der Ost-CDU an den staatlichen Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen Theologie in der DDR umfassend würdigen wollte, müßte natürlich auch noch auf die Bedeutung genauer eingegangen werden, die „Unionsfreunde“ aus der Hochschullehrerschaft im Sinne ihrer Partei bei der Vermittlung bestimmter theologischer Strömungen gespielt haben. Hier besteht aber noch erheblicher Forschungsbedarf, um die schleichenden Verformungen und Verfälschungen klar herausarbeiten zu können, die dabei stattfanden. Besonderes Interesse hatte die Ost-CDU beispielsweise an einer DDR-spezifischen Rezeption Karl Barths, Dietrich Bonhoeffers und Albert Schweitzers sowie der Theologischen Erklärung der Barmer Bekenntnis-Synode von 1934 und des „Darmstädter Wortes“ von 1947. Mit zahlreichen Veröffentlichungen und Symposien versuchte die Ost-CDU hier eine eigenständige „Erberzeption“ zu initiieren. Auch der gesamten sog. „Ökumenischen Theologie“ kam hier eine Schlüsselfunktion zu, sollte diese doch in besonderem Maße an der ideologischen Gleichschaltung der Theologie und der Theologenausbildung in der DDR mitwirken. Gerade die „Ökumenische Theologie“ in der DDR zeigte, wie weit die Ost-CDU zu gehen bereit war, wenn es um die spezifische Förderung und Durchsetzung der von der SED vorgegebenen ideologischen Hauptlinie ging.

Peter Maser, Prof. Dr. theol., ist Kirchenhistoriker an der Evang.-Theol. Fakultät der Universität Münster

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. M. RICHTER: Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung = Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19, Düsseldorf 1991, 2. Aufl., S. 80f.
- ² K. W. FRICKE: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 60.
- ³ Zu Wirth, 1929 in Sachsen geboren, der neben hohen Parteiämtern vor allem als Hg. des „Evangelischen Pfarrersblatts“ und des „Standpunkts“ hervortrat, vgl. J. CERNY (HG.): Wer war wer - DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992, 2. Aufl., S. 490f.
- ⁴ Vgl. G. WIRTH: Über den Charakter der Christlich-Demokratischen Union, in: Zehn Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Festgabe, Berlin 1955, S. 36-39.
- ⁵ Vgl. G. BESIER: „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatsicherheit der ehemaligen DDR = Hist.-Theolog. Studien zum 19. und 20. Jh. (Quellen) 1, Neukirchen 1991, 2. Aufl., Register; DERS.: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 381-418; D. LINKE: Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank = Hist.-Theolog. Studien zum 19. und 20. Jh. (Quellen) 3, Neukirchen 1994, S. 450-511. In der Öffentlichkeit sind noch längst nicht alle Fälle einer IM-Tätigkeit von theologischen Hochschullehrern hinlänglich bekannt. In einzelnen Fällen wird ein sicheres Urteil auch erst abzugeben sein, wenn die einschlägigen Akten des KGB öffentlich zugänglich geworden sind.
- ⁶ Vgl. den Brief Grotewohls an den Berliner Bischof Otto Dibelius vom 14.8.1952, in: Kirchliches Jahrbuch 79, 1953, S. 229-235.
- ⁷ Nur der thüringische Oberkirchenrat Gerhard Lotz (als IM „Karl“ seit den frühen fünfziger Jahren tätig) wußte am 9.8.1952 dem Ost-CDU-Chef Götting zu berichten: „Die Trennung der theologischen Fakultäten würde von der Kirche nicht behindert werden, wenn ein Ausbildungsstab für die Kirche gewährleistet werden würde. Er denke hierbei an eine evangelische Universität zur Ausbildung von Pfarrern und besonderen Mitarbeitern der Kirche, wie Katecheten und Schwestern, Vorbild sei ihm hierbei die Katholische Universität in Polen.“ Vgl. F. HARTWEG (HG.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen I. bearb. von J. Heise = Hist.-Theol. Studien zum 19. und 20. Jh. (Quellen) 2/1, Neukirchen 1995, S. 79.
- ⁸ ACDP (= Archiv der Christlich-Demokratischen Politik in Sankt Augustin) VII-013 Nr. 1808.
- ⁹ Schreiben vom 3.9.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.
- ¹⁰ IM-Vorlauf = Sammlung von Informationen über eine Person, die als IM angeworben werden sollte. (T. KRONE et al.: Wenn wir unsere Akten lesen. Berlin 1992, S. 45)
- ¹¹ Geheimer Informator (IM-Bezeichnung bis 1968). (Ebd., S. 41)
- ¹² Trebs machte sich Anfang Dezember 1952 auch an Prof. Martin Fischer von der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf heran, um dessen Meinung zur „Frage der kirchlichen Hochschulen“ zu erfahren. Fischer aber verhielt sich wenig kooperativ, so daß der Berichtersteller zusammenfaßte: „Er (= Martin Fischer) würde schwerlich bereit sein, unmittelbar in einer Weise aufzutreten, wie sie unsere Partei als notwendig betrachtet.“ Vgl. Aktenvermerk Trebs vom 6.12.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.
- ¹³ ACDP VII-013 Nr. 1754 und 1808.
- ¹⁴ Briefe vom 11. und 15.9.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.
- ¹⁵ Brief vom 27.8.1952; IfGA ZPA IV 2/14/176.
- ¹⁶ ACDP VII-013 Nr. 1808.
- ¹⁷ ACDP VII-013 Nr. 1808. Das sechsseitige Schreiben trägt keine Unterschrift. Es könnte schon von Hanfried Müller (IM „Meier“) stammen, da hier einige Vorstellungen zur Organisation der theologischen Ausbildung auftauchen, die der radikal linke Theologe auch später vertrat.

¹⁸ Vgl. Schreiben Dr. Alisch an Jenssen vom 26.11.1952; ACDP VII-013 Nr. 1808.

¹⁹ Das Wirken der der Ost-CDU angehörigen Dozenten in den kirchlichen Hochschulen, die dann gelegentlich auch an die staatlichen Fakultäten überwechselt wurden, kann hier nicht näher untersucht werden. Das ACDP in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin scheint dazu kaum Material zu enthalten.

²⁰ Vgl. BESIER, SED-Staat und Kirche, S. 381-385.

²¹ Dazu trug selbstverständlich auch der alles überschattende Kirchenkampf 1953 bei, der beispielsweise bewirkte, daß im repräsentativen Kirchlichen Jahrbuch 80, 1953, das Problem der Theologischen Fakultäten nicht mehr aufgegriffen wurde.

²² Vgl. dazu LINKE, Theologiestudenten der Humboldt-Universität, der allerdings die Akten der Ost-CDU nicht eingesehen hat.

²³ Aktenvermerk des Leiters der Abt. Kirchenfragen beim Hauptvorstand der Ost-CDU, Gerhard Quast, vom 26.9.1967, S. 2f.; ACDP VII-013 Nr. 2113. Vgl. dazu auch den Brief Hanfried Müllers an Quast vom 10.10.1967; ACDP VII-013 Nr. 2113.

²⁴ Vgl. Aktenvermerk G. Quast vom 11.12.1969, S. 2f.: „Der CDU warfer [= H. Müller] weiter vor, sie würde eine Partei-Theologie pflegen, die in ihrem Wesen katholisch sei. Nur auf evangelische Theologie gestützt, gäbe es auch keine CDU mehr. Im übrigen verglich H. Müller „die CDU mit dem spätantiken Mithras-Kult“, während der Protestantismus der „griechischen Philosophie“ und der Katholizismus dem „griechischen Kultglauben“ zu vergleichen sei. Die CDU-Mitglieder handelten „wie die Deutschen Christen in der Nazizeit“. Ihre immer erneuerte Beschwörung der „gemeinsamen humanistischen Verantwortung“ laufe auf „ideologische Koexistenz“ heraus. ACDP VII-013 Nr. 2113.

²⁵ Vgl. die Schriftstücke ACDP VII-013 Nr. 3053.

²⁶ ACDP VII-013 Nr. 2121.

²⁷ Vgl. P. MASER/M. WILKE: Die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR = Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat 7/1994, Dokument 30 (ACDP VII-013 Nr. 2164).

²⁸ ACDP VII-010 Nr. 3338.

²⁹ Die Lizenz des Union Verlages lautete auf „Politische Literatur der CDU und Konfessionelle Literatur“. 1963 strebte der Verlag eine neue Lizenz für „Politisches Schrifttum, Belletristik, Kunstliteratur und Religions-Philosophisches Schrifttum“ an. Vgl. Schreiben Dr. Faensen an Götting vom 12.9.1963; ACDP VII-010 Nr. 3276.

³⁰ Brief Göttings an Kurt Hager vom 27.8.1979; ACDP VII-010 Nr. 3262.

³¹ Vgl. dazu das ausführliche Schreiben von Hans-Hinrich Jenssen vom Januar 1970; ACDP VII-013 Nr. 2113: „Die DDR-spezifische Situation sollte ausgeprägte Berücksichtigung finden. So müßten z.B. in den entsprechenden Abschnitten der Poimenik, Katechetik, Kybernetik, Pastoraltheologie usw. konkrete Verweise auf das Familiengesetzbuch, das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, das Gesetzbuch der Arbeit, das Sozialversicherungsrecht usw. erfolgen. Wo es notwendig ist, müßte auch eine Auseinandersetzung mit Versuchen ideologischer Diversion seitens des Imperialismus erfolgen.“

³² Brief vom 6.1.1970; ACDP VII-013 Nr. 2113.

³³ Vgl. Aktenvermerk vom 1.8.1973; ACDP VII-013 Nr. 3053.

³⁴ Vgl. den Beschluß des HV. Sekretariat vom 25.5.1971 betr. UNION VERLAG (VOB); ACDP VII-011 Nr. 652, S. 4.

³⁵ A. a. O., S. 5.

Günter Wirth (Berlin):

Kulturprotestantische Öffentlichkeit in der DDR: Die evangelische Monatszeitschrift STANDPUNKT

Natürlich war der STANDPUNKT nicht als theologische Zeitschrift intendiert und lizenziert, sondern als ein kirchenpolitisches Organ. Allein schon die Rahmenbedingungen und der Zeitpunkt seiner Gründung machen dies deutlich (1972/73). Tatsächlich war der STANDPUNKT im Rahmen der Kirchen- und Bündnispolitik der DDR gedacht als Versuch, die in der Ulbricht-Ära als Kampforgane begründeten "progressiven" Zeitschriften "Glaube und Gewissen" (1955) und "Evangelisches Pfarrerbblatt" (1959) gleichsam aufzufangen und deren publizistische Ansätze den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Kirchenpolitik in der Honecker-Ära anzupassen - und das hieß vor allem, aus der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1969) und deren alsbald erklärter Grundlinie der "Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in der DDR" (1971) die Konsequenzen zu ziehen. Dies schien insbesondere die Vereinigung all jener Kräfte im ostdeutschen Protestantismus zu fordern, die auf der Linie Barmen-Stuttgart-Darmstadt mindestens zur Loyalität gegenüber der DDR bereit waren. Übrigens geschah der publizistische Vereinigungsprozeß nicht ohne den Widerstand der Herausgeberkreise der beiden bisherigen Zeitschriften: Der Herausgeber des "Evangelischen Pfarrerbblatts", der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR, ahnte nicht zu Unrecht, daß mit der Einstellung seiner Zeitschrift, die der einzige Ausweis einer

produktiven Seite seiner Existenz war und Echo bis in kirchenleitende Kreise, sogar bis in die EKID-Kanzlei Hannover, hatte, sein Ende avisiert war, und es trat denn auch rasch ein.¹ Was einige der Herausgeber und Redakteure von "Glaube und Gewissen" angeht, so boykottierten diese den STANDPUNKT eine Weile, insbesondere auf der Linie denunziatorischer Vorwürfe eines schädlichen Intellektualismus.

In der Rückschau ließe sich generalisierend sagen, daß der STANDPUNKT (seit Januar 1973 erscheinend) - von den Anfängen abgesehen, selten polemisierend - einen publizistischen Grundansatz verfolgte, der kirchenpolitisch auf das hinarbeitete, was dann am 6. März 1978 (Begegnung Honecker - Kirchenbund) zum Ereignis wurde, und in der Folgezeit ging es ihm um die Ausgestaltung dieses "6. März". All dies erfolgte, wie gesagt, weniger im Polemischen, das ja das kirchenpolitische Klima der Ulbricht-Ära charakterisiert hatte, sondern im Versuch des selektiven "Nach-vorn"-Interpretierens von Beschlüssen und Positionsbestimmungen der Kirchenleitungen und Synoden, und nur dann, wenn die "Kirche oben" allzu forsch auf Aktionen der "Kirche von unten" eingegangen war, reagierte der STANDPUNKT, freilich aber auch zurückhaltend, polemisch, so im Januar 1981 unter der Überschrift "Keine Vertauschung der Ebe-

nen", was besagen sollte, daß die Kirche in der DDR Kirche bleiben und sich nicht (was dann ja Charakteristikum der Wende wurde) auf der Ebene des Gesellschaftlichen installieren solle.

Vordiesem prinzipiellen, immer präsenten Hintergrund (präsent auch dort, wo er verbal nicht unbedingt definiert wurde) entfaltete der STANDPUNKT seine eigentlichen publizistischen Aktivitäten, und sie bezogen sich allerdings in starkem Maße auf das Theologische, vor allem deshalb, weil angesichts der theoretisch-weltanschaulichen Rahmenbedingungen des realen, also auch des atheistischen Sozialismus in der DDR dem seinerseits theoretisch-weltanschaulichen Proprium der Kirche, also

Theologie und Verkündigung, die besondere Aufmerksamkeit zu schenken war. Das hieß, daß der STANDPUNKT zwar unter den Auspizien dessen, was wir heute wissen, politisch auf der Seite der Verlierer von 1989 stand und mit einer gewissen demonstrativen Geste in dem Monat sein Erscheinen einstellte, in dem (am 18. März 1990) die Volkskammer der DDR frei gewählt wurde. Das hieß aber auch, daß der STANDPUNKT mit seiner Akzentuierung des Theologischen, mit seinem "Intellektualismus" die ihm vorgegebene Aufgabenstellung, seine "Lizenz", transzendierte und Positionsbestimmungen, zumal auch im kulturellen Umfeld, vornahm, die ihn letztlich in der Nähe von geistigen Kräften sah, gegen die er sich eigentlich wenden sollte.

Ehe diese mir aufgebene und auf meine Weise aufgenommene Thematik im einzelnen behandelt wird, müssen wenigstens zwei Bemerkungen eingeschoben werden, die auf das gesellschaftliche und geistige Leben in der DDR bezogen sind und ohne deren Würdigung der Charakter des publizistischen Wirkens im christlichen Milieu der DDR unverständlich bliebe:

Es müßte nämlich i. mindestens Erwähnung finden, daß in der SBZ/DDR seit 1947 zwei Zeitschriften herausgegeben wurden, die in je eigener Weise geistlich und theologisch profilbestimmend waren, nämlich "Die Zeichen der Zeit" (ZdZ) und die (traditionelle) "Theologische Literaturzeitung" (ThLZ). In den ZdZ spiegelten sich - besonders eindrucksvoll unter der Leitung ihres ersten Chefredakteurs, Gerhard Brennecke - das kirchliche Leben und die auf die Kirche bezogene theologische Arbeit im Osten und im Westen Deutschlands sowie in der Ökumene, während die ThLZ der objektive Beobachter der gesamten theolo-

gisch-wissenschaftlichen, der religionswissenschaftlichen Szene blieb. Wie beide Zeitschriften - wiederum auf je eigene Weise - ihre Probleme in der DDR-Gesellschaft hatten und welchen Standort sie, ihrem Auftrag entsprechend, einnahmen, ist wiederholt dargestellt worden: Was die ThLZ angeht, konnte jetzt Siegfried Bräuer bezeichnendes Material zu deren Geschichte beibringen²; ich selber habe schon vor 15 Jahren im Verlag der ZdZ, in der Evangelischen Verlagsanstalt, bereits damals sogenannte "vorläufige" Beobachtungen und Wertungen zu den ZdZ vorgelegt.³ Dabei hatte ich *contre coeur* unterschiedlicher Kräfte - in Gesellschaft und Kirche - herauszuarbeiten versucht, daß diese kirchlich-theologische Zeitschrift authentisch protestantisch war (und dies auf einem Niveau, das den großen westdeutschen protestantischen Zeitschriften adäquat war), dabei aber ebenso authentisch Züge trug, die protestantische Zeitschriften in der alten BRD so nicht aufzuweisen hatten, also das gesellschaftliche und geistige Leben in der DDR *sui generis* reflektierten.

Dies freilich genügte den Herrschenden in der DDR nicht: Sie wollten eine evangelische Zeitschrift haben, die vordergründig, holzschnittartig zu erkennen gab, daß ihre Autoren "progressiv" seien und sich womöglich *expressis verbis* gegen die "reaktionären" Kirchenleitungen aussprachen. Dabei wurden Mitte der fünfziger Jahre (ich lasse das früh gescheiterte Unternehmen der in Dresden kurzzeitig herausgegebenen "Verantwortung" beiseite⁴), alle nur möglichen Pläne einer solchen Zeitschrift ventiliert; von Bräuer erfahren wir im übrigen, daß es parallel hierzu Varianten auch der Edition einer wissenschaftlichen Zeitschrift in Konkurrenz zur ThLZ gab. Heraus kam dann (*nasetur ridiculus mus*) nach langem Hin und Her (*parturiunt montes*) eine Zeitschrift, die nicht Fisch und nicht Fleisch war, die einen von den Staatsorganen gewollten, betont "religiösen" Titel (Glaube) erhielt, der die gleichermaßen gewollten, betont kämpferischen Akzente (Gewissen) decken sollte. Überdies sollte die Zeitschrift nicht allzu nahe der CDU operieren: Deshalb wurde der VEB Max Niemeyer Verlag, Halle/S., der eine gewisse theologische Tradition hatte, hierfür aufgeboten.

Um dies wenigstens noch am Rande hinzuzufügen: Versuche der CDU, etwas früher und dann auch etwas später, ihrerseits eine Monatszeitschrift herauszubringen, wurden (was inzwischen auch durch Archivreise exakt belegt ist) vom Zentralkomitee der SED verhindert.⁵ Allerdings gelang es der CDU, den eigentlich für Auslandspropaganda bestimmten und seit 1954 auf hohem Niveau redigierten UNION Pressedienst (upd) an kirchliche Adressen in der DDR (kostenlos) zu verschicken.

2. Wenn in den einleitenden Bemerkungen angedeutet war, daß der STANDPUNKT 1973 etwas Neues mit einer genauen Zielstel-

lung war, so täuscht dies allerdings, denn auch seine Herausgabe trug - wie alles im Bereich der DDR-Kirchenpolitik - Kompromißcharakter. Ein Kompromiß war schon, wie angedeutet, daß die bisherigen Herausgeber- bzw. Redaktionskreise von "Glaube und Gewissen" und "Ev. Pfarrerblatt" in den Herausgeberkreis der neuen Zeitschrift übernommen werden mußten, wodurch eine, auch vom Personellen her gedeckte Neuorientierung nicht sichtbar werden konnte. Für die Vorbereitung der redaktionellen Arbeit, des Layout, des Vertriebs usw. der neuen Zeitschrift verblieben ganze vier Wochen, was dazu führte, daß die ersten drei Hefte des Jahrgangs 1973 in der äußeren Aufmachung einen geradezu kläglichen Charakter tragen mußten; erst vom zweiten Quartal ab war eine gewisse Konsolidierung möglich. Der hauptsächlichliche Kompromiß, der besonders typisch für die Verhältnisse in der DDR war und meine Mitarbeiter/innen und mich immerfort belastete, bestand in folgendem: Ich konnte zwar durchsetzen, daß im Impressum als Verlag der Union Verlag ausgewiesen wurde, dessen Cheflektor ich von 1964 bis 1970 gewesen war, aber hinter den Kulissen hatten SED, Nationale Front und CDU ausgehandelt - und es entsprach dies wohl auch den Wünschen der Verlagsleitung -, daß dies *nur nominell, nach außen* geschehe; den eigentlichen materiellen Hintergrund, den verlegerischen, wenn man so will, bildete (wie auch für die katholische "begegnung") die Arbeitsgruppe Christliche Kreise beim Nationalrat. Nur die drei letzten Ausgaben des STANDPUNKT, Januar bis März 1990, erschienen dann tatsächlich im Union Verlag.⁶

Wenn ich vor diesem Hintergrund auf den vorhingewonnenen Gesichtspunkt zurückkomme und ihn näher zu bestimmen versuche, wird wohl erst recht deutlich, was es bedeutete, diesem "Verlag" - und das hieß konkret einem Funktionär wie Günther Grewe, der ohne jeg-

liches Eigenprofil war und allein dazu fähig, ihm gegebene Aufträge weiterzuleiten und deren

Ausführung blind und rigoros zu kontrollieren - eine solche Linie abzugewinnen.

Hier ist nun der Ort, auf die Vermittlung von Theologie durch diese Zeitschrift einzugehen, was freilich angesichts von mehr als siebzehn Jahrgängen (= 207 Hefte mit ca. 6300 Seiten) selbst dort, wo Details angeführt werden, den Charakter des Generalisierenden und Selektiven nicht verleugnen kann.⁷ Von vornherein klammere ich ohnehin den Komplex des Ökumenischen aus, d. h. die Behandlung von Fragestellungen (aus) der ökumenischen Bewegung durch Autor/innen dieser, und zu diesen gehörten (in eigenen Beiträgen oder Interviews) deren Protagonisten (die Generalsekretäre von ÖRK, KEK, LWB, RWB⁸, einige ihrer Präsidenten oder leitende Mitarbeiter der Genfer Büros sowie ökumenische Theologen vom Range des Holländers Hendrik Berkhof). Dieser Gesamtkomplex mußte gesondert untersucht und dargestellt werden. Jedenfalls kann auch heute noch resümierend gesagt werden, daß sich der STANDPUNKT im ökumenischen Diskurs einen Namen durch sachgerechte und weiterführende Beiträge geschaffen hatte.

Wichtiger noch scheint - auch im Kontext der heutigen theologischen Debatten und geistig-politischen Auseinandersetzungen - die Antwort auf die Frage zu sein, welche Themenstellungen der Zeitschrift angemessen waren, jene theoretische Relevanz theologischer Probleme im realen Sozialismus, von der vorhin schon die Rede war, zur Wirkung zu bringen, und wie es ihr gelang, Autor/innen aus dem kirchlichen und aus dem protestantisch-bildungsbürgerlichen Milieu (soweit letzteres überhaupt hatte überleben können) zu gewinnen.⁹

Angesichts der Tatsache, daß mit ZdZ und ThLZ, dann aber auch mit den in den achtziger Jahren ein eigenes, die Kirche zur Welt öffnen-

des Profil gewinnenden kirchlichen Wochenzeitungen "ein weites Feld" thematisch abgesteckt war, mußte der STANDPUNKT zwar in der Nähe eines Stuhls, letztlich aber "zwischen den Stühlen" seinen eigenen Platz finden, und er fand ihn, auf die theologischen Disziplinen bezogen, weniger im Umfeld der Bibelwissenschaften¹⁰ oder der mehr traditionellen oder konfessionell geprägten Dogmatik, wohl aber in dem der Kirchengeschichte, der Religionswissenschaft, der Praktischen Theologie und nicht zuletzt in dem der Kultur. Ja, es ließe sich lapidar herausstellen und dann auch im einzelnen belegen, daß der STANDPUNKT tatsächlich dort sein Proprium im theologischen Diskurs und in den geistigen Auseinandersetzungen im DDR-Protestantismus gewann, wo er eine "kulturprotestantische" Position einnahm. (Die Zeitschrift ist daher oft genug mit der "Christlichen Welt" Martin Rades verglichen worden, und indem sie - zu spät - Ende der achtziger Jahre einen Gesprächskreis bildete, stellte sie sich versuchsweise in die Tradition der "Freunde der Christlichen Welt".)

Dies mag, wenn man den (kirchen)geschichtlichen Ort des Kulturprotestantismus kennt, paradox sein: Kulturprotestantismus als Bindestrich-Christentum wird ja heute gewöhnlich als retrograd eingestuft, und er mag es dort tatsächlich gewesen sein und noch sein, wo er einer säkularisierten, aber noch als christlich firmierenden gesellschaftlichen Ordnung den weltanschaulichen Kitt liefert(e). Kulturprotestantismus im Sinne einer theologisch verifizierbaren Bemühung um "Raum für das Evangelium" (so das Thema der außerordentlichen EKid-Synode 1956 in Berlin mit den über die Synode hinaus bekannt gebliebenen Vorträ-

gen von Günter Jacob und Helmut Gollwitzer), um Raum also für Christen und Christliches im kulturellen und geistigen Leben einer radikal säkularisierten Gesellschaft würde demgegenüber als authentisch protestantisch anzusehen sein - zumal auch dann, wenn solcher Kulturprotestantismus Vertreter unterschiedlicher theologischer Richtungen vereinte und den in einer Gesellschaft weitgehend ohne öffentliches Echo bleibenden protestantischen bildungsbürgerlichen Kräften eine Heimat zu geben imstande war. Umgekehrt war der STANDPUNKT in der Gefahr, sein so beschriebenes Proprium zu verfehlen, wo er - etwa in Artikeln zu aktuellen politischen Fragen - allzu vordergründig opportunistisch operierte und vor allem dort, wo er Vertretern einer theologischen Richtung eine (ins Politische und Kirchenpolitische hineinreichende) normative Position überließ. Dies erfolgte (vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre) zugunsten der Exponenten einer sich und diese hermetisch abschließenden Variante dialektischer Theologie; es war daher allerdings auch kein Zufall, daß diese Ideologen nach ihrem eigenen Organ strebten, und als sie es - in Gestalt der "Weißenblätter" - erhalten hatten, drückten ihre Hauptautoren alsbald ihre Aversion nicht zuletzt gegenüber jenen aus, die ihnen im STANDPUNKT zeitweilig allzuviel Raum gewährt hatten.¹¹

Wenn es möglich war, solche Einseitigkeiten zu überwinden und tatsächlich das kulturprotestantische Proprium sorgsam herauszuarbeiten, konnte registriert werden, daß sich der Radius des Mitarbeiterkreises des STANDPUNKT (und angesichts des Zuschnitts seiner Interviews müßten die Interviewpartner hierzu gerechnet werden) im Laufe der Zeit beträchtlich ausweitete (was so, nachdem 1973 auf einer provinzsächsischen Synode eine harsche Absage an die Zeitschrift erfolgt war, von vornherein nicht zu erwarten gewesen war).

So ließe sich generell sagen, daß außer den Landesbischöfen Leich und Rathke sowie des letzteren Nachfolgers alle evangelischen Bischöfe, die zwischen 1983 und 1990 in der DDR amtierten, hier mit eigenständigen Aussagen zu Wort kamen; hinzu traten zahlreiche Generalsuperintendenten, Oberkirchen- und Oberkonsistorialräte, Synodale usw.¹² In der Rückschau wird man überdies feststellen, daß sich unter den Autor/innen des STANDPUNKT, zumal in den achtziger Jahren, Persönlichkeiten finden, die in der Bürgerbewegung um 1989/90 eine Rolle spielten und dann womöglich auch parteipolitisch in Erscheinung traten. Ich nenne hier Dr. Reinhard Höppner, den damaligen provinzsächsischen Synodalpräsidenten und heutigen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, der erstmalig 1986 im STANDPUNKT schrieb (über eine ökumenische China-Reise). Ich nenne weiter Manfred Stolpe, dessen großes Interview von 1986 separat nachgedruckt wurde (in der DDR in den "Heften aus Burgscheidungen", in der alten Bundesrepublik vom epd-Pressedienst). Der spätere zeitweilige Vizeaußenminister im Kabinett de Maizière und heutige SPD-Politiker in Potsdam, Dr. Helmut Domke, ist als Interviewpartner wie als Verfasser eines Berichts über eine Moskauer ökumenische Konsultation (1984) in der Zeitschrift ebenso vertreten wie der Alttestamentler Prof. Dr. Zobel, der 1990 Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald wurde und heute als CDU-Landtagsabgeordneter wirkt. Regelmäßiger STANDPUNKT-Mitarbeiter war Dr. Gottfried Müller, der Chefredakteur der Thüringer Kirchenzeitung "Glaube und Heimat", der im September 1989 die Initiative zur Erneuerungsbewegung in der CDU ergriffen hatte und Präsident des ersten frei gewählten Landtages in Thüringen war. Auch der Maler Winfried Wolk, der mit Lothar de Maizière im Herbst 1989 um den Parteivorsitz in der CDU konkurrierte, war schon früh im STANDPUNKT

zu Wort gekommen. Zur Bürgerbewegung gehörten Hans-Jochen Vogel, damals Karl-Marx-Stadt, Dr. Jens Langer, Rostock, Dr. Walter Bindemann, der Direktor der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, die den Grünen nahestehende Absolventin der Berliner Theologischen Fakultät Ulrike Zoels und der ähnlich orientierte Schriftsteller Ernst-Frieder Kratochwil. Auch Prof. Walter Beltz, theologischer Berater Stefan Heyms, schrieb im STANDPUNKT, u. a. 1975 über Menschenrechte, nicht zuletzt Jörg Hildebrandt von der Evangelischen Verlagsanstalt, der zu den Mitbegründern von "Demokratie jetzt" gehören sollte.

Um einen solchen Radius an einem Jahrgang der Zeitschrift festzumachen und damit recht eigentlich *das* herauszuarbeiten, was ich in meiner Studie über die ZdZ das "innere Gewese" einer Zeitschrift genannt habe, sei auf den Jahrgang 1987 hingewiesen.

Unter den Verfassern von Meditationen, denen im STANDPUNKT immer eine große Sorgfalt zugewandt wurde, finden wir den damaligen Bautzener Superintendenten und heutigen sächsischen Landesbischof Volker Kreß, seinen Vorgänger Landesbischof Dr. Hempel, den Nordhäuser Propst J. Jaeger, den ebenfalls provinzsächsischen Superintendenten Horst Gaede und den Berliner Superintendenten Werner Krätschell. Interviewpartner waren u. a. der Berlin-Brandenburger Bischof Gottfried Forck, der damalige Heidelberger Ordinarium und heutige Bischof von Berlin-Brandenburg Wolfgang Huber, Dr. Heinz-Joachim Held, Leiter des kirchlichen Außendienstes der EKID, der Dichter Albrecht Goes, Stuttgart, Uwe Holmer, der nach der Wende allgemein bekannt gewordene Pfarrer in den Lobetal-Anstalten, Werner Braune, Direktor der Berliner Stephanus-Stiftung, der Quäker Dr. Huth, Berlin, Heidrun Elliger von der kirchlichen Ju-

gendarbeit, Berlin, sowie der Berliner Schriftsteller und Publizist Jürgen Rennert. Weitere Beiträge stammten etwa von Altbischof Albrecht Schönherr, dem Görlitzer Bischof Prof. Joachim Rogge und dem Greifswalder Systematiker Bernd Hildebrandt, der über die "Tragweite christlicher Grundüberzeugungen für die Gestaltung der Gesellschaft" reflektierte. Dr. Götz Planer-Friedrich und Konsistorialrat Gerhard Linn berichteten über ihre Arbeit in der Genfer ökumenischen Zentrale, der Mainzer Juraprofessor Alexander Böhm, Sohn des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Franz Böhm, schrieb über seine Großmutter Ricarda Huch, der Dozent am Berliner Sprachenkonvikt Dr. Rudolf Mau über seinen theologischen Lehrer Rudolf Hermann, der Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak über Paul Braune, den legendären Leiter der Lobetal-Anstalten, der frühere westfälische Präses Ernst Wilm über Martin Niemöller, der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Magdeburg, Hans Levi, über Altbischof Werner Krusche. In einer Umfrage äußerten sich die bekannten Kirchenmusiker Christoph Albrecht, Herbert Hildebrandt, Christfried Brödel, Johannes Ernst Köhler und Erich Piasecki über "Bach in säkularisierter Umwelt". Nicht zuletzt finden wir einen umfangreichen Beitrag "Erwägungen zum konziliaren Prozeß" von Propst Dr. Heino Falcke, Erfurt, der so etwas wie eine Schlüsselgestalt des DDR-Protestantismus vor der Wende und in Richtung auf sie war. Die Veröffentlichung dieses Vortrags über den konziliaren Prozeß führte seinerzeit zu vielfältigen Fragen: Was, Falcke läßt sich im STANDPUNKT drucken? Wie, der STANDPUNKT bringt einen Falcke-Text? Es war dies offensichtlich Ausdruck der Spannungen und Polarisierungen in der DDR-Gesellschaft, der Differenzen und Differenzierungen im DDR-Protestantismus, in denen sich diese Spannungen und Polarisierungen spiegelten und sie zugleich verstärkten (der konziliare Prozeß als Medium

der Veränderungsprozesse in der Gesellschaft). Überdies wurde mit solchen Fragen das Exi-

stieren des STANDPUNKT auf und zwischen den Stühlen überdeutlich...

Von hier aus können wir versuchen, einige Züge des Kulturprotestantischen im STANDPUNKT im einzelnen nachzuzeichnen. Besonders profiliert treten diese aus meiner Sicht in der Behandlung *kirchengeschichtlicher* Themen insofern in Erscheinung, als hierbei fast immer solchen Sachverhalten nachgegangen wurde, die in der traditionellen ekklesiologisch, hierarchisch und konfessionell geprägten Kirchengeschichtsschreibung ebenso vernachlässigt wurden wie in der Historiographie, sei's der bürgerlichen, sei's der marxistischen in der früheren DDR.

Diese Feststellung trifft vor allem auf die Arbeiten des 1984 so früh verstorbenen Kirchenhistorikers und STANDPUNKT-Mitherausgebers Walter Bredendiek zu - handelte es sich dabei um die Analyse von Sachthemen wie Protestantismus und Fürsteneignung in der Weimarer Republik (1977), die Frage des "klassischen" Pazifismus und dessen Bedeutung für die Anfänge christlicher Friedensarbeit in Deutschland (1984) und um die Frontenbildung im deutschen Protestantismus im Frühsommer 1933 (1984) oder um die "Rettung" von fast vergessenen christlichen Persönlichkeiten (es seien hier nur die Arbeiten Bredendieks über Carl Vogl - 1977/78 - und über den Bauernpfarrer Hermann Kötzschke - 1975 - erwähnt). Im Grunde ist Bredendieks Forschungsansatz, den er zuerst in den fünfziger Jahren in seinem Buch über die "Christlichen Sozialreformer"¹³ entwickelt und dann in seinen publizistischen Arbeiten in der "Neuen Zeit" in den tagespolitischen Auseinandersetzungen kräftig zur Wirkung gebracht hatte (wiederum in der im Sinne Herders betriebenen "Rettung" bedeutender Elemente des christlichen Erbes), in pointierter Weise identisch mit

dem, was ich versuchsweise die kulturprotestantische Perspektive des STANDPUNKT genannt hatte.

Analoges gilt - in allerdings je spezifischer, das Eigene der jeweiligen Autor/innen ausdrückender Weise - für reformationsgeschichtliche Arbeiten der Leipziger Forscher Günther Wartenberg (1978, 1979, 1980, 1981, 1989) und Helmar Junghans (1982, 1989), für Gert Haendlers Studien zu Gustav Adolf und zur mecklenburgischen Regionalkirchengeschichte (1985 und 1975), für Gottfried Holtz' Aufsätze zum Hexenwahn und zu Fritz Reuter (1974, 1981), für Wolfgang Gerickes Lesing-Essay (1981), für Othmar Feyls Reflexionen über die christliche Geschichtsphilosophie bei Christian von Bunsen (1982), für die Wiederentdeckung des 48er Edmund Monecke durch Hans-Joachim Beeskow (1973), der auch in einer Serie das geschichtliche Umfeld des Potsdamer Edikts (1985) beleuchtete, während der Prager Kirchenhistoriker Amedeo Molnár den Josephinismus (1981) analysiert hatte, dann auch für Herbert von Hintzensterns Rezeption thüringischer kirchlicher Traditionslinien (1981), für Karl-Johann Reses Porträt Eugen Rosenstock-Huessys (1988), für die gleichermaßen theologie- wie regionalgeschichtlich relevanten Exkurse von Eberhard Pältz über Karl Heussi (1977) sowie vom Verfasser über Friedrich Siegmund-Schultze, Fritz Lieb und Karl Barth in Berlin (1985, 1987, 1988), dann vor allem für die ebenso gründlichen wie weiterführenden Kirchenkampf-Studien Hartmut Ludwigs (u. a. 1981, 1982), für die Bereitstellung von Archivmaterialien zu verschiedenen Seiten des Kirchenkampfes (Friedrich Weißler, Paul Schneider) durch Klaus Drobisch (1981, 1982), für die

Erlebnisberichte von Erhard Banitz über Martin Niemöller in Sachsenhausen (1980) und von Bruno Theek über seinen Dachauer Kameraden Walter Gabriel (1977), für Beiträge von Wilhelm Niemöller, Martin Niemöllers Bruder, der sich der Zeitschrift sehr verbunden fühlte. Hierzu würde dann auch gehören, was Sibylle A. Niemöller-von Sell, die zweite Frau Martin Niemöllers, 1989 und Clarita von Trott zu Solz (in einem Interview mit Eberhard Görner über Harald Poelchau) 1988 vorzutragen hatten, nicht zuletzt schließlich das, was Winfried Maechler und Otto Dudzus als Teilnehmer der ökumenischen Konferenz von Fanö 1934, auf der Bonhoeffer den Vorschlag eines ökumenischen Friedenskonzils gemacht hatte, 1984 in einer Umfrage über Fanö, an der auch Bonhoeffers ungarischer Freund, der lutherische Pastor Ferenc Lehel beteiligt war, berichteten.

Von besonderer Bedeutung war der erstmalige Abdruck von Predigten, die in je zugespitzten Situationen gehalten worden waren und daher Zeitgeschichtliches wie Bekennerisches pointiert zum Ausdruck gebracht hatten. 1987 brachte der STANDPUNKT eine Predigt von Bernhard Heinrich Forck, dem bekannten dahlemitischen BK-Pfarrer, aus der Zeit der Herbstkrise 1938; ebenfalls 1987 wurden Predigten von den BK-Pfarrern Gerhard Gloege, dem späteren Jenaer Ordinarius, am 21. Mai 1945 in der Erfurter Predigerkirche, Oskar Meder und Georg Walther eine Woche später in Leipzig (Thomaskirche) sowie Julius Schniewind Anfang Juni 1945 im Hallenser Dom gedruckt. Schon 1985 war es zum erstmaligen Abdruck der Predigt gekommen, die Martin Niemöller am 17. Oktober 1945 in der Markuskirche in Stuttgart gehalten hatte, also kurz vor jener Tagung der EKID mit den Vertretern der Ökumene, die zwei Tage später die Stuttgarter Schulderklärung annahm. Tatsächlich war in Martin Niemöllers Predigt schon

das hörbar geworden, was dann zum Eigentlichen der Stuttgarter Erklärung wurde: "So haben wir heute wenig Anlaß, uns auf ein hohes Roß zu setzen... auch mit uns kann Gott der Herr kein Neues beginnen, solange wir als Christen, als Gemeinde, als Kirche nicht eingesehen haben, wie sehr wir schuldig sind, schuldig an dem Weg unseres Volkes."

Damit sind letztlich nur die Umriss der kirchengeschichtlichen Positionsbestimmungen im STANDPUNKT angedeutet¹⁴, und es ist hierbei noch gar nicht auf mehrere wissenschaftliche Beilagen (u. a. 40 Jahre Barmen - 1974 -, 30 Jahre Stuttgart - 1975 - und, allerdings nicht separat, zum 500. Geburtstag Thomas Müntzers - 1988/89) hingewiesen worden. In diesen Beilagen, die in Zusammenarbeit mit den damaligen Sektionen Theologie an den Universitäten der DDR entstanden, konnten neue Forschungsergebnisse vermittelt werden. Hinsichtlich ihrer Rezeption sollte man vielleicht anmerken, daß diese Beilagen gesondert bestellt und vertrieben werden konnten und auch, wie ich von einem der seinerzeit in der alten Bundesrepublik führenden Kirchenhistoriker, Klaus Scholder (Tübingen), weiß, in dortigen Seminaren Verwendung fanden. Analoges gilt für Hefte der Zeitschrift, die fast ganz in den Dienst der Würdigung bekannter Persönlichkeiten gestellt wurden, so die Maihefte 1976, 1981 und 1986 für Bruno Theek und die Januarhefte 1977 und 1982 für Martin Niemöller; es ist wohl auch kein Zufall, wenn etwa die Niemöller-Hefte in der Bibliographie neuerer Lexikon-Artikel zu Martin Niemöller erwähnt werden.¹⁵

In solchen Zusammenhang kirchengeschichtlicher Dimensionen des Kulturprotestantismus im STANDPUNKT gehört die Aufarbeitung christlichen Erbes in den Ländern, auf die die Staatsräson der DDR ihre Bevölkerung mit ebenso starkem wie einseitigem Nachdruck zu

orientieren pflegte, also auf die sogenannten Bruderländer in *Ost- und Südosteuropa*. In ihnen christliches Erbe und christliche Präsenz in der Gegenwart zu entdecken, hielt der STANDPUNKT für besonders wichtig, und dies insonderheit in der Hinwendung zu den dortigen evangelischen Minderheitskirchen, aber auch zu spezifischen theologischen Strömungen in den orthodoxen Mehrheitskirchen. Der erst jetzt in deutscher Übersetzung zugänglich werdende, von den Stalinisten in den dreißiger Jahren in den Tod ge jagte russische orthodoxe Theologe Florenskij kam (1974) ebenso zu Wort wie der große bulgarische Ökumeniker und Deutschenfreund Stefan Zankov (1981). Regelmäßig waren die Orthodoxie-Forscher unter den DDR-Theologen, Konrad Onasch und Hans-Dieter Döpmann, im STANDPUNKT vertreten, so Onasch mit Aufsätzen über N.F. Fjodorow, W. Solowjow und K. Leontjew (1976, 1977). Vor allem war es das Luthertum der baltischen Staaten, auch das der Minderheit in Litauen, dem das Interesse der Zeitschrift galt (und es war allerdings charakteristisch genug, daß alle Versuche von mir, eine Reise nach Riga, Tallinn und Tartu = Dorpat machen zu können, scheiterten). Oft wurde im STANDPUNKT auf einen protestantischen Religionswissenschaftler und Dichter hingewiesen, der seinerzeit unter den Bedingungen der Estnischen SSR nicht die Wirkung haben konnte, die er eigentlich verdient hätte, und der daher dankbar war, wenn er ein Echo im STANDPUNKT und in der Prager "communio viatorum" (redigiert von dem scharfsinnigen und weltoffenen Lúdek Broz) fand: Uku Masing.

Schließlich und nicht zuletzt wurde der Blick auf die alten Kirchen in Georgien und Armenien gerichtet. Nicht nur deren Hierarchen schrieben im STANDPUNKT, sondern vor allem auch führende christliche Intellektuelle - aus Georgien etwa Prof. Dr. Reso Karala-

schwili, ein Freund Erwin Strittmatters; von ihm wurde u.a. ein Vortrag über Albert Schweitzer und Goethe, den er in der Ortsgruppe der Goethe-Gesellschaft in Tbilissi gehalten hatte, gedruckt (1979). Was Armenien angeht, hat mehrfach Hermann Goltz, Halle, das Engagement von Johannes Lepsius für die Armenier im Ersten Weltkrieg gewürdigt, und er hat für die Zeitschrift die Reise von dessen in Potsdam wohnhaft gewesener Tochter Veronika nach Armenien beschrieben und fotografiert (1981).

Eine ebenfalls eindruckliche Instrumentierung des spezifischen Kulturprotestantismus der Zeitschrift ergab sich im Aufwerfen grundlegender Fragen des Verhältnisses von *Christentum und Naturwissenschaft* - mit der Naturwissenschaft also in dem Bereich, der zur wissenschaftlichen Domäne der die DDR dominierenden Partei zu gehören schien. Es waren vor allem zwei Autoren, die sich hier zu Wort meldeten, ein Theologe und ein theoretischer Physiker, beide aus Greifswalder Universitäts- und CDU-Tradition kommend: Hans-Hinrich Jansen, der Theologe, schrieb (1973) über Newton als Theologen und zum Kopernikus-Jahr, während der inzwischen an der TU Dresden Ordinarius gewordene Hans-Georg Schöpf, Schüler des "bürgerlichen" Philosophen Günther Jacobi und des Physikers Rudolf Seeliger, die von Bonhoeffer übernommene Frage nach dem "Etsi deus non daretur" auf die Naturwissenschaften bezog (1985) und der ja gerade gegenwärtig so brisanten Problematik von Gentechnik und Ethik (1988) nachging. Ähnliche thematische Bereiche wurden in einem Interview mit dem Biologen und Agrarwissenschaftler Dr. Scholz, Gatersleben, erörtert (1975), dann aber auch in einem seinerzeit stark beachteten Beitrag des bekannten Berliner Gynäkologen Prof. Dr. Helmut Kraatz zur Problematik künstlicher Befruchtung (1979). Wenn mit Manfred von Ardenne und Klaus

Fuchs zwei andere renommierte Naturwissenschaftler im Autorenregister des STANDPUNKT zu finden sind, dann allerdings unter anderen Auspizien: von Ardenne und Fuchs (der "Atomspion" erstmalig auf die theologische Haltung seines Vaters öffentlich eingehend) waren (1985) mit Analysen und Mahnungen zu 40 Jahre Hiroshima vertreten - von Ardenne zuvor (1980) mit einem Vortrag zur Eröffnung einer Caspar-David-Friedrich-Ausstellung in Dresden.

Parallel hierzu ist der in der Zeitschrift immer wieder anzutreffende Rekurs auf *religionsphilosophische* Themen zu unterstreichen, und es war vor allem die Mitherausgeberin Prof. Dr. Ilse Bertinetti, die etwa über Schelling und über Kant, insbesondere auch über die Kant-Rezeption bei Rudolf Hermann, handelte (1977), und Rudolf Hermann, gleichsam der Religionsphilosoph unter den Systematikern an den DDR-Fakultäten, war auch Gegenstand einer Studie von Bernd Hildebrandt (1974). Religionsphilosophisches wurde, wiederum von Ilse Bertinetti und Jens Langer, im Zusammenhang mit Paul Tillich thematisiert (1986). Zu prinzipiellen Problemen der Weltreligionen äußerten sich wiederholt Prof. Dr. Gerhard Bassarak, Prof. Dr. Karl-Wolfgang Tröger und Elisabeth Adler. Schließlich schrieb Gustav Erdmann über Moses Mendelssohn (1986).

Allein schon dieser zuletzt gemachte Hinweis legt es nahe, die regelmäßige Beschäftigung des STANDPUNKT mit *Judaica*, mit jüdischer Religiosität, mit dem Antisemitismus hier einzuordnen, und es war dies alles andere denn ein "kampagne"mäßiges Herangehen, wie es in der DDR allerdings gerade im Hinblick auf diesen Themenbereich zu verzeichnen war. Mit Gerhart Riegner und J. Halperin (1988), mit Peter Kirchner (1974, 1978, 1986) und Hermann Simon (1989) kamen führende jüdische Persönlichkeiten - aus dem Jüdischen

Weltbund und aus den Jüdischen Gemeinden in der DDR - zu Wort. Der Berliner Alttestamentler Ludwig Wächter würdigte das beim Union Verlag herausgekommene, so bemerkenswerte Buch "Jüdische Philosophie" von Heinrich und Marie Simon (1988). Dem Leipziger Lokalhistoriker E. Martin wurde Gelegenheit gegeben, sich über Juden in Leipzig zu äußern (in Leipzig selbst fand er damals - 1987/88 - nicht so viel Resonanz). Vor allem aber wurde in einem großen Interview mit Altbischof Werner Krusche der Gesamtbereich Protestantismus - Judentum - Antisemitismus ausgeleuchtet (1988). Auch sollte in diesem Zusammenhang Beachtung finden, wie Theologen aus dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert, die als Alttestamentler und Religionswissenschaftler für die Judaistik ein- und gegen den Antisemitismus aufgetreten waren, in der Zeitschrift gewürdigt wurden. Ludwig Wächter schrieb etwa über Hermann Strack und Wolfgang Thiel über Hugo Greßmann (1977). Eine besondere Aufmerksamkeit schenkte die Zeitschrift den Berichten von jüdischen Zeitzeug/innen, so (1978) von Sophia Arenknecht und Frieda Lopnow und (1989) von Charlotte Jolles, der bekannten Fontane-Forscherin, die mit Hilfe des Büros Pfarrer Grüber hatte nach England emigrieren können...

Im Zusammenhang mit der Erwähnung des damals jüngeren Berliner Alttestamentlers Wolfgang Thiel sollte an dieser Stelle ein knapper *Exkurs* insofern eingeschaltet werden, als die oft vorgenommene Identifizierung des STANDPUNKT als eines Organs der "fortschrittlichen" Universitätstheologen so vordergründig nicht stimmt. Gewiß, viele dieser Theologen schrieben in dieser Zeitschrift, und immer haben wir unserer Verbundenheit mit Emil Fuchs Ausdruck verliehen, bei besonderen Gelegenheiten (wie zu seinem zehnten Todestag 1981), aber auch sozusagen alltäg-

lich. Unter den Autor/innen des STANDPUNKT sind aber eben auch und gerade solche zu entdecken, die in der DDR außerhalb des gleichsam offiziellen Diskurses standen und an der Universität kaum eine Perspektive hatten, sie dann aber nach der Wende tatsächlich erhielten.

Wolfgang Thiel, um auf ihn zurückzukommen, ging nach Marburg. Peter Maser von der Sektion Theologie der Hallenser Universität, der (1974) über Kunstgeschichtliches schrieb, ist heute Professor an der Universität Münster und mit zahlreichen kirchengeschichtlichen Arbeiten hervorgetreten; er war auch Gutachter der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Geschichte der DDR. - Um dies hier sogleich hinzuzufügen: Der damalige Berliner Vikar Michael Knoch, der zwischen 1974 und 1976 mit zahlreichen Arbeiten im STANDPUNKT (auch über die Problematik des Fortschrittlichen) vertreten war, ging in die alte BRD, ebenso wie es die Journalisten Roland Mischke, u. a. 1981 Verfasser einer Artikelserie über die Evangelikalen, und Rainer Schmitz, der Buchrezensionen schrieb (1984), taten; Mischke publiziert heute vor allem im Feuilleton der F. A. Z., Schmitz im "Focus".

Von den Theolog/innen, die nach der Wende eine neue Perspektive erhielten, seien hier (neben Bernd Hildebrandt) Gerlinde Strohmaier-Wiederanders, Autorin vieler Beiträge zu kunstgeschichtlichen Themen, Hans-Gebhard Bethge, der Berliner Neutestamentler, Ernst-Joachim Waschke, der Greifswalder Alttestamentler, heute Halle/S., und der Rostocker Peter Heidrich, der 1975 über Albert Schweitzer als Wissenschaftler schrieb, genannt, dann vor allem Jürgen Henkys und Rudolf Mau vom Berliner Sprachenkonvikt sowie Karl-Heinrich Bieritz, der erst am Missionsseminar Leipzig, dann im Union Verlag und an der Berliner Sektion tätig war und Rostocker Dekan wurde. Während der STANDPUNKT von Hen-

kys wiederholt Beiträge über Bobrowski (1975) und Hymnologisches (1989) brachte, hatte sich Bieritz zum Beispiel über Kirchenlied und geistlichen Volkslied (1974) und mehrfach über das Erbe praktischer Theologen wie Erich Hertzsch (1982) geäußert.

Analoges wie für akademische Theologen gilt übrigens auch für Pfarrer unter den STANDPUNKT-Mitarbeitern. Auch hier finden wir viele, die so nicht unter dem Rubrum "fortschrittliche Pfarrer" zu registrieren waren: etwa Günter Geissler, Oederan, einen theologisch-wissenschaftlich arbeitenden Gemeindepfarrer im Sächsischen, Werner Oehme, einen ebenfalls sächsischen Pfarrer, der mit einem bemerkenswerten Buch über christliche Märtyrer im "Dritten Reich" hervorgetreten war und solche Themen auch in der Zeitschrift behandelte, die Berliner Pfarrer Georg Schrem und Julius Schneider, letzterer der konservative Domprediger, Joachim Schlegel, Leipzig, der in einem STANDPUNKT-Interview zu Fragen der äußeren Mission, also einem in der DDR immer von neuem problematisierten Thema, Stellung genommen hatte, Wolf-Gernot Weirich, Weimar, Verfasser von Beiträgen zum Menschenbild, Hans-Christian Diedrich, Groß Glienicke, Spezialist für den Protestantismus im alten Rußland und in der alten SU (etwa 1982), sowie Dr. Stahl, Altenburg. Nicht zuletzt sei Hildegard Führ, die Witwe des Berliner Generalsuperintendenten, genannt; sie schrieb (nicht nur) 1975, zum UNO-Jahr der Frau. Soweit dieser Exkurs.

Kirchengeschichte und *Praktische Theologie* hatte ich als relevante charakteristische Züge des spezifischen STANDPUNKT-Kulturprotestantismus ausgegeben - Praktische Theologie gleichsam gemeint als Gerinnung der geschichtlichen Perspektiven in der Gegenwart, als dort zu bewältigende Probleme. Von da aus sind die aus dieser Disziplin behandelten Themen vorrangig zu verstehen, etwa: Berufsbild

des Pfarrers heute (1975 behandelt von Ernst-Rüdiger Kiesow, Rostock), Amt und Person in der ethischen Verantwortung (hierüber schrieb 1973 Eberhard Winkler, Halle/S.), Vermittlung theologischer Erkenntnisse an die Gemeinde (Gottfried Kretzschmar, Leipzig, 1980) und mehrfach Beiträge über Gemeindezentren in Neubaugebieten, was insofern ein "historisches" und "praktisches" Thema war, als es doch in den fünfziger Jahren die Lösung gegeben hatte, in den Neubaugebieten von vornherein alles Kirchliche auszuschließen. Scheinbar charakteristisch nur für die DDR war die 1978 von Gottfried Kretzschmar vorgetragene Entdeckung des "Pfarrmannes", also des vielleicht auch, vielleicht aber auch nicht (und wenn ja dann vor allem "säkular") berufstätigen Mannes der "hauptberuflichen" Pastorin; dieser Begriff ist seither in die Umgangssprache aufgenommen. Gar nicht charakteristisch für die damalige DDR erschien ein 1985 abgedruckter Aufsatz eines altbundesdeutschen Theologen, W. Zadernach, über Arbeit und Arbeitslosigkeit...

Am Rande nur erwähne ich einen weiteren Bereich der in der Tat Praktischen Theologie, der indes im Zentrum der publizistischen Wirksamkeit des STANDPUNKT stand, nämlich den der *Diakonie*; es sind hier - um nur Ernst Petzold und Willi Federlein zu nennen - beinahe alle führenden Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Diakonie als Autoren zu finden, und es war zwei-, dreimal möglich, durch Aussagen des damaligen Gesundheitsministers der DDR, Prof. Dr. Ludwig Mecklinger, in STANDPUNKT-Interviews, beispielsweise zu Fragen der Schwestern-Ausbildung, Türen zu öffnen, die bisher verschlossen schienen (u. a. 1975, 1981).

Schließlich standen *publizistische* und *verlegerische* Probleme als praktische, angewandte theologische auf der Agenda des STANDPUNKT: Prof. Dr. Heinz Wagner, Leipzig,

Rundfunkbeauftragter der DDR-Kirchen, und Dr. Christian Bunnens, dessen Nachfolger, behandelten Fragen aus ihrem Arbeitsgebiet (letzterer 1989); Lutz Borgmann, im DDR-Kirchenbund für TV verantwortlich, Probleme des erst relativ spät für die Kirchen zugänglichen Fernsehens (1981); der damalige Verlagsleiter der Evangelischen Verlagsanstalt, Hans Laurentius, und Pfarrer Ekkehard Runge von der Evangelischen Hauptbibelgesellschaft zu Berlin und Altenburg (Laurentius 1986, Runge 1984) stellten ihre Arbeitsgebiete vor, während Prof. Dr. Ernst-Heinz Amberg, Leipzig, den Hauptlinien der von ihm verantworteten, damals hundertjährigen ThLZ (1975) nachging. Schließlich äußerte sich der Emil-Fuchs-Schüler Lothar Warneke, der DEFA-Regisseur geworden war, 1988 zu seinem Film "Einer trage des anderen Last", der nicht nur in den letzten Jahren der DDR für Aufsehen sorgte, den man vielmehr auch jetzt, wiewohl mit anderen Augen, nicht ohne Bewegung sieht, wenn ihn der MDR (wie im Oktober 1995) wieder aufführt.

Damit bin ich letztlich dort angelangt, wo der spezifische Kulturprotestantismus des STANDPUNKT gleichsam mit dem alten, dem traditionellen *Kultur*protestantismus im Publizistischen zusammenfällt, also etwa mit dem des "Eckart", und tatsächlich gehörte einer der "Eckart"-Protagonisten der Nachkriegszeit, Heinz Flügel, zuletzt Studienleiter der Evangelischen Akademie Tutzing, zu den Mitarbeitern der Zeitschrift (1990 und zuvor).

Ich kann hier den Radius und die Dimension solchen Kulturprotestantismus nur andeuten, und ich beginne im Umfeld des Kirchenmusikalischen, also dort, wo sich der STANDPUNKT über die DDR hinaus einen Ruf erworben hatte, und es wurde sehr beachtet, daß eine Persönlichkeit wie H. Rilling zu einem Interview (1986) bereit war und Ratschläge gab. Es gibt - daher wohl nicht zufällig - kaum

einen bedeutenden Kirchenmusiker, der nicht im STANDPUNKT so oder so - in Interviews und Aufsätzen oder in Würdigungen - vertreten war: von Rudolf Mauersberger und Martin Flämig, Herbert Collum und Michael Christfried Winkler in Dresden über Karl Straube und Günther Ramin, Erhard Mauersberger und Ekkehard Tietze in Leipzig (letzterer dann in Potsdam bzw. in der alten BRD) bis zu Hans Pflugbeil, dessen Frau und Manfred Schlenker in Greifswald, Christoph Albrecht in Berlin, Hans-Günther Wauer in Merseburg, Johannes Ernst Köhler in Weimar und dem Großenhainer Herbert Gadsch, dessen Werkverzeichnis gedruckt wurde - nicht zu vergessen Peter Schreier, dessen Interview seinerzeit höchstes "amtliches" Interesse und Ärger hervorgerufen hatte, weil er dort nicht ausschloß, sich fürs Kreuzkantorat zu interessieren, und Martein Hunger Fridriksson, den Kirchenmusiker, den es in den sechziger Jahren aus Leipzig an den Dom im isländischen Reykjavik verschlagen hatte.

Was für die Kirchenmusik gilt, gilt auch für die christliche bildende Kunst, für Hans Jüchser, über den Fritz Löffler schrieb, Rudolf Nehmer und Friedrich Preß, den berühmten Erwin Hahs und den bei den Quäkern aktiven Eberhard Tacke, also für ältere Künstler, aber auch für jüngere, für die sich die Zeitschrift, oft mit Bildbeilagen, einsetzte: Alexander Alfs (1974), Winfried Wolk (1976), Matthias Klemm (1980), Gert Weber (1988), H.G. Anniès (1989) sowie Friedrich Stach (1979). Mehrfach war es der Greifswalder Pfarrer Joachim Puttkammer, der gestalterisch in diesem Bereich (auch mit einer Übersichts-Beilage) in Erscheinung trat. Mit Klaus G. Beyer, dem Weimarer Meisterlichtbildner, und dem so früh verstorbenen Alfred Späte, dem einzigartigen Gestalter von Grabmalen, wurden singuläre Persönlichkeiten im STANDPUNKT gewürdigt (natürlich wiederholt auch Fritz Kühn).

Was Friedrich Stach angeht, wurde parallel zu seiner Vorstellung ein Text seiner Schwester, einer Pastorin in der Nähe von Frankfurt/O., und eine Erinnerung an seinen Vater, den früheren brandenburgischen Superintendenten und BK-Kämpfer Kurt Stach von Pfarrer Schülzgen, Berlin, gedruckt - und dies alles in den Kontext des Wirkens der Samariteranstalten in Fürstenwalde, für die Friedrich Stach tätig war, gestellt.

Dem Gesamtbereich des Literarischen wage ich mich schon kaum zu widmen, nicht einmal in Annäherungen. Dabei lag es nahe, immer von neuem auf das Werk und auf die Rezeption Johannes Bobrowskis einzugehen und kräftig der weltanschaulich neutralen Interpretation des christlichen Dichters entgegenzutreten. Dann ging es im STANDPUNKT stets darum, an christliche Schriftsteller in der frühen DDR zu erinnern, die damals - oft genug als "Dichterpfarrer" - von sich reden gemacht hatten und heute zu Unrecht zumeist vergessen sind, obwohl sie es gewesen waren, die christliches Bekenntnis und Schöpferium zu verbinden wußten und so ("kulturprotestantisch") Zeugnis ablegten: Otto Riedel in Härtensdorf bei Zwickau, Karl Hüllweck in Köthen, Joachim Dachselt in Moritzburg bei Dresden, Alfred Otto Schwede erst in Brandenburg/Havel, dann bei Berlin und Johannes Günther in Güstrow. Mit Gottfried Unterdörfer, von Haus aus Förster und Mitglied eines Gemeindegemeinderats in Uhyst, kam ein "Stiller im Lande" (etwa 1980) im STANDPUNKT zu Wort, ein Schriftsteller, dessen Prosa und Lyrik einen besonders eigenen Ton aufwies, mit Elisabeth Hering, Leipzig, einer aus Siebenbürgen stammenden Quäkerin, als Verfasserin historischer Romane, mit Joachim Schöne ein Pfarrer aus der damals jüngeren Generation, der eine Art christlichen Schelmenromans vorgelegt hatte, und mit Gerhard Johann, dem früheren Chefredakteur der Berliner "Kirche", der

Autor von Kriminalromanen - auch das gab es in der DDR! Als Heinrich Alexander Stoll starb, wurde die Beisetzungs predigt gedruckt, und Dietrich Mendts, des einflußreichen sächsischen Kirchenmannes, Roman "Umfrage wegen eines Pfarrers" (1977) wurde seinerseits Gegenstand einer Umfrage (es ging in diesem Roman um den Selbstmord eines Pfarrers!). Mit H. Voß wurde ein "schreibender Handwerker", mit Gottfried Hänisch ein "schreibender (Leipziger) Diakon" porträtiert. Der STANDPUNKT richtete immer auch seinen Blick auf die je nachwachsenden schöpferischen Kräfte des Protestantismus: auf die Pfarrer Hans-Jörg Dost, früher Kipsdorf, und Friedbert Stöcker, Leipzig, die als Hörspielauteure hervortraten, auf den Leipziger Kirchenhistoriker Kurt Nowak, dessen fünf Romane in der DDR leider nicht das Echo fanden, das sie verdient hätten, auf Juliane Bobrowski, die Tochter Johannes Bobrowskis, die Ende der achtziger Jahre eine Thomas-Müntzer-Erzählung veröffentlichte, und Ernst-Frieder Krautichwil, dann vor allem auf den sorbischen protestantischen Schriftsteller und Wissenschaftler Peter Mahling-Malink (von dessen Vater, einem in der NS-Zeit aus der Oberlausitz ausgewiesenen BK-Pfarrer, und von dessen Sohn, wiederum einem Pfarrer und Inspirator der sorbischen Erneuerungsbewegung nach der Wende, die Zeitschrift ebenfalls Texte gebracht hatte). Auch die Nestorin der sorbischen Dichtung, die Katholikin Maria Kubasch-Kubasec, war im STANDPUNKT gedruckt worden, und Peter Mahling hatte 1980 über sie geschrieben. Nicht unberücksichtigt sollte die Mitarbeit Friedemann Bergers (1973 und 1974) bleiben.

Übrigens spielten auch übergreifende literarische Rezeptionsprozesse in der Zeitschrift eine Rolle: So wurde ein Aufsatz von Prof. Dr. Hans Umer, dem früheren Hallenser Ordinarius für Praktische Theologie und in vielfältiger Hin-

sicht hervorgetretenen kulturellen Anreger, über seine Lektüre von 1949 bis 1966 (1986) veröffentlicht, und ziemlich regelmäßig wurden Umfragen unter den Herausgebern der Zeitschrift über ihre Lektüre veranstaltet.

Wenn ich diesen im engeren Sinne kulturprotestantischen Ansatz des STANDPUNKT an charakteristischen Namen festmachen sollte, dann würde ich zuerst Fritz Löffler und Ingo Zimmermann nennen - und mit ihnen zwei Dresdner Kulturhistoriker und künstlerische Vermittler aus unterschiedlichen Generationen (der um 1905 und der um 1940), dann die Komponistin Ruth Zechlin und den Bildhauer Wieland Förster, und mit ihnen zwei der wenigen Mitglieder der ehemaligen Akademie der Künste der DDR, die aus bildungsbürgerlichen Traditionen kamen (Ruth Zechlin aus einem sächsischen Kantorat) oder auf Umwegen in der DDR in sie hineinwuchsen (Wieland Förster); das 1975 veröffentlichte Interview mit dem Bildhauer - letztlich über Fragen des Menschenbildes - hat dieser schon in der DDR-Zeit in einen Band seiner Texte aufgenommen.¹⁶

Ich breche hier ab, obwohl noch manche charakteristische Züge des STANDPUNKT-Kulturprotestantismus anzuführen wären (etwa die Beilagen, die die theologischen Wochen der Leipziger Sektion Theologie mit Beteiligung des Landesbischofs und westdeutscher Kollegen dokumentierten, Aufsätze über die Traditionen der theologischen Fakultäten an den sechs ostdeutschen Universitäten mit der Erinnerung auch an solche Theologenpersönlichkeiten unterschiedlicher Prägung wie Horst Stephan, Albrecht Alt, Alfred Dedo Müller und Johannes Herz in Leipzig, Otto Eißfeldt in Halle/S., Rudolf Meyer in Jena, vor allem Otto Haendler, Erich Fascher und Hans-Georg Fritzsche in Berlin, ferner auch die Veröffentlichung von Bibliographien insbesondere von Theologieprofessoren aus Anlaß von "runden" Ge-

burtstagen - wie umgekehrt auch heute noch in Bibliographien in der ThLZ aus ähnlichen Anlässen immer wieder Publikationen aus dem STANDPUNKT angeführt sind, ein Ausweis für die Präsenz der Zeitschrift innerhalb der theologischen Wissenschaft in der DDR. Ich breche hier ab, will aber wenigstens noch als "kulturprotestantisches" Prinzip des STANDPUNKT anführen, daß es ihm (mit sozusagen weltanschaulich-theoretischer Konsequenz) um das ging, was Albrecht Schönherr im ersten seiner STANDPUNKT-Interviews (1982) die Vermittlung theologischer Erkenntnisse auf allen Ebenen genannt hat: "Je mehr theologisches Profil wir Christen haben, desto wichtiger und hilfreicher sind wir als Gesprächspartner."

Um solche Vermittlung theologischer Kenntnisse im Dialog mit Philosophie und Wissenschaft (darunter vor allem mit den damals in der DDR wenig bekannten Gelehrten wie etwa Niklas Luhmann) ging es in einer 1978/79 publizierten achteiligen Artikelfolge von Jens Langer, dem früheren Sekretär der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, über "Ansätze gegenwärtiger Theologie", in einer weiteren siebenteiligen Artikelfolge von 1979, in der die Ergebnisse von 30 Jahren Forschung im Alten Testament (Gerhard Wallis, Halle/S.), im Neuen Testament (Wolfgang Wiefel, Halle-Leipzig), in der Kirchengeschichte (Gert Wendelborn, Rostock), in der Praktischen Theologie (Gottfried Kretzschmar, Leipzig), in der Religionswissenschaft (Theodor Lohmann, Jena), im Umfeld der Gnosis (Hans-Gebhard Bethge, Berlin) und in christlicher Archäologie und Kunst (Gerlinde Wiederanders, Berlin) resümiert wurden, aber auch in einer kirchengeschichtlichen Studie Kurt Nowaks, Leipzig, über das Konzil von Konstantinopel 381 kam mit der Herausarbeitung des Trinitarischen (Schöpfung, Versöhnung, Erlösung) die direkte Vermittlung von Bekenntnisinhalten zur Geltung.

Sicherlich ist es - um dies hier einzuschieben - problematisch, in einem solchen Überblicksaufsatz, der überdies aus Platzgründen auf Zitate der Verifizierung verzichten muß, so viele Namen zu nennen, von denen die Leser/innen nur jeweils wenige kennen. Andererseits könnte gerade ein solcher *embarras de richesse* andeuten, welch protestantisches bildungsbürgerliches, eben welch kulturprotestantisches Potential letztlich doch in der DDR hat überleben, seine spezifischen Interessen bewahren und diese in einer Zeitschrift wie dieser öffentlich machen können. Insofern ist dieses Tableau an Namen und Themen womöglich ein signifikantes Segment der (wenn man so will) Nebenkultur in der DDR und damit auch ein Kanal, der dann nach der Wende legitim die Verbindung zu anderen Verhältnissen gerade auch des geistigen Lebens herstellen konnte.¹⁷

Deshalb kommt dem Dezemberheft 1989 (das aus technischen Gründen im wesentlichen schon Ende Oktober fertiggestellt sein mußte) und den drei Heften des Jahrganges 1990 wiederum symptomatische Bedeutung zu, weil sie anzeigten, daß trotz der vom Gründungsprozeß der Zeitschrift her intendierten "Systemnähe" in ihrem Umfeld genügend personelle und sachliche Ansätze für den Prozeß der Erneuerung des gesellschaftlichen und geistigen Lebens in Ostdeutschland vorhanden waren - und dies unterstreichen heißt gleichzeitig feststellen, daß manche dieser Ansätze sich nicht haben entfalten können angesichts restaurativer Tendenzen unterschiedlicher Art, vor allem der der Reduzierung der kulturellen und geistigen Traditionen der Ex-DDR auf utopisch sozialistische Vorstellungen unter Übergehen bzw. Ausschluß des bildungsbürgerlichen Potentials (was so offenbar auch nicht in der alten Bundesrepublik zur Kenntnis genommen worden war).¹⁸

Was diese letzte Phase des STANDPUNKT

des näheren angeht, wurde sie eigentlich im Heft 4/1989 eingeleitet, der eine Beilage über den konziliaren Prozeß beigegeben war, und wenn man davon ausgeht, was dieser für die Wende in der DDR bedeutete, kommt der Beilage eine gewisse Relevanz zu, trotz des Versuchs in manchen Beiträgen, das "Globale" dieses Prozesses in den Vordergrund zu rücken und das "Lokale", also die endlich fälligen Veränderungen at home, zu minimalisieren. Im Dezemberheft des Jahrganges 1989 fällt dann ein Interview mit Manfred Stolpe auf, in dem - viel weitergehend als in den meisten Verlautbarungen dieser Zeit, auch aus Bonn - die Wiedervereinigung als nahe bevorstehend bezeichnet wird.

In den drei Heften des Jahrganges 1990 finden wir schließlich den Text einer Vorlesung von Richard Schröder, also dem späteren SPD-Fraktionsvorsitzenden in der DDR-Volkskammer, am Berliner Sprachenkonvikt zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution mit der Betonung der Menschenrechtsproblematik, Interviews mit Bischof Dr. Gottfried Forck, Manfred Becker, dem Präses der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und SPD-Politiker, mit Dr. Fischbeck, Physiker an der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, Bürgerrechtler und späterem Politiker von Bündnis 90, und dem altmärkischen Tierarzt Dr. Gerd Gies, der in der Kirchentagsbewegung führend tätig war und wenige Zeit später christlich-demokratischer Ministerpräsident Sachsen-Anhalts sein sollte, Aufsätze von Pfarrer Hans-Peter Gensichen, Wittenberg, über

die Umweltpolitik, Walter Bindemann über die Entwicklungspolitik, Jürgen Raßbach, einem Literaturwissenschaftler, der heute Lehrer am Evangelischen Gymnasium Potsdam-Hermannswerder ist, über Bonhoeffer und Bobrowski sowie eine Stellungnahme zweier Leipziger Studenten, Thomas Steinhof und Peer Pasternack, zur Bildungsreform (speziell zur Vermittlung von Kenntnissen über Bibel und Christentum).

Im ersten Heft des STANDPUNKT 1973 war eine Meditation von Klaus-Peter Hertzsch abgedruckt worden. Im letzten Heft¹⁹ der Zeitschrift wurden von ihm, der inzwischen Ordinarius für Praktische Theologie in Jena geworden war und manches, u.a. über Brecht, im STANDPUNKT publiziert hatte, zwei Gedichte, zwei Lieder erstmalig gedruckt, von denen das eine inzwischen den Weg ins Gesangbuch gefunden und vielen eine neue Orientierung vermittelt hat:

Vertraut den neuen Wegen, / auf die der Herr uns weist... / ... / Vertraut den neuen Wegen, / auf die uns Gott gesandt. / Er selbst kommt uns entgegen. / Die Zukunft ist Sein Land. / Wer ausbricht, der kann hoffen / in Zeit und Ewigkeit. / Uns hat sein Ruf getroffen. / Sein Land ist hell und weit.

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h. c., war von 1973 - 1985 Chefredakteur, von 1985 - 1990 Herausgeber des STANDPUNKT und lebt als Publizist in Berlin

Anmerkungen:

¹ 1974

² Siegfried Bräuer, "... daß die Zeitschrift eine progressive Tendenz erhält". Der Herausgeberwechsel bei der Theologischen Literaturzeitung 1958-1960. Gründe und Hintergründe, in: ThLZ 7-8/1994 (119. Jahrgang), Sp. 577 ff.

³ Günter Wirth, "Die Zeichen der Zeit" 1947 bis 1979. Vorläufiger Versuch der Wertung und Würdigung aus der Sicht eines Publizisten, Berlin 1981.

⁴ Die "Verantwortung" erschien 1952 in einem Jahrgang in Dresden im Umkreis von Martin Richter, fr. Bürgermeister von Dresden (CDU) und Synodaler, der auch an allen Bekennnissynoden teilgenommen hatte, und dem reformierten Pfarrer August de Haas (LDP) sowie jüngeren Redakteuren und Mitarbeitern der "Union". Hier veröffentlichten u. a. Emil Fuchs und Klaus-Peter Hertzsch.

⁵ Vgl. die Angaben bei: Martin Reißmann, Kadenschulung in der Ost-CDU 1949-1971, Düsseldorf 1995, sowie meinen Aufsatz hierzu: Günter Wirth, Auf je eigene Weise, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Oktober 1995.

⁶ Ursprünglich hatte es wohl hinsichtlich der Steuerung des STANDPUNKT Pläne gegeben, die an die von "Glaube und Gewissen" erimerten: Herausgeberbesprechungen dieser Zeitschrift fanden, vom Verlag Niemeyer eingeladen, im wesentlichen im Leipziger Hotel "Astoria" im Beisein eines Vertreters des ZK der SED bzw. später der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen statt. Was den STANDPUNKT angeht, waren Vorprüfungen der Manuskripte im Gespräch gewesen. Dem Umstand, daß ich im Herbst 1972 in das Präsidium der CDU und zum Vizepräsidenten des Kulturbundes gewählt worden war, war es zu verdanken, daß ich a) dies abwenden und b) in diesen Eigenschaften eigenständige Beziehungen aufbauen konnte. Administrativen Maßnahmen der Arbeitsgruppe "Christliche Kreise" beim Nationalrat war allerdings - gerade weil deren Vorsitzender Grewe und ich im CDU-Präsidium gleichrangig waren - nicht immer zu begegnen.... Zur "Systemnähe" des STANDPUNKT und deren Relativierung vgl. die Auseinandersetzung im "Deutschen Pfarrerblatt" 3/1992 und 6/1992.

⁷ Die Jahreszahlen, die ich im folgenden in Klammern angebe, beziehen sich auf die Jahrgänge des STANDPUNKT. Im allgemeinen ist der STANDPUNKT in großen Bibliotheken nach Jahrgängen geordnet.

⁸ ÖRK = Ökumenischer Rat der Kirchen, KEK = Konferenz Europäischer Kirchen, LWB = Lutherischer Weltbund, RWB = Reformierter Weltbund.

⁹ Daher klammere ich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch die Originalaufsätze von Persönlichkeiten aus der alten BRD aus. Zu diesen gehörten u. a.: Prof. Dr. Renate Riemeck, Prof. Dr. Eberhard Bethge, der Schriftsteller und Soziologe Prof. Johannes Harber, Pfarrer Gerhard Schmolze, Bremen, Prof. Dr. W. Kreck, Bonn, Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Kassel, Herbert Mochalski, zuletzt Hannover, und auch von Walter Dirks wurde ein Aufsatz über Martin Niemöller publiziert. Zu den Autoren gehörten weiter der SPD-Kirchenreferent Rüdiger Reitz (1988), Pfarrer Dr. M. Rohkrämer, Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch und Superintendent Werner Sanss.

¹⁰ Das heißt aber nicht, daß etwa Neutestamentler im STANDPUNKT nicht publiziert hätten: Prof. Dr. Traugott Holtz, Halle/S., Prof. Dr. Hans-Martin Schenke und Prof. Dr. Günther Baumbach, Berlin, Prof. Dr. H.-F. Weiß, Rostock, Prof. Dr. Günter Haufe, Greifswald.

¹¹ Dies betrifft vor allem Aufsätze von Prof. Dr. Rosemarie Müller-Streisand und Prof. Dr. Hanfried Müller sowie Dr. Dieter Kraft. Erstere hatte 1977 übrigens eine Debatte über die Kirchenkampf-Darstellung Kurt Meiers eingeleitet, die allerdings objektiv relevante Positionsbestimmungen enthielt. In den achtziger Jahren äußerte sich Prof. Dr. Werner Brämke, Leipzig, im STANDPUNKT zu Meier (1985). Vgl. die Polemik von Ulrich Heilmann gegen mich, in: "Weißenseer Blätter" 5/1987.

¹² Gesondert wäre die Mitarbeit führender Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Reformierten Kirche (Pfarrer Horst Greulich, Berlin, trat in den achtziger Jahren in den Kreis der Mitherausgeber), der Herrnhuter Brüdergemeine (P. Helmut Hickel) sowie der Freikirchen (R. Minor, K. Zehrer usw.) zu würdigen.

¹³ Walter Bredendiek, Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1953.

¹⁴ Dabei ist noch gar nicht auf das Engagement der Zeitschrift im Luther-Jahr, zuvor und danach, hingewiesen worden. Auch dies müßte in einer Spezialstudie analysiert werden. Es sei daher wenigstens eine seinerzeit stark beachtete Umfrage über den Ertrag des Luther-Jahres von Anfang 1984 erwähnt, an der sich bekannte

protestantische Lutherforscher wie Hans-Ulrich Delius und Helmar Junghans, marxistische Gesellschaftswissenschaftler wie Jürgen Kuczynski, Max Steinmetz, Adolf Laube und Günter Vogler sowie der Eisenacher Superintendent Herbst beteiligten. Joachim Rogge betonte in seinem Beitrag: "Selbstbestätigung und Ahnherrennachweise dürften für Kirche und Staat ... keine Leit motive werden. Luther, der um Gottes Willen die Sache der Menschen vertritt, bleibt ein Lehrmeister, in dessen Schule auch künftige Generationen ihre Lektionen finden werden." Es wurde auch die Luther-Ehrung in Nordeuropa (Gert Haendler), in Ungarn, in der Slowakei und in Siebenbürgen gewürdigt. Prof. Dr. Karl-Heinz Bernhardt schrieb eine Artikelfolge über "Luther und der Islam".

¹⁵ Niemöller-Artikel im Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon des Verlags Traugott Bautz, Herzberg 1994.

¹⁶ Wieland Förster, Einblicke. Aufzeichnungen und Gespräche, Berlin 1985, S. 57 bis 61.

¹⁷ Es war daher auch ein besonderes Anliegen des STANDPUNKT, bildungsbürgerlichen protestantischen Kreisen einen Ort der Begegnung zu schaffen. Ich erwähne hier nur Prof. Dr. H. J. Gernentz, einen der wenigen nichtmarxistischen Germanisten, der etwa (1980) über Walther von der Vogelweide schrieb, den Greifswalder Kunsthistoriker Prof. Dr. N. Zaske, den klassischen Philologen und Bergbauhistoriker Helmut Wilsdorf, der volkskundliche Aufsätze (1980) publizierte, Eberhard Heubach, den einzigen Protestant an einer pädagogischen Fakultät der DDR-Universitäten (1974), und Hellmut Döring, einen Freiburger Studienrat, der den früheren Leipziger Historiker Karl Buchheim als sächsischen Föderalisten (1989) porträtierte, schließlich Dr. H.-M. Pleßke, Mitarbeiter der Deutschen Bücherei, Leipzig, und Dr. G. Ising von der Akademie der Wissenschaften. Auch der Völkerrechtler Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Halle/S., muß hier erwähnt werden.

¹⁸ Günter Wirth, Wider falsche Alternativen. Überlegungen zu Wegen geisteswissenschaftlicher Neuorientierung, in: "Weimarer Beiträge", Berlin und Weimar, 5/1991, S. 656 ff.

¹⁹ In diesem letzten Heft fand sich ein redaktioneller Hinweis darauf, daß die "Lutherischen Monatshefte", Hannover, bereit seien, die Abonnements des STANDPUNKT zu übernehmen. Ohne hier eine Überakzentuierung vorzunehmen, ließe sich immerhin festhalten, daß diese renommierte Zeitschrift, an der ich gelegentlich mitgearbeitet hatte, ihr Renommee jedenfalls nicht gefährdet sah, wenn sie solch ein Angebot machte.

THEMA III: Singularitäten

7. Folge

Bisher sind in der Artikelserie "Singularitäten" Beiträge zu folgenden Wissenschaftseinrichtungen erschienen: Sorbisches Institut/Serbski institut Bautzen (Dietrich Scholze, hso 4/94), Entomologisches Institut Eberswalde (Holger H. Dathe & Klaus Rohlfien, hso 5/94), Forschungszentrum Populäre Musik an der Humboldt-Universität zu Berlin (Peter Wicke, hso 6/94), Internationales Hochschulinstitut Zittau (Rosemarie Konschak & Bernd Markert., hso 1/95), Theologische Hochschule Friedensau (Baldur Pfeiffer, hso 4/95), Institut für Sprechwissenschaft und Phonetik an der MLU Halle-Wittenberg (Eva-Maria Krech, hso 5-6/95). (Red.)

Walther Krüger & Gunter Ziegenhals (Zwota):

Institut für Musikinstrumentenbau

Der Vogtländische Förderverein für Musikinstrumentenbau und Innovation e. V. erwarb im Juni 1993 von der Treuhandanstalt zu sehr günstigen Konditionen das Institut für Musikinstrumentenbau (IfM) und konnte somit diese unikale Einrichtung der deutschen Forschungslandschaft erhalten. Die Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt Niederlassung Chemnitz kann für die Phase der Privatisierung als sehr gut bezeichnet werden.

Gegründet 1952 als Prüfdienststelle Institut für Musikinstrumentenbau des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung war das IfM bis 1990 die Forschungseinrichtung des Kombines Musik- und

Kulturwaren der DDR. Es ist als Forschungseinrichtung auf den Gebieten Musikinstrumentenbau und musikalischer Akustik in Industrie, Forschung und Lehre im In- und Ausland bekannt und anerkannt.

Heute arbeitet das Institut schwerpunktmäßig an wissenschaftlichen Projekten für den deutschen Musikinstrumentenbau, die maßgeblich vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert werden. Eine Fehlbedarfsfinanzierung des Sächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit ist eine weitere, die Existenz des Institutes absichernde Grundlage. In beispielhafter Art und Weise - gefördert durch gemeinsame

Aktivitäten der entsprechenden Ministerien des Bundes und des Landes - wird somit eine infrastrukturell außerordentlich bedeutsame Forschungseinrichtung in der in dieser Beziehung sehr schwach entwickelten Region des sächsischen Vogtlandes abgesichert.

Allerdings wurde der Stamm der Mitarbeiter wesentlich reduziert, so daß heute nur noch 10 Mitarbeiter das vorhandene Know-how erhalten, weiterentwickeln und für alle deutschen Musikinstrumentenhersteller nutzbar machen.

Das Institut verfügt derzeit über modernste technische Ausrüstungen, die in Verbindung mit der meist langjährigen Berufserfahrung der wissenschaftlichen Mitarbeiter eine effektive Zusammenarbeit mit den Herstellern von Musikinstrumenten bei der Lösung von Problemen auf musikalisch-akustischem und technischem Gebiet sichern. Es wissen jedoch nur wenige Insider, daß Kenntnisse auch im Zusammenhang mit anderen Branchen reichlich vorhanden sind.

Die wichtigsten Tätigkeitsfelder sind im Folgenden näher erläutert.

Angewandte Forschung für den Musikinstrumentenbau

Musikinstrumente objektiv zu prüfen und im Ergebnis Hinweise für gezielte konstruktive Veränderungen, die Beseitigung von Fehlern oder die Sortimentseinstufung zu geben, ist seit der Gründung eines der Hauptziele unseres Institutes. Die Messungen erfolgen dabei derart, daß der subjektive Einfluß des Menschen weitgehend ausgeschlossen wird. Natürlich sind in den Auswerteverfahren Vorstellungen, Bewer-

tungen und Geschmäcker von Musikern und Hörern implementiert. Eine Reihe der angewandten Meßverfahren entstammen unseren hauseigenen Forschungsergebnissen.

Mit unseren Erfahrungen stehen wir auch Partnern aus angrenzenden Industrien als Gutachter, Entwickler, Berater, kurzum als technische Dienstleistende zur Verfügung.

Ein wesentlicher Vorteil unseres Hauses besteht in der Verbindung von Akustik, Werkstoffforschung und Technologie.

Akustik

Moderne Analysatoren verschiedener Systeme dienen der Erfassung und Auswertung des vom Musikinstrument abgestrahlten Schalles sowie der im Instrument ablaufenden Schwingungsvorgänge. Noch sind Aufbau und Funktion klassischer Musikinstrumente nicht bis ins letzte Detail geklärt. Erkenntniszuwachs liefert den Herstellern Ansätze für Sortimentserweiterungen und Musikern neue Möglichkeiten der Klanggestaltung.

Für spezielle akustische Messungen steht ein reflexionsfreier Raum von 170 m³ zur Verfügung.

Computermodelle mechanischer Systeme

Finite-Element-Modelle, aufbauend auf geometrischen Abmessungen und mechanischen Parametern, auch komplexer Materialien, ermöglichen Untersuchungen an fiktiven Instrumenten. Ein Bau der Instrumente ist für die Untersuchungen nicht erforderlich. Die Variationen erfolgen am Computermodell.

Es stehen im IfM mehrere FE-Programmsy-

steme zur Verfügung. Eine Anwendung der Systeme für statische und dynamische Untersuchungen an anderen mechanischen Systemen wie Maschinen, Tragwerken und Anlagen ist selbstverständlich möglich.

Ein weiteres verfügbares System setzt Meßergebnisse an realen Objekten in manipulierbare Modelle um.

Lärm

„Musik wird störend oft empfunden, derweil sie mit Geräusch verbunden“ (W. Busch). Deshalb sind wir mit unserer stationären und mobilen Meßtechnik, kombiniert mit den Erfahrungen auf akustischem Gebiet, bestens gerüstet, Lärmprobleme zu lösen. Prognosen und Gutachten nach Bundesimmissionsschutzgesetz erstellen wir ebenso wie Vorschläge für Lärmschutzmaßnahmen. Zum Nachweis der Lärmbelastung von Wohn-, Erholungs- und Gewerbegebieten sind Schallimmissionsmessungen und -berechnungen notwendig. Ohne schalltechnische Untersuchungen sind Genehmigungsverfahren, z.B. für die Errichtung von Schießsportanlagen, nicht möglich.

Das Institut für Musikinstrumentenbau wurde am 07.10.1994 als *Meßstelle nach §§ 26, 28 BImSchG* bekanntgegeben.

Materialforschung

Das Fachgebiet Materialforschung umfaßt Untersuchungen und Prüfungen von Roh- und Werkstoffen für den Musikinstrumentenbau mit dem Schwerpunkt Werkstoffe aus Holz, darüber hinaus an Filzen, Kunststoffen, Leder, Klebstoffen und Lacken. Dies gilt speziell auch für Holzarten, die

nicht mehr in ausreichender Menge und/oder Qualität zur Verfügung stehen. Lagerung, Trocknung, Konditionierung und technologische Probleme gehören ebenso zum Arbeitsgebiet wie Fragen der natürlichen Alterung (auch unter Dauerspannung) und der Beständigkeit bei Einwirkung unterschiedlicher Klimate, insbesondere solcher mit hoher, extrem niedriger oder wechselnder Luftfeuchtigkeit. Die Erfassung wesentlicher Materialkennwerte mit Bezug zur realen Beanspruchung z.B. im Musikinstrument führt zu Vorschlägen für den optimalen Werkstoffeinsatz einschließlich Vor- und Nachbehandlung und technologischer Beachtung besonderer Eigenschaften.

Grundlage hierfür sind jahrzehntelange Erfahrungen bei der Untersuchung und Einstufung geeigneter Materialien, beginnend z.B. mit der Rohholzauswahl für Resonanzholz und dem optimalen Einschnitt bis hin zur Oberflächenvergütung im fast fertigen Instrument.

Die Lösung von Problemen der Dimensionsstabilität, der Verklebung, der Oberflächenbearbeitung, der Imprägnierung, als auch des Holzschutzes sowie des Arbeits- und Umweltschutzes wird im Rahmen von Dienstleistungen angeboten.

Verfahrenstechnik

Angewandte Forschung, Entwicklung und Konstruktion zur Gestaltung, Automatisierung und Optimierung musikinstrumentenspezifischer Fertigungsverfahren komplettieren die Arbeitsfelder des IfM. Die Möglichkeit der Verallgemeinerung der Erkenntnisse aus der Musikinstrumentenforschung ist hier ebenso selbstverständ-

lich gegeben, weil gerade im Musikinstrumentenbau verschiedenste Technologien ineinandergreifen.

Langjährige Erfahrungen liegen auf den Gebieten der Füge-, Montage-, Oberflächen- und Stimmprozesse sowie der Lasertechnologie vor. Projekte zur Automatisierung von Montageprozessen unter Einbeziehung der Handhabetechnik werden in Zusammenarbeit mit dem Kunden gelöst. In Zusammenhang mit Fragen der Qualitätssicherung erarbeiten wir Prüftechnologien, z.B. zur Längenmeßtechnik. Mit der verfügbaren Gerätetechnik bieten wir Dienstleistungen u.a. bzgl. der Messung von Rauheiten, der Wanddicken geometrisch komplizierter Teile, sowie die Inspektion von Hohlkörpern mittels Endoskopie. In der hauseigenen Werkstatt können spezielle Vorrichtungen und kleinere Automatisierungslösungen gebaut und erprobt werden.

Fachinformationsdienst/Bibliothek

Unseren Partnern steht selbstverständlich auch die umfangreiche Fachbibliothek mit ihren 6000 bibliographischen Einheiten zur Verfügung. Neben dem Nachweis, der Bereitstellung bzw. der Beschaffung von Fachliteratur besteht die Möglichkeit der Auftragsrecherche sowohl in internen Datenbanken (Musikinstrument, musikalische

Akustik) als auch in externen Datenbanken (z.B. Patente, Normen, Ausschreibungen, Fördermaßnahmen, Markt- und Produktinformationen, Geschäftsverbindungen). Das Leistungsangebot von Btx, Dattex-J, E-Mail sowie ein kostengünstiger Telefax- und Kopierdienst kann genutzt werden.

Schulungen und Vorträge

Das IfM führt Seminare und Workshops zu Ergebnissen von Forschungen sowohl aus dem eigenen Hause als auch anderer Einrichtungen auf dem Gebiet der musikalischen Akustik und des Musikinstrumentenbaus durch.

Darüber hinaus bieten wir ca. 50 Spezialseminare zu den Fachgebieten: musikalische Akustik, Werkstoffkunde, Verfahrenstechnik/Technologie, Meßtechnik, Qualitätskontrolle und Statistik sowie Betriebswirtschaft.

Für die Lehrveranstaltungen stehen den Teilnehmern neben unserem modern eingerichteten Schulungsraum natürlich auch die Labors zur Verfügung.

Walther Krüger, Dipl.-Phys., ist Vorsitzender, Gunter Ziegenhals, Dipl.-Phys., Geschäftsführer des Vogtländischen Fördervereins für Musikinstrumentenbau und Innovation e.V.

Herbert Schnädelbach (Berlin):

Universität als Lebensform

Am Bild des „auferstandenen Epikur“ als des Schutzheiligen der akademischen Jugend, das ich vor bald zehn Jahren zeichnete¹, ist wohl nicht viel zu korrigieren; nach wie vor prägt der Rückzug in die „Gärten“ das Bild ihres Lebenszuschnitts. Gemeint ist der Abschied von den großen Zielen - in der Politik wie in der Karriere -, das Sichbescheiden mit sehr begrenzten biographischen Perspektiven und eine defensive Ethik klug reduzierter Lebensansprüche. Auch heute müßte man den Vorwürfen der Altlinken, die Jungen von heute seien unpolitisch, angepaßt, naiv und hedonistisch, entgegenhalten, daß sie sich nur weniger Illusionen machten als ihre von '68 geprägten Eltern und Lehrer; ohne den Zynismus gescheiterter Revolutionäre hielten sie sich mehr an das, was in unserem kurzen Leben letztendlich zählt, und das ist eben nicht die Weltrevolution.

Neu ist, in welchem Maße die Universität als Institution inzwischen selbst zu einem epikuräischen Garten wurde - zumindest in den „Geisteswissenschaften“. Damit

ist nicht ein Idyll gemeint - denn die Universitätswirklichkeit ist sehr wenig idyllisch -, sondern ein begrenzter und umzäunter Sektor gesamtgesellschaftlicher Nutzlosigkeit, eher einem Tier- als dem Nutzgarten vergleichbar, sind unsere Hochschulen nicht längst die Kindergärten der verlängerten Adoleszenz? Die Großstadtuniversitäten haben immer deutlicher den Charakter von Zwischenlagern für die große Zahl nicht unmittelbar verwertbarer Abiturienten angenommen. Mangels attraktiver Ausbildungsplätze werden sie hier für 5 bis 7 Jahre „geparkt“ und mit dem Status und dem Sozialprestige des Studierenden versehen; das entlastet den Arbeitsmarkt und dient dem sozialen Frieden. Man tut etwas für die „Bildung“ und spart Sozialhilfe, denn was geschähe, wenn z. B. in Berlin von heute auf morgen 50 000 „überzählige“ Studenten bei den Ämtern erschienen? Sieht man sich die traurige Realität des BAFöG an, dann finanziert sich die große Mehrzahl unserer Studierenden selbst, liegt also dem Sozialstaat nicht auf der Tasche, und die mei-

sten Studienplätze sind ohnehin extrem billig - wo man in vielen Veranstaltungen noch nicht einmal für jeden einen Stuhl hat. Daß man angesichts dieser Tatsachen dabei ist, die Universitäten kaputt zu sparen, ist blanker Zynismus, oder, was schlimmer ist: politische Dummheit, denn keine „Lösung“ des Problems der großen Abiturientenzahlen ist billiger als die gegenwärtige Massenuniversität.

Der Epikureismus unserer akademischen Jugend ist also längst zur festen Größe des Kalküls unserer Bildungspolitik geworden. Das Gartengelände, das man ihr als Spielwiese anweist, wird zwar ständig weiter ausgetrocknet, aber immer hofft man noch, die Grenzen der Zumutbarkeit ausweiten zu können, denn schließlich bekommen die Kids doch etwas dafür: Studieren zu dürfen. Wer '68 erlebt hat, fragt sich: Wo bleibt die neue Studentenbewegung? Sie kommt nicht, weil alle Beteiligten längst wissen: Das Studium als sichere Stufe auf der Karriereleiter gehört der Vergangenheit an - selbst bei Betriebswirten, Juristen oder Medizinern; die Karrieristen an der Universität sind in die Minderheit geraten und gelten bei den Gescheiterten als dumm.

Stattdessen hält man sich an das, was die Institution tatsächlich gewährt: eine Lebensform mit begrenzter Dauer, ein Studium als biographische Phase, Bildung nicht als Mittel zum Zweck, sondern mit einem Eigenwert, der sich primär an der eigenen Lebensgestaltung bemißt. Und daraus erklärt sich auch, was *prima vista* kaum zu erklären ist: die bemerkenswerte Motivation unserer Studierenden. Ist es nicht erstaunlich, daß trotz der Einrichtung eines Lehramtsstudienganges für

Philosophen mit inzwischen guten Beschäftigungs- und Pensionsaussichten in mehreren Bundesländern die Zahl der „brotlosen“ Magisterstudenten proportional ständig zunimmt? Manchmal kann man den Eindruck gewinnen, die Studienmotivation steigt mit dem Absinken der damit verbundenen Berufschancen. (Immer wieder hörte ich von Anfängern auf die Frage, warum sie Philosophie studieren wollten: „Ich werde ja doch einmal arbeitslos; da kann ich doch gleich studieren, was mir Spaß macht.“) Wenn es keine Blumentöpfe zu gewinnen gibt, scheinen viele umso sicherer zu sein, nur für sich selbst zu studieren. Dafür werden häufig ein deutliches Absinken des Lebensstandards gegenüber dem von zu Hause gewöhnten Niveau und die Mühen einer Job-Existenz in Kauf genommen. Und ich möchte hinzufügen: Einen Massenegoismus unter unseren Studierenden kann ich nicht bemerken, eher ein Klima distanzierter Freundlichkeit unter solchen, die im gleichen Boot sitzen. Wo keine Prämien winken, macht aggressives Konkurrenzverhalten wenig Sinn, und warum sollte man sich verbrüdern, wenn niemand weiß, wogegen?

Einen Schluß sollte man aus dem Gesagten aber nicht ziehen: Wenn an der Universität nicht mehr primär mit Professionserwartungen studiert werde, solle dort die Wissenschaft auch nicht mehr professionell gelehrt werden, sondern mehr im Stil ermäßigter Erwachsenenbildung. Meine Beobachtungen legen genau das Gegenteil nahe: Für eine begrenzte Zeit und ohne eindeutige Verwertungsperspektiven am fortgeschrittenen wissenschaftlichen Diskurs teilzunehmen -

dies scheint genau das zu sein, was trotz aller beklagenswerten Rahmenbedingungen die Universität als Lebensform für so viele junge Intellektuelle so attraktiv macht. Daraus erklärt sich auch, warum die Massenphänomene das wissenschaftliche Niveau unserer Universitäten in der Regel nicht gesenkt haben. (Die Dissertationen meiner akademischen Lehrer passierten heute gerade einmal als Magisterarbeiten, und mit meiner eigenen Habilitationsschrift könnte ich heute bei mir selbst höchstens mit *cum laude* promovieren.) Die große Anzahl der Studienabbrüche steht dazu nicht im Wider-

spruch, denn dahinter verbergen sich meist keine biographischen Katastrophen, sondern völlig veränderte Motivationsstrukturen, in denen ein Examen nicht mehr sehr hoch rangiert; auch der Student im Nebenberuf will Qualität. Wahrscheinlich werden die Universitäten erst dann leerer, wenn sie deutlich schlechter werden, aber hoffentlich liest das kein Bildungspolitiker.

*Herbert Schnädelbach, Prof. Dr. phil.,
lehrt Theoretische Philosophie an der
Humboldt-Universität zu Berlin*

Anmerkung:

¹ Vgl. Der auferstandene Epikur - Erfahrungen mit akademischer Jugend, in: H.S., Vernunft und Geschichte. Vorträge und Abhandlungen, Frankfurt/Main 1987, 285 ff.

Roland Große-Holforth (Berlin):

Marginalia

I

Sich öffentlich schreibend der „Universität in Ostdeutschland“ zu nähern, birgt wenigstens zwei Gefahren. Die erste ist weniger bedeutend. Sie besteht in der Möglichkeit, auf eine Publikumsbeschränkung derart zu treffen, daß bestimmte Leser glauben, dem Schreibenden als Inquisitoren entgegenzutreten und Rechenschaft darüber verlangen zu müssen, ob er denn qua Herkunft überhaupt befugt sei, über „ihre“ Wirklichkeit zu befinden. Dem kann und muß man nicht ernsthaft begeben.

Anders verhält es sich mit der zweiten Gefahr. Im Gegensatz zur ersten ist sie vor allem deshalb zu beachten, weil sie nicht, wie die Gestalt des Lesers, im unverfügbaren Außen, sondern in der eigenen Perspektive lauert, als Möglichkeit ihrer Verstellung und Verengung. Es ist die Rede von der *Kurzichtigkeit des Verstrickten*. Wer ihr erliegt, mißt dem, was sich in seiner Umgebung als wesentlich und wichtig ausnimmt, eine Bedeutung zu, die ihm, von einem nicht mehr bloß betroffenen Standpunkt aus betrachtet, keineswegs zukommt. Um dies zu vermeiden, darf man sich also nicht darin ergehen, Erlebtes authentisch zu Protokoll zu geben, sondern muß sich der Mühe unterziehen, sein Erleben in einem größeren Zusammenhang zu denken, gewissermaßen die „Provinz der konkreten

Anschauung“ zu verlassen und sie vom Ausland aus zu betrachten.

Womit wir bei der Sache wären; denn im folgenden soll daran erinnert werden, daß die gegenwärtige „Universität in Ostdeutschland“ als Phänomen keineswegs so interessant ist, wie man unter dem Diktat des Aktuellen zu glauben geneigt sein mag. Vielmehr stellt sie eine gegenüber dem zugrunde liegenden Thema nur unwesentlich abgewandelte Variation dar, wobei hier als Thema das angenommen ist, was sich in der Provinz Deutschland seit weit über hundert Jahren als akademische Realität durchgesetzt hat. Mit großer Geste das grundsätzlich Mißgeborene derselben zu beklagen, kommt nicht mehr in Frage; nicht, weil eine solche Klage ihre inhaltliche Berechtigung verloren hätte, sondern ganz einfach, weil sie in dieser auf eine Hoffnung hin deutenden Form obsolet geworden ist. Die frommen Wünsche, durch die immer wieder eine von den Wurzeln her erneuerte Universität vorgestellt und gefordert wurde, können angesichts dessen, was ist, selbst dem unhistorischen Kopf, sofern er nur zu beobachten vermag, allenfalls als rührende Dichtungen erscheinen; Dichtungen, die man am besten nicht laut deklamiert, um sie wenigstens als Dichtungen vor der stumpfen Gewalt des Tatsächlichen zu bewahren.

Unter diesen Bedingungen können die

Einsichten, die der unmittelbaren Anschauung gegenwärtigen Universitätsgeschehens entspringen, nur sehr begrenzt der Äußerung wert befunden, als Publizieren nur notdürftig gerechtfertigt werden; notdürftig, da nur durch den Verweis auf die eigene Notdurft, dadurch also, daß man bekennt, sich von besagter Brutalität beleidigt und bedrängt zu fühlen und sich deshalb äußern zu *müssen* - auch wenn dies jeder ernsthaften Betrachtung nur lächerlich erscheinen kann.

II

Bedrängt war und ist der Verfasser von der alltäglichen Anschauung des *akademischen Amorphismus*. Gestalt-, Form- und Handlungslosigkeit in allen Spielarten - das ist es, was man dort antrifft, wo eigentlich Konzentration und Disziplin die wesentlichen Kräfte bedeuten sollten. Da sie es aber nicht tun, nehmen die akademischen Dinge und Menschen ihren natürlichen und also amorphen Verlauf, bleibt die Möglichkeit einer gelingenden Ausbildung - von jeder Bildung ganz zu schweigen - auf der Strecke des *laissez-faire, laissez-aller*. Das Amorphe ist tatsächlich, so paradox dies auch klingen mag, *das* wesentliche Charakteristikum gelehrten Treibens, und die Einsicht, daß dieses als Symptom eines Treibens in größerem Maßstab angesehen werden muß, vermag darüber kaum hinweg zu trösten.

Um den größeren Maßstab soll es hier aber gar nicht gehen, sondern lediglich darum, den alles prägenden Mangel an Form in der einen oder anderen Hinsicht anzudeuten; einerseits, um besagte Notdurft zu verrichten, und andererseits, um

dem Leser dies ebenfalls zu ermöglichen. Dabei wird aus ästhetischen Gründen darauf zu achten sein, daß nur solche Amorphismen angesprochen werden, von denen sich der Verfasser nur bedingt ausnehmen kann. Das bedeutet, daß die folgenden Andeutungen ausdrücklich auf den Zustand der gegenwärtig sogenannten „Geisteswissenschaften“ bezogen sind; obwohl analoge Beobachtungen im Hinblick auf andere Disziplinen durchaus zu erwarten sind.

Als erster ist zu nennen: *Der Amorphismus der Voraussetzungen*. Dieser ist der zugleich prägnanteste und folgenreichste. Prägnant insofern, als selbst der oberflächlichste Betrachter zu dem Ergebnis kommen muß, daß man sich, um sich in den entsprechenden „Diskursen“ suhlen zu können, durch nichts wirklich auszeichnen muß: Jedermann hat das Wort. Und das ist folgenreich dadurch, daß dort, wo Jedermann spricht, das Wort seinen Wert verliert. So kommt es immer wieder zu befremdlich anmutenden Zusammenkünften, bei denen Einzelne unterschiedlichster Befähigung und Bereitschaft sich über Jahre hinweg, und selten redlich, bemühen, die Tatsache zu überhöhen, daß man sich im Grunde gar nichts, also nur dann etwas zu sagen hat, wenn man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zwingt; mit dem Ergebnis, daß auf Dauer nichts anderes geschieht, als daß sich die kleinen Brüche fröhlich und ungehemmt reproduzieren.

Der Amorphismus der Motive und Ziele. Diese zweite Formlosigkeit ergibt sich zwangsläufig aus der ersten. Sie folgt dabei der ehernen Wirtshausgesetzmäßigkeit: „Wo's was umsonst gibt, schaut

jeder mal vorbei.“ Dieser Diffusionsbewegung folgend, legen sich die Vielen keine Rechenschaft darüber ab, warum sie gerade diese und keine andere Richtung einschlagen. Da man vor dem Eintritt spürt, daß eine Entscheidung für das Geisteswissenschaftliche kaum greifbare, d.h. in nennenswerten Ansprüchen aufdringliche Konsequenzen nach sich zieht, beginnt man „halt mal“ und verwirklicht so: vorgeblich sich selbst, tatsächlich aber nichts weiter als den infantilen Luxus staatlich subventionierter Indifferenz.

Dieser Anfang hat freilich für das weitere Folgen, die sich verdichten im:

Amorphismus der Einstellung. Da es sich bei den in beschriebener Weise amorph Beginnenden um Menschen handelt, kann es nicht ausbleiben, daß sich im Laufe der Zeit eine - naturgemäß diffuse - Unzufriedenheit einstellt. Anstatt daraus allerdings die Konsequenz zu ziehen, sich an der Wurzel und also der Diffusion zu packen und diese zu überwinden, geht man - allzumenschlich - den bequemen Weg und kultiviert einen schalen Zynismus, der es einem gestattet, immer dann grinsend beiseite zu treten, wenn man gefordert wird. Und da Zynismus als rein negative Haltung kaum lebbar ist, schafft man sich Ersatzpositionen, die in aller Regel in den Bereich des Privaten und also unter die Rubrik „Götzendienst der Freizeit“ fallen.

Die Handlungslosigkeit im Anfang führt also dazu, daß man auch im Arbeiten keinen aufrechten Gang anzunehmen im Stande ist. Diffus bewegt, schleppt man sich lustlos und pflichtvergessen durch die seichten Formalitäten des Studienab-

laufs und ist dabei vor allem darauf bedacht, Desinteresse, Faulheit und Inkompetenz so effizient wie möglich zu verschleiern. Man tut dem Schein genüge - und schämt sich dessen nicht einmal. Aber wie sollte auch Moral und also Scham entstehen, wo Verbindlichkeiten und Kriterien nur noch als Schatten ihrer selbst vorkommen, die Anstalt also die Bedingung ihrer Möglichkeit aufgegeben zu haben scheint, die eben darin besteht, ein *Bild* von sich zu haben, etwas also, dem gegenüber man sich verpflichtet weiß - auch und vor allem zum Preis der Unbequemlichkeit.

Damit ist bereits der letzte hier zu erwähnende Amorphismus eingeführt, nämlich:

Der Amorphismus der Umgangsformen. Ein akademischer Stil ist eigentlich nur noch als Abwesenheit seiner selbst feststellbar. Man hält zwar in penetranter Absurdität und jährlich zunehmender Krampfhaftigkeit an längst obsolet gewordenen Konventionshülsen fest, kann damit jedoch nur dem allereinfältigsten Beobachter (z. B. dem Politiker und also Geldgeber) verbergen, daß substantielle Verbindlichkeiten, solche also, die sich aus der Sache ergeben, für die einzustehen man weiterhin behauptet, kaum noch wirksam sind. Wie anders ist es erklärlich, daß selbst die größten sachlichen Verstöße und Verfehlungen ohne Korrekturen - von Konsequenzen ganz zu schweigen - hingenommen werden? Und wie soll sich ein Student formen, wenn ihm allenthalben vorerzählt wird, daß es gar nicht so sehr darauf ankommt, ob man etwas weiß oder nicht, ob man zu argumentieren befähigt ist, oder gar: ob man bereit ist, etwas ohne Rücksicht auf

die eigenen Belange auf seine Wahrheit hin zu prüfen? Wie soll man Achtung für sich und seine Aufgaben empfinden, wenn die zynische Mißachtung eben dieser Aufgaben durch die Haltungslosigkeit im Umgang zur impliziten Botschaft ganzer Institute geworden ist?

Man kann all dies als Übertreibung abtun und vergessen. Tut man dies, hat man allerdings die Konsequenzen zu tragen. Und daran ändert sich auch nichts, wenn man möglicherweise nicht in der Lage sein sollte, sie zu empfinden. Manches entscheidet sich eben jenseits des Lustprinzips.

III

Nun mag man sich dennoch fragen, was diese allgemeine Diagnose von Amorphismen mit der „Universität in Ostdeutschland“ im besonderen zu tun hat. In einer ersten Hinsicht: alles - denn auch sie ist vom Beschriebenen gezeichnet. In einer anderen Hinsicht: nichts - denn sie nimmt sich diesbezüglich gegenüber westdeutschen Universitäten kaum als Besonderes aus. Es läßt sich allerdings auch eine dritte Perspektive einnehmen, und in dieser bedeutet das Gesagte für die ostdeutschen Universitäten tatsächlich: etwas Besonderes - denn sie hat sich, so

die Beobachtung des Verfassers - insbesondere im Hinblick auf die beklagten Amorphismen *entwickelt*, und zwar zum Schlechten. Die vor wenigen Jahren noch eher zu gewahrende Zurückhaltung, Bescheidenheit und Disziplin im Umgang mit sich und den Geistesdingen ist immer mehr dem allzu gegenwärtigen Gestus der überlegenen Wissensfrechheit gewichen, der selbstredend im krassem Widerspruch zu tatsächlicher Bedeutung und Fähigkeit derer steht, die diese Pose einzunehmen für notwendig halten. Indem die Studenten kaum korrigiert, zurecht gewiesen und so ihrer wirklichen „Größe“ ansichtig werden, machen sie sich zunehmend so breit, wie es die meisten Altersgenossen im Westen schon lange sind. Daß sich dies innerhalb weniger Jahre zugetragen hat, muß als Lehrstück für die Anpassungsfähigkeit des Kulturwesens „Mensch“ begriffen werden; mithin als Beleg dafür, daß es dem Menschen nur selten und in sehr begrenztem Maße möglich ist, sich aus den Verhältnissen zu erheben, in die er hinein gewachsen ist. Die Grenzen der sogenannten „Freiheit“ sind eben die engsten.

*Roland Große-Holforth studiert
Philosophie an der Humboldt-
Universität Berlin*

Thomas Neie (Berlin):

Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 - 1993

Als sich den Hochschulen in der DDR vor fast sechs Jahren im Aufbruch und beginnenden Umbruch des Herbstes 1989 neue Freiräume eröffneten, ein großer Teil der Mitglieder der Hochschulen für eine Veränderung der DDR bzw. später Vereinigung der beiden deutschen Staaten eintrat, war wohl für niemanden abzusehen, welche Folgen die Vereinigung für die Hochschulen und vor allem das an ihnen beschäftigte Personal haben würde.

In Vorbereitung des Einigungsvertrages (EV) waren die Zielsetzungen heftigst umstritten. Die vom Wissenschaftsrat im Juli 1990 formulierten „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen“ gingen von einer generell qualifizierten Besetzung der Stellen durch westdeutsche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, personellen Abordnungen zur Neugründung von Fachbereichen bei öffentlicher Ausschreibung der Stellen und dem Verbot von Hausberufungen aus. In Vorbereitung einer „Wissenschaftsunion“¹ standen neben der Strukturanpassung die Altkader im Mittelpunkt der Diskussion. Mit Altkadern waren dabei vorwiegend die Professoren bzw. Leiter der Forschungseinrichtungen gemeint. Deren generelle Abberufung bzw. Entlassung wurde intensiv diskutiert²,

nachdem Statistiken über den prozentualen Anteil der Mitglieder der SED unter der Professorenschaft und Angaben über einen vermuteten Anteil der Mitarbeiter für das MfS in dieser Personengruppe bekannt geworden waren.³ Vereinzelt wurde diese Beschränkung auf die Professorenschaft durchbrochen und eine generelle Abberufung/Kündigung aller dauerhaft Beschäftigten unter Einräumung der Möglichkeit der Neubewerbung gefordert.⁴ Nur im Rahmen einer noch zu bestimmenden Neustrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft wurde auf die Zukunft des Gesamtpersonals der Hochschuleinrichtungen eingegangen, wenn bspw. Fritsch als Mitglied einer Evaluierungsgruppe des Wissenschaftsrates davon spricht, daß 50 - 60 % der Forscher die Hochschule verlassen müßten, jedoch wohl eine neue Zukunft in der aufzubauenden Industrie finden könnten.⁵ Drastisches schwebte auch, zwischen Natur- und Geisteswissenschaften trennend, D. Simon vor, als er sich befragte, was denn die Ostdeutschen in die Wissenschaftsunion einzubringen hätten, und dies in einer Aufzählung des Nicht-Gewollten endete.⁶

Ein Konzept zur Bewältigung der Vereinigung der Wissenschaftssysteme läßt sich aus all dem nicht entnehmen. Notwendig

erschien jedoch den meisten Akteuren die Auflösung bestimmter, vornehmlich geisteswissenschaftlicher Bereiche sowie die Auslese und Entfernung der Mitarbeiter des MfS aus den Hochschulen.

Mit der Verabschiedung des Einigungsvertrages durch die Volkskammer der DDR und den Bundestag der BRD wurde die Überführung der Hochschulen zur Aufgabe der Länder. Diesen standen nach dem Einigungsvertrag zahlreiche Mittel zur Wiederherstellung der Freiheit und Pluralität von Lehre und Forschung, zur Umstrukturierung der in breiten Bereichen zum Mißerfolg geführten Wissenschaft und zur raschen Umsetzung der grundgesetzlichen Rahmenbedingungen, mithin einer Erneuerung des Hochschulwesens zur Verfügung.⁷ Der politischen Diskussion folgend konnten die Landesregierungen nach Art. 13 I, III EV bis drei Monate nach dem Beitritt über die Überführung oder Abwicklung der Hochschulinrichtungen entscheiden. Nach einer Überführung der Einrichtungen standen den Ländern die in Anlage I, Kap. XIX, Sachgebiet A, Nr. 1 Abs. 4 und 5 EV normierten Sonderkündigungstatbestände bis zum 02.10.1992⁸ zur Verfügung. Nach Absatz 4 war dabei eine ordentliche Kündigung wegen mangelnder fachlicher Qualifikation (Abs. 4 Ziff. 1, 1. Alt.),

I. Personalbestand 1991 - 1993

Das Ziel der weitgehenden Integration des Personals, mithin der Verbleib an den Hochschulen, soll hier den Maßstab für eine Analyse der Entwicklung des Personalbestandes bilden. Die Ausgangsdaten sowie die Entwicklung bis 1991 sind von Burkhardt/Scherer dargestellt worden.¹²

wegen mangelnder persönlicher Eignung (Abs. 4, Ziff. 1, 2. Alt.), wegen mangelnden Bedarfs (Abs. 4 Ziff. 2) und wegen ersatzloser Auflösung oder wesentlicher Änderung der Beschäftigungsstelle bei gleichzeitiger Unmöglichkeit der Weiterverwendung (Abs. 4 Ziff. 3), nach Absatz 5 eine außerordentliche Kündigung wegen Verstoßes gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit (Abs. 5 Ziff. 1) und wegen Tätigkeit für das MfS/AfNS (Abs. 5 Ziff. 2) zulässig.⁹

Allein von der vorbeugenden Verankerung dieser rechtlichen Instrumente zur Erneuerung der Hochschulen kann aber auch auf kein Konzept der Gesetzgeber hinsichtlich der Umstrukturierung geschlossen werden. Dies dürfte sich am unterschiedlichen Vorgehen der Länder sowie an Unterschieden bei der Anwendung der mit dem Einigungsvertrag eingeräumten Möglichkeiten zur Personalreduzierung zeigen. Zahlreiche Gerichtsverfahren verdeutlichen die Unsicherheiten bei den und den Mißbrauch durch die Anwender.¹⁰ Fest steht und ist mittlerweile auch höchstrichterlich bestätigt: Anliegen des Einigungsvertrages war im hier interessierenden Zusammenhang die weitgehende Integration des Personals in das neue System der Bundesrepublik.¹¹

Ab 1992 liegen die Berichte der Statistischen Landesämter über den Personalbestand an den Hochschulen vor. Diese sind aufgrund des Hochschulstatistikgesetzes erhoben worden und deshalb untereinander vergleichbar. Nachfolgend soll in Zusammenstellung dieser bereits vorlie-

Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen in den ostdeutschen Ländern von 1990 bis 1993

Länder	1990		1991		1992		1993	
	Personal gesamt	davon wissenschaftl. künstl.						
Brandenburg	2.264	1.022	2.475	1.304	3.324	1.928	4.184	2.492
Mecklenburg- Vorpommern	14.488	4.338	12.387	3.708	10.388	2.923	10.403	3.116
Sachsen	31.178	13.123	28.322	11.708	26.180	10.680	24.855	10.322
Sachsen-Anhalt	17.190	5.574	17.217	5.650	15.779	5.607	14.347	5.366
Thüringen	14.208	4.565	12.373	4.120	644	607	13.671	4.716
Berlin (Ost)	14.057	5.656	11.428	4.582	11.160	4.501	11.114	4.888
Gesamt	93.385	34.278	84.202	31.072	84.202	31.072	78.574	30.900
		6.383		5.698		3.774		4.849
		1.110		935		452		601
		744		644		607		787
		1.017		1.007		512		638
		2.542		2.165		1.532		1.879
		187		266		196		390
		783		681		475		554
		878		681		475		554

Quellen: Angaben nach Burkhardt/Scherer, Projektberichte 7/93 (1990, 1991) sowie Statistische Landesämter B III 4 des jeweiligen Jahres; Berlin (Ost) ohne FHTW

genden Daten ein Überblick über die Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie des Ostteils Berlins gegeben werden.

Bei der Zusammenstellung des Datenmaterials ergeben sich aus der mit der Errichtung der Statistischen Landesämter verbundenen Vereinheitlichung der statistischen Erfassung in der Bundesrepublik Probleme, die sich in der nachfolgenden Darstellung niedergeschlagen haben.

Einerseits haben nicht alle Bundesländer kontinuierlich Statistiken zum Personalbestand an den Hochschulen vorgelegt.¹³ Andererseits erfolgte ab 1992 eine Zuordnung des Personals zu den Gruppen nach §§ 42 ff. HRG. Dadurch ist der zahlenmäßige Vergleich der Gruppen nur bedingt möglich. Für 1991 liegen keine Angaben zur Anzahl der Professoren vor. Beim wissenschaftlichen Personal sind ab 1992 auch nebenberuflich Tätige (z.B. wissenschaftliche Hilfskräfte, Drittmittelbeschäftigte) erfasst, die es bis zu diesem Zeitpunkt an den Hochschulen nicht gab. Im Rahmen der Darstellung wird im Interesse der Vergleichbarkeit soweit als möglich auf Daten der Statistischen Landesämter und in zweiter Linie auf Werte der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst zurückgegriffen. Trotz der zahlreichen Schwierigkeiten, die mit einer Gegenüberstellung der Daten verbunden sind, lassen sich zweifelsfrei bestimmte Entwicklungen erkennen, die für weitergehende Untersuchungen, und sei es als Korrektiv, notwendig sind. Der Rückgriff auf den Stellenbestand kann

angesichts unbesetzter Stellen, eines Überhangs, bestehender Doppelbesetzungen etc. wohl nur als Hilfsgröße herangezogen werden.

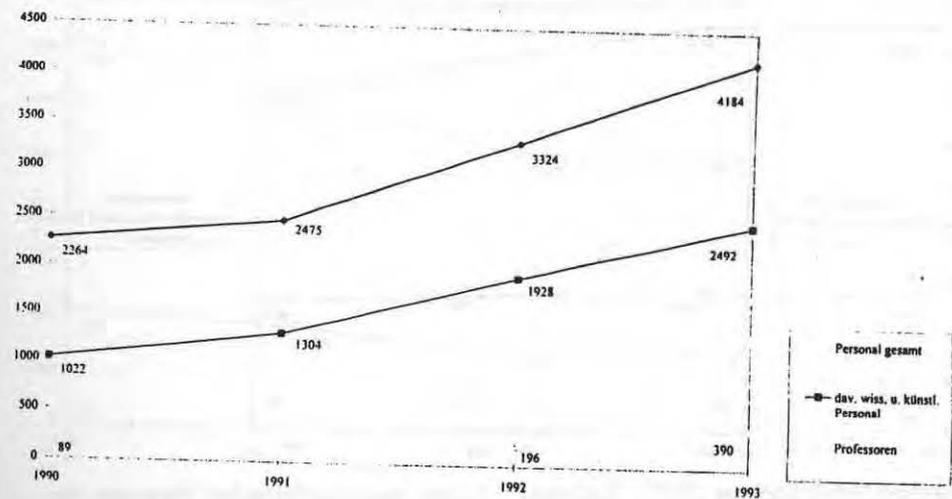
1989 waren im Hochschulbereich der DDR (mit Medizin) rund 104.300 Personen beschäftigt. Davon waren etwa 38.900 Angehörige des wissenschaftlichen und 65.400 Angehörige des nichtwissenschaftlichen Personals.¹⁴ Mit dem Auslaufen der Sonderkündigungsmöglichkeiten des Einigungsvertrages zum Ende des Jahres 1993 waren noch etwa 78.600 Personen im Hochschulbereich tätig. Davon gehörten etwa 30.900 Personen der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an. An den Hochschulen waren 4.849 Professoren beschäftigt.

Es ist festzustellen, daß sich der Gesamtpersonalbestand von 1989 zu 1993 um 25 Prozent verringert hat. Während die statistische Verringerung beim wissenschaftlichen Personal etwa bei 20 Prozent lag, beträgt sie beim nichtwissenschaftlichen Personal 27 Prozent. Dies dürfte auf die zu verzeichnende Auslagerung von Aufgaben, die in der DDR durch hochschuleigenes Personal erfüllt worden sind, zurückzuführen sein.

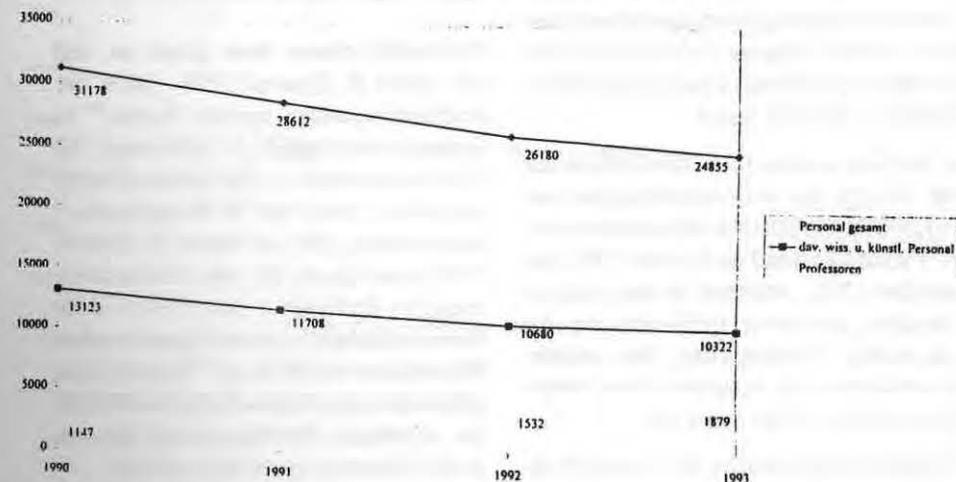
Die Entwicklungen des Personalbestandes verliefen in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Für Brandenburg läßt sich im Vergleich 1993 zu 1989 eine Zunahme beim Hochschulpersonal von 3.488 auf 4.184 Personen feststellen.

In allen anderen Ländern verringerte sich der Personalbestand. Spitzenreiter ist, von den Werten des Jahres 1990 ausgehend, Mecklenburg-Vorpommern mit einer Verringerung um 28 Prozent, gefolgt von

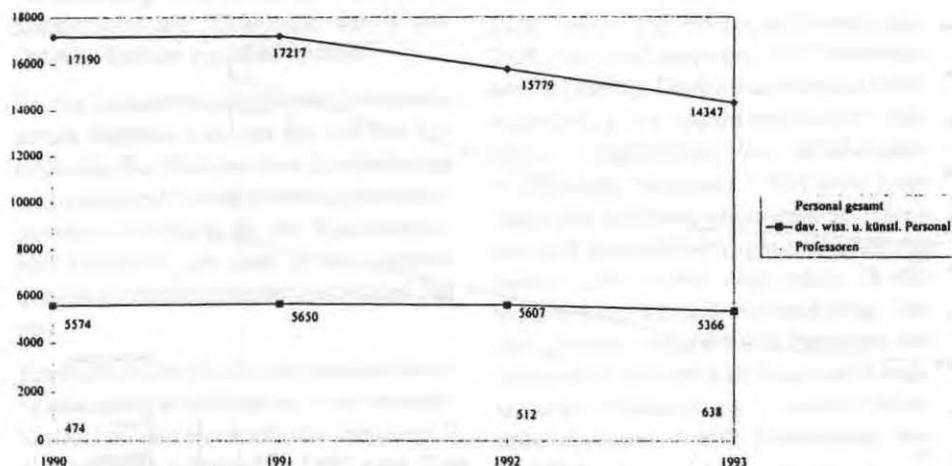
Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen Brandenburgs zwischen 1990 und 1993



Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen im Freistaat Sachsen zwischen 1990 und 1993



Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen Sachsen-Anhalts zwischen 1990 und 1993



Berlin (21 %), Sachsen (20 %), Sachsen-Anhalt (16 %) und Thüringen (4 %). Beachtenswert ist, daß bspw. in Sachsen-Anhalt der Personalbestand 1990 - 1991 relativ konstant blieb, während er in Sachsen im gleichen Zeitraum stark reduziert wurde. Dies könnte Hinweise auf einen unterschiedlichen Gebrauch der Instrumente des Einigungsvertrages geben, aber auch auf eine längere Anlaufzeit bis zur verwaltungsmäßigen Umsetzung der Maßnahmen schließen lassen.

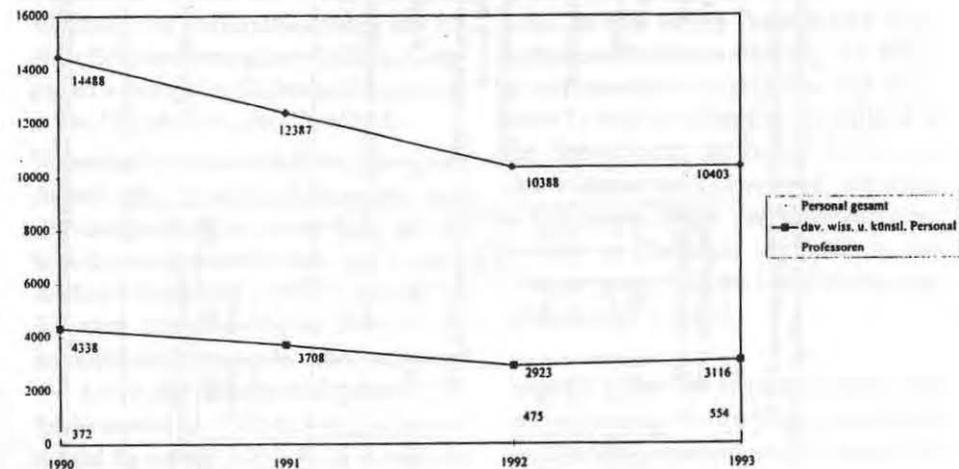
In Sachsen und Sachsen-Anhalt sank der der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter zuzurechnende Personalbestand auch noch 1993 gegenüber 1992, während in den anderen Ländern zumindest 1993 eine weitere statistische Verringerung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals nicht zu verzeichnen war.

Offenbar war der Abbau des wissenschaft-

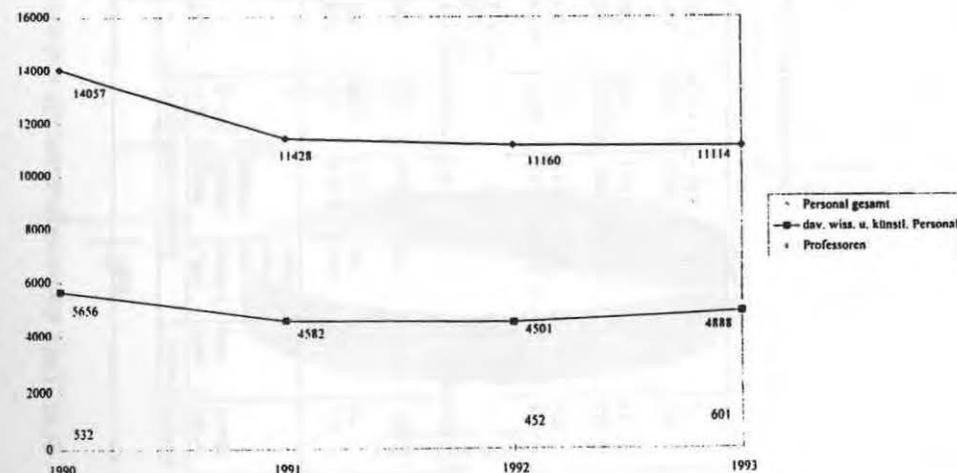
lichen und künstlerischen Personals zumindest statistisch 1993 beendet. Dies wird durch erste für 1994 vorliegende Daten für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bestätigt. In allen Ländern steigt die Anzahl der Professoren stetig, was mit den langsam anlaufenden Berufungsverfahren zusammenhängen dürfte.

Burkhardt/Scherer etwa geben an, daß mit Stand II. Quartal 1994 70 % der Professorenstellen besetzt waren.¹⁵ In Sachsen waren zum 31. 12. 1994 von 2.352 Professorenstellen 1.783 Stellen besetzt, was einer Quote von 76 % entspricht.¹⁶ Brandenburg gibt mit Stand III. Quartal 1995 eine Quote für die Stellenbesetzung der Professoren von 75 % und für die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter von 90 % an.¹⁷ In den Folgejahren kann mit dem weiteren Anwachsen des Anteils der Professoren am Gesamtpersonalbestand gerechnet werden.

Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1990 und 1993



Entwicklung des Personalbestandes an den Hochschulen im östlichen Teil Berlins zwischen 1990 und 1993



II. Veränderung der Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals

Relativiert werden die Werte zur Entwicklung des Personalbestandes erst bei einer Differenzierung innerhalb der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (vgl. Tabelle 2).

Neben der prozentualen Reduzierung des Anteils der Dozenten/Assistenten und dem entsprechenden Anwachsen des Anteils der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter ist eine Verlagerung hin zum nebenberuflichen Personal zu konstatieren. Insbesondere die Anzahl und der Anteil der wissenschaftlichen Hilfskräfte nimmt zu.¹⁸ Für die Folgejahre wird darauf zu achten sein, ob der Anteil der wissenschaftlichen Hilfskräfte zu Lasten des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals anwächst, da eine gesicherte Aussage angesichts der Werte für die Jahre 1992 und 1993

noch nicht möglich erscheint. Gleichwohl ist eine solche Entwicklung angesichts der Zusammensetzung des Hochschulpersonals im Land Berlin (vgl. Übersicht 3) wohl zu erwarten. Auffallend ist die Entwicklung der Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an der Humboldt-Universität zu Berlin im Vergleich zu den Gesamtwerten für das Land Berlin (vgl. Übersichten 1 bis 3).

Signifikant ist bei einem direkten Ländervergleich zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt, unbenommen der zwischen 1992 und 1993 zu konstatierenden Verschiebung vom hauptberuflichen zum nebenberuflichen Personal, der wesentlich höhere Anteil von Dozenten/Assistenten in Sachsen.

Übersicht 1

Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals der Humboldt-Universität 1992

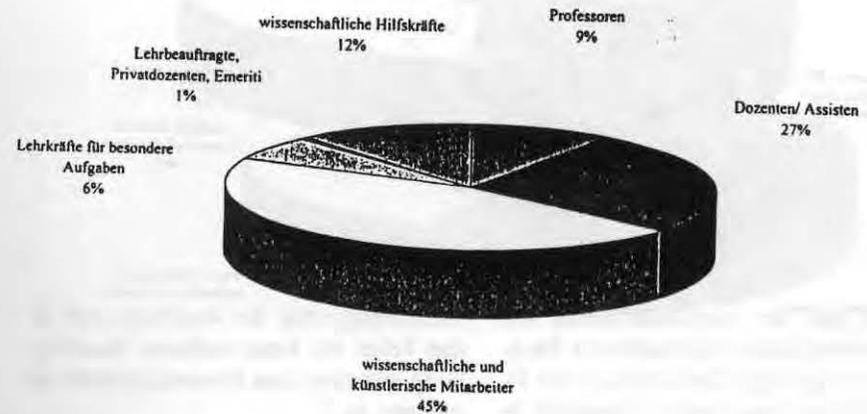


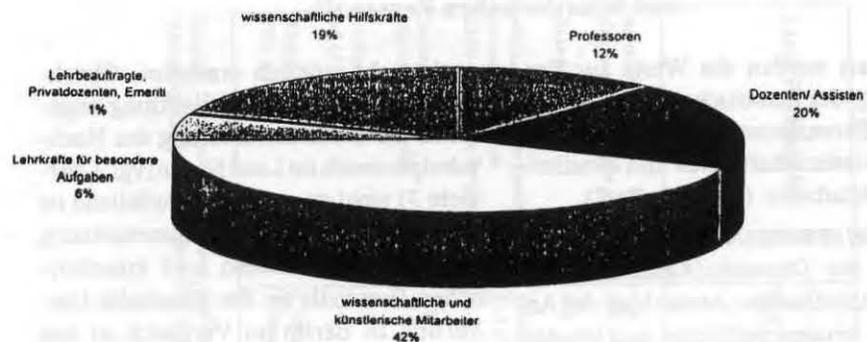
Tabelle 2

Entwicklung der Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals 1992/1993

Land/Hochschule	1992						1993											
	Hauptberufliches Personal			Nebenberufliches Personal			Hauptberufliches Personal			Nebenberufliches Personal								
	Prof.	Doz./ Assist.	wiss./ künstler. Mitarb.	Lehrkräfte f. Aufgaben	Gastprof.	Lehrbeauftragte	wiss. Hilfskräfte	Prof.	Doz./ Assist.	wiss./ künstler. Mitarb.	Lehrkräfte f. Aufgaben	Gastprof.	Lehrbeauftragte	wiss. Hilfskräfte				
Berlin (Ost)	452	1.067	1.858	248	13	407	474	601	847	1.879	268	10	429	854				
Humboldt-Universität zu Berlin	363	1.046	1.791	244	1	25	459	490	845	1.817	242	2	28	813				
Brandenburg	196	311	373	336		412	300	390	361	345	311		557	528				
Mecklenburg-Vorpommern	Σ hauptberuflich: 2.758						Σ hauptberuflich: 1.65						Σ hauptberuflich: 2.839					
Universität Rostock	Σ: 1.293						Σ: 97						Σ: 1.542					
EMA-Universität Greifswald	Σ: 1.237						Σ: 97						Σ: 1.065					
Sachsen	1.532	4.662	2.289	1.350	22	808	17	1.879	3.998	2.805	564	13	893	170				
Universität Leipzig	316	1.197	1.065	551	20	269	2	329	644	1.440	192	1	278	39				
Sachsen-Anhalt	517	2.081	1.596	630	34	398	352	638	1.282	2.065	482	15	443	441				
MLU Halle	210	893	640	240	15	58	53	287	576	1.351	256	15	71	147				
Thüringen	Σ hauptberuflich: 4.289						Σ nebenberuflich: 125						Σ hauptberuflich: 2.77					
FSU Jena	Σ hauptberuflich: 2.032						Σ nebenberuflich: 372						Σ: 187					

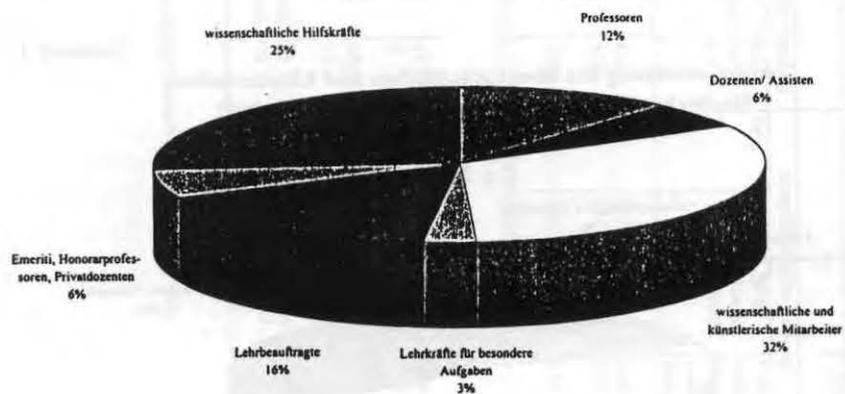
Quellen: Statistische Landesämter, Statistische Berichte B III 4
Anmerkungen: Berlin (Ost) ohne FHTW, Lehrbeauftragte inkl. Gast-, Honorar-, außerplanmäßige Professoren sowie Privatdozenten

Übersicht 2



Übersicht 3

Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Landes Berlin 1993

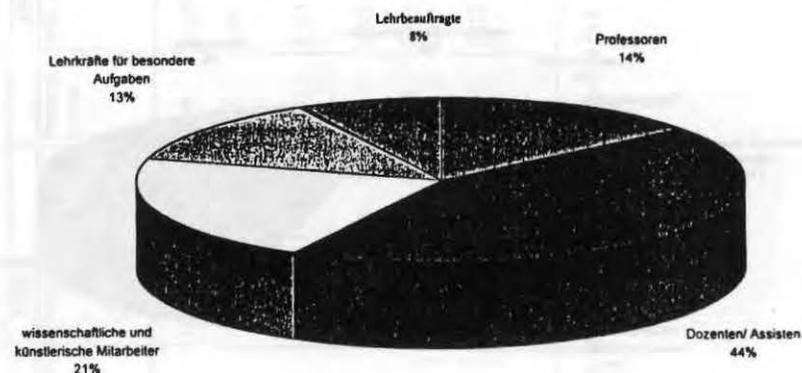


Ebenso fällt der marginale Anteil der wissenschaftlichen Hilfskräfte in Sachsen ins Auge (vgl. Übersichten 4 bis 7). Ein Vergleich mit Berlin (Übersicht 3)

rechtfertigt wohl die Annahme, daß in den Folge mit einer weiteren Verschiebung zwischen den Personalgruppen zu rechnen ist.¹⁹

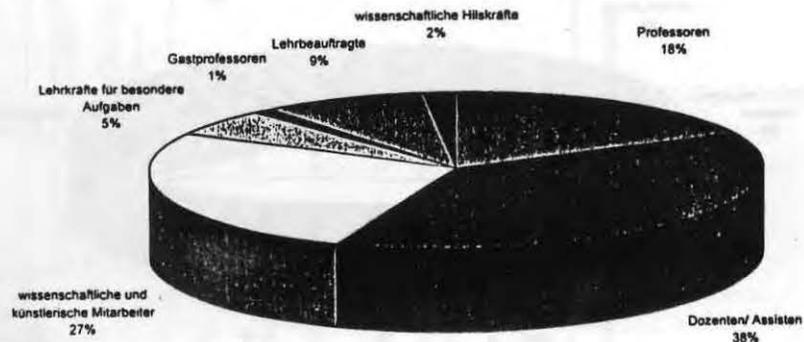
Übersicht 4

Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Freistaates Sachsen 1992

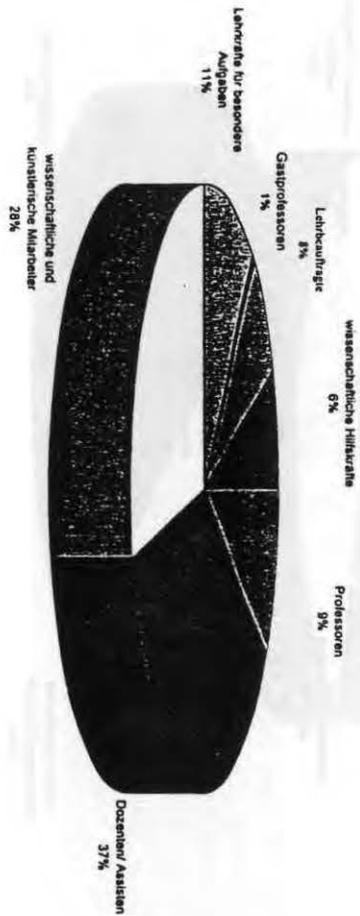


Übersicht 5

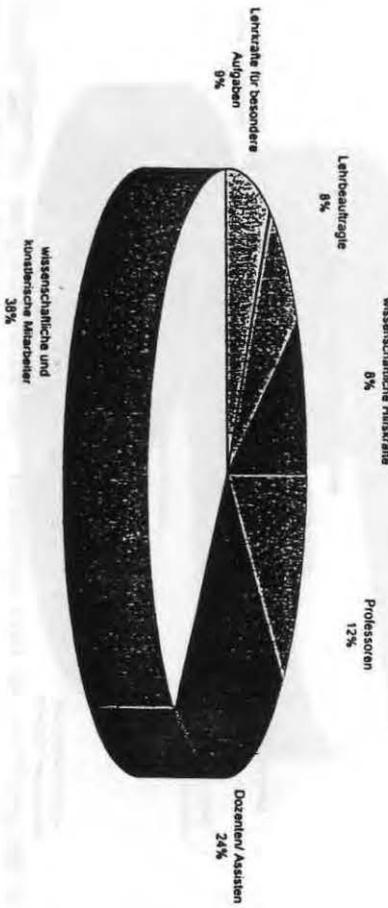
Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Freistaates Sachsen 1993



Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Freistaates Sachsen-Anhalt 1992



Zusammensetzung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Freistaates Sachsen-Anhalt 1993



Übersicht 7

Übersicht 6

Entwicklung des Personalbestandes an den Universitäten in den ostdeutschen Ländern

Universität	1990			1991			1992			1993		
	Personal gesamt	davon wiss. u. künstl.		Personal gesamt	davon wiss. u. künstl.		Personal gesamt	davon wiss. u. künstl.		Personal gesamt	wiss. u. künstl.	
		davon HS- Lehrer			davon HS- Lehrer			dav. Prof.			dav. Prof.	
Universität Rostock	7.244	2.022	376	7.147	2.044		5.041	1.293	225	5.550	1.729	251
Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald	5.371	1.563	242	4.599	1.365		4.626	1.334	110	4.065	1.065	144
Humboldt-Universität zu Berlin	11.733	4.476	820	5.165	1.907	667	10.459	3.929	363	10.328	4.237	490
Universität Leipzig	11.342	3.865	690	10.083	3.517		9.566	3.420	316	8.326	2.923	329
Martin-Luther-Universität Halle	8.318	2.620	473	7.739	2.280	408	7.082	2.109	210	7.809	2.703	287
Friedrich-Schiller-Universität Jena	6.956	2.208	345	5.908	1.838	207		2.157	243	7.027	2.227	271

Quellen: Angaben für 1990 nach Burkhardt/ Scherer, Projektberichte 3/91, für 1991 nach Statistisches Bundesamt, für 1992/93 Statistische Landesämter B III 4

III. Entwicklung der Hochschulen

Ein relativ einheitliches Bild vermitteln hingegen die Universitäten bei der Entwicklung des Personalbestandes. Bei den Universitäten wird die Vergleichbarkeit der Werte der Jahre 1990 bis 1993 durch die umfangreiche Neustrukturierung der Hochschullandschaften der Länder zusätzlich erschwert. Zumindest bis 1993 läßt sich jedoch eine generell sinkende

Tendenz beim Personalbestand feststellen.

Statistische Steigerungen im Jahr 1993 müßten um die Zunahme des Personals durch organisatorische Zuordnung (Pädagogische Hochschulen, Fachschulen, Medizinische Akademie Erfurt) bereinigt werden, was auf der vorliegenden Datenbasis nicht möglich war.

IV. Probleme der Statistik - eine Zusammenfassung

Dem Fazit muß voran gestellt werden, daß die Veränderungen des Personalbestandes in den Jahren 1990 bis 1993 mit dem vorliegenden Datenmaterial statistisch nur eingeschränkt nachvollzogen werden können. Allgemein läßt sich für diesen Zeitraum feststellen, daß in den meisten Bundesländern eine Personalreduzierung an den Hochschulen um etwa 20 Prozent stattgefunden hat. Der Bestand des wissenschaftlichen Personals ist in diesen drei Jahren um ein Zehntel reduziert worden.

Das zahlenmäßig verbliebene wissenschaftliche und künstlerische Personal umfaßt auch Drittmittelbeschäftigte, die nicht im gleichen Umfang für den "normalen" Hochschulbetrieb zur Verfügung stehen, und setzt sich vollständig anders zusammen. Es läßt sich eine Verschiebung vom in der DDR überwiegend hauptberuflich tätigen Personal zum nebenberuflich tätigen und anders qualifizierten Personal, mithin die Reduzierung des wissenschaftlichen Mittelbaus feststellen. Der hohe Anteil der wissenschaftlichen Hilfskräfte bedeutet, so positiv man wissenschaftliche Hilfskräfte auch beurtei-

len mag, eine erhebliche Qualifikationsverringering beim wissenschaftlichen Personal. Sprach man 1990 von Erhaltungswertem, so wurde dagegen oft das Betreuungsverhältnis, realisiert wesentlich über einen hohen Anteil hoch qualifizierter Mitarbeiter unterhalb der Hochschullehrerebene genannt. Auch der nunmehr prozentual höhere Anteil der Professoren, mehr Lehraufträge, weniger Dozenten/Assistenten - dies sind deutliche Anzeichen für die Realisierung des Gegenteils.

Andererseits, und dies dürfte schwerer wiegen, spiegeln die vorliegenden Zahlen den Verbleib der 1990 an den Hochschulen beschäftigten Personen, die teilweise 1990 als Potential für den demokratischen Neuaufbau gewertet wurden, nicht wider. Eine Aussage, zu welchem Anteil sich das zahlenmäßig verbliebene Personal tatsächlich noch aus den 1990 an den Hochschulen beschäftigten Personen zusammensetzt, ist aufgrund der Daten der Statistischen Landesämter nicht möglich. Weder ist der wirkliche Abgang des 1990 an den Hochschulen tätigen Personals zu

ersehen noch der Anteil der Neuzugänge abzuschätzen.

Ob eine Integration des Personals, mithin der Verbleib des 1990 an den Hochschulen tätigen Personals tatsächlich erfolgt ist, läßt sich der Darstellung nicht entnehmen. Ebenso wenig können aufgrund der lediglich allgemeinen Tendenz Rückschlüsse auf den Einsatz und die Auswirkungen der Instrumente des Einigungsvertrages zur Anpassung des DDR-Hochschulsystems an das der Bundesrepublik gezogen werden.

Ohne einer detaillierten Auswertung anderer Materialien vorgreifen zu wollen, sei das Problem am Beispiel der Professoren an der Humboldt-Universität kurz angerissen: Während dort 1989 769 Professoren²⁰ tätig sind, sind Ende 1993 490 Professuren besetzt. Indessen hatten bis November 1992 413 Professoren die Humboldt-Universität verlassen.²¹ Fest steht, daß mehr als 50 % der statistisch erfaßten Professoren Neuberufungen aus den alten Bundesländern sind. Folglich könnten, die Richtigkeit der Zahlen unterstellt, allenfalls noch 250 der ursprünglich vorhandenen Professoren an der Humboldt-Universität tätig sein. Also hätte sich mit der statistischen Reduzierung der Anzahl der Professoren zwischen 1989 und 1993 um ein Drittel eine Reduzierung der Anzahl der ursprünglich vorhandenen Professoren auf ein Drittel ergeben. Daß dies den Umgestaltungs-

prozeß in einem spezifischen Licht erscheinen ließe, muß wohl nicht betont werden.

Zumindest vor dem Hintergrund, daß auch eine Integration des 1990 an den Hochschulen befindlichen Personals in das dann gesamtdeutsche Hochschulsystem erfolgen sollte, erscheint es deshalb aber voreilig, wenn bspw. ausgehend von der Anzahl der Professuren an den Hochschulen das Ausbleiben einer Katastrophe an diesen diagnostiziert wird.²²

Deshalb wird in Ergänzung der Darstellungen der Statistischen Landesämter eine Erfassung des Verlaufes der Zugänge und Abgänge des Personals erforderlich sein. Will man überdies darstellen, in welchem Verhältnis die Sonderkündigungstatbestände des Einigungsvertrages Anwendung fanden, ist zudem eine Erfassung der Abgänge nach ihren Gründen notwendig.

Auf den Darstellungen aufbauend ist deshalb im Rahmen eines Projektes an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität eine Untersuchung des Verlaufs der personellen Umgestaltung geplant, um die Wirksamkeit der Instrumente des Einigungsvertrages und die daraus resultierenden Probleme zu analysieren.²³

Thomas Neie studiert im 11. Semester Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin

Anmerkungen:

¹ D. Simon, *FAZ* 11.08.1990

² pro Abberufung: K. Reinschke, *Die Union* 1./2.09.1990; H. Fritsch, *Der Spiegel*; contra Abberufung: H.J. Meyer, pers. Schreiben zitiert bei Reinschke a.a.O.; D. Simon, *Frankfurter Rundschau* 06.09.1990

¹ bspw. für die KMU Leipzig, *Die Zeit*, 23.11.1990

⁴ Isenberg/Jahn, *Die Zeit*, 23.11.1990

⁵ SZ v. 06.12.1990

⁶ D. Simon, *F&Z* 11.08.1990

⁷ Art. 38 EV, Denkschrift z. EV, BT-Drs. 11/7760, S. 355, 375

⁸ verlängert bis zum 31.12.1993, BGBl. I 1992, 1546

⁹ aus neuerer Zeit dazu: Hantel, *Neue Justiz* 1994, 489, ders. *NJ* 1995, 169, Kutscha, *NJ* 1995, 284, Burkhardt/Scherer, *Das Hochschulwesen* 1994, 276; speziell zu Abs. 5 (MFS/AfNS) B. Schlink: *Vergangenheit als Zumutung*, in: Grawert, R.; Festschrift für E.-W. Böckenförde; P.-M. Diestel, *NJ* 1995, 631

¹⁰ allein an der HUB sollen es 1.000 Arbeitsgerichtsverfahren sein, vgl. M. Küpper, *Neue Zürcher Zeitung* v. 25.09.1995

¹¹ BT-Drs. 11/7817, S. 179; BVerfG, Beschluß v. 21.02.1995 - 1 BvR 1397/93, Umdruck S. 20

¹² Burkhardt/Scherer, Projektberichte 7/93 der Projektgruppe Hochschulforschung Karlshorst

¹³ Der Fachbericht B III 4 des Thüringer Landesamtes für Statistik ist für 1992 nicht erschienen. Eine Teildarstellung findet sich im Statistischen Jahrbuch für Thüringen 1994. Das Statistische Landesamt Berlin hat für 1992 und 1993 bisher keine Berichte vorgelegt. Mit freundlicher Unterstützung konnte auf Vorberichte zurückgegriffen werden.

¹⁴ Burkhardt/Scherer a. a. O.; vgl. Zusammenstellung der unterschiedlichen Werte für 1989 bei Böhm/Heger: *Früher war ich Physiker, heute bin ich Physikerin...*, SPI Service Gesellschaft Berlin, S. 21

¹⁵ Burkhardt/Scherer, Hochschulpersonal-Ost im Wandel, *Das Hochschulwesen* 1994, 276 ff.

¹⁶ Sächsischer Landtag, Drs. 2/0138

¹⁷ Presseinfo 184/95, 29.09.1995

¹⁸ In M-V waren 1994 797 wissenschaftliche Hilfskräfte tätig, während für das Vorjahr keine einzige Hilfskraft ausgewiesen wurde.

¹⁹ Diese Tendenz zu billigen Arbeitskräften wird von Böhm/Heger a. a. O. S. 33 ebenso verzeichnet.

²⁰ Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wird auf Zahlen von M. Erhardt, Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, zurückgegriffen, die dieser auf dem 19. Bildungspolitischen Forum des BfDw am 23.04.1993 in Berlin nannte.

²¹ M. Erhardt, a. a. O.

²² Zimmer, D., Wunder im Osten, *Die Zeit* v. 20.05.1994

²³ Das Projekt "Auswirkungen der Instrumentarien des Einigungsvertrages zur Anpassung des Öffentlichen Dienstes auf die Hochschulen in den ostdeutschen Ländern und die Universitäten Berlin, Rostock, Greifswald, Halle, Leipzig und Jena" wird v. Verf. am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtslehre der Humboldt-Universität (Prof. Dr. Rosemarie Will) realisiert.

Irene Lischka (Berlin):

Wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen der neuen Bundesländer - Standbein oder fünftes Rad am Wagen?

Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Kultusministerkonferenz und die Wirtschaft (zumindest in den alten Bundesländern) scheinen sich offenbar einig zu sein: *Wissenschaftliche Weiterbildung ist ein dringendes Erfordernis unserer Zeit*, um die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. Deshalb, so kann man in allen einschlägigen Erklärungen lesen, ist wissenschaftliche Weiterbildung in der Kooperation zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft weiterzuentwickeln und auszubauen. Und gleichzeitig wird von diesen Gremien völlig zu Recht darauf verwiesen, daß wesentliche Voraussetzungen dafür sowohl ein stabiler institutioneller Rahmen als auch die personelle und materielle Absicherung sind.¹ Dieser Verweis, so selbstverständlich er einerseits erscheinen mag, kommt nicht von ungefähr - man hat seine Erfahrungen und weiß, wovon man spricht. Schließlich konnte und kann sich wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen der alten Bundesländer bis heute nur sehr schwer entwickeln und behaupten. Massive Überlast in den meisten grundständigen

Studiengängen, fehlende finanzielle Anreize, ungenügende personelle und materielle Rahmenbedingungen für die Koordinierung innerhalb und außerhalb der Hochschulen sowie rechtliche Grundlagen, die die Spezifik der Weiterbildung noch kaum berücksichtigen, gelten dafür als die Hauptursachen - neben mitunter nach wie vor ablehnenden Haltungen mancher Hochschullehrer.

In den neuen Bundesländern bot sich die große Chance, mit der Umstrukturierung und Neugründung von Hochschulen bereits im Ansatz solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Wiederholung der diesbezüglich äußerst problematischen Entwicklung in den alten Bundesländern weitgehendst ausschließen. Und das um so mehr, als Überlast an den Hochschulen auch im Jahre 5 nach der Vereinigung eher eine Marginalie ist. Vielmehr wartete die Mehrzahl der Hochschulen bzw. Fachbereiche bislang noch vergeblich auf den von manchen Bildungsplanern (aus den alten Bundesländern) schon für die zurückliegenden Jahre versprochenen Run auf die Hochschulen.

Die Chance, wissenschaftliche Weiter-

bildung hier vor den Problemen der alten Bundesländer zu bewahren, war aber auch deshalb gegeben, weil an den zu erneuernden Bildungsstätten Weiterbildung tatsächlich eine Säule von Hochschulbildung war. So waren an sämtlichen Hochschulen aus DDR-Zeiten Struktureinheiten der Weiterbildung (Weiterbildungszentren, Direktorate für Weiterbildung) nebst Verwaltungs- und Lehrpersonal vorhanden, konnten damit auch grundsätzlich nutzbare Erfahrungen in die Erneuerung eingebracht werden. An den Hochschulen waren durchschnittlich 14 Personen für Weiterbildung tätig (darunter befindet sich das Verwaltungspersonal, aber vermutlich auch einzelne Hochschullehrer, die ausschließlich in der Weiterbildung lehrten). Entsprechend Größe und fachlicher Profilierung bestanden dabei sehr große Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschulen (z.B. TU Dresden 32 Beschäftigte, Universität Bergakademie Freiberg 5 Beschäftigte)².

Dieser Kapazität für Weiterbildung standen entsprechende Weiterbildungslei-

Verpatzter Start

Ausgehend von den genannten günstigen Voraussetzungen hingen weitere Bedingungen für die Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterbildung entscheidend davon ab, welche Konzepte der Erneuerung bzw. der Neugründung den einzelnen Hochschulen zugrunde lagen und welcher Stellenwert wissenschaftlicher Weiterbildung dabei beigemessen wurde.

Die dazu vorliegenden Erfahrungen und Einschätzungen der an den Hochschulen

stungen gegenüber. Dafür stehen folgende Kennzahlen: Auf 100 Direktstudenten (grundständiges Präsenzstudium) kamen durchschnittlich 87 Weiterbildungsteilnehmer. Entsprechend der unterschiedlichen Dauer der Weiterbildungen, die neben postgradualen Studiengängen (etwa Aufbau-, Zusatz- und Ergänzungsstudiengängen vergleichbar) auch Lehrgänge, Seminare, Kurse mit kürzerer Dauer eingeschlossen, ergab sich daraus bezüglich der Lehrleistungen ein Verhältnis von 100 für das Direktstudium und 20 für die Weiterbildung.³

Angesichts dieser opulenten Voraussetzungen stellt sich heute die Frage, in welchem Maße es im Rahmen der Hochschulerneuerung auch tatsächlich gelungen ist, diese zu nutzen. Diese Frage war Ausgangspunkt einer entsprechenden Erhebung an sämtlichen Hochschulen der neuen Bundesländer. Die Beteiligung von 97 Prozent der Hochschulen steht dabei für die hohe Vollständigkeit der Daten, aber ebenso für das Interesse der Hochschulen, denen auch an dieser Stelle gedankt sei.

mit Weiterbildung Beschäftigten sind insgesamt kritisch. Lediglich an jeder fünften Hochschule (22 %) wird eingeschätzt, daß die Erfordernisse der wissenschaftlichen Weiterbildung im Prozeß der Hochschulerneuerung/Hochschulgründung mindestens ausreichend berücksichtigt wurden (siehe Übersicht 1). An Fachhochschulen wird diese positive Einschätzung erstaunlicherweise zu 30 Prozent und damit häufiger getroffen als an Universitäten (12 Prozent). Aller-

dings belegen andere, nachfolgend angeführte Befunde, daß die tatsächlichen Rahmenbedingungen für die Weiterbildung an den Fachhochschulen (im Vergleich zu den Universitäten) wesentlich ungünstiger sind. Dazu zählt auch, daß an den Fachhochschulen nur in Einzelfällen Personalstellen ausschließlich für Weiterbildung bestehen, so daß damit vermutlich auch wesentlich weniger fachliche Kompetenz in Sachen Weiterbildung besteht. Damit ist die etwas positivere Bewertung zum Stellenwert von Weiterbildung bei der Hochschulerneuerung bzw. -neugründung vor diesem Hintergrund zu relativieren.

In der Mehrzahl dominieren kritische Urteile. Zu mehr als einem Drittel besteht bei dem benannten Personenkreis die Auffassung, daß die Erfordernisse der wissenschaftlichen Weiterbildung im Rahmen der Umgestaltung bzw. beim Neuaufbau der Hochschulen völlig unzureichend (Bewertung: in geringem Maße, kaum oder nicht) in Ansatz gebracht wurden (insgesamt an 35 Prozent der Hochschulen). In diesem Urteil unterscheiden sich Universitäten und Fachhochschulen kaum. Teils zufrieden, teils unzufrieden ist man an der Hälfte der Universitäten und an jeder dritten Fachhochschule. Vor

dem Hintergrund der neben der schriftlichen Befragung durchgeführten Expertengespräche verbergen sich aber auch hinter dieser Einschätzung eher kritische Wertungen. Teilweise Zufriedenheit besteht z. B., wenn es in harten Auseinandersetzungen oder auch im Vergleich zu anderen Hochschulen gelungen ist, Weiterbildung überhaupt zu verorten.

Während die Bewertungen zum Stellenwert der wissenschaftlichen Weiterbildung bei der Hochschulerneuerung zwischen den beiden Hochschultypen (Universitäten, Fachhochschulen) nur schwache Unterschiede zeigen, werden die tatsächlich vorhandenen Rahmenbedingungen wesentlich unterschiedlicher bewertet (siehe Übersicht 2). Nur an 24 Prozent der Universitäten und an 14 Prozent der Fachhochschulen wird eingeschätzt, daß die Bedingungen für die wissenschaftliche Weiterbildung insgesamt hinreichend sind. Hingegen ist man an jeder zweiten Fachhochschule (48 %) der Meinung, daß die Bedingungen völlig unzureichend sind. An den Universitäten gilt das für 18 Prozent. An fast jeder zweiten Hochschulen wurden die Bedingungen als teilweise unzureichend bewertet.

Übersicht 1: Einschätzungen zum Stellenwert von wissenschaftlicher Weiterbildung bei der Hochschulerneuerung (Anteil in %)

	Erfordernisse der wissenschaftliche Weiterbildung wurden berücksichtigt..		
	in hohem/ ausreichendem Maße	teilweise	in geringem Maße/ kaum/nicht
Uni (N=17=100 %)	12	53	35
FHS (N=20=100 %)	30	35	35
insges. (N=37=100%)	22	43	35

Übersicht 2: Einschätzungen zu den Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Weiterbildung (Anteil in %)

	Die Bedingungen sind insgesamt...		
	hinreichend	teils unzureichend	völlig unzureichend
Uni (N=17=100 %)	24	58	18
FHS (N=21=100 %)	14	38	48
insgesamt (N=38=100%)	18	47	34

Ohne bereits auf einzelne Probleme einzugehen, kommen anhand dieser beiden Einschätzungen die Fragen auf, warum die Hochschulerneuerung - bezogen auf die wissenschaftliche Weiterbildung - so kritisch reflektiert wird, wie sie überhaupt angegangen wurde. Eine Antwort gestattet zumindest ein Blick in die verschiedenen, der Hochschulerneuerung zugrunde liegenden Empfehlungen.

In den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Umgestaltung der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern werden die Fragen der wissenschaftlichen Weiterbildung insgesamt wenig berührt. In Vorbereitung auf die Vereinigung (1990) kennzeichnet der Wissenschaftsrat die Weiterbildung zwar als dringendes Erfordernis. Im Blick ist dabei aber vor allem die Vorbereitung auf die neue rechts- und sozialstaatliche Praxis sowie auf die marktwirtschaftliche Ordnung und damit auf Weiterbildung im Sinne einer aktuellen Anpassungsqualifizierung und weniger als fester Aufgabenbestandteil der Hochschulen.⁴ In den verschiedensten Empfehlungen zum Aufbau der einzelnen Wissenschaften sind keine spezifischen Vorschläge zu Gegenstand, Formen oder Organisation der wissenschaftlichen Weiterbildung enthalten.

Ein besonderer Schwerpunkt bei der Entwicklung der Hochschullandschaft in den NBL war die Gründung von Fachhochschulen. Auch die dem zugrundeliegenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates verweisen lediglich in einem Satz auf die Bedeutung der Weiterbildung an Fachhochschulen für die regionale Wirtschaftsförderung.⁵

Insgesamt hatte wissenschaftliche Weiterbildung in den Leitdokumenten der Hochschulerneuerung einen marginalen Stellenwert. Ein Bezug auf die 1983 vom Wissenschaftsrat verabschiedeten allgemeinen Empfehlungen zur Weiterbildung⁶ bzw. eine spezifische Untersetzung hinsichtlich der Situation bei der Hochschulrenewierung erfolgte nicht. Auch in den aktuellen Bilanzen des Wissenschaftsrates zur Hochschulerneuerung wird Weiterbildung ausgeklammert.⁷

Die finanziellen Grundlagen der Hochschulerneuerung wurden u.a. über das „Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung“ (HEP) bereitgestellt. Die Struktur der zu fördernden Maßnahmen macht deren Schwerpunkte deutlich. Mit Blick auf die wissenschaftliche Weiterbildung ist darauf zu verweisen, daß das HEP u.a. vorsieht

- die finanzielle Förderung ergänzender

Studienangebote, insbesondere in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, - die Qualifizierung des wissenschaftlichen Personals durch wissenschaftliche Veranstaltungen bzw. Wissenschaftler-austausch sowie

- die Verbesserung von Fernstudienmöglichkeiten in den neuen Ländern durch die Einrichtung von Studienzentren, Bereitstellung von Studienmaterialien sowie Betreuung der Studierenden.

Damit wurde vor allem auf die spezifischen Weiterbildungen zur Aktualisierung der Qualifikationen infolge des gesellschaftlichen Umbruchs orientiert. Eine direkte Förderung der regulären wissenschaftlichen Weiterbildung war nicht Gegenstand des HEP. Die Förderung der zeitlich begrenzten Sonderformen ließe sich eher als Überbrückungs- und Starthilfe für reguläre wissenschaftliche Weiterbildung charakterisieren⁸.

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) verabschiedete am 5.11.1990 grundsätzliche Empfehlungen zur Weiterbildung an Hochschulen. Diese konnten, zeitlich bedingt, zwar noch nicht die Spezifik der Umgestaltung des Hochschulbereichs der neuen Länder berücksichtigen, wurden allerdings bereits auch den Regierungschefs der neuen Länder übermittelt.⁹ Inhaltlich sehr detaillierte spezielle Empfehlungen der BLK für die wissenschaftliche Weiterbildung in den neuen Ländern aus dem Jahr 1992 konzentrierten sich auf die Probleme der Nachqualifizierung. In den Ausführungen zur Organisation der Nachqualifizierung wird in Anlehnung an die grundsätzlichen

Empfehlungen besonders auf die zentrale Koordinierung dieser Weiterbildungen und die Kooperation mit anderen Weiterbildungsträgern orientiert.¹⁰ Ferner werden in diesem Zusammenhang die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Weiterbildung, die Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs, die Verstärkung der Weiterbildungsberatung sowie der Ausbau des Fernstudiums gefordert¹¹.

Auch die speziellen Empfehlungen der BLK sind damit aber analog zum Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) auf die zeitlich begrenzte Phase der Anpassung von DDR-Qualifikationen an die Standards der Bundesrepublik ausgerichtet. Die Fragen der originären und regulären wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen standen dabei kaum im Hintergrund.

Ganz anders dagegen die Empfehlungen der Konzierten Aktion Weiterbildung, einem Aktionsbündnis von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften und Interessengruppen unter Federführung des BMBW. Diese Ende der achtziger Jahre, ursprünglich nur auf die Probleme in den alten Bundesländern ausgerichtete Aktion zur Förderung von Weiterbildung widmete sich ab 1990 auch den spezifischen Fragen der Weiterbildung in den neuen Bundesländern (NBL). Dazu wurden auch spezielle Empfehlungen verabschiedet, u.a.

- zur wissenschaftlichen Weiterbildung in den NBL insgesamt,
- zur wissenschaftlichen Weiterbildung für ältere Erwachsene in den NBL sowie
- zur wissenschaftlichen Weiterbildung von Frauen in den NBL¹².

Die Empfehlung zur wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen der neuen Bundesländer

- betont deren Beitrag zur Bewältigung des radikalen Strukturwandels;
- fordert die Hochschulen zu entsprechenden Initiativen auf;
- verweist die Länder auf die Sicherung der entsprechenden Rahmenbedingungen, u.a.
- durch Regelungen zur Verwendung der Einnahmen aus Weiterbildung für den Ausbau der Weiterbildung;
- fordert angemessen ausgestattete zentrale Organisationsstellen für Weiterbildung sowie
- den Erhalt der aus DDR-Zeiten vorhandenen Weiterbildungszentren;
- betont die Notwendigkeit des Wissens- und Technologietransfers für die regionalen Entwicklungsaufgaben;
- fordert die Ausrichtung der Weiterbildung auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa;
- erwartet aus der Zusammenarbeit der Hochschulen der alten und neuen Bundesländer gemeinsame neue Ansätze der wissenschaftlichen Weiterbildung.

Diese Empfehlungen von 1992 gaben den Ländern und Hochschulen umfassende und den spezifischen Bedingungen in den neuen Bundesländern entsprechende Leit-

Aus Fehlern nur bedingt gelernt

Ausdruck des Stellenwertes, den wissenschaftliche Weiterbildung an den einzelnen Hochschulen hat, sind u.a. auch die personellen Ausstattungen für das Weiterbildungsmanagement. Das sind die Koordinierungsstellen u.ä. sowie Verantwortliche für Weiterbildung in den

Linien für die Umgestaltung bzw. den Aufbau der wissenschaftlichen Weiterbildung.

Geht man von der aktuellen Situation aus, spricht vieles dafür, daß diese Empfehlungen kaum zur Kenntnis genommen und berücksichtigt wurden. Das ist in einem gewissen Maße möglicherweise der Zeit geschuldet, waren doch 1992 bereits grundlegende Entscheidungen zu den Strukturen der Hochschulen auf der Basis der Wissenschaftsratsempfehlungen getroffen. Das war vermutlich aber auch eine Frage der formalen Wertigkeit. Schließlich waren die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, von denen die Hochschulstrukturkommissionen in den einzelnen Ländern bei ihrer Arbeit ausgingen, die Elite der Hochschulerneuerung.

Ein weiterer Umstand hat offenbar die Entwicklung der wissenschaftlichen Weiterbildung zusätzlich erschwert. Das ist die Tatsache, daß vorwiegend Professoren aus den alten Bundesländern die Umgestaltung bzw. Neugründung der einzelnen Hochschulen führten. Sozialisationsbedingt waren sie damit in der Mehrzahl - Ausnahmen bestätigen die Regel - vom Bild der westdeutschen Hochschule geleitet, in der wissenschaftliche Weiterbildung in der Regel ein Mauerblümchendasein fristet.

einzelnen Fakultäten und Fachbereichen (ohne Lehrkapazitäten).

Insgesamt bestand Ende 1994 an den 38 erfaßten Hochschulen der neuen Bundesländer eine Kapazität von 45 Vollzeitstellen in zentraler Zuständigkeit sowie

von 14 Vollzeitstellen dezentral in den Fakultäten/Fachbereichen (rechnerische Größe aus dem Zeitvolumen, das jeweils für wissenschaftliche Weiterbildung zur Verfügung steht).

Bezüglich der Stellenausstattung bestehen gravierende Unterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Für die Gesamtheit der Universitäten in den neuen Bundesländern gilt derzeit eine haushaltsfinanzierte Ausstattung von 53 Stellen für das Weiterbildungsmanagement, davon knapp 43 mit zentralen Befugnissen und 10 in den Fakultäten (rechnerische Größe aus dem Zeitvolumen). Durchschnittlich stehen damit je Universität 2,5 Stellen zentral für wissenschaftliche Weiterbildung und je Fakultät durchschnittlich 0,09 Stellen für dezentrale Aufgaben zur Verfügung. Diese Ausstattung an den Universitäten entspricht einerseits der von Hochschulrektorenkonferenz und Arbeitgebern (BDA) für erforderlich gehaltenen Mindestausstattung der Koordinierungsstellen, berücksichtigt jedoch nicht spezielle, den unterschiedlichen Profilen der Hochschulen entsprechende Erfordernisse.

Für die Gesamtheit der Fachhochschulen gilt derzeit eine personelle Ausstattung von 2,5 Stellen für zentrale Zuständigkeiten und 4,2 Stellen dezentral in den Fachbereichen. Im Durchschnitt hat damit jede Fachhochschule eine personelle Kapazität von 0,12 Vollzeitstellen für zentrale und jeder Fachbereich eine Kapazität von 0,04 Vollzeitstellen für die wissenschaftliche Weiterbildung. Diese Stellenausstattung entspricht auch nicht annähernd den Minimalanforderungen.

Natürlich ist dabei zu berücksichtigen, daß sich Universitäten und Fachhochschulen auch hinsichtlich ihrer Größe und ihres Profils voneinander unterscheiden. Setzt man die durchschnittlichen Studienanfängerzahlen als eine Vergleichsbasis für die Größe der Hochschulen, zeigt sich, daß die personelle Ausstattung der Fachhochschulen für das Weiterbildungsmanagement auch dann wesentlich ungünstiger ist als für die Universitäten. Bei den Studienanfängern beträgt die Relation zwischen Universitäten und Fachhochschulen 1 : 0,56; bei den Personalstellen für das Weiterbildungsmanagement 1 : 0,06.

Stellt man die 1994 ermittelten Stellenausstattungen für wissenschaftliche Weiterbildung von durchschnittlich 1,26 Stellen je Hochschule (in zentraler und dezentraler Zuständigkeit) der 1989 vorhandenen Ausgangsbasis von durchschnittlich 14 Personalstellen (ebenfalls zentral und dezentral) gegenüber, bedeutet dies einen Anteil von 9 Prozent. Jedoch sei nochmals darauf verwiesen, daß die ausgewiesenen Personalstellen aus DDR-Zeiten auch einzelne, ausschließlich für Weiterbildung tätige Hochschullehrer enthielt und somit keinen exakten Vergleich zuläßt. Sicher scheint allerdings, daß der Abbau der personellen Kapazitäten im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung trotzdem wesentlich höher ist als der durchschnittliche gesamte personelle Abbau an den Hochschulen der neuen Bundesländer, der im gleichen Zeitraum 40 Prozent¹³ betrug. Allerdings muß an dieser Stelle darauf verwiesen werden, daß fraglich ist, inwieweit der Umfang wissenschaftlicher

Weiterbildung und damit auch die Personalausstattung zu DDR-Zeiten aus dem tatsächlichen Bedarf oder aus politisch gewollten, zentralen Vorgaben resultieren. Dementsprechend sind die Veränderungen in der Personalausstattung gegenüber 1989 zusätzlich nur bedingt bewertbar. Zu bewerten ist aber die aktuelle Ausstattung an den derzeit geltenden Empfehlungen. Die an den Hochschulen der neuen Bundesländer liegt insbesondere an den Fachhochschulen deutlich darunter.

In Anbetracht der finanzrechtlichen Bedingungen wurden, den Erfahrungen und dem Trend in den alten Bundesländern folgend, bislang auch an 13 Hochschulen der neuen Bundesländer externe Weiterbildungsträger (Vereine u.ä.) gegründet. Sie finanzieren sich aus den Einnahmen durch Weiterbildungsmaßnahmen. Die Personalstellen an diesen Weiterbildungsträgern, die sowohl inhaltlich als auch räumlich an die Hochschulen angegliedert sind, wurden in der Erhebung nicht erfaßt. Diese Stellen sind nicht haushaltsfinanziert, sondern werden aus den Einnahmen von Weiterbildungsmaßnahmen bezahlt. Die ermittelte Stellenkapazität enthält nicht die Stellen von Fernstudienzentren der Fernuniversität Hagen und von Technologietransferstellen.

Neben der personellen Absicherung des Managements von wissenschaftlicher Weiterbildung bedarf es selbstverständlich in erster Linie auch entsprechender fachlich-personeller Kapazitäten für die eigentlichen Weiterbildungsmaßnahmen (Lehrpersonal).

Insgesamt halten nur 21 Prozent der befragten Hochschulen die Lehrkapazität für generell ausreichend, um eine dem Profil der Hochschule entsprechende wissenschaftliche Weiterbildung zu gewährleisten. 30 Prozent sehen diese Voraussetzung teilweise erfüllt, während 48 Prozent dies insgesamt verneinen (siehe Übersicht 3).

Dabei zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen. An den Fachhochschulen werden die personellen Voraussetzungen deutlich ungünstiger eingeschätzt als an den Universitäten. Nur 10 Prozent halten die Lehrkapazitäten für ausreichend, aber 52 Prozent für insgesamt ungenügend.

Bei den Gründen für die ungenügenden personellen Voraussetzungen für wissenschaftliche Weiterbildung wird von den Hochschulen in erster Linie der noch nicht vollständig abgeschlossene Um- und Aufbau der Hochschulen entsprechend

Übersicht 3: Einschätzung zu den personellen Kapazitäten (Lehrkapazitäten) für die wissenschaftliche Weiterbildung (Anteil in %)

	Die personellen Kapazitäten sind prinzipiell...		
	ausreichend	teilweise ausreichend	unzureichend
Uni (N=17=100 %)	35	24	42
FHS (N=21=100 %)	10	38	52
insgesamt (N=38=100%)	21	32	48

dem konzipierten Profil angeführt. Dazu zählt insbesondere die Tatsache, daß Ende 1994 noch nicht alle Stellen besetzt waren. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß aber auch nach Abschluß der Neubesetzungen vermutlich nicht in jedem Fall sofort für die wissenschaftliche Weiterbildung relevante neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen werden, stehen diese doch in engem Zusammenhang mit entsprechenden Forschungsleistungen. Aus dieser Sicht könnten an zahlreichen Fakultäten/Fachbereichen vermutlich auch in den nächsten Jahren noch erhebliche Probleme bestehen, wissenschaftliche Weiterbildung anzubieten. Anschließend jedoch ist nicht auszuschließen, daß dem Bedarf an wissenschaftlicher Weiterbildung durch steigende Studentenzahlen nur bedingt entsprochen werden kann. Darauf verweisen schon jetzt insgesamt 6 Hochschulen. Für die Fachhochschulen stellen die aktuellen Belastungen durch die Brückenkurse, die erst anlaufende Forschung sowie die fehlende Stellenplanung für wissenschaftliche Weiterbildung weitere Ursachen für die aktuell insgesamt als ungenügend zu bewertenden personellen Voraussetzungen dar.

Als ein Hauptproblem bei der Konsolidierung der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen der alten Bundesländer erwies sich u.a. die unbefriedigende Anerkennung von Lehrleistungen in der Weiterbildung. Einerseits sehen die rechtlichen Regelungen in der Mehrheit keine Anrechnung auf das Lehrdeputat vor, gleichzeitig stehen sie auch einer zusätzlichen Honorierung entgegen. Nur in einzelnen Ländern/Hoch-

schulen der alten Bundesländer wurden unterdessen über veränderte Vorgaben bzw. Ausgründungen (externe Weiterbildungsträger an den Hochschulen) Möglichkeiten geschaffen, dem zu begegnen. Inwieweit wurden diese Erfahrungen bei der Neugestaltung der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen der neuen Bundesländer von vornherein in Ansatz gebracht?

An 43 Prozent dieser Hochschulen können Lehrleistungen in der Weiterbildung beim Lehrdeputat berücksichtigt werden, an weiteren 8 Prozent zumindest teilweise (vorwiegend bei Ergänzungs-, Zusatzstudiengängen, nicht für Lehrgänge u.ä.). Insgesamt bestehen damit an jeder zweiten Hochschule entsprechende Möglichkeiten. Es sei auch darauf verwiesen, daß an einzelnen Hochschulen zwar keine entsprechenden Regelungen, dafür aber entsprechende Praktiken durch geschickten Umgang mit formalen Bestimmungen bestehen.

Auch bezüglich der Anrechnung der Lehrleistungen bestehen Unterschiede nach Hochschularten. An den Universitäten ist es insgesamt häufiger (56 %) als an den Fachhochschulen (48%) möglich bzw. sind die Möglichkeiten bekannt, Weiterbildungs-Lehrleistungen auf das Lehrdeputat anzurechnen.

Eine andere Form, Lehre in der Weiterbildung attraktiv zu machen, ist die zusätzliche Honorierung. Diese Möglichkeit besteht gegenwärtig jedoch in einigen Bundesländern nur dann, wenn die Weiterbildungsleistungen außerhalb der eigenen Hochschule erbracht werden. Aus diesem Grund wurden u.a. externe Wei-

terbildungsträger an den Hochschulen gegründet, die aus den Einnahmen auch Honorare zahlen können.

Die Möglichkeit innerhalb der Hochschulen Honorare für zusätzliche Lehrleistungen zu zahlen, setzt voraus, daß die mit wissenschaftlicher Weiterbildung zu erzielenden Einnahmen auch wieder für Weiterbildung verwendet werden können, also an der Hochschule bleiben dürfen. Das war bislang in den alten Bundesländern durchaus nicht selbstverständlich, vielmehr waren die Einnahmen an das Land abzuführen. Eine aktuelle Forderung zur Förderung von Weiterbildung zielt deshalb auf den Verbleib der Einnahmen aus Weiterbildung an den Hochschulen, um damit Honorare zahlen zu können aber auch um eine Anschubfinanzierung für neue Weiterbildungsangebote zu ermöglichen. Unterdessen bestehen in einzelnen Ländern entsprechende Möglichkeiten.

An den Hochschulen der neuen Bundesländer ist es im Zuge der Hochschulerneuerung teilweise gelungen, dieses Hemmnis für wissenschaftliche Weiterbildung von vornherein auszuklammern. Die Hochschulgesetze von Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt sehen die Nutzung der Einnahmen für die Hochschule vor.

Die Erhebung ergab: An 43 Prozent der Hochschulen ist es möglich, Einnahmen aus Weiterbildung vollständig bzw. überwiegend wieder für Weiterbildung zu verwenden. An den Universitäten sind diese Möglichkeiten wesentlich häufiger bekannt als an den Fachhochschulen. Sieben

Fachhochschulen ließen diese Frage darüber hinaus unbeantwortet. Vermutlich sind diese Möglichkeiten der Einnahmenverwendung an den Fachhochschulen auch weniger bekannt, weil das Weiterbildungsmanagement dort nur selten von hauptberuflich Beschäftigten geführt wird. Damit zeichnen sich auch aus dieser Sicht Probleme für den Ausbau der Weiterbildung insbesondere an Fachhochschulen ab.

Insgesamt ist damit einzuschätzen, daß die wissenschaftliche Weiterbildung bei der Hochschulerneuerung sowohl konzeptionell als auch bei der praktischen Umsetzung nur einen geringen Stellenwert hatte. Die guten Ausgangsbedingungen wurden offenbar nur in einzelnen Fällen tatsächlich zur Kenntnis genommen, geprüft und genutzt. Vor allem bei der Entwicklung der Fachhochschulen ist die wissenschaftliche Weiterbildung nur selten im Blick gewesen. Allerdings bietet sich für die Fachhochschulen noch die Chance, aus dem Potential der aktuellen Brückenkurse Kristallisationskerne für die reguläre Weiterbildung in Zusammenhang mit einem forcierten Technologietransfer zu entwickeln. Damit könnten sich die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern ebenfalls spezifisch profilieren, so wie sich dies bezüglich der Forschung bereits anläßt. Allerdings gilt es, diese Chance zu erkennen und zu verteidigen.

Irene Lischka, Dr. habil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Anmerkungen:

- ¹ Zur Ausgestaltung von Koordinierungsstellen für berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen. Hochschulrektorenkonferenz/Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.- Bonn, 1994
- ² Statistik des Hochschulwesens der DDR. Projektgruppe Hochschulforschung.- Berlin, 1991
- ³ Wiesner, H.: Berufsbezogene Weiterbildung an DDR-Hochschulen 1989 - Zahlen und Trends. Zentralinstitut für Hochschulbildung.- Berlin, 1990 (Beiträge zur Hochschulentwicklung)
- ⁴ Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen vom Juli 1990. Wissenschaftsrat. In: Empfehlungen und Stellungnahmen 1990.- Köln, 1991. S. 17/18
- ⁵ Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern vom Juli 1991. Wissenschaftsrat. In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil II.- Köln, 1992. S. 61
- ⁶ Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen. Wissenschaftsrat.- Köln, 1983
- ⁷ Bieber, H.-J. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Hochschulen in den neuen Ländern. In: Das Hochschulwesen, H.2/1994. S.62
- ⁸ Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.- Bonn, 1991 (Reihe Bildung-Wissenschaft-Aktuell Nr. 7/91)
- ⁹ Weiterbildung im Hochschulbereich. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.- Bonn, 1993
- ¹⁰ Wissenschaftliche Weiterbildung, insbesondere Nachqualifizierung, an den Hochschulen der neuen Länder. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.- Bonn, 1992. S. 43 - 47
- ¹¹ Weiterbildung in den Fächern Jura, Wirtschaftswissenschaften und Geisteswissenschaften an den Hochschulen der neuen Länder. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.- Bonn, 1993
- ¹² Wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen der neuen Bundesländer. Konzertierte Aktion Weiterbildung/ BMBW.-Bonn, 1992 (Nr. 8/92)
Empfehlungen zur wissenschaftlichen Weiterbildung von Frauen in den neuen Bundesländern. Konzertierte Aktion Weiterbildung/BMBW.- Bonn, 1992 (Nr. 9/92)
Empfehlungen zur wissenschaftlichen Weiterbildung älterer Erwachsener an Hochschulen der neuen Bundesländer. In: Wissenschaftliche Weiterbildung und Technologietransfer in den neuen Bundesländern. Konzertierte Aktion Weiterbildung/BMBW.- Bonn, 1993
- ¹³ Burkhardt, A.; Scherer, D.: Hochschulpersonal Ost im Wandel. In: Das Hochschulwesen, H. 6/94. S. 279

1994 neuer Höchststand der Habilitationen im früheren Bundesgebiet. Weiterer Rückgang in Ostdeutschland

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wurden 1994 an den wissenschaftlichen Hochschulen in Deutschland 1.444 Habilitationsverfahren abgeschlossen. Das waren 25 oder 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Von den neu Habilitierten waren 1.247 Männer und 197 Frauen (13,6 Prozent). Das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der Habilitation betrug 40,1 Jahre und entsprach somit dem Vorjahreswert. Über 80 Prozent der Habilitationen erfolgten in den Fächergruppen Humanmedizin (35,6 Prozent), Mathematik und Naturwissenschaften (24,4 Prozent) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (20,9 Prozent). Knapp ein Fünftel der Habilitationen wurde in den sechs kleineren Fächergruppen durchgeführt.

Im früheren Bundesgebiet wurde 1994 mit 1.352 Habilitationen ein neuer Höchststand erreicht. Dies entspricht einer Zunahme um 33 Habilitationen bzw. 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der seit Mitte der achtziger Jahre anhaltende kontinuierliche Anstieg der Zahl der neu Habilitierten hat sich somit im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Inzwischen habilitieren sich an westdeutschen Hochschulen knapp 43 Prozent mehr Nachwuchswissenschaftler als noch vor zehn Jahren, so daß auf etwa jeden zehnten Habilitierten Professor ein neu Habilitierter entfällt. Das Potential an

hochqualifiziertem wissenschaftlichen Nachwuchs, der angesichts der zunehmend ungünstigeren Altersstruktur der Professoren dringend benötigt wird, hat sich im letzten Jahrzehnt somit deutlich erhöht.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dagegen die Zahl der Habilitationen im Jahre 1994 gegenüber dem Vorjahr noch einmal geringfügig von 100 auf 92 (-8,0 Prozent). Gegenüber 1990 betrug der Rückgang, der vor allem durch die Umstrukturierung des Hochschulbereiches begründet ist, sogar 82,0 Prozent. Das Schwergewicht der Habilitationen in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag bei der Humanmedizin (41,3 Prozent).

Der Anteil der Frauen war, wie in den Vorjahren, im Osten (15,2 Prozent) höher als im Westen (13,5 Prozent).

Das Durchschnittsalter bei der Habilitation betrug im früheren Bundesgebiet 39,9 Jahre und blieb (mit +0,1 Jahren) gegenüber dem Vorjahr stabil. Obwohl das durchschnittliche Habilitationsalter in den neuen Ländern weiter zurückgegangen ist, liegt es mit 42,7 Jahren immer noch um fast drei Jahre über dem westlichen Vergleichswert.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden

HRK: 274.000 Studienanfänger in deutschen Hochschulen Anfängerzahlen im Vergleich zu 1994 unverändert

274.000 Studienanfänger haben sich im Studienjahr 1995 in den deutschen Hochschulen eingeschrieben. Entgegen der Mitteilung des Statistischen Bundesamtes über einen Rückgang der Studienanfängerzahlen aufgrund vorläufiger Ergebnisse liegen die Studienanfängerzahlen des Jahres 1995 in gleicher Höhe wie 1994. Da die Einschreibungen noch nicht an allen Hochschulen abgeschlossen sind, können die endgültigen Zahlen noch um bis zu 1 Prozent höher liegen. Damit liegt die Anfängerzahl auf der unteren Bandbreite der Prognose der Kultusministerkonferenz von 1993.

Einem Rückgang der Anfängerzahlen in den alten Ländern (inclusive früheres West-Berlin) von 235.000 um 1,1 Prozent auf 232.500 Studienanfänger steht ein Zuwachs in den neuen Ländern von 39.500 auf 42.100 um plus 6,6 Prozent gegenüber. Der Anstieg der Zahlen dort zeigt, daß sich das Bildungsverhalten in den neuen Ländern allmählich dem in den alten Ländern annähert. In den alten Ländern ist der demographisch bedingte Rückgang der Studienanfängerzahlen seit dem Wintersemester 1991/92 zum Stillstand gekommen. Aufgrund der Geburtenentwicklung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und dem langjährigen Trend zu höheren Bildungsabschlüssen ist auch im Westen wieder mit mittelfristig steigenden Studienanfängerzahlen zu rechnen.

Ungeachtet der weitgehend stabilen Zahlen sind die Studienanfängerzahlen an technisch-naturwissenschaftlich orientierten Hochschulen zum Teil deutlich zurückgegangen. Der seit mehreren Jahren anhaltende Trend stark rückläufiger Anfängerzahlen im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften auf das Niveau von Anfang der 80er Jahre läßt befürchten, daß in einigen Jahren ein deutlicher Mangel

an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren besteht.

Nach Hochschularten differenziert ergibt sich folgendes Bild: 179.500 oder 65,5 Prozent der Studienanfänger begannen ihr Studium an Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen, 94.500 Studienanfänger oder 34,5 Prozent an Fachhochschulen. Dies bedeutet bundesweit einen Anstieg um 1,3 Prozent an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen und ein Rückgang von 2,5 Prozent an Fachhochschulen. In den alten Ländern nahmen die Studienanfängerzahlen an Universitäten um 0,8 Prozent ab, an Fachhochschulen um 2 Prozent. In den neuen Ländern hatten die Universitäten Zuwächse von 15,2 Prozent, an den Fachhochschulen war mit minus 5,4 Prozent eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen.

Die Gesamtzahl der Studierenden beläuft sich im Wintersemester 1995/96 auf 1.879.100. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent oder um 11.000. An den Hochschulen der alten Länder waren 1.681.000 Studierende eingeschrieben, an den Hochschulen der neuen Länder 198.000 Studierende. Während in den alten Ländern ein Minus von 1,6 Prozent zu verzeichnen ist, ergibt sich in den neuen Ländern ein ausgeprägter Anstieg um knapp 9 Prozent. „Die anfängerstärksten Jahrgänge 1988 bis 1990 in Westdeutschland haben offensichtlich zügig studiert und ihre Examen abgelegt. Die Studiendauern haben sich nicht weiter verlängert. Die Bemühungen verschiedener Hochschulen, die Studierenden zur Ablegung der Prüfungen zu ermutigen, waren erfolgreich“, kommentierte HRK-Präsident Erichsen diese Entwicklung

HRK

Studienanfängerzahlen in den Studienjahren 1993, 1994 und 1995 im Vergleich (ohne verwaltungsinterne Fachhochschulen⁴⁾)

Land	Universitäten incl. PH's			Fachhochschulen			Sonst. Hochschulen (1)			Gesamt		
	1993/94	1994/95	1995/96	1993/94	1994/95	1995/96	1993/94	1994/95	1995/96	1993/94	1994/95	1995/96
Baden-Württemberg	24070	21378	21698	14220	13417	12909	747	1108	1055	39037	35903	35662
Bayern	25179	22540	23125	9619	11273	11592	499	518	634	35297	34331	35351
Berlin	12206	11682	12351	3533	3101	3391	693	729	708	16432	15512	16450
Brandenburg	2119	2057	2632	1459	1227	1394	50	26	43	3628	3310	4069
Bremen	1883	1785	1950	1667	1340	1231	124	123	149	3674	3248	3330
Hamburg	7009	6427	5880	2413	2253	2071	232	340	362	9654	9020	8313
Hessen	14636	14785	14775	7224	6194	5917	247	214	246	22107	21193	20938
Mecklenburg-Vorpom.	2015	2440	2864	1189	1441	1227	25	37	48	3229	3918	4139
Niedersachsen	14076	13615	13045	6601	7246	7540	366	336	265	21043	21197	20850
Nordrhein-Westfalen	49141	47609	46104	13856	13644	12964	960	886	870	63957	62139	59938
Rheinland-Pfalz	7866	7649	7674	4637	4239	3743	33	41	32	12536	11929	11449
Saarland	2684	2605	2677	749	654	559	116	96	55	3549	3355	3291
Sachsen	6607	7373	9139	4811	5411	4587	335	402	372	11753	13186	14098
Sachsen-Anhalt	2091	2735	3159	2428	2139	2328	185	197	190	4704	5071	5677
Schleswig-Holstein	3998	3647	3601	2803	2967	2934	40	80	92	6841	6694	6627
Thüringen	3310	3544	3703	2219	1956	1669	100	227	124	5629	5727	5496
Gesamt	178890	171871	174377	79428	78502	76056	4752	5360	5245	263070	255733	255678
davon:												
Alte Länder ²⁾	150542	142040	140529	63789	63227	61460	3364	3742	3760	217695	209009	205749
Neue Länder ²⁾	28348	29831	33848	15639	15275	14596	1388	1618	1485	45375	46724	49929
Alte Länder ³⁾	158366	149421	148205	65950	65231	63627	3847	4107	4160	228163	218759	215992
Neue Länder ³⁾	20524	22450	26172	13478	13271	12429	905	1253	1085	34907	36974	39686

1) Kunst-/Musik-/Theolog.- und Kirchliche Hochschulen

2) Alte Länder ohne Berlin, neue Länder incl. Berlin

3) Alte Länder incl. ehemaliges West-Berlin, neue Länder incl. ehemaliges Ost-Berlin

4) An den verwaltungsinternen Fachhochschulen sind ca. 19.000 Studienanfänger zu verzeichnen, davon ca. 14.500 in den alten Ländern, 2.500 in den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) und 2.000 in Berlin.

Studierendenzahlen in den Wintersemestern 1993/94, 1994/95 und 1995/96 im Vergleich (ohne verwaltungsinterne Fachhochschulen⁴⁾)

Land	Universitäten incl. PH's			Fachhochschulen			Sonst. Hochschulen (1)			Gesamt		
	1993/94	1994/95	1995/96	1993/94	1994/95	1995/96	1993/94	1994/95	1995/96	1993/94	1994/95	1995/96
Baden-Württemberg	174.726	172796	168765	50331	52301	51002	3620	4303	4335	228677	229400	224102
Bayern	197.259	192117	186464	57468	56948	55669	3304	3289	3322	258031	252354	245455
Berlin	120.243	117465	116152	18248	17758	18326	6940	6824	6702	145431	142047	141180
Brandenburg	10.889	11985	13292	2574	3466	4456	396	434	473	13859	15885	18221
Bremen	17.929	18005	17507	8327	8325	8010	696	752	745	26952	27082	26262
Hamburg	53.607	52109	51831	15421	15312	15139	2240	2198	2206	71268	69619	69176
Hessen	113.318	113481	111587	43463	42861	41341	1737	1680	1748	158518	158022	154676
Mecklenburg-Vorpom.	12.358	13209	13748	2436	3573	4255	115	287	287	14909	17069	18290
Niedersachsen	126.433	125322	121509	29545	32829	34009	2250	2204	2136	158228	160355	157654
Nordrhein-Westfalen	394.121	404606	404613	98393	97371	95183	6525	6495	6401	499039	508472	506197
Rheinland-Pfalz	58.079	57757	57526	21545	21964	21804	269	307	269	79893	80028	79599
Saarland	21.018	20344	20078	3813	3667	3259	618	594	572	25449	24605	23909
Sachsen	42.646	45906	47854	12154	15258	16780	1691	1994	2157	56491	63158	66791
Sachsen-Anhalt	17.278	17453	17355	4409	6046	7577	662	489	958	22349	23988	25890
Schleswig-Holstein	26.706	26851	26591	18193	17970	17548	410	402	425	45309	45223	44564
Thüringen	16.268	18865	19853	4393	5632	6391	777	802	911	21438	25299	27155
Gesamt	1.402.878	1.408.271	1.394.725	390.713	401.281	400.749	32.250	33.054	33.647	1.825.841	1.842.606	1.829.121
davon:												
Alte Länder ²⁾	1.183.196	1.183.388	1.166.471	346.499	349.548	342.964	21.669	22.224	22.159	1.551.364	1.555.160	1.531.594
Neue Länder ²⁾	219.682	224.883	228.254	44.214	51.733	57.785	10.581	10.830	11.488	274.477	287.446	297.527
Alte Länder ³⁾	1.280.953	1.275.564	1.252.704	359.569	362.331	355.690	27.496	27.960	27.804	1.668.018	1.665.855	1.636.198
Neue Länder ³⁾	121.925	132.707	142.021	31.144	38.950	45.059	4.754	5.094	5.843	157.823	176.751	192.923

1) Kunst-/Musik-/Theolog.- und Kirchliche Hochschulen

2) Alte Länder ohne Berlin, neue Länder incl. Berlin

3) Alte Länder incl. ehemaliges West-Berlin, neue Länder incl. ehemaliges Ost-Berlin

4) An den verwaltungsinternen Fachhochschulen sind ca. 50.000 Studierende zu verzeichnen, davon ca. 40.000 in den alten Ländern, 5.000 in den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) und 5.000 in Berlin.

Elf neue Innovationskollegs "Förderprogramm für die neuen Bundesländer damit komplett"

Der Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat die Einrichtung von elf weiteren Innovationskollegs beschlossen. Seit Juni 1994, dem Beginn dieses neuen Förderprogramms speziell für die neuen Bundesländer, wurden bereits zehn Kollegs eingerichtet.

Mit der Gesamtzahl von nunmehr 21 an zwölf verschiedenen Universitäten ist das Programm komplettiert. Innovationskollegs sollen die Strukturen für die Forschung an den Hochschulen des neuen Bundesgebietes verbessern und damit die Leistungsfähigkeit der Hochschulen stärken. Neben der Strukturerneuerung sind die interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Anschluß an den internationalen Stand der Forschung Ziele des Programms. Zudem soll die Kooperation der Hochschulen mit außeruniversitären Institutionen - einschließlich der Industrie - gefördert werden.

An der Universität Halle-Wittenberg wird ein Innovationskolleg "*Zellspezialisierung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Signaltransfer, Redoxkontrolle und Streßantwort in Pflanze, Tier und Mensch*" eingerichtet. Botaniker, Pharmazeuten, Biochemiker und Mediziner wollen Struktur und Kontrolle des Embryogeneseprogramms und die zellulären und molekularen Wirkungen des oxidativen Stresses untersuchen. Die Wissenschaftler erwarten Hinweise auf das gemeinsame molekulare Erbe der tierischen und pflanzlichen Organismen.

Im Innovationskolleg "*Bewegungssysteme*" an der Universität Jena unter Beteiligung der Technischen Universität Ilmenau werden Biologen und Ingenieure zusammenwirken, um

Aufbau und Funktionsweise tierischer Bewegungssysteme zu analysieren und die ermittelten Bauprinzipien in den technischen Bereich zu übertragen. Der biomechanische Aufbau der Muskulatur und unterschiedliche Gelenkstrukturen von Insekten bis hin zum Menschen sind dabei Vorbilder für technische Bausteine. Vor allem für die Roboter- und Mikrosystemtechnik werden dadurch neue Impulse erwartet.

An der Humboldt-Universität zu Berlin widmet sich ein Innovationskolleg den "*Kompensations- und Regenerationsmechanismen nach definierten Veränderungen an Transmissionsystemen und ihre Bedeutung für Hirnfunktionen*". Im Mittelpunkt steht das Serotoninsystem des Zentralnervensystems. Serotonin ist eine der Überträger-substanzen im Gehirn. Die Wissenschaftler wollen am Tiermodell die Bedeutung dieses Systems analysieren, um daraus Korrelationen und Bewertungen für neurologische und psychiatrische Erkrankungen des Menschen abzuleiten.

Das Innovationskolleg "*Chemisches Signal und biologische Antwort*" an der Universität Leipzig wird sich mit den Wechselwirkungen von Wirksubstanzen und ihren Zielstrukturen, etwa Rezeptoren oder Enzymen, an und in der Zelle befassen. Ziel ist die Aufklärung von Struktur-Wirkungs-Beziehungen bei einer Reihe chemischer Verbindungen, die für Pharmazie und Medizin Bedeutung gewinnen können. Diesen Wechselwirkungen liegen in der Regel hochselektive Erkennungsmechanismen zugrunde. Chemische Signale spielen vor allem bei der Erregungsleitung und bei Regulationsprozessen eine Rolle.

Ziel des Innovationskollegs "*Komplexe und zelluläre Sensorsysteme*" an der Universität Rostock ist es, sowohl die Zusammensetzung komplexer chemischer Gemische (Körperflüssigkeiten, Atemgase, Abwässer) als auch zugleich deren biologisch-medizinische Bedeutung bestimmen zu können. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung kombinierter Systeme, bestehend aus zellulären und physikalisch-chemischen Meßeinheiten, angestrebt.

Das Innovationskolleg "*Mechanismen der gastrointestinalen Bioaktivierung und -inaktivierung*" an der Universität Potsdam ist auf dem Gebiet der Ernährungsforschung angesiedelt; Gruppen der Universität arbeiten in ihm mit Wissenschaftlern des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung zusammen. Ein erheblicher Teil der menschlichen Nahrung besteht aus Stoffen, die nicht der Ernährung dienen und häufig schädlich sind. Diese Fremdstoffe werden teilweise von körpereigenen Enzymen verändert. Während die Vorgänge in der Leber in diesem Zusammenhang bereits gut erforscht sind, ist bislang unbekannt, welche Mechanismen im Darm selbst eine Rolle spielen.

"*Die Transformation von Wirtschaftssystemen und die Neuordnung der Gesellschaften Mittel- und Osteuropas*" soll an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder erforscht werden. Die Anforderungen, die diese Neuordnung an die Länder Mittel- und Osteuropas und angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union auch an die alten Mitglieder der EU stellt, sollen aufgearbeitet und ins öffentliche Bewußtsein getragen werden.

"*Die Bildung eines vernetzten Logistik- und Simulationszentrums*" strebt ein Innovationskolleg an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau an. Ziel ist die ganzheitliche Betrachtung der Fabrikplanung und -steuerung.

Durch Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen insbesondere auf dem Gebiet des Maschinenbaus sollen diese in die Lage versetzt werden, auf die Turbulenzen des Marktes schnell mit geeigneten Methoden und Software-Werkzeugen zu reagieren.

Das Innovationskolleg "*Magneto-fluidodynamik (MFD) elektrisch leitfähiger Flüssigkeiten*" an der Technischen Universität Dresden will das Verhalten elektrisch leitfähiger Flüssigkeiten in Magnetfeldern sowie oberflächenspannungsgetriebene Strömungen untersuchen. Die Erkenntnisse werden auf dem Gebiet der Materialbehandlung sowie bei der Verarbeitung und Herstellung von Produkten aus Metall- und Halbleiterschmelzen genutzt.

An der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg wird das Innovationskolleg "*Adaptive mechanische Systeme*" eingerichtet. In vielen Bereichen der Technik gibt es Aufgaben, die eine Anpassung technischer Systeme an sich ändernde Bedingungen in ihrer Umgebung erfordern. Es ist vorgesehen, Werkstoffsysteme mit adaptiven Eigenschaften für technisch-industrielle Anwendungen herzustellen und zu testen. Gleichzeitig sollen die Grundlagen für eine rechnergestützte Simulation und Optimierung adaptiver mechanischer Strukturssysteme geschaffen werden.

Das Innovationskolleg "*Phänomene an den Miniaturisierungsgrenzen*" an der Universität Leipzig will untersuchen, wie sich die physikalischen Eigenschaften verschiedener Materialien ändern, wenn sie immer kleiner werden, also von makroskopischen zu mikroskopischen Strukturen übergehen. Im Mittelpunkt stehen miniaturisierungsbedingte Veränderungen im Bereich der Mechanik, der Optik, des Ladungstransports sowie des ferroelektrischen und magnetischen Verhaltens. Diese Erkenntnisse werden für anwendungsorientierte Entwicklungen genutzt. Dazu gehören optoelek-

tronische Halbleiterstrukturen, mikromechanische Stallelemente und Sensoren, molekulare Filme und Dünnschichten sowie mikroskopische Verfahren im biologisch-medizinischen Bereich.

Die insgesamt 21 Innovationskollegs verteilen sich auf folgende Universitäten: Humboldt-Universität zu Berlin (2), Technische Universität Cottbus (1), Technische Universität Chemnitz (2), Technische Universität Dresden (2), Europa Universität Viadrina in Frankfurt/Oder

(1), Universität Halle-Wittenberg (2), Universität Jena (3), Universität Leipzig (2), Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg (2), Universität Potsdam (3) und an der Universität Rostock (1). Das Förderprogramm Innovationskollegs wird aus Sondermitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) finanziert.

Deutsche Forschungsgemeinschaft

MPG gründet Institut für demographische Forschung **Zwölftes Institut der MPG in den neuen Ländern / Rostock als Standort im Gespräch**

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (MPG) hat auf seiner Sitzung am 17. November 1995 in München - vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung - beschlossen, ein Max-Planck-Institut für demographische Forschung zu gründen. Als Standort ist - vorbehaltlich einer abschließenden Klärung der dort gegebenen Voraussetzungen - Rostock vorgesehen. Der gebürtige Amerikaner Prof. James Walton Vaupel von der Medical School der Odense Universität in Odense/Dänemark ist als Gründungsdirektor des neuen Instituts in Aussicht genommen.

Die Demographie - die Wissenschaft von der Struktur und Dynamik von Bevölkerungen sowie deren Entwicklungsbedingungen und Folgen - zählt zu den Sozialwissenschaften, die einerseits den höchsten Grad an Quantifizierung und Mathematisierung aufweisen und andererseits eine besondere Nähe zur Biologie

besitzen (so sind die grundlegenden Bevölkerungsparameter wie Reproduktion und Geburt, Altern und Mortalität primär biologische Prozesse). In Deutschland findet Bevölkerungsforschung bislang vor allem in enger Bindung an die amtliche Statistik statt, während in der wissenschaftlichen Institutionalisierung der Demographie ein Nachholbedarf besteht - es gibt nur in Bamberg, Berlin und Bielefeld Lehrstühle für dieses Fach.

Aber auch im Ausland, wo die Etablierung der Demographie wesentlich breiter und ihre wissenschaftliche Reputation größer ist, wird das Fach den praktischen Herausforderungen kaum durch wesentliche paradigmatische und methodologische Innovationen gerecht - Herausforderungen, wie etwa das in vielen Ländern zu beobachtende Absinken des Reproduktionsniveaus der Bevölkerung durch zurückgehende Sterblichkeit und anhaltende Geburtenarmut, dem gleichzeitig erhebliche demographi-

sche Zuwanderungspotentiale gegenüberstehen.

Die Bevölkerungsforschung muß eine breite, interdisziplinäre Grundlage erhalten, wenn sie sich den weltweit anstehenden demographischen Problemen stellen und sowohl verbesserte projektive und prognostische Verfahren als auch aufschlußreiche Ursachen-, Wirkungs- und Folgeanalysen verfügbar machen will. Die Bündelung von Forschungsressourcen an einem herausragenden Max-Planck-Institut könnte hier nicht nur der nationalen, sondern auch der europäischen und internationalen Demographie neue Impulse verleihen.

Ziel der Institutsgründung ist es, die verschiedenen zukunftssträchtigen Entwicklungen der wissenschaftlichen Demographie in einer Forschungseinrichtung zu integrieren. Die formale Demographie soll dabei nicht nur als Handwerkszeug verstanden, sondern als eigener Schwerpunkt der Grundlagenforschung etabliert werden. Interdisziplinarität und die Wechselwirkung zwischen Makro- und Mikroanalysen prägen das Institutskonzept. Entsprechend dieser Ausrichtung wird die methodische Orientierung sich auf Modellbildungen, Prognosen und Simulationsrechnungen konzentrieren.

Das inhaltliche Spektrum des neuen Max-Planck-Instituts soll breit angelegt werden und folgende möglichen Schwerpunkte aufgreifen:

- die Erklärung generativer Zusammenhänge (Fertilität, Familienbildung, intergenerationelle Netzwerkbeziehungen),
- die Mortalitäts- und Morbiditätsforschung - insbesondere die Aufklärung von Mortalitätsraten im hohen Alter (etwa ein Drittel der männlichen und die Hälfte der weiblichen Todesfälle entfallen heute in entwickelten Gesellschaften auf das Lebensalter nach 80 Jahren),
- die Analyse von Migrationsphänomenen,
- die Interdependenz von Bevölkerungs- und

Wirtschaftsentwicklung sowie von Bevölkerungsentwicklung und sozialem Sicherungssystem.

- Außerdem sollen die spezifischen Forschungschancen genutzt werden, die sich aus dem Standort des Instituts in den neuen Bundesländern ergeben: In der Erforschung der Bevölkerungsentwicklung im vereinigten Deutschland sowie in der Analyse demographischer Prozesse in Osteuropa soll das Institut eine Schlüsselrolle übernehmen.

Um die angestrebte breite inhaltliche, interdisziplinäre und methodische Verankerung zu erreichen, soll das neue Max-Planck-Institut im Endausbau aus mindestens drei Abteilungen bestehen. Darüber hinaus soll es über ein gut ausgebautes Gastwissenschaftlerprogramm verfügen, damit auch Demographen und Bevölkerungswissenschaftler an das Institut geholt werden können, die andere inhaltliche und regionale Schwerpunkte vertreten als die berufenen Direktoren. Schließlich sollten an dem Institut Nachwuchsgruppen errichtet und Summer-Research-Workshops etabliert werden, um der besonderen Aufgabe der Nachwuchsförderung gerecht zu werden. Das geplante Institut wird in hohem Maße darauf angewiesen sein, demographische Daten in großer historischer Tiefe und regionaler Breite zu archivieren und auf eine einfache Weise über EDV den Forschern zugänglich zu machen. Darüber hinaus wird es Mikrodaten, z. B. aus Längsschnittstudien über Individuen oder Haushalte, zum Teil in eigenen Feldstudien erheben müssen.

Als Gründungsdirektor des neuen Max-Planck-Instituts ist Prof. James W. Vaupel, Odense/Dänemark, in Aussicht genommen. Die Berufung der weiteren Direktoren sowie des Leiters einer ersten Nachwuchsgruppe soll erst nach Vaupels Berufung und in Beratung mit ihm erfolgen. Prof. Vaupel wurde 1945 in New York geboren, erwarb 1967 den Grad eines

BA in mathematischer Statistik an der Harvard University und wurde 1978 an dieser Universität promoviert. Zwischen 1972 und 1985 war er - unterbrochen von Forschungsaufenthalten im International Institute for Applied Systems Analysis im österreichischen Laxenburg - Mitglied des Instituts of Policy Sciences and Public Affairs an der Duke University in Durham und danach bis 1991 Professor für Public Affairs and Planning am Humphrey Institute of Public Affairs der University of

Minnesota. Seit 1991 ist er Professor für Demographie und Epidemiologie an der Odense Medical School und gleichzeitig Senior Scientist am Sanford Institute of Public Policy an der Duke University. Außerdem leitet er seit 1990 als Programmdirektor das Forschungsprogramm „Oldest-Old-Mortality“ am US National Institute of Aging der National Institutes of Health.

Michael Globig (München)

Brandenburg: Änderungen im Hochschulgesetz beabsichtigt

Das Gesetz über die Hochschulen des Landes Brandenburg (BBHG), das ohne Gegenstimmen im Jahre 1991 vom Landtag beschlossen wurde, soll nach Auffassung von Wissenschaftsminister Steffen Reiche in drei Punkten geändert werden: Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, in begründeten Ausnahmefällen von der bisher zwingenden Dreierliste für die Berufung von Professoren abzugehen; die Wirksamkeit der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten soll verbessert werden; die Rechtsnatur des Dienstverhältnisses der Hochschulleitung soll präzisiert werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß auch die Wirksamkeit der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten verbessert werden muß. Sitzungen an den Hochschulen sind nicht nur zahlreich, sondern finden oft auch gleichzeitig statt, so daß die Gleichstellungsbeauftragte aus zeitlichen Gründen ihr Teilnahmerecht an allen Hochschulgremien derzeit nicht immer wirkungsvoll ausüben kann. Deshalb ist hier die Regelung für eine Stellvertretung notwendig.

Die bisherigen Überlegungen laufen darauf hinaus, der Diskussion im politischen Raum über die Verbeamtung auch im Hochschulbereich insoweit Rechnung zu tragen, daß - anders als in den übrigen Landesgesetzen - die Möglichkeit eröffnet werden soll, für die Hochschulleitung ein Angestelltenverhältnis zu begründen. Die Begründung eines Angestelltenverhältnisses auf Zeit bleibt aber wie in anderen Ländern möglich, insbesondere dann, wenn der Rektor oder Präsident aus einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit heraus bestellt wird. Eine vergleichbare Regelung wird auch für das Amt des Kanzlers vorgesehen. Auf diese Weise soll auch eine Lösung der rechtlichen Probleme erreicht werden, die in der Vergangenheit bei der Besetzung der Hochschulleitung gelegentlich aufgetreten sind. Minister Reiche geht davon aus, daß noch in diesem Jahr das Kabinett die Gesetzesänderungen beschließen und dem Landtag zuleiten wird.

Brandenburg. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Wissenschaftsrat empfiehlt Aufnahme der FH für Technik und Wirtschaft Berlin in das Hochschulverzeichnis

Der Wissenschaftsrat hat die Aufnahme der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW) in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes zum 1.1.1996 empfohlen. Damit wird die letzte der Hochschulen, die nach der Wiedervereinigung aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 1991 in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins gegründet worden sind, Teil der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. Die FHTW hatte im Jahr 1991 ihre Arbeit unter dem organisatorischen Dach der Technischen Fachhochschule Berlin aufgenommen und erlangte im Jahr 1994 ihre vollständige Selbständigkeit. Mit einem Ausbauziel von 7.800 flächenbezogenen Studienplätzen trägt sie dazu bei, das Studienplatzdefizit des Landes an Fachhochschulen, die derzeit erst über einen Anteil von 13,2% flächenbezogener Studienplätze am gesamten Studienplatzaufkommen verfügen, zu verringern und den Bedarf des Ostteils der Stadt an Ausbildungskapazitäten im Fachhochschulbereich zu befriedigen.

Der Wissenschaftsrat hat bundesweit einen Ausbau des Fachhochschulsektors auf 30% der flächenbezogenen Studienplätze empfohlen und bittet deshalb das Land Berlin, seine Anstrengungen zum Fachhochschulausbau unabhängig von einer möglichen Vereinigung mit Brandenburg zu intensivieren, das besonderes Gewicht auf den Ausbau seines Fachhochschulbereichs legt. Er empfiehlt beiden Ländern, den Abstimmungsprozeß bei der Planung weiterer Kapazitäten und Standorte deutlich zu verstärken.

Da die FHTW aus mehreren Vorgängerein-

richtungen hervorgegangen ist, besteht eine räumliche Zersplitterung der Hochschule auf derzeit fünf Standorte. Durch eine Konzentration aller Fachbereiche am Standort Karlsruhorst sollte so bald wie möglich eine Ursache für die Isolation einzelner Fachbereiche und die unzureichende Kooperation innerhalb der Hochschule beseitigt werden. Ein zweites Strukturdefizit ergibt sich aus den mangelnden personell-fachlichen Entwicklungsmöglichkeiten in einzelnen Fachbereichen, die ihr Personal weitestgehend aus den Vorgängereinrichtungen übernommen haben und bereits jetzt ihre volle Personalstärke erreicht haben. Der Wissenschaftsrat empfiehlt Land und Hochschule, ein Evaluationsverfahren in der Lehre insbesondere dieser Fachbereiche einzuleiten, um notwendige Veränderungsprozesse durch interne und externe Begutachtung zu initiieren. Dieser Weg sollte das vordringliche Ziel verfolgen, neue und attraktive Studienangebote zu entwickeln und Synergieeffekte durch eine Kooperation über die Grenzen von Studiengängen und Fachbereichen hinaus zu ermöglichen.

Da sich die Hochschule fachlich und strukturell noch im Aufbau befindet und eine Gesamtplanung für die Region Berlin-Brandenburg noch nicht hinreichend konkretisiert ist, behält sich der Wissenschaftsrat zur weiteren fachlichen, räumlichen und personellen Entwicklung der Hochschule sowie zu den Planungen und Perspektiven des Fachhochschulsektors in der Gesamtregion Berlin-Brandenburg eine weitere Stellungnahme nach fünf Jahren vor.

Wissenschaftsrat

HUB: Sie sind wieder da! Anwesenheitslisten

Zwei Jahre, nachdem die UnAUFGEFORDERT (Nummer 53) bereits über die Verwendung der ominösen Anwesenheitslisten an der Universität berichtete, ist es an einigen Instituten mittlererweile zur Regel geworden, besagte Listen in Seminaren kreisen zu lassen. Vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fächern, aber auch in den Fächern der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten sind die als „Schwarze Listen“ bekannt gewordenen Formulare heiß begehrtes Mittel zum Zweck. Der Zweck derweil ist jedoch mehr als fraglich. Während die einen etwas von „nur für die Statistik“ brabbeln, sehen andere Dozenten eher den Sinn in der Belohnung von Nichtanwesenden, die nach dreimaligem Fehlen keine Möglichkeit zum Scheinerwerb mehr bekommen.

Die Abfragepalette ist ebenso einfallsreich wie unverschämt. Angefangen von „lediglich“ dem Namen über die Anzahl der studierten Semester bishin zur Adresse und der Matrikelnummer sind alle erdenklichen Variationen vertreten. Der Datenschutzbeauftragte der Humboldt-Universität, André Kuhring, sieht in dieser Verwendung einen klaren Verstoß gegen geltendes Recht. Datenrechtlich gesichert ist lediglich die Angabe des Namens sowie des Datums und dies auch nur bei Seminaren, die eine begrenzte Anzahl von Teilnehmern zulassen oder in denen sogenannte „Sitzscheine“ vergeben werden. Alle anderen Daten sind völlig irrelevant und unwichtig für den Verlauf

des Studiums und solange nicht der eindeutige Vermerk auf die Freiwilligkeit besteht, illegal.

Die Tatsache, daß die Angaben auf freiwilliger Basis erhoben werden, bleibt bisher, da eher hinderlich, oft unerwähnt. Dabei wäret der jeweilige Dozent nicht nur durch juristische Grauzonen, sondern stapft sozusagen knietief im Datenschutz-Sumpf. Die selbsternannten „Lone Rangers der Datenerhebung“ spekulieren selbstverständlich auch auf die Blauäugigkeit und Unwissenheit der Studierenden, die wie sollte es auch anders sein, kommentarlos alle geforderten Daten rausrücken.

Da wundert es auch keinen mehr, daß der Handel mit Adressen in Deutschland in den letzten fünf Jahren exponential angestiegen ist. Die Ware der bereits spezifizierten Adressen, wie sie ja in unserem Fall vorliegen, ist zu einem begehrten Gut geworden, das vor allem für Firmen ein interessantes Mittel darstellt, um ihre Werbung direkt auf die Angeschriebenen anzupassen.

Bleibt nur zu hoffen, daß all die Professoren, die sich in diesem Artikel wiedererkennen, so einsichtig sind und schleunigst ihre Listen verschwinden lassen, denn die namentliche Brandmarkung (zum Beispiel in einer Studentenzeitung) von „im öffentlichen Interesse stehenden Personen“ ist juristisch eindeutig erlaubt.

Sammi Sandawi (Berlin)

(UnAufgefordert 70/November 1995)

„Eine Frage der politischen Hygiene“ Personalkommissionen der TU Dresden tagen immer noch wöchentlich/ Auch Neueinstellungen werden überprüft

Personalkommissionen - gibt's die noch? Natürlich. Denn noch ist im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst die Überprüfung der Mitarbeiter auf politische Belastung und auf Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit der DDR nicht beendet. „Von den etwa 35 000 von unserem Ministerium bei der sogenannten Gauck-Behörde gestellten Auskunftsanträgen sind bisher etwa 25 000 bearbeitet worden“, berichtet Lutz Gilbert vom Personalreferat des Wissenschaftsministeriums. „Auch gegenwärtig noch treffen wöchentlich zirka zehn Auskünfte bei uns ein, die für die Betroffenen keine reinen Persilscheine bedeuten“, erläutert er weiter. Der Grad der Belastung, die in diesen Auskünften festgestellt würde, reiche Gilbert zufolge von „vorhanden, aber unerheblich“ bis „schwer belastet“. Und genau in diesem Zusammenhang werden die „weiterführenden“ Personalkommissionen tätig, die nach § 158, Absatz 4 des Sächsischen Hochschulgesetzes (SHG) aktuelle Neueinstellungen und sogenannte Überhänge behandeln.

An jeder sächsischen Hochschule gibt es eine solche Kommission - an der TU Dresden allerdings aus historischen Gründen zwei, eine für die Kern-Universität und eine für die Medizinische Fakultät. „Einer der Gründe für die Weiterführung solcher Kommissionen gerade an den Hochschulen ist“, so Lutz Gilbert, „daß wir damit bestmöglich das Prinzip der Einzelfallprüfung realisieren und die Belange des Betroffenen komplex berücksichtigen können; denn nirgends kann der Betroffene so genau und ausgewogen beurteilt werden wie an seiner eigenen Hochschule.“ Stellt die zu-

ständige Personalkommission eine politische Belastung fest, teilt sie dies mit einer entsprechenden Empfehlung dem Personalreferat des Wissenschaftsministeriums mit. „Jedem einer politischen Belastung verknüpfte Personallentscheidung trifft Minister Meyer persönlich, unabhängig von der beruflichen Stellung des Betroffenen“, hebt Lutz Gilbert hervor.

„Man kann davon ausgehen“, erklärt der Prof. Dr. Johannes Terno, Vorsitzender der TU-Personalkommission, „daß an unserer Universität knapp fünf Prozent der Mitarbeiter stasibelastet waren bzw. mit in momentan noch unerkannten Einzelfällen noch sind.“ Diese Zahl zeige, wie sehr auch die TU Dresden mit inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt gewesen sei, denn nach Angaben aus der Gauck-Behörde war DDR-weit zirka ein Prozent der Bevölkerung als IM tätig.

Immer wieder sind einige der Auskünfte jeweils zum Zeitpunkt ihres Eintreffens gegenstandslos: Mitarbeiter sind mittlerweile in Rente gegangen, haben die Uni in Richtung Privatwirtschaft verlassen oder sind gestorben. Doch die Personalkommission ist nicht nur für die bereits Beschäftigten zuständig. Allein 600 bis 800 Neueinstellungen jährlich - darunter eine große Zahl von Drittmittelbeschäftigten, Teilzeitkräften und befristet Angestellten - fordern die ganze Kraft der Kommission. So ist der Arbeitsanfall auch jetzt noch immens. Mindestens einmal wöchentlich muß getagt werden, um jeden relevanten Fall individuell und angemessen zu behandeln. Dabei unterscheiden die Kommissionsmitglieder zwischen Anhörungen (wenn jemand zum Vorwurf der Stasibela-

stung gehört wird) und Gesprächen (in denen Fragen der politischen Belastung, der eingeladenen Person erörtert und erhellt werden).

Nicht in allen Bundesländern wird mit dem Problem der politischen Belastung gleich verfahren. So fänden sich Professor Terno zufolge beispielsweise im öffentlichen Dienst Brandenburgs einige Personen wieder, die die Dresdner Uni verlassen mußten oder hier nicht eingestellt werden konnten. "Angesichts solcher Ungleichbehandlung kann man schon kurzzeitig demotiviert werden" erklärt Gudrun Seidel, der es als Mitglied der Personalkommission vor allem um eine Aufarbeitung geht. "Es ist eine Frage der politischen Hygiene", betont sie, "daß hier eine moralische Aufarbeitung erfolgt." Mit diesem Motiv bewältigt sie auch das Riesenspensum an Zusatzarbeit. Die Personalkommission der Medizinischen Fakultät arbeitet ebenso engagiert: etwa 65 Prozent (zum Vergleich Kern-TU: 75 Prozent) der bisher gestellten Anträge sind bisher bearbeitet. "Für unseren Bereich", so meint Dr. Ingrid Straßberger, die Vorsitzende der MedFak-Personalkommission, "wurden etwa zwei Prozent aller Überprüften als offizielle Mitarbeiter entamt."

HIS-Studie: Gute Bedingungen an Sachsens Hochschulen für Ingenieurstudium

Eine noch nicht veröffentlichte Studie der HIS-Hochschulinformationssystem GmbH, Hannover, vom September 1995, die auf eine bundesweite Befragung von Hochschulabsolventen sächsischer Universitäten des Prüfungsjahres 1993 zurückgeht, nennt zusammenfassend als Ergebnis: "Die Rahmenbedingungen des Ingenieurstudiums sind in Sachsen gut."

Das heiße jedoch nicht unbedingt, daß das medizinische Personal DDR-kritischer gewesen sei. In der früheren "MedAk" habe die Patientenbetreuung deutlich vor Lehre und Forschung Vorrang gehabt. Damit habe es sowohl quantitativ als auch qualitativ weniger sensible Bereiche als in der heutigen Kern-TU gegeben, die schon allein deswegen für die Stasi attraktiver gewesen zu sein schien. Innerhalb des überprüften wissenschaftlichen Personals (20 Prozent) der MedFak-Mitarbeiter waren aber immerhin ebenfalls etwa fünf Prozent IM's. "Erfreulich ist", hebt Ingrid Straßberger hervor, "daß wir bisher lediglich, zwei Fälle von Patientenbespitzelung aufdecken mußten."

Vor einer komplizierten Aufgabe steht die MedFak-Personalkommission noch: die Überprüfung all jener Mitarbeiter, die an den künftigen, häufig privat geführten Lehrkrankenhäusern angestellt sind. "Dort haben sich einige Leute angefundenes, die wir hier wegen Stasi-Belastung entlassen mußten", meint Ingrid Straßberger.

Mathias Bäuml (Dresden)

(Universitätsjournal der TUD 18/95)

Die Studie, die HIS mit Förderung durch das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 1994 durchführte, bezieht sich weitgehend auf die Aussagen von Ingenieuren aus sächsischen Universitäten im Vergleich mit Ingenieuren aus den alten Bundesländern. Sie wurden über die Rahmenbedingungen des Studiums befragt, zu denen die

kommunikativen Strukturen (Betreuungsverhältnis), die Organisation der Lehre, die technische Ausstattung der Universitäten und externe Bedingungen zählten. Rückblickend bewerteten 95% der sächsischen Diplom-Ingenieure die Größe der Lehrveranstaltungen als angemessen (alte Länder: 24%), 63% der sächsischen Absolventen lobten den Kontakt zu den Lehrenden (alte Länder: 18%), und 91% von ihnen bezeichneten die Kontaktmöglichkeiten zu Kommilitonen als gut (alte Länder: 62%). Auch in der Hilfestellung bei der Stellensuche äußerten sich die Absolventen der sächsischen Universitäten positiver als die der alten Bundesländer: 13% bezeichneten die Hilfestellung als gut (alte Länder: 5%), 77% empfanden sie als mangelhaft (alte Länder: 85%). Als Defizit der Hochschulausbildung benennen die sächsischen Ingenieure besonders die Entwicklung des fachübergreifenden Denkens: nur 49% von ihnen sind gegenüber 64% in den alten Bundesländern damit zufrieden. Interessant ist die Aussage der Studie in

Bezug auf die Arbeitslosigkeit: Bis zu zwei Monaten nach dem Studienabschluß liegt sie noch bei etwa 23% und sinkt auf rund 6% etwa zehn Monate nach dem Examen. Dabei fällt auf, daß die Beschäftigungsform der Diplom-Ingenieure aus Sachsen sich deutlich von der aus den alten Bundesländern unterscheidet: 66% der Absolventen der sächsischen Universitäten gehen ein unbefristetes Arbeitsverhältnis gegenüber 37% aus den alten Bundesländern ein. Damit läßt sich eindeutig die Akzeptanz der hohen Qualität der Ingenieurbildung in Sachsen durch die Unternehmen nachweisen. Abschließend sei noch auf ein besonderes Plus in der Aussage der befragten Ingenieure hingewiesen: 69% der sächsischen Maschinenbauingenieure bezeichnen ihre Wohnsituation während des Studiums als gut, von ihren ehemaligen Fachkommilitonen in den alten Bundesländern sind es nur 39%.

*Sächsisches Staatsministerium für
Wissenschaft und Kunst*

Wenn sie die Wahl hätten, würden zwei Drittel ausziehen TU Dresden erarbeitete Studie zum studentischen Wohnen

Der Sanierungsbedarf der Studentenwohnheime wird allein in Dresden auf ca. 300 Mio. Mark beziffert. Sanierungen, die jetzt erfolgen, müssen den Studenten also für Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte Genüge tun. Vor diesem Hintergrund scheint ein sparsames, langfristig auf die studentischen Bedürfnisse zugeschnittenes Sanierungskonzept dringend geboten.

Was bisher geschah, war jedoch eher die Anwendung westdeutscher Erfahrungen auf

ostdeutsche Verhältnisse. Eine systematische Erfassung der Wohnwünsche, die auch Schlüsse auf zukünftige Entwicklungen zuläßt, gab es nicht. Deshalb wurde im Sommer 1994 vom Institut für Soziologie der TU Dresden eine sachsenweite Studie zum „Wohnen im studentischen Lebenszusammenhang“ durchgeführt. Vom Auftraggeber Sächsisches Wissenschaftsministerium wurde sie jetzt endlich zur Veröffentlichung freigegeben.

Die Forschungsgruppe um Mikrosoziologie-

Professor Karl Lenz hatte in der Methodik ihrer Studie den Schwerpunkt nicht auf die sonst üblichen Fragebögen gelegt, sondern die qualitative Methode der Gruppendiskussion bevorzugt. In diesen intensiven Gesprächsrunden konnten so auch tieferliegende Motive und sich daraus ergebende Verhaltenstendenzen beleuchtet werden, die man in Einzelbefragungen kaum erfassen könnte. Erst im Erfahrungsaustausch der Wohnheimbewohner, in einer „natürlichen Situation“ also, wurden die Entscheidungsprozesse der Gruppendiskussionsteilnehmer deutlich und mit Tonband- oder Videoaufzeichnung auch nachvollziehbar. Die Gruppendiskussionen wurden dann auch dort, wo es möglich war, in der „natürlichen Umgebung“ der Wohnheim-Studentenclubs durchgeführt, wobei die Studenten systematisch nach Wohnform, Fachrichtung, Semester, Geschlecht etc. ausgewählt und eingeladen wurden. So lassen sich auch mit einer kleineren Anzahl von Befragten qualitative Aussagen treffen, die nicht nur für diese kleine Gruppe gelten.

Für die meisten Studenten ist das tieferliegende Motiv, in ein Wohnheim zu ziehen (und nicht in eine andere Wohnform), im Spannungsfeld von „Abnabelungsbedürfnis“ und gleichzeitiger finanzieller Abhängigkeit von den Eltern zu suchen. Das zeigt sich daran, daß gut die Hälfte aller Studenten noch die Möglichkeit hat, bei den Eltern zu wohnen.

Bei den Wohnheimbewohnern ist diese zusätzliche Wohnmöglichkeit besonders oft zu finden. Mehr als die Hälfte der Heimbewohner fahren dann auch jede oder jede zweite Woche heim. Diesen „Heimfahrern“ steht jedoch eine fast genauso starke Fraktion der ständig im Wohnheim wohnenden „Dableiber“ gegenüber. Die Häufigkeit der Heimfahrten ist dabei übrigens nicht abhängig von Alter oder Studiendauer, sondern offenbar mehr von der Bezie-

hung zu den Eltern und dem Freundeskreis am Herkunftsort.

Die Frage „Wo fühlst Du Dich zuhause?“ wurde von der Mehrheit der Wohnheimbewohner mit „bei den Eltern“ beantwortet, wobei die häufige Nennung von „Freund/in“ und „nirgends“ den Schluß zuläßt, daß dies wiederum stark beziehungsabhängig ist. Die Fraktion der „Dableiber“ unter den Wohnheimbewohnern nämlich fühlt sich meist am Studienort zuhause. Daß dann bei den „Heimfahrern“ und den „Dableibern“ auch ganz unterschiedliche Ansprüche an das Wohnheim gestellt werden, erscheint logisch und wird später noch genauer betrachtet.

Welche Motive führen denn nun bei den ostdeutschen, genauer bei den sächsischen Studenten dazu, daß im Vergleich zum Westteil der Republik (13%) immer noch viermal so viele in die größtenteils maroden Wohnheime drängen? Zwar waren 1989 in der DDR noch 73% der Studenten Wohnheimbewohner, aber da wurde man auch gleich bei der Immatrikulation für 10 Mark monatlich Stipendienabzug direkt ins SWH „eingewiesen“.

Ein Motiv für den starken Zuspruch ist der immer noch relativ leichte Zugang zum Wohnheim im Gegensatz zum „freien“ Wohnungsmarkt. Ein weiteres Motiv sind die in der absoluten Höhe immer noch relativ niedrigen Mieten. (Wobei hier nicht von qm-Preisen die Rede ist.) Das dritte Motiv ist, „daß man sich um nichts kümmern muß“ im Wohnheim. Das vierte, ebenfalls ganz wesentliche Grundmotiv ist das zwanglose „Leute-Kennenlernen“ durch das Wohnheim.

Diese Motive erklären jedoch nur das Einziehen in ein Wohnheim. Im weiteren Verlauf spielen die Möglichkeiten der räumlichen Gestaltung eine wichtige Rolle. „Über die Unhaltbarkeit der räumlichen Zustände in den unsanierten Wohnheimen herrscht absolute Einig-

keit. Auch wer keine besonderen Ansprüche an das Wohnheim stellt, kann sich damit nicht abfinden.“ charakterisiert Prof. Lenz die Situation in seiner Studie.

Unhaltbare Zustände und Luxus-sanierungen

Wo die Studenten der Schuh am meisten drückt, wird in der Studie sehr genau herausgearbeitet:

1. Hygienische Verhältnisse in Sanitärräumen und Küchen
2. ungenügende Ausstattung mit gemeinsam genutzten Einrichtungen
3. Energieverschwendung, (z. B. Heizungsregelung durch das Öffnen der Fenster)
4. bauliche und malerische „Zustände“
5. Hellhörigkeit der Räume, („Man hört jedes nächtliche Geräusch!“)
6. mangelnde Unterstützung der studentischen Eigenleistungen seitens der Studentenwerke

Daß die Sanierung der Wohnheime dringend notwendig ist, ergibt sich hieraus von selbst und wird auch von den Studenten durchweg anerkannt. Jedoch wird mehrfach der Vorwurf der „Luxussanierung“ geäußert. Eine Studentin brachte es auf den Punkt: Es wird wirklich alles, egal was es ist, einfach weggeworfen und dann kommt unnötiger Luxus rein. Wenn ich mir so'n Luxus leisten könnte, würd' ich nicht ins Wohnheim gehen!“ Bei der Sanierung gilt es ein Balance-Verhältnis zwischen Ausstattung und Kosten zu beachten, faßt Prof. Lenz das Problem zusammen. Doch oft wurden die Bewohner über die Sanierungsarbeiten nicht oder nur sehr kurzfristig informiert. Dabei wurde immer die große Bitte an die Studentenwerke gerichtet, die Sanierung nicht mitten im Semester oder gar in der Prüfungsvorbereitungszeit durchzuführen. Es gab Fälle, in denen die Studenten kurz vor ihrer Abschlußprüfung plötzlich aus dem Wohnheim ausziehen mußten. Von Mitsprache oder Mitgestaltung bei

den geplanten Sanierungen konnte meist nicht einmal die Rede sein. Selbst die individuelle Zimmergestaltung, das Umstellen von Möbeln wurde noch im Jahre 1994(!) von der Wohnheimverwaltung strikt untersagt. Hausmeister und Verwaltung verschafften sich in einigen Fällen mit ihren Generalschlüsseln unangemeldet Zutritt und kontrollierten die Einhaltung ihrer Bestimmungen. (Laut Mietvertrag kann deren Nichteinhaltung ein Kündigungsgrund sein.)

Positiv ist die Gemeinschaft

Als positives Gegengewicht zu all den genannten Problemen und Nachteilen spielt der Gemeinschaftsaspekt des Wohnheimes die zentrale Rolle. „Man kann mal schnell ein paar Türen weitergehen, oder im Club Kaffeeklatsch halten...“ wird von den Studenten immer wieder hervorgehoben. Auch für den Studieneinstieg werden die vielfältigen Kontaktmöglichkeiten und der Erfahrungsaustausch als sehr positiv wahrgenommen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß ostdeutsche Jugendliche ein stärkeres Beziehungsbedürfnis entwickeln. Deshalb ist es besonders bedauernd, daß ehemals vorhandene Clubräume oft abgeschafft wurden und werden oder sich in einem sehr ungemütlichen Zustand befinden.

Aus dem Gemeinschaftsaspekt ergibt sich jedoch auch das Spannungsfeld der Eingebundenheit in die Gemeinschaft und dem gleichzeitigen Wunsch nach Rückzugsmöglichkeiten. Das Bedürfnis nach Rückzug kommt leicht zu kurz, denn Doppelzimmer (54%) und Mehrbettzimmer (20%) machen immer noch den größten Teil der Wohnheimzimmer aus. Ein besonders krasses Beispiel ist vielleicht folgendes: „Früh um drei kommt man dann noch aus dem Club, unterhält sich freudestrahlend, singt noch ein Lied! ...“

Neben der Lärmbelästigung wird aber auch

der „niedrige Sauberkeitsstandard“ anderer als großes Problem im Zusammenleben empfunden. Gegenüber ausländischen Studierenden wird dieser Vorwurf besonders oft geäußert, was auf ein Problem der Integration hindeutet, aber auch eine latente Ausländerfeindlichkeit erkennen läßt, steht in der Studie geschrieben. Diese Schattenseiten treten aber überwiegend in großen, unüberschaubaren Wohnheimen auf. „Je überschaubarer eine Wohneinheit, desto weniger können sich einzelne den Anforderungen des Zusammenlebens entziehen.“ formuliert Prof. Lenz eine soziologische Gesetzmäßigkeit.

Als günstigster Einstieg für das weitere Zusammenleben wird das gleichzeitige Einziehen der neuen Bewohnerin ein Zimmer gesehen. Dadurch werde verhindert, daß sich neu hinzugekommene auf der untersten Stufe der Hierarchie einfügen müssen - wird ein Student zitiert. Von den Neuen wird ein sehr hohes Maß an Anpassung verlangt. Manchmal werden sie von „Platzhirschen“ bzw. „Hirschkühen“ sonst regelrecht wieder „hinausgeekelt“.

Das heißt jedoch nicht, daß Studenten Einzelzimmer bevorzugen. Die meisten können sich mit einem Doppelzimmer gut anfreunden, Studenten mit Armee-Erfahrung bevorzugen sogar 3-4-Bettzimmer. Weit verbreitet ist die solidarische Grundhaltung, daß sich die Studenten mit Doppel- und Mehrbettzimmern bescheiden, weil ansonsten für viele kein Platz in den Wohnheimen wäre. Das gemeinschaftliche Zusammenleben ist dann ein „Aushandlungsprozeß“, in dem Lebensgewohnheiten, Sauberkeitsstandards, Lautstärken und selbst die Anwesenheitszeiten geregelt werden. An Wochenenden werden dann die Mitbewohner, auch „Raumteiler“ oder liebevoller „Raumi“ genannt, in Nachbarzimmer „unquartiert“, um mit Freund/in einmal allein zu sein.

Wenn die Studenten mehr Einflußmöglichkeiten darauf bekommen würden, mit wem sie

12-17qm teilen, hätte das sicherlich einen positiven Effekt auf das Zusammenleben. Bislang scheint dies in den Wohnheimen nur als „Vetorecht“ praktiziert zu werden. Daß die Studentenwerke den Bewohnern ein großzügig angelegtes Vetorecht gewähren, scheint unverzichtbar, formuliert Prof. Lenz den Handlungsdruck noch sehr höflich. Im Normalfall werden die Studenten ungefähr seit 1992 ohne Rücksicht auf Raucher oder Nichtraucher, Studienrichtung und Semesterzahl, „einfach zusammensteckt“. Nur sehr wenige Studenten sehen diese starke Streuung der Fachrichtungen und Semester etc. als Vorteil. Dagegen betonen viele Studenten, daß eine fachbezogene Belegung nicht nur wegen der gegenseitigen Hilfe beim Studieren ein Vorteil ist, sondern auch, weil sie einfach besser zueinander passen, vergleichbare Probleme haben und zu einem besseren Gruppenzusammenhalt beitragen.

Von älteren Semestern wird oft beklagt, daß genau dieser Gruppenzusammenhalt und Gemeinschaftsgeist nach der „Wende“ einem immer mehr einem grassierenden Egoismus weiche. Von diesen Studenten wird jedoch nicht reflektiert, daß dieses hohe Maß an Geselligkeit sich aus einem Mangel an Alternativen ergab, meinen die Soziologen dazu. Allerdings leistet die bauliche Gestaltung der Wohnheime, insbesondere nach erfolgter Sanierung durch die Studentenwerke, der zunehmenden Individualisierung Vorschub. „Das Gemeinschaftsleben wird nicht gefördert, es wird außerhalb der Wohnheimzimmer unmöglich gemacht, heißt es in der Studie.

Gemeinschaftsleben wird nicht gefördert

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung der Wohnheime durch die Studenten ist natürlich die Frage nach der gewünschten Wohnform hochinteressant: Wenn Studierende die freie Wahl hätten, würden fast zwei Drittel aus den

Wohnheimen ausziehen. Nur jeder 4. Student spricht sich eindeutig für das Wohnheim aus und der Rest hat keine eindeutige Präferenz. Die meisten Studenten bevorzugen Wohngemeinschaften, sicher auch, weil diese Wohnform im Altbau schon jetzt z.T. erheblich preiswerter ist als das Wohnheim. Allerdings ist eine Altbauwohnung auf dem „freien Markt“ nur unter größtem Aufwand erhältlich. Aber selbst wenn drei Viertel der Studenten das Wohnheim ablehnen würden, bleiben dieser Wohnform immer noch mehr Studenten als in den alten Bundesländern zugewandt. Und von diesen „Wunsch-Heimkindern“ wird im krassen Gegensatz zu ihren Westkommilitonen mehrheitlich das Zweibettzimmer (30%) und das Appartement für zwei Personen (20%) als Wohnwunsch genannt. Nur jeder sechste Student, dessen Wohnwunsch das Wohnheim ist, wünscht sich ein Einzelzimmer oder Einzelappartement. Hier wird deutlich, welche hohe Akzeptanz das Zusammenleben im Wohnheim bei den ostdeutschen Studierenden weiterhin grundsätzlich hat. Eine große Mehrheit von Heimbewohnern möchte diese Wohnform bis zum Ende ihres Studiums beibehalten.

Wer trotzdem freiwillig aus dem Wohnheim auszieht, muß angesichts der gespannten Wohnungsmarktlage schon gewichtige Gründe dafür haben. Bei der Schilderung dieser Gründe durch nicht mehr im Wohnheim wohnende

Studenten fällt auf, daß kaum Pro-Argumente für ihre jetzige Wohnform genannt werden, sondern vielmehr die Unzufriedenheit mit dem Wohnheim breit geschildert wird. Ihre Hauptgründe für den Auszug waren Negativerfahrungen mit Mitbewohnern, fehlende Rückzugsmöglichkeiten im Wohnheim und die fehlende Möglichkeit der Einrichtung des Wohnheimzimmers nach eigenen Vorstellungen.

Auch anhand dieser Schilderung wird besonders deutlich, welches Potential die Wohnheime noch haben, um ihre Attraktivität zu steigern. Für die Studentenwerke ist es wichtig, die deutlich gewordenen Unterschiede in den Wohnwünschen ernstzunehmen. Bisher hat das Wohnheim noch den Vorteil, in der Vorstellungswelt der Studenten eng mit dem Studium verknüpft zu sein. Je mehr sich jedoch der Wohnungsmarkt entspannen sollte, desto brüchiger wird diese Basis, faßt der Professor seine Studie zusammen. „Das Wohnheim hat in Ostdeutschland für diesen Wettbewerb mit anderen Wohnformen eine durchaus gute Ausgangsposition, die es aber zu nutzen gilt.“ Besonders den letzten Halbsatz sollten sich die Geschäftsführer der Studentenwerke über ihren Schreibtisch pinnen.

René Kremkow (Dresden)

(aus: ad rem. Das unabhängige Studentenblatt in Dresden 14 und 15/95)

Journalistik- und KMW-Studium in Leipzig - die richtige Entscheidung?

Eine Antwort auf diese und eine ganze Reihe anderer Fragen sucht eine Gruppe von StudentInnen bereits seit dem Sommersemester 1994 im Rahmen eines Projektseminars unter

der Leitung von Prof. Kutsch und Prof. Stiehler. Ziel der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) unterstützten Studie ist es, mittels einer quantitativen Befragung

zu Themen wie z.B. Studienmotivation, Erwartungen an das Studium in Leipzig, politischen Einstellungen, Berufszielen und -vorstellungen sowie zur sozialen Lage ein umfassendes "soziales Portrait" der StudentInnen unseres Institutes zu erstellen. Nachdem die erste Auswertungsphase der im Wintersemester 1994/95 versandten Fragebögen abgeschlossen ist, kann nun mit ersten, teilweise überraschenden Ergebnissen aufgewartet werden.

So liegt der Anteil der StudentInnen aus den alten Bundesländern bisher bei 21 Prozent. Die Entscheidung für Leipzig als Studienort wird jedoch erfreulicherweise häufiger mit dem Wunsch, an einer ostdeutschen Universität zu studieren (45 Prozent) als mit der Ablehnung des Studiums an einer anderen Hochschule (32 Prozent) begründet. Eine relativ deutliche Trennung der StudentInnen in zwei Gruppen gibt es bezüglich der Frage nach dem Ziel des Studiums. Während für die einen der Erwerb berufspraktischer Fähigkeiten unter Abwertung anderer Kompetenzen eindeutig dominiert (vorrangig Dipl.-Journ.), ist für die anderen die Aneignung berufspraktischer und analytisch-reflektierender Fähigkeiten etwa gleichgewichtig (vor allem M.A. KMW). Dies zeigt sich auch bei der Bewertung der einzelnen Lehrbereiche hinsichtlich Bedeutsamkeit und Qualität. Dabei wurde vor allem an praxisorientierten Teilen des Studiums Kritik geübt, wobei jedoch weniger die Qualität der angebotenen Veranstaltungen als vielmehr der fehlende Zugang zu diesen bemängelt wurde. Ungeachtet dessen würden sich jedoch 68 Prozent der StudentInnen wieder für dasselbe Studium entscheiden, was wohl auch in der meist zielgerichteten und berufsorientierten Wahl des Studienfaches

begründet ist. So wurden Interesse an Medienberufen, Fragen der Kommunikation, ein konkretes Berufsziel, gute Berufsperspektiven und die günstige Ergänzung anderer Fächer (NebenfachstudentInnen) als häufigste Begründungen für die Entscheidung genannt.

Politisch denken die StudentInnen offenbar gemäßigt, leicht links von der Mitte orientiert, wobei sich bei denjenigen, die aus den neuen Ländern kommen, eine stärkere Linksorientierung abzeichnet. Extrempositionen werden (mit links 5 Prozent und rechts 0 Prozent) kaum vertreten. Auf eine gewisse Orientierungslosigkeit im bundesdeutschen politischen Wertesystem könnte jedoch hindeuten, daß sich fast ein Drittel aller StudentInnen (vor allem aus den neuen Bundesländern) keiner politischen Richtung zuordnen kann oder will.

Das durchschnittliche monatliche Einkommen von DM 770,- wird durch verschiedene Faktoren stark beeinflusst. So verfügen beispielsweise die älteren Semester über mehr Geld als der Durchschnitt. Gleiches gilt auch für StudentInnen mit Nebenjobs. Es ist also nicht verwunderlich, daß immerhin noch 43 Prozent im Wohnheim wohnen, liegen doch die Kosten hierfür mit ca. DM 170,- deutlich unter denen für eine eigene Wohnung (DM 380,-), eine Wohngemeinschaft (DM 275,-) oder das Wohnen zur Untermiete (DM 340,-). Beim überwiegenden Teil der StudentInnen (64 Prozent) tragen die Eltern den größten Anteil an der Finanzierung des Studiums, während sich beispielsweise nur 25 Prozent über BAFöG finanzieren.

(relation leipzig 3/Okt. 1995)

Studieren an drei Universitäten: Leipzig, Halle, Jena Rektoren unterzeichneten Vereinbarung

Studierende, die an den Universitäten Halle, Leipzig oder Jena eingeschrieben sind, können ab sofort die speziellen Vorzüge und die jeweiligen Besonderheiten jeder der drei Universitäten gleichermaßen nutzen. Damit besteht die Möglichkeit, die eigene Ausbildung durch die Angebote der jeweils anderen Bildungsstätten zu bereichern. Dies besiegelten die drei Rektoren am 25. Oktober in Halle mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung im Rahmen ihrer seit 1994 bestehenden Universitätspartnerschaft.

Auf dieser Grundlage erleichtert künftig ein gemeinsamer Studiausweis für die drei Universitäten den Zugang zu Lehrveranstaltungen der anderen Hochschulen, Prüfungs- und Studienordnungen werden abgestimmt (in Zukunft vielleicht auch für gemeinsame Studiengänge) und Leistungsnachweise gegenseitig anerkannt.

Die Rektoren Prof. Dr. Dr. Gunnar Berg (Halle), Prof. Dr. Georg Machnik (Jena) und Prof. Dr. Cornelius Weiss (Leipzig) sind sich darin einig, daß diese Vereinbarung für alle Beteiligten ganz neue Anregungen zur Gestaltung des Studienablaufs gibt. Insbesondere die Studenten profitieren von der Übereinkunft, die eine beträchtliche Erweiterung des nutzbaren Lehrangebotes mit sich bringt und die Studienzeit interessanter und vielseitiger werden läßt. Wer zum Beispiel wissen möchte, was in Jena die Fachrichtung Biochemie/Biotechnologie anbietet oder wer seine Kenntnisse in den Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients erweitern möchte, muß nur die kurze Reise nach Jena,

Leipzig bzw. Halle auf sich nehmen, um die entsprechenden Lehrveranstaltungen besuchen zu können. Neben klassischen Fächern, wie Philosophie, Mathematik und Chemie, die an allen drei Universitäten gelehrt werden, kann man sich auch für eines der sogenannten "Orchideenfächer" entscheiden. Für Jena ließe sich hier zum Beispiel die Kaukasiologie nennen, für Halle die Jüdischen Studien oder die Studienrichtung Japanologie und für Leipzig Ägyptologie oder Islamwissenschaft. Für Leipzig ist die Einrichtung der Leibniz-Professur hervorzuheben, auf die jeweils für ein Semester internationale Kapazitäten berufen werden, die vor allem für eine Begegnung und Grenzüberschreitung von Natur- und Geisteswissenschaften stehen. Aus dem weit gefächerten Angebot der Leipziger Philologischen Fakultät an slavischen Sprachen kann man auswählen oder das seltene Gebiet der Namenkunde (Onomastik) belegen. Das Kunsthistorische Seminar in Jena wird für viele verlockend sein ebenso wie der ausgebaut Bereich Kommunikations- und Medienwissenschaft in Leipzig für die halle-schen Studenten der Kommunikationswissenschaft.

Um die Studierenden mit dem neuen Spektrum an Lehrangeboten schnell vertraut zu machen, werden die Vorlesungsverzeichnisse der drei Universitäten in Kürze an universitätsöffentlichen Orten, z.B. in den Studienzernaten und den Pressestellen, ausgelegt.

Ute Olbertz (Halle/S.)

(MLU-UZ 8/95)

Wissenschaftsrat empfiehlt Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis

Der Wissenschaftsrat hat die Aufnahme der Universität Erfurt in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes zum 1. 1. 1996 empfohlen. Damit wird der Aufbau dieser Hochschule Teil der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, an der sich der Bund und das jeweilige Land je mit der Hälfte der anfallenden Kosten beteiligen.

Das Konzept der Hochschule sieht als zentrale Ziele eine Stärkung der geisteswissenschaftlichen Forschung sowie eine Reform der Lehr- und Studienorganisation vor. Insbesondere durch die Errichtung eines Max-Weber-Kollegs für Kultur- und Sozialwissenschaftliche Studien soll die fakultätsübergreifende Forschung an der Universität gefördert werden. Dabei wird an neuere Diskussionen zu einer kulturwissenschaftlichen Orientierung der Geisteswissenschaften angeknüpft, durch die disziplinäre Abgrenzungen überwunden werden sollen und in Forschung und Lehre ein integrativer Ansatz verfolgt werden soll. Mit einer Begrenzung der Studiendauer, der Einführung verbindlicher Curricula für die einzelnen Fächer sowie einem kumulativ angelegten Prüfungssystem, das den Erwerb von Credit-Points vorsieht, werden Elemente englischer und amerikanischer Universitäten aufgegriffen.

Im einzelnen sollen stufenweise bis zum Endausbau der Hochschule Studien- und Forschungsmöglichkeiten in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Sprach- und Literaturwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, den Erziehungswissenschaften sowie im Bereich der Katholischen Theologie geschaffen werden.

Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, daß

die Universität Erfurt mit dem angestrebten kulturwissenschaftlichen Profil das Hochschulsystem in Deutschland um innovative Aspekte ergänzen wird. Die Realisierung des fachlichen Konzepts ist geeignet, auf Forschung und Lehre in bestehenden Universitäten zurückzuwirken, wie es mit Blick auf den Stand und die notwendige Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften wünschenswert ist.

Die Universität Erfurt sollte nach der Empfehlung des Wissenschaftsrates als eine vergleichsweise kleine, betreuungsintensive Hochschule mit insgesamt 4.000 flächenbezogenen Studienplätzen aufgebaut werden. Dabei muß das angestrebte innovative Konzept in den zeitlichen und fachlichen Ausbauplanungen zum Ausdruck kommen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt deshalb, eine zeitliche Stufung und fachliche Konzentration des Aufbaus vorzunehmen. So sollte die Gründungsphase zunächst auf das Max-Weber-Kolleg ausgerichtet werden, das seine Tätigkeit am 1. 1. 1996 aufnehmen kann. Neben der weiteren Entwicklung der geplanten Forschungsschwerpunkte fällt ihm zunächst auch die Aufgabe zu, den regulären Studienbetrieb an der Philosophischen Fakultät vorzubereiten. Wenn die personellen und räumlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, können erste Studienanfänger in diesen Fächern frühestens im Jahre 1999/2000 aufgenommen werden. Zu diesen Voraussetzungen gehört auch die Fertigstellung des 1. Bauabschnitts einer Universitätsbibliothek.

Mit dem Aufbau der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sollte gewartet werden, bis erkennbar ist, welchen Beitrag diese Fächer zum besonderen kulturwissenschaftlichen Profil der Hochschule und zur Reform der Lehre

leisten können. Die Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt in die Universität sollte frühestens im Jahre 2002 unter der Voraussetzung erfolgen, daß der Lehrbetrieb an

der Philosophischen Fakultät aufgenommen wurde und eine hinreichende Anzahl von Berufungen erfolgt ist.

Wissenschaftsrat

**Jürgen Rüttgers,
Bundesminister für Bildung und Forschung:**

Fünf Jahre deutsche Einheit: Die blühenden Landschaften sind überall im Kommen

Wer auf fünf Jahre Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern zurückblickt, sieht heute zunehmend Ergebnisse, Leistungen und Erfolge. Blühende Landschaften sind jetzt überall im Kommen. Die Anstrengungen des Bundes haben maßgebend dazu beigetragen. Dies gilt nicht zuletzt für den Bereich von Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie. Zahlreiche Wissenschaftler, Erfinder und Ingenieure haben die Chance des Neuaufbaus genutzt; sie haben ihre Fähigkeit demonstriert, flexibel und innovativ zu handeln. Der Umbruch wurde als Chance für einen Aufbruch genutzt. Die Menschen und die Einrichtungen in den neuen Ländern leisten bereits heute einen erheblichen Beitrag für Innovation in ganz Deutschland und damit für unsere gemeinsame Zukunftssicherung.

Die Ergebnisse der Umstrukturierung in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sind eine Erfolgsstory. Die neuen Länder sind schon heute eine Art Musterbeispiel für eine Innovationswerkstatt. Sie sind geradezu Vorbild für viele Staaten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, die vor ähnlichen Herausforderungen eines politischen und wirtschaftlichen Neuanfangs stehen. 1995 fließen über 3 Mrd. DM in die Förderung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in die neuen Bundesländer. Ich beabsichtige, dieses Förderungsniveau auch in den kommenden Jahren zu halten.

1. Außeruniversitäre Forschung - vielfältige, lebendige und leistungsfähige Einrichtungen

Wissenschaft und Forschung wurden mit umfassender Unterstützung der Bundesregierung in den neuen Ländern von Grund auf erneuert. In einem historisch einmaligen

Prozeß galt es, die leistungsfähigen Forschungskapazitäten möglichst zu erhalten und sie in eine gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Die Bundesregierung und die neuen Länder haben erhebliche Mittel bereitgestellt und damit die Grundlagen für moderne wissenschaftlich-technische Infrastrukturen geschaffen. Die Aufwendungen für die institutionelle Förderung in den neuen Ländern wurden kontinuierlich mit hohen jährlichen Zuwachsraten gesteigert. Allein die Mittel des BMBF wurden zwischen 1992 von rd. 633 Mio. DM und auf rd. 972 Mio. DM in 1995 und damit um gut ein Drittel erhöht. Die außeruniversitären Einrichtungen in den neuen Ländern sind nun mit Hilfe der Förderung des Bundes auf einem Niveau ausgestattet, das dem westdeutschen entspricht, mancherorts sogar übertrifft.

2. Neue Strukturen - Vorbild für den gesamten deutschen Forschungsprozeß

Wir können in den neuen Ländern auf eine funktions- und konkurrenzfähige Forschungslandschaft von rd. 140 außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit 13.000 Beschäftigten blicken, davon allein 110 Einrichtungen mit 8.300 Mitarbeitern im Geschäftsbereich des BMBF:

- drei Großforschungseinrichtungen/GFE) und acht Außenstellen von GFE,
- 24 Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste und fünf Außenstellen solcher Institute,
- 22 Institute, Außenstellen und sonstige Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft,
- 11 Institute und 27 Arbeitsgruppen der Max-Planck-Gesellschaft an Universitäten.

Nicht nur quantitativ bedeutet dies einen Zugewinn für Deutschland, sondern auch qualitativ. Markenzeichen der Forschung in den neuen Ländern sind insbesondere neue Werkstoffe und Materialien, Informationstechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, Umweltforschung, Geowissenschaften und Gesundheitsforschung. An vielen Standorten arbeiten die außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit forschenden Firmen und mit Hochschulen zusammen. Die Forschung in den neuen Ländern ist heute gleichberechtigt und gleichrangig auch in europäische und weltweite Programme, Kooperationsbeziehungen und Verbundprojekte einbezogen. Auf manchen Feldern sind Einrichtungen in den neuen Ländern Initiatoren und Projektleiter, also gleichsam aktive "Marktführer".

3. Innovative Wirtschaft - Voraussetzung für zukunftssichere Arbeitsplätze

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) in der Wirtschaft in den neuen Ländern. Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen und dauerhafte Arbeitsplätze. Doch diese müssen auch in den neuen Ländern auf einer effizienten Infrastruktur von Forschungseinrichtungen sowie vor allem auf einer leistungsfähigen Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft selbst aufbauen. Von den Ende 1989 im Wirtschaftssektor der neuen Länder vorhandenen rd. 86.000 Beschäftigten in Forschung und Entwicklung waren nach Schätzungen Ende

1993 noch etwa 16.000 Personen tätig. Dieser Trend ist gestoppt. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen haben ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stabilisiert. Sie beginnen auch, ihre Finanzmittel dafür wieder zu steigern. Gegenwärtig weist mit rd. 2.500 Unternehmen etwa ein Viertel bis ein Drittel der Industrieunternehmen in den neuen Ländern Aktivitäten in Forschung und Entwicklung auf. Im Unterschied zu Westdeutschland bilden dabei kleine und mittlere Unternehmen mit rd. 70 % des industriellen Forschungs- und Entwicklungspersonals einen Schwerpunkt.

Das frühzeitige und umfangreiche Engagement des Bundes mit verschiedenartigen staatlichen Fördermaßnahmen hat sich stabilisierend auf das gesamte FuE-Potential in der Wirtschaft in den neuen Ländern ausgewirkt. Allein 1995 stellt das BMBF rd. 1 Mrd. DM im Bereich der Fachprogramme für die Projektförderung zur Verfügung, also für den Wirtschaftssektor, die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Darüber hinaus hat das BMBF mit dem Bundesministerium für Wirtschaft bereits 1990 ein abgestimmtes Maßnahmenbündel für Forschung und Entwicklung in der ostdeutschen Wirtschaft initiiert. Für diese Sondermaßnahmen wurden bisher vom BMBF rd. 736 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Dazu gehören BMBF-Programme wie beispielsweise "Technologieorientierte Unternehmensgründungen", "Forschungs- und Entwicklungspersonal-Zuwachsförderung", "Auftragsforschung-Ost", "Auftragsforschung-West-Ost" und "Produkt-erneuerung". Die Ergebnisse all dieser Programme zeigen, daß durch die Förderung der FuE des BMBF in den neuen Ländern bereits wichtige Erfolge erzielt werden konnten:

- So förderte das BMBF mit seiner Fördermaßnahme "Technologieorientierte Unternehmensgründungen" seit 1990 den Aufbau von rd. 250 Unternehmen mit einer Summe von über 170 Mio. DM. Damit wurden rd. 2.500 Arbeitsplätze geschaffen.

- Gleichzeitig wurde mit der "Forschungs- und Entwicklungspersonal-Zuwachsförderung" des BMBF die Tätigkeit von über 4.000 Forschungs- und Entwicklungsmitarbeitern in rd. 1.450 Unternehmen mit annähernd 70 Mio. DM unterstützt. Neueinstellungen sind mit durchschnittlich 17.500 DM gefördert worden.

- Darüber hinaus konnten 1.250 kleine und mittlere Unternehmen mit über 2.000 Sonderaufträgen aus dem Forschungs- und Entwicklungsbereich gefördert werden. Das BMBF stellte in der Maßnahme "Auftragsforschung-Ost" hierfür 175 Mio. DM zur Verfügung. Damit konnte ein Volumen von 360 Mio. DM initiiert werden. Zu 80 % haben Auftragnehmer in den neuen, zu 20 % in den alten Bundesländern und im Ausland diese Aufträge bearbeitet.

- Im Rahmen der BMBF-Maßnahme "Auftragsforschung-West-Ost" wurden mit 145 Mio. DM über 1.800 Projekte von annähernd 700 Auftragnehmern in den neuen Ländern unterstützt. Damit wurde ein Auftragsvolumen von 370 Mio. DM initiiert.

In den bundesweiten Unterstützungsprogrammen für die Wirtschaft ist die Förderquo-

te für Unternehmen in den neuen Ländern von zehn auf bis zu 60 % erhöht worden. Unterstützt werden vor allem Aufträge in den Bereichen Umwelttechnologie, Biotechnologie, Fertigungstechnik, Informationstechnik, Energieforschung und Materialforschung.

Mit dem bundesweiten Förderprogramm "Forschungskooperation" des BMBF für mittelständische Unternehmen werden vielfältige Forschungskooperationen zwischen mittelständischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Allein 1994 wurden dabei in 263 Unternehmen in den neuen Ländern 300 verschiedene Forschungskooperationen mit rd. 39 Mio. DM gefördert. Der Anteil der Unternehmen aus den neuen Ländern liegt überproportional bei 30 %. Jede achte Kooperation erfolgt mit ausländischen Partnern.

4. Neuanfang bei den Hochschulen

Der Bund hat die strukturelle und personelle Erneuerung der Hochschulen in den Ländern bereits frühzeitig mit einem überproportionalen Engagement unterstützt. Dadurch besteht heute mit 16 Universitäten, 22 öffentlichen Fachhochschulen und 12 Kunsthochschulen an 27 Standorten ein regional, fachlich und institutionell differenziertes Angebot an Hochschulen. Beim Aufbau von Fachhochschulen haben die neuen Länder die Chance eigenständiger Entwicklungen genutzt. Hochschulgründungen in nichtstaatlicher Trägerschaft ergänzen dieses Spektrum. Zur Erneuerung von Hochschule und Forschung und zum Aufbau von Fachhochschulen in den neuen Ländern wurde von Bund und den neuen Ländern ein gemeinsames Programm initiiert, das Hochschulsonderprogramm (HEP). 1992 wurde es revidiert, bis 1996 verlängert und aufgestockt. Es sieht Maßnahmen insbesondere für die personelle Erneuerung der Hochschulen, für den Erhalt des Wissenschaftspersonals, für die Sanierung und Ausstattung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor. Für das HEP stehen insgesamt 2,43 Mrd. DM zur Verfügung, der Bund trägt davon 75 %. Als Bestandteil des Hochschulerneuerungsprogramms wurde das Wissenschaftsintegrationsprogramm (WIP) zur dauerhaften Eingliederung von Wissenschaftlern der Institute der ehemaligen Akademien an die Hochschulen der neuen Länder vereinbart. Für das WIP stehen rd. 600 Mio. DM bis 1996 zur Verfügung.

Zum Ausbau der Hochschulen in den neuen Ländern sind in der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau 1991 bis 1994 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rd. 2,5 Mrd. DM vom Bund zu 50 % mitfinanziert worden. 1995 stellt das BMBF 450 Mio. DM für den Hochschulbau bereit. Zusammen mit den Bundesmitteln für das BAföG (1995: 365 Mio. DM) und weiteren Mitteln des Bundes für die Förderung von Studentenwohnraum steht den neuen Ländern aus Mitteln des BMBF 948 Mio. DM zur Verfügung. Diese finanziellen Anstrengungen sind auch weiterhin erforderlich, um für eine mögliche Verdoppelung der Zahl der Studienanfänger in den neuen Ländern entsprechend einschlägiger Schätzungen (ca. 60.000 im Jahr 2000) gerüstet zu sein.

Um die technische Entwicklung der Studienförderung erheblich zu verbessern, wur-

den 216 Ämter für die Ausbildungsförderung im Kommunalen Bereich und 15 Ämter bei den Studentenwerken eingerichtet und zu funktionsfähigen Einrichtungen ausgebaut. Rund 700 Mitarbeiter dieser Ämter wurden in einem breit angelegten Schulungs- und Betreuungsprogramm ausgebildet.

An den Hochschulen kommen knapp zwei Drittel der neuberufenen Professoren aus den neuen Ländern. Fast die Hälfte der Professorenschaft ist jünger als 50 Jahre. Erfolgreich ist auch die Förderung der Graduiertenkollegs. Bisher wurden 29 solcher Kollegs in den neuen Ländern eingerichtet. Von den 400 Kollegiaten Ende 1994 kommen etwa drei Viertel aus den neuen Ländern.

Ein neues Strukturelement, das an den Hochschulen in den neuen Ländern erprobt wird, ist die Fördermaßnahme "Innovationskollegs". Diese Maßnahme wurde vom BMBF angeregt und finanziert und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft fachlich betreut. Hochqualifizierte Gruppen von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen, die auf neuen Feldern forschen, können die Mittel flexibel verwenden, um neue Forschungskonzepte zu verfolgen und das wissenschaftliche Profil ihrer Hochschule langfristig zu prägen. Ziel der Innovationskollegs ist auch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und anderen Forschungsträgern, auch der Wirtschaft, sowie die Einbindung in die internationale Forschergemeinschaft.

Eine wichtige Aufgabe war es auch, neue Ansätze im Fernstudium in den neuen Ländern zu schaffen. Hierzu wurden bisher fünf Fernstudienzentren gegründet. In Fernstudienangeboten überwiegend ingenieurwissenschaftlicher Richtung an Hochschulen der neuen Länder sind 1994/95 350 Anfänger eingeschrieben. 930 Personen aus den neuen Ländern haben 1994/95 ein Studium an der Fernuniversität Hagen begonnen.

(BMBF)

Hochschulrektorenkonferenz: Hochschulaufbau in den östlichen Bundesländern positiv!

Nach einer ausführlichen Beratung der Hochschulleitungen der Universitäten aus den östlichen Bundesländern mit Vertretern des Präsidiums der Hochschulrektorenkonferenz erklärte HRK-Präsident Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen im Hinblick auf die gegenwärtig gezogene Bilanz des Wandels seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Diskussion über den Erfolg und Mißerfolg bei der Neustrukturierung der Hochschulen in den neuen Bundesländern:

1. Die Umstrukturierung der Hochschulen in den östlichen Bundesländern ist bei laufendem Betrieb vorgenommen worden. Trotz grundlegenden Strukturwandels sowie vielfacher und persönlicher Evaluation aller Lehrenden wurden ganze Fächer insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften neu aufgebaut, in den übrigen Disziplinen wurden Studiengänge neu geordnet. Dessen ungeachtet konnten die Studierenden ihr Studium weiterhin in angemessener Zeit abschließen. Dies ist dem großen Engagement vieler Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Assistentinnen und Assistenten und einer unerwarteten Bereitschaft von Hochschulangehörigen aus westdeutschen Hochschulen zu rascher und kontinuierlicher Hilfe zu verdanken.

2. In den neu aufgebauten Fächern wurde eine große Zahl westdeutscher Wissenschaftler berufen. Das Verhältnis zwischen westdeutschen und ostdeutschen Wissenschaftlern ist entgegen den in letzter Zeit verbreiteten Gerüchten nicht besser und nicht schlechter als in westdeutschen Hochschulen. Dies ist ein gutes Zeichen positiver Entwicklung. Bedrückend und belastend wirkt jedoch die von den Hochschulen nicht zu beeinflussende Behandlung älterer Wissenschaftler, die aufgrund der Rentengesetzgebung Renten zu erwarten haben, die in der Höhe weit unterhalb der Renten vergleichbarer Erwerbstätiger liegen.

3. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß infolge der personellen und fachlichen Neustrukturierung die Universitäten den Neugründungen in Westdeutschland in den 70er Jahren vergleichbar sind, ist die Summe der eingeworbenen Drittmittel, die Zahl der eingerichteten Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen, Graduiertenkollegs und Innovationskolleg ein Zeichen für die Vitalität der Hochschulforschung.

4. Forschung wird allerdings beeinträchtigt durch die nach wie vor große Raumenge, unzureichende Gebäudeausstattung und -substanz, durch die auch die Drittmittelerwerbung beeinträchtigt wird. Notwendig ist eine rasche Aufstockung der Hochschulbaumittel, damit nicht aus der Vernachlässigung der Hochschulen in der Zeit der DDR

ein Dauererbe für die Hochschulen in den östlichen Bundesländern wird. Dazu ist der Vorschlag eines befristeten Leasing-Programms im Rahmen des Hochschulaufbau-
förderungsgesetzes, um den Investitionsstau in kurzer Zeit abzubauen, nachhaltig zu
unterstützen. Die Bundesregierung könnte hier ein deutliches Zeichen zugunsten
eines zukunftsorientierten Aufbau Ost setzen.

5. Hochschulen und ihre Mitglieder brauchen Motivation, um in schwieriger Umge-
bung und unter schwierigen Verhältnissen Überdurchschnittliches zu leisten. Hoch-
schulen sind Standortfaktoren und Motoren regionaler Entwicklung. Sie werden als
solche indes vielfach nur von den Wissenschaftsministern, nicht aber von den Landes-
regierungen und der Bundesregierung insgesamt anerkannt: Hochschulen bilden den
qualifizierten Nachwuchs für alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft aus. Sie
sollten dazu auch in die Lage versetzt werden.

6. Mit großer Sorge sehen Hochschulen und Hochschulrektorenkonferenz, daß nach
dem Personalabbau im Zuge der Neustrukturierung erneut in den neuen Ländern über
Personalkürzungen diskutiert wird, obwohl die Studienanfängerzahlen in absehbarer
Zeit deutlich ansteigen werden und die Zahl der Studienanfänger aus Westdeutschland
in den ostdeutschen Hochschulen kontinuierlich ansteigt. Hochschulen und For-
schung benötigen mittelfristig verlässliche Rahmenbedingungen.

7. In diesem Zusammenhang steht zu befürchten, daß infolge der Prioritätensetzung
in den Haushalten der Länder mit Ablauf des Jahres 1996 mehr als 1000 Wissen-
schaftlerinnen und Wissenschaftler in die Arbeitslosigkeit entlassen werden müssen,
weil das Wissenschaftler-Integrationsprogramm nicht durch endgültige Übernahme
der Wissenschaftler in die Hochschulen erfolgreich zum Abschluß gebracht werden
kann. Die HRK fordert die Länder erneut auf, durch Bereitstellung zusätzlicher
Stellen in den Hochschulhaushalten dem drohenden Verlust qualifizierten Potentials
entgegenzuwirken.

(HRK)

PUBLIKATIONEN

1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

Deutscher Bundestag (Hg.): *Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“: Materialien*. 18 Bde. in Kassette. 15.200 S. Suhrkamp Verlag/ Nomos Verlagsgesellschaft, Frankfurt a.M./Baden-Baden 1995. DM 198,-. Über den Buchhandel.

Die Publikation dokumentiert die Diskussionen, Vorträge und Expertisen, die im Zusammenhang der Enquete-Kommissionsarbeit geführt, gehalten bzw. erstellt worden waren. Die einzelnen Bände sortieren das Material thematisch, wobei eine Reihe der abgedruckten Beiträge von wissenschafts- und intelligenzgeschichtlichem Interesse ist (im folgenden jeweils in Klammern vermerkt):

Bd. I „Enquete-Kommission: Anträge, Debatten, Bericht“;

Bd. II in vier Teilbänden „Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung“;

Bd. III in drei Teilbänden „Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR“ („Protokoll der 33. Sitzung. Öffentliche Anhörung: Wissenschaft und Technik“, Bernd-Reiner Fischer: „Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR - Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume“, Werner W. Franke: „Funktion und Instrumentalisierung des Sports in der DDR: Pharmakologische Manipulationen (Doping) und die Rolle der Wissenschaft“, Charlotte Schubert: „Phasen und Zäsuren des Erbe-Verständnisses der DDR“);

Bd. IV „Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat“ („Protokoll der 39. Sitzung. Öffentliche Anhörung: Die Babelsberger Konferenz“, Jörn Eckert: „Die Babelsberger Konferenz - Legende und Wirklichkeit“, Zeitzeugenberichte: Hermann Klenner/ Karl Mollnaw/ Uwe-Jens Heuer, Dieter Gräf: „Rekrutierung und Ausbildung der Juristen in der SBZ/DDR“, Steffen Heitmann/ Hans Deitrich Knoth: „Die Sonderausbildung der Kirchenjuristen - Ausbildung von Juristen durch die evangelischen Landeskirchen in der DDR“, Herwig Roggemann: „Das Recht als Instrument im Kampf um die Machterhaltung - die letzten Jahre der DDR“ mit besonderem Schwerpunkt auf der Behandlung rechtstheoretischer Entwicklungen);

Bd. V in drei Teilbänden „Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen“ (Peter Förster: „Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands... Einstellungen junger Menschen in der DDR. Eine Dokumentation empirischer Untersuchungsergebnisse der Jugendforschung der DDR aus den Jahren 1966 bis 1989“);

Bd. VI in zwei Teilbänden „Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur“ (Gerhard Bosier: „Die Rolle des MfS bei der Durchsetzung der Kirchenpolitik der SED und die Durchdringung der Kirchen mit geheimdienstlichen Mitteln“, darin u.a. ein Kapitel „Theologische Universitätslehrer als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS“);

Bd. VII in zwei Teilbänden „Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur“ (Manfred Hertwig: „Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem

Verhalten. Die Opposition von Intellektuellen in der SED/DDR in den fünfziger Jahren (insbesondere 1953, 1956/57), ihre Unterdrückung und Ausschaltung“;

Bd. VIII „Das Ministerium für Staatssicherheit / Seilschaften, Altkader, Regierungs- und Vereinigungskriminalität“;

Bd. IX „Formen und Ziele der Auseinandersetzungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland“.

Schulz, Eberhard: *Zwischen Identifikation und Opposition. Künstler und Wissenschaftler der DDR und ihre Organisationen von 1949 bis 1962* (PapyRossa-Hochschulschriften Bd. 6). PapyRossa-Verlag, Köln 1995. 364 S. DM 40,-. Im Buchhandel.

Die Studie behandelt die „Widersprüchlichen Bemühungen der SED um die Gewinnung der Intellektuellen für ihre Politik (1949/50)“, „Die restriktive Kulturpolitik der SED und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die Künstler und ihre Organisationen (1951/52)“, „Künstler und Wissenschaftler unter den Bedingungen des beginnenden ‚Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus‘ (1952/53)“, den „Neuen Kurs“ - ein befristetes ‚Taufwetter‘ (1953 bis 1955)“, die „Veränderten internationalen Bedingungen - höhere Ansprüche an die Arbeit der Intellektuellen - neuen Möglichkeiten für grundlegende Reformen (1955/56)“, die „Erneute Disziplinierung der Intellektuellen (1957/58)“, „Die Intellektuellen und die ‚sozialistische Perspektive‘ der DDR (1958/59)“, den „Bitterfelder Weg“ - ein ‚bitterer Feldweg‘? (1959 bis 1961)“ und die „Zielstellung: ‚Sozialistische deutsche Nationalkultur‘ (1961/62)“.

Mählert, Ulrich: *Die Freie Deutsche Jugend 1945 - 1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone* (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1995. 386 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Die Arbeit beruht auf einer 1994 in Mannheim verteidigten Dissertation. Integraler Bestandteil der seinerzeitigen FDJ-Politik und folglich auch der vorliegenden Darstellung sind die Bemühungen um die „Stürmung der Festung Wissenschaft“.

Mühlen, Patrik von zur: *Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953 - 1958* (Politik- und Gesellschaftsgeschichte Bd. 41). Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1995. 256 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

Auf breiter Quellengrundlage gestützte Darstellung des Wirkens, der Verfolgung und der Nachgeschichte einer Gruppe Jugendlicher und Studenten, die ab 1953 in Eisenberg, ab 1956 auch an der Universität Jena mit einem Brandanschlag auf einen Schießstand, Flugblättern, Mauerparolen, Karikaturen und eingeschmuggelter Literatur die Bevölkerung auf den Sturz des sozialistischen Systems vorbereiten wollte.

Friedrich-Schiller-Universität Jena, Pressestelle (Hg.): *Wiedereröffnung* (Sonderausgabe *Alma mater Jenensis*). Jena 1995. 16 S. Kostenlos bei: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Pressestelle, Fürstengraben 1, 07743 Jena.

Die Sonderausgabe der Jenenser Universitätszeitung erschien aus Anlaß des 50. Jahrestages der Wiedereröffnung der Universität - als erste in der SBZ - am 15. Oktober 1945. Jürgen John liefert eine ausführliche Darstellung des Jahres 1945 an der FSU. Daneben erinnern sich Zeitzeugen aus damaliger Studentenschaft und Lehrkörper an den Neubeginn.

Hattenbach, K.: *Materialien zur Geschichte des Geographischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945 - 1968* (Jenaer Geographische Manuskripte Bd. 1). Hrsg. vom

Institut für Geographie der FSU Jena. Jena 1993. 40 S. DM 10,-. Bezug bei: Institut für Geographie der FSU Jena, Publication Service, 07740 Jena.

Die Darstellung umfaßt die Zeit von der Neueröffnung der Universität nach dem Kriegsende bis zur Auflösung des Instituts für Geographie im Zuge der III. Hochschulreform 1968. Die Beschreibung der einzelnen Entwicklungsphasen des Instituts ist in wissenschaftstheoretische Zusammenhänge, Fragen der akademischen Lehre und Forschung und die Entwicklungen des gesellschaftlichen Umfelds eingeordnet.

Caysa, Volker/ Eichler, Klaus-Dieter (Hg.): *Praxis Vernunft Gemeinschaft. Auf der Suche nach einer anderen Vernunft*. Beltz Athenäum Verlag, Weinheim 1994. 514 S. Im Buchhandel.

Der Band ist dem Leipziger Philosophiehistoriker Helmut Seidel zum 65. Geburtstag gewidmet und ging aus einem dieserhalb am Leipziger Universitätsinstitut für Philosophie durchgeführten Kolloquium hervor. Guntolf Herzberg rekonstruiert die Geschichte der sog. Praxis-Debatte Ende der 60er Jahre, die wesentlich um die Person Seidels zentriert war. Im übrigen weckt der Band Interesse, als sich, neben AutorInnen aus sieben weiteren Ländern, eine interessante Mischung ost- und westdeutscher PhilosophInnen unter der Widmung für Seidel zusammengefunden hat.

Kuczynski, Jürgen: *Letzte Gedanken? Zu Philosophie und Soziologie, Geschichtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, schöner Literatur und zum Problem der deutschen Intelligenz*. PapyRossa Verlag, Köln 1995. 253 S. DM 34,-. Im Buchhandel.

Wie unterdessen gewohnt, mischt auch dieser Kuczynski-Band theoretische und politische Kurzanalysen unter zahlreichen Rückgriffen auf früher veröffentlichte Thesen und Argumentationen, in den letzten Jahren geschriebene Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, andernorts bereits publizierte Texte, Redemanuskripte und Polemiken.

Kittel, Hans-Joachim: *Die Evangelische Predigerschule der Kirchenprovinz Sachsen. Wittenberg 1948 - 1960. Erfurt 1960 - 1993. Eine Dokumentation*. Erstellt im Auftrag der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg o.J. (1995). 68 S. Bezug bei Konsistorium der Kirchenprovinz Sachsen, PF 1424, 39004 Magdeburg.

Die Predigerschule bildete - zunächst allein für die KPS, dann für den gesamten Bereich der EKV - gemeindepädagogisch akzentuiert Berufserfahrene zu Predigern (seit 1973 auch Predigerinnen) aus, die ab 1978 auch den Pfarrern gleichgestellt waren. Die Broschüre dokumentiert die Schulgeschichte in den Wechselwirkungen von Kirche, Gesellschaft, Ausbildung und gemeinschaftlichem Leben & Lernen. Da seit 1990 der Weg ins akademische Theologiestudium für alle offen sei, bräuchte es nunmehr keinen zweiten Bildungsweg als Zugang für das Pfarramt mehr, entschied schließlich die EKD. Infolgedessen schloß die Schule im Sommer 1993.

Schneider, Ilona Katharina: *Weltanschauliche Erziehung in der DDR. Normen - Praxis - Opposition. Eine kommentierte Dokumentation*. Leske + Budrich, Opladen 1995. 549 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Der Band befaßt sich vornehmlich mit der weltanschaulichen Erziehung im allgemeinbildenden Schulwesen, dabei ausführlich auch die Stellungnahmen der Kirchen und solche christlicher Schüler/Eltern dokumentierend. Zahlreiche Dokumente spiegeln die innerhalb der DDR-Erziehungswissenschaft zur weltanschaulichen Erziehung entwickelten Positionen wider.

Ehrhardt, Horst (Hg.): *Linguistik, Sprachunterricht und Sprachlehrerstudium in Ostdeutschland (1946 - 1990)* (Beiträge zur Geschichte des Deutschunterrichts Bd. 16). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994. 322 S. DM 89,-. Im Buchhandel.

Der Band behandelt (neben der Entwicklung des Schulfaches Deutsch) wesentlich das germani-

stische Sprachlehrerstudium in SBZ und DDR unter Berücksichtigung sowohl gesellschafts-, schul- und wissenschaftspolitischer Faktoren wie auch fach- und wissenschaftsinterner Bedingungen. Schwerpunkte der Darstellungen bilden schulpraxisbezogene linguistische Konzepte und deren Brechung in der Deutschdidaktik und -methodik der DDR sowie Prozesse der Verbreitung zeitgenössischer sprachwissenschaftlicher und didaktischer Auffassungen. U.a. mit folgenden Beiträgen: „Zur Geschichte der funktionalen Schule der germanistischen Linguistik in der DDR“ (Horst Ehrhardt), „Orchideendisziplinen im Legitimationszwang? Sprachgeschichte in der Deutschlehrerausbildung in der DDR“ (Brigitte Döring), „Grammatikforschung und -lehre im muttersprachlichen Bereich Ostdeutschlands (1946-1990)“ (Werner Hackel), „Georg Möller - Deutschlehrer, Sprachforscher, Lehrbuchautor“ (Hans-Joachim Siebert), „Deutsch als Fremdsprache in der DDR im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Ein fachgeschichtlicher Exkurs“ (Dagmar Blei).

Heuer, Uwe-Jens (Hg.): *Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit*. Nomos Verlag, Baden-Baden 1995. 630 S. DM 58,- brosch., 88,- geb. Im Buchhandel.

15 DDR-Hochschullehrer beschreiben und bewerten materialreich 13 Rechtsgebiete der DDR: Rechtsverständnis in der DDR (Uwe-Jens Heuer u. Mitarb. v. Ekkehard Lieberam), Agrarrecht (Rolf Steding), Arbeitsrecht (Axel Dost), Bodenrecht (Klaus Heuer), Familienrecht (Anita Grandke), Gerichtsverfassungsrecht (Frohmut Müller), Strafrecht (Erich Buchholz), Strafprozeßrecht (Horst Luther), Verwaltungsrecht (Wolfgang Bernet), Wirtschaftsrecht (Gerhard Plickle/Erika Süß), Zivilrecht (Joachim Göhring/ Axel Dost), Zivilprozeßrecht (Horst Kellner), Rechtswissenschaft und SED (Detlef Joseph). Dabei werden die Entwicklungen in Rechtswissenschaft, Rechtsetzung und die Rechtsprechungspraxis gleichwertig behandelt. Ausgangspunkt der Darstellungen ist die Bestimmung des Rechts in der DDR als „Recht einer sozialistischen Gestaltungs- und Erziehungsdiktatur“ (U.-J. Heuer).

2. Ostdeutsche Wissenschaftstransformation & -politik

Wissenschaftsrat (Hg.): *Empfehlungen und Stellungnahmen 1994*. 2 Bde. Köln 1994. 471 + 330 S. Kostenlos bei: Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Str. 11, 50968 Köln.

Unter anderem mit den Stellungnahmen zu Bauvorhaben der Hochschulbibliotheken in Frankfurt/M., Kiel und Leipzig, zum Bibliothekskonzept und zum Neubau der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek, zur Förderung Geisteswissenschaftlicher Zentren, zur Berliner Elektronenspeicherring-Gesellschaft für Synchrotronstrahlung (BESSY) sowie zum Forschungszentrum Rossendorf.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Hg.): *Wissenschaftler-Arbeitslosigkeit und zukunftsorientierte Wissenschaftspolitik. Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Koordinierungsausschuß für das III. Deutschlandtreffen habilitierter Wissenschaftler in Leipzig vom 4. bis 5. März 1994. Dokumentation*. Leipzig 1994. 221 S. Bezug bei: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig, Dittrichring 21, 04109 Leipzig.

Die in *hso 2/94* bereits mit dem Vorabdruck dreier Beiträge angekündigte, indessen erst jetzt ausgelieferte Publikation enthält neben Grußworten die z.T. nachträglich erweiterten Referate der Tagung. In unserem Kontext interessieren vor allem diejenigen von Werner Hauthal: „Probleme - Thesen - Fakten zur Diskussion“ (vornehmlich zu Ostdeutschland), Wener Meske: „Habilitierte aus und in den Neuen Bundesländern“, Alfred Förster: „Zur Lage im Sächsischen Hochschulwesen und zum Hochschulgesetzgebungsprozeß des Landes“ sowie Larissa Klinzing: „Zur Situation des Hochschulwesens einschließlich der Probleme der Habilitierten und zur Hochschulgesetzgebung in den Neuen Bundesländern aus der Sicht der GEW“.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.): *Die neuen Länder: dynamische Wissenschaftsregion und Werkstatt der Innovation. Erfolge beim Aufbau Ost - eine Zwischenbilanz des BMBF*. Bonn 1995. 59 S. + Anl. Kostenlos bei: BMBF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

Die Darstellung gliedert sich in die Kapitel „Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen“, „Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft“, „Hochschulen“ sowie „Berufliche Bildung und Weiterbildung“. In den Anlagen Übersichten zur finanziellen NBL-Förderung im Verantwortungsbereich des BMBF, den neuen Forschungseinrichtungen im BMBF-Geschäftsbereich und Graduierten- sowie Innovationskollegs.

Burkhardt, Anke/ Scherer, Doris/ Weegen, Michael: *Datenservice: Wissenschaft '95*. Hrg. von Frank von Auer für die Hans-Böckler-Stiftung und Gerd Köhler für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Frankfurt/Düsseldorf 1995. 64 S. Kostenlos bei: GEW Hauptvorstand, Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt/M.

Textlich und graphisch übersichtlich werden die Stellenhaushalte und Personalstruktur an deutschen Hochschulen (Personalstellenentwicklung, fachliche Struktur, Stellen aus dem Hochschulsonderprogramm), Studienplatznachfrage und Stellenentwicklung, der wissenschaftliche Nachwuchs (Promotionen und Doktorandenförderung, Habilitationen) sowie Altersstruktur, Ersatz- und Erweiterungsbedarf bei ProfessorInnen dargestellt, jeweils unterschieden nach West- und Ostdeutschland. Im Anhang die GEW-Stellungnahme zu den Hochschulsonderprogrammen (HSP I und II) und zum Hochschulreueuerungsprogramm-Ost.

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie (Hg.): *Forschung in Berlin und Ostdeutschland - Voraussetzung für Innovation und neue Arbeitsplätze* (H. 9/Nov. 1995 der Zs. *wissenschaftsnotizen*). Bonn 1995. 56 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Baunscheidtstr. 17, 53113 Bonn.

Das Heft dokumentiert eine Fachtagung des Wissenschaftsforums in Berlin-Adlershof. Neben der Wiedergabe von vier Foren sind die Referate von Wolfgang Knifka: „WISTA in Berlin-Adlershof: Prototyp einer neuen Generation von Technologiezentren“, Ingrid Stahmer: „Standort Berlin - Politik für Innovation und Vielfalt“, Hans Kremendahl: „Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin: Strukturwandel und Technologiepolitik“ sowie Friedrich Butler: „Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik in der Region Berlin-Brandenburg“ abgedruckt.

Richter, Edelbert/ Wipperfürth, Christian: *Spaß an Umwelttechnik. Innovationen aus den neuen Bundesländern und ihre Schicksale*. o.O. 1995. 44 S. Kostenlos bei: Büro E. Richter MdB, Goetheplatz 9b, 99423 Weimar.

Die Broschüre dokumentiert Beispiele umweltschonender Innovationen, die in ostdeutschen Instituten und Unternehmen entwickelt wurden und produziert werden (Waschmaschine mit weltweit niedrigstem Wasserverbrauch, Technologie zur Asbestvernichtung, Reaktor zur 100prozentigen Wiederaufarbeitung von Autowaschanlagen, erstes quecksilberfreies Thermometer u.a.) und möchte damit auf z.T. unterschätztes und ungenügend genutztes innovatives Potential aufmerksam machen. Sodann wird die Frage diskutiert, warum Firmen mit solchen Produkten Schwierigkeiten beim Marktzugang haben und nicht expandieren. Hauptursachen werden in der Eigenkapitalschwäche und der mangelhaften Vernetzung der innovativen Unternehmen gesehen. Daraus leiten die Autoren die Forderung nach einer entschlosseneren und intelligenteren Strukturpolitik ab.

Buck-Bechler, Gertraude/ Jahn, Heidrun/ Klockner, Clemens/ Tietz, Horst-Dieter (Hg.): *Angewandte Forschung an Fachhochschulen der Bundesrepublik Deutschland*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1995. 205 S. Im Buchhandel.

Wesentliches Thema bei der Gründung von Fachhochschulen in Ostdeutschland - vielfach als Umgründung bestehender Spezialhochschulen - war das künftige Verhältnis von Lehre und (angewandter) Forschung. Infolgedessen nahm sich die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst des Themas besonders an. Diesbezügliche Zwischenbilanz zog sie in einer Tagung, die sie gemeinsam mit der HTW Zwickau und der FH-Rektorenkonferenz am 27./28. März 1995 durchführte. Die Publikation dokumentiert die Beiträge und Arbeitsgruppen dieser Konferenz.

Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben (Hg.): *Tätigkeitsbericht 1994 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte*. München o.J. (1995). 296 S. Kostenlos bei: Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, Theatinerstr. 23, 80333 München. Dritter und zugleich letzter Tätigkeitsbericht der FSP Zeithistorische Studien, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, Europäische Aufklärung, Moderner Orient, Allgemeine Sprachwissenschaft/ Typologie und Universalienforschung, Literaturwissenschaft sowie Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas, die zugunsten Geisteswissenschaftlicher Zentren aufgelöst werden.

Fraunhofer-Gesellschaft (Hg.): *Jahresbericht 1994*. München 1995. 111 S. Kostenlos bei: Fraunhofer-Gesellschaft, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, PF 190 339, 80603 München.

Durrer, Franz/ Heine, Christoph: *Studium oder Berufsausbildung. Abiturienten 93 aus den neuen Ländern auf dem Weg in den Beruf* (HIS Kurzinformationen A 3/95). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1995. 54 S. Kostenlos bei: HIS, Goseriade 9, 30159 Hannover.

Empirische Ergebnisse zur nachschulischen Ausbildungswahl, deren Hintergründen und Motiven, zur regionalen Mobilität und Wanderungsbilanz. *Gesonderte Behandlung der Studienberechtigten mit Fachhochschulreife*.

Durrer, Franz/ Heine, Christoph: *Studienberechtigte 94 aus den alten und den neuen Ländern ein halbes Jahr nach Schulabgang. Ergebnisse einer Vorabauswertung der ersten Befragung* (HIS Kurzinformationen A 7/95). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1995. 10 S. Kostenlos bei: HIS, Goseriade 9, 30159 Hannover.

Empirische Ergebnisse zur Brutto-Studierquote, zu den Tätigkeiten ein halbes Jahr nach Schulabgang, den angestrebten Hochschulabschlüssen und der Wahl des Hochschulortes.

Durrer, Franz/ Heine, Christoph: *Studienberechtigte 90 3/4 Jahre nach Schulabgang. Eine Analyse ihres nachschulischen Werdegangs bis zum Dezember 1993. Ergebnisse einer zweiten Befragung* (HIS Kurzinformationen A 9/95). Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS, Hannover 1995. 54 S. Kostenlos bei: HIS, Goseriade 9, 30159 Hannover.

Empirische Ergebnisse zur Entwicklung der Tätigkeitsstruktur in Halbjahresschritten, zu Entscheidungsprozessen und Umorientierungen auf dem Weg in den Beruf und zu Einzelheiten der gewählten Ausbildungswege Hochschulstudium bzw. Berufsausbildungen. Die Darstellung differenziert zwischen Ost- und Westdeutschland.

Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *Rektoratsübergabe am 1. Juli 1994* (Greifswalder Universitätsreden N.F. H. 73). Greifswald 1994. 32 S. Kostenlos bei: Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, Pressestelle, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Dokumentiert die Ansprachen des Dekans der Theologischen Fakultät, Bernd Hildebrandt, des scheidenden Rektors Hans-Jürgen Zobel, der Kultusministerin Steffi Schnoor und des neuen Rektors Jürgen Kohler.

Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *25jähriges Jubiläum Universitätsrechenzentrum am 30. September 1994 an der Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald* (Greifswalder Universitätsreden N.F. H. 75). Greifswald 1994. 56 S. Kostenlos bei: Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, Pressestelle, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Dokumentiert die Reden anlässlich einer Veranstaltung zum Jubiläum, u.a. die des Rektors Jürgen Kohler zum Strukturwandel im DV-Versorgungssystem der Universität seit 1990 und die von Jürgen Formella zu „Stand und Perspektiven der DV-Technologie an der Universität Greifswald“.

Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *70. Geburtstag Prof. Dr. Dr. h.c. Roderich Schmidt* (Greifswalder Universitätsreden N.F. H. 78). Greifswald 1995. 46 S. Kostenlos bei: Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, Pressestelle, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Dokumentation einer Feierstunde zu Ehren des bis in die 50er Jahre - bis zum Verlassen der DDR - in Greifswald tätig gewesen Historikers, veranstaltet nicht zuletzt in Würdigung seiner Aktivität beim Neuaufbau des Historischen Instituts der EMAU nach 1990.

Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *Ehrenpromotion Hannelore Kohl „Rehabilitation Hirnverletzter - einst und jetzt“* (Greifswalder Universitätsreden N.F. H. 80). Greifswald 1994. 24 S. Kostenlos bei: Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, Pressestelle, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Dokumentiert die anlässlich der (umstrittenen) Ehrenpromotion gehaltenen Reden des Rektors Hans-Jürgen Zobel - eine ausführliche und bei solchem Anlaß eher unübliche Erläuterung, warum der Ehrung durch (wie mehrfach betont wird) die Medizinische Fakultät keine formalen Gründe entgegenstehen -, des Dekans der Med. Fak. Hans-Robert Metelmann und der Laureatin.

Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald Forschungsbericht 1993*. Greifswald 1995. 165 S. Kostenlos bei: Ernst-Moritz-Armdt-Universität Greifswald, Dezernat Hochschulplanung und Forschung, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Der erst 1995 erschienene Bericht dokumentiert die Forschungsaktivitäten des ersten Jahres, in dem „wieder mehr Orientierungssicherheit in die Universität Greifswald“ eingezogen war, auch wenn noch 75 von 245 Professorenstellen unbesetzt gewesen seien. (Vorwort)

Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ (Hg.): *Die Europa-Universität Viadrina. Ein Überblick aus studentischer Sicht* (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte 2/1995). Potsdam 1995. 58 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“, Benzstr. 18/19, 14482 Potsdam.

Zahlreiche Beiträge von Studierenden der Europa-Universität zu ebenso zahlreichen Aspekten des Studierens in Frankfurt/Oder. Größtenteils erfrischend-subjektiv.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): *Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig Amtszeit 1991 bis 1994*. Leipzig o.J. (1995). 134 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Pressestelle, PF 920, 04009 Leipzig.

Dokumentation der Berichte der Rektoratskollegiumsmitglieder vor dem Universitätskonzil am 1. November 1994. Dazu ein kommentierter statistischer Anhang.

Bretschneider, Inge: *Studentenprotokolle. Schicksale und Gedanken von Studenten in der Wendezeit*. Selbstverlag, Dresden 1995. 128 S. DM 20,-. Bezug über Red. *hochschule ost*, Uni Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Die Autorin hat als Lehrkraft an der TU Dresden 1988 begonnen, mit Studierenden Interviews zu führen, und dies bis ins Jahr 1995 fortgesetzt. Die hier vorgelegten verschriftlichten Fassungen bieten authentische Einblicke in Mentalitäten, zugrundeliegende biographische Erfahrungen, Einstellungs- und Motivationswandlungen ostdeutscher Studierender.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Rektor (Hg.): *Forschungsbericht 1993/94*. Halle/S. 1995. 672 S. Kostenlos bei: MLU, Prorektorat für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, Universitätsplatz, 06099 Halle/S.

Institut für Soziologie der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg (Hg.): *Jahresbericht 1.4.1992 bis 31.3.1994* (Der Hallesche Graureiher 94-2). Halle/S. 1994. 62 S. Kostenlos bei: Institut für Soziologie der MLU, Briefpost, 06099 Halle/S.

Am 1.12.93 war das Institut offiziell eröffnet worden. Der Bericht spiegelt die Aufbauphase, anfangs „bar der notwendigsten Ressourcen...“, z. B. mit einem äußerst störanfälligen Telefon und in einem 'Direktorensessel', an dem das Seitenteil fehlte“ (Institutsdirektor Heinz Sahner).

Krockel, Reinhard: *Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn* (Der Hallesche Graureiher 94-3). Halle/S. 1994. 14+8 S. Kostenlos bei: Institut für Soziologie der MLU, Briefpost, 06099 Halle/S.

In den Jahren 1992/93 wurden in Ostdeutschland 38 Soziologie-ProfessorInnen berufen, davon 33 aus West-, fünf aus Ostdeutschland und zwei aus Österreich. Von Ende 1993 72 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen stammten zwei Drittel aus West- und ein Drittel aus Ostdeutschland. Diese und weitere Informationen liefert der empirisch abgestützte Bericht zum Neuaufbau des Faches.

3. Wissenschaft & Hochschulen in Mittel- und Osteuropa

Institut für vergleichende Bildung- und Hochschulforschung (Hg.): *Mittel- und osteuropäische Bildungssysteme. Kurzdarstellungen*. Wien 1995. 171 S. ÖS 200. Bezug bei: Institut für vergleichende Bildung- und Hochschulforschung, Porzellangasse 2/2/41, A - 1090 Wien.

Die Publikation liefert zu den Bildungssystemen Bulgariens, Kroatiens, Polens, Rumäniens, Rußlands, der Slowakei, Sloweniens, Tschechiens, der Ukraine und Ungarns jeweils die Kenndaten, eine Graphik der Hochschulstandorte, eine Überblicksdarstellung in Prosa und Literaturhinweise.

Fedorko, Annett: *Finanzierung der Wissenschaft in Osteuropa Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre. Zusammenfassende Auswertung von Forschungsberichten aus elf Ländern* (WZB paper P 95-402). Hrsg. von der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Berlin 1995. 58 S. Kostenlos bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Dargestellt werden die Ausgaben für die Wissenschaft und die Finanzierungsquellen, das Einkommen der Wissenschaftler sowie neue Finanzierungsformen und ihr Einfluß auf die Transformation der Wissenschaftssysteme. Ein Kapitel behandelt die europäischen GUS- und die baltischen Staaten, ein weiteres die Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

Mayntz, Renate/ Schimank, Uwe/ Weingart, Peter (Hg.): *Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme. Länderberichte*. Leske + Budrich, Opladen 1995. 1.182 S. DM 75,-. Über den Buchhandel.

Die Publikation ist erstes Ergebnis einer internationalen Zusammenarbeit von deutschen und ost-/mitteleuropäischen Wissenschaftsforschern innerhalb des „Netzwerk Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme“ (vgl. Schimank in *hso* 2/95). Die einzelnen Berichte liefern makrostrukturell angelegte Transformationsuntersuchungen und folgen dabei einem einheitlichen analytischen Schema: Veränderungen der für die wissenschaftliche Forschung relevanten Gesetzgebung, der institutionellen Strukturen der Forschung sowie ihrer finanziellen und personellen Ressourcen werden jeweils behandelt. Darstellungsgegenstände sind im einzelnen die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Weißrußland, Rußland, Ukraine, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Daneben eine Studie zu Gemeinsamkeiten von Problemlagen und Problembearbeitung bei der Transformation der einzelnen mittel- und osteuropäischen Forschungssysteme (Uwe Schimank) sowie eine vergleichende bibliometrische Darstellung der Wissenschaftssysteme von Weißrußland, Bulgarien und der baltischen Republiken (Radosvet Todorov).

Mühle, Eduard: *Die 'Entsowjetisierung' der russischen Hochschule. Historische Voraussetzungen, Anliegen und Verlauf der Hochschulreform in Rußland seit 1985*. Mit einem Quellenanhang in Übersetzungen von Gunhild Kaschlun (Dokumente zur Hochschulreform 103/1995). Hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn 1995. 326 S. Bezug bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Die Studie und Dokumentation entstanden als Ergebnis der Tätigkeit der 1992 eingerichteten HRK-„Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa bei der Hochschulerneuerung“ (vgl. HRK in *hso* 2/95). Eingeleitet wird die Studie mit einem Überblick zur historischen Entwicklung des russischen Hochschulsystems (18. Jh. bis 1984). Es folgt ein Kapitel zur „Hochschulpolitik zwischen sowjetischer Perestrojka und russischem Reformbemühen (1985 - 1991)“, um schließlich zum Hauptteil der Untersuchung zu gelangen: „Anliegen und Verlauf der russischen Hochschulreform seit 1992“. Sodann sind 20 wesentliche Dokumente aus den Jahren 1990 bis 1994 abgedruckt.

Peer Pasternack

Revanche der Benachteiligten

Nach einem Fußball-Fiasko sinnen Wirtschaftswissenschaftler der Universität Halle auf Vergeltung. Beim Kräfte-messen auf dem Spielfeld mußten die Professoren eine glatte 1:6-Niederlage gegen ihre Studenten einstecken – trotz einheitlicher Trikots mit der Aufschrift „Auch Du willst Dein Examen haben“. Die Hochschullehrer entwickelten jetzt ein mathematisch-statistisches Verfahren mit „Handicaps“ für die Studenten: Bei der Revanche im nächsten Jahr sollen sie pro Jahr Altersunterschied ein halbes Kilo Blei am Gürtel oder Fußgelenk tragen. In die Gesamtwertung, so ein weiterer Vorschlag aus den Reihen der Professoren, könnte man auch andere Sportarten einbeziehen, insbesondere Skat. *jol*

Süddeutsche Zeitung
14./15.10.1995

Zukunftsminister ?!

Der Mann hat vier Jobs, doch so richtig kompatibel sind sie nicht. Denn Dr. Jürgen Rüttgers, der Einfachheit halber gerne als "Zukunftsminister" gescholten, bekommt sein Ministerium nicht (so schnell) in den Griff. Die beiden Computersysteme für die vier Bereiche Bildung/Wissenschaft und Forschung/Technologie sind nix kompatibel. So funktioniert der Datenaustausch zwischen den einzelnen Abteilungen wie anno dazumal: Mit einem Kleinbus wird neunmal (!) täglich nach einem festen Fahrplan (auf

einer sog. "Datenautobahn") Post abgeholt und verteilt. In zwei Jahren soll die Zukunft dann endlich beginnen. Bis dahin hofft Rüttgers, der "Mann fürs Futur" (Der Spiegel), auf die funktionierende Vernetzung. Bis dahin soll auch entschieden sein, welche Farbe die Kabelschächte in den Büros haben. Wir wünschen: Alles Gute für die Zukunft, Herr Minister!



Bisher läuft die Vernetzung der Computer im „Zukunftsministerium“ noch nicht optimal

Foto: Martin Steffen

Unicum 9/95

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

AutorInnen: Hans Jürgen Block, Torsten Bultmann, Christian Dahme, Maris Dürkop, Wolfgang Ernst, Hans-Uwe Feige, Alfred Förster, Christian Füller, Frank Geißler, Monika Gibas, Christoph Kähler, Dietmar Keller, Fritz Klein, Hermann Klenner, Horst Klinkmann, Larissa Klinking, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolfgang Kötter, Gotthard Lerchner, Rudolf Mau, Hans Mayer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Wolfgang Nitsch, Erhard Noack, Georg Nolte, Kurt Nowak, Doris Odendahl, Bernd Okun, Martin Onnasch, Peer Pasternack, Peter Porsch, Helmut Richter, Matthias Rösler, Hilde Schramm, Uta Starke, Jürgen Teller, Rudolf v. Thadden, Achim Thom, Michael Tolksdorf, Günther Wartenberg, Rosemarie Will u. a.

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost 1989/90 * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktions-wandel * Hochschulen und MFS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

AutorInnen: Günther Barthel, Burchard Brentjes, Sonja Brentjes, Birgit Bütow, Michael Daxner, Karin Döbbeling, Günther Eiselt, Hartmut Eisenhans, Hans-Heinz Emons, Hans-Uwe Erichsen, Alfred Förster, Ulrich Geyer, Karl-Heinz Heinemann, Erich Hödl, Marion Höppner, Gisela Jähner, Volker Kahl, Klaus-Dieter Kaiser, Ilko-Sascha Kowalczyk, Wolf-Hagen Kraut, Jürgen Kuczynski, Elke Mehnert, Hansgünther Meyer, Hans Joachim Meyer, Matthias Middell, Bernhard Muszynski, Wolfgang Nitsche, Bernd Okun, Inge Pardon, Peer Pasternack, Peter Porsch, Karin Reiche, Edelbert Richter, Martin Robbe, Hans Jörg Sandkühler, Roland Schneider, Wolfgang Schluchter, Hans-Jürgen Schulz, Pirmin Stekeler-Weißhofer, Eberhard Tiefensee, Günther Wartenberg, Cornelius Weiss u. a.

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

AutorInnen: Ernst Badstübner, Tino Bargel, Winfried Beck, Sonja Brentjes, André Debüser, Rainer Eckert, Wolfgang Fach, Marion Höppner, Heidrun Jahn, Matthias Jähne, Dietrich Jorke, Hans-Dieter Klein, Siegfried Kiel, Ilko-Sascha Kowalczyk, Marianne Kriszio, Günther Landgraf, Irene Lischka, Thomas de Maizière, Werner Meske, Hans Joachim Meyer, thomas molck, Thomas Neie, Bernd Rabehl, Karin Reiche, Hans-Jürgen Schulz, Jutta & Eberhard Seidel, Peer Pasternack, Gisela Petruschka u. a.

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fernstudieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik * Synopse Hochschulrecht Ost

AutorInnen: Gertraude Buck-Bechler, Anke Burkhardt, Ludwig Elm, Konrad Feiereis, Ulrich Geyer, Jochen Golz, Sabine Gries, Christoph Kähler, Sabine Kebir, Gerd Köhler, Wolfgang Knobloch, Rainer Land, Irene Lischka, Sabine Manning, Lothar Mertens, Eduard Mühle, Alexander Nadiraschwili, Thomas Neie, Peer Pasternack, Ralf Possekel, Siegfried Prokop, Edelbert Richter, Uwe Schimank, Georg Schuppener, Dieter Voigt, Peter Wicke u. a.

Insgesamt 39 Hefte, 3.664 Seiten. Nachbestellungen nur komplett: DM 500,- zzgl. Versandkosten

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

- | | |
|--|---------------------|
| 1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen | DM 0,- |
| 2. Nachbestellung 1. - 4. Jahrgang (39 Hefte) | DM 500,- |
| | zzgl. Versandkosten |
| 3.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 98,- |
| 4.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) | DM 42,- |
| 5.mal <i>hochschule ost</i> im Abo für Nichtverdienende
(4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten)
(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte
unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r
- Vorruheständler/in - Pensionär/in - | DM 31,- |

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündigt.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

2. Unterschrift

Einzusenden an:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig